Wiener Stadt- und
Landesbibliothek
57291 F
MA 9 - SD 25 - 2 - 7611 - 39532 - 45

F 57.2P1 Schein
Juni 1982

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

r·k

gegründet 1861

Dienstag, 1. Juni 1982 Blatt 1506

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Donauinsel: Erster Abschnitt des Mittelteils eröffnet
- "Who is who" der Stadt Wien
- Das war Pfingsten 1982
- Neuer Vorstand und Aufsichtsrat für AKPE

Kommunal: (rosa)
- Wien soll noch sauberer werden
- Abbruch der Reichsbrücken-Ersatzbrücke
- Am Freitag Gemeinderat
- Wohnhausanlage "Am Sandberg" in Währing
- Bildung als Lebenshilfe für Wiener Senioren
- Studie über soziale Dienste

"Ganz Wien trägt Grün!":
- Am Donnerstag gibt's Gratis-Veitschi

Politik: (rosa)
- Gratz in Ostberlin

Lokal: (orange)
- "Lesen im Park" ab 2. Juni in Oberlaa

Nur über FS:

29.5.
- Wasserleiche im Donaukanal
- China-Restaurant in Margareten abgebrannt
- Höhle zugeschüttet
- Unfall im Stadion - 11 Verletzte

31.5.
- Wasserrohrbruch am Ring

1.6.
- Nun zweite Information über "Stadtteilplanung Leopoldau"
- 100. Geburtstag in Meidling
- Dachbrand in Hietzing

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

Wien soll noch sauberer werden
Utl.: Reinhaltenovelle 1982
=++++

4 Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Am 1. Juni tritt die Reinhalteverordnung 1982 des Magistrats der Stadt Wien in Kraft, mit der die Reinhaltung von öffentlichen Grundstücken und Einrichtungen, aber auch von privaten Gebäuden, Höfen und Grundstücken sowie von Einrichtungen zur Tierhaltung neu geregelt wird. Die Verordnung bedeutet einen wirksamen Beitrag, um Wien künftig noch effizienter reinzuhalten und Übelstände rasch zu beseitigen.

Bisher bestanden zwei Verordnungen nebeneinander, die zu einer gewissen Zweigleisigkeit führten. Auch traten in der Praxis gewisse Schwierigkeiten bei der Vollziehung auf, da die Reinhaltung von Verkehrsflächen und Privatgrundstücken in die Zuständigkeit der örtlichen Sicherheitspolizei fielen, während die Reinhaltung von Gebäuden, Innenhöfen und Einrichtungen zur Tierhaltung sanitätsrechtlich behandelt wurden.

Die neue Verordnung ermöglicht es dem Magistrat, Sofortmaßnahmen zur Behebung von gesundheits- oder sicherheitsbedrohenden Übelständen auch ohne vorangegangenes Verfahren einzuleiten. Auch die Verantwortlichkeit zur Beseitigung von Übelständen, wie es die Ablagerung von Schutt, Fahrzeugwracks usw. bedeutet, durch den Besitzer des Grunstückes wurde klar geregelt.

Übertretungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafen bis 3.000 S oder Arrest bis zu drei Wochen geahndet. (Schluß) en/ap

NNNN

Abbruch der Reichsbrücken-Ersatzbrücke

=++++

6 #Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Jener Teil der Straßenersatzbrücke für die Reichsbrücke, der den Handelskai überspannt, wird in den nächsten Wochen abgetragen.#

Mit der Entfernung der Fahrbahnplatte wurde bereits begonnen, ab kommenden Donnerstag, den 3. Juni, erfolgt die Abtragung des Tragwerkes durch das Bundesheer. In der Nacht von Samstag, den 5. Juni, auf Sonntag, den 6. Juni, muß deshalb der Handelskai für einige Stunden gesperrt werden. Für den Abbruch der beiden Ersatzbrücken über den Strom, der nach der Inbetriebnahme der U-Bahn erfolgen soll, läuft derzeit das Ausschreibungsverfahren.

#Die beiden Ersatzbrücken waren nach dem Einsturz der Reichsbrücke am 1. August 1976 innerhalb weniger Monate gebaut worden. Bereits am 16. Oktober 1976 war die Straßenbahnverbindung über die Donau wiederhergestellt, am 21. Dezember konnte auch die zweispurige Straßenbrücke dem Verkehr übergeben werden. Die Straßenersatzbrücke wurde durch die Eröffnung der neuen Reichsbrücke am 8. November 1980 überflüssig.#

Die Straßenbahnbrücke dient derzeit noch den Tramwaylinien 22, 25 und 26. Der Straßenbahnbetrieb über die Ersatzbrücke wird gleichzeitig mit der Verlängerung der U 1 nach Kagran am 3. September eingestellt. Danach können dann beide Ersatzbrücken abgetragen werden. Die Brücke über den Handelskai, die derzeit demontiert wird, braucht übrigens nicht eingemottet oder verschrottet zu werden. Das Tragwerk wird ins Zillertal transportiert und findet dort Verwendung bei einem Kraftwerksbau. (Schluß) ger/bs

NNNN

Am Freitag Gemeinderat

=++++

7 Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat tritt kommenden Freitag, den 4. Juni, um 9 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Die Sitzung wird wie immer mit einer Fragestunde eingeleitet. Auf der Tagesordnung, die derzeit 57 Geschäftsstücke umfaßt, steht unter anderem die Genehmigung der baulichen Vorarbeiten für die U-Bahn-Linie 3. Die Kosten sind mit 393 Millionen veranschlagt. Für Vorarbeiten der U 6 sollen 26,9 Millionen genehmigt werden. Darüber berichtet Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN. Finanzstadtrat Hans MAYR wird dem Gemeinderrat den Antrag vorlegen, für die Finanzierung des Sonderwohnbauprogrammes des Bundes in Wien Darlehen bis zu 1,6 Milliarden S aufzunehmen. (Schluß) pr/ap

NNNN

Gratz in Ostberlin

=++++

10 #Wien, 1.6. (RK-POLITIK) Dienstag flog eine offizielle Delegation der Stadt Wien unter Leitung von Bürgermeister Leopold GRATZ zu einem Besuch nach Ostberlin. Sie folgt damit einer Einladung von Oberbürgermeister Erhard KRACK.#

Der Delegation gehören die Stadträte Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER und Dr. Gertrude KUBIENA, die Gemeinderäte Maria KUHN, Leopold MAYRHOFER und Johannes PROCHASKA, Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION und der Leiter des Präsidialbüros, Senatsrat Dr. Peter SATRAPA, an. Die Wiener Delegation wird sich vor allem über Fragen der Stadtplanung und der Stadterneuerung in Ostberlin informieren. (Schluß) sti/gg

NNNN

Am Donnerstag gibt's Gratis-Veitschi

=++++

11 Wien, 1.6. (RK-LOKAL) Wer Hausmauern oder Fassaden mit Veitschi begrünen will, sollte am kommenden Donnerstag ab 8 Uhr zum "Ganz Wien trägt Grün"-Blumenmarkt des Stadtgartenamts, Wien 3, Am Heumarkt 2 b, kommen: Bei diesem Markt am 3. Juni wird das Stadtgartenamt zu jeder vollen Stunde über hundert Veitschi kostenlos hergeben. Einige der Mauerkatzen wird Wiens-Grünstadtrat Peter SCHIEDER um 10 Uhr selbst verteilen.

Der "Ganz Wien trägt Grün"-Blumenmarkt bietet außerdem noch Gratiserde, preisgünstige Sommerblumen und einen Informationsstand der österreichischen Gartenbaugesellschaft, bei dem man Tips in allen Pflanzen- und Gartenfragen erhält.(Schluß) hs/bs

NNNN

"Lesen im Park" ab 2. Juni in Oberlaa

=++++

12 #Wien, 1.6. (RK-LOKAL) Am Mittwoch, dem 2. Juni, beginnt im "Gschroppenhaus" auf dem Kinderspielplatz im Kurpark Oberlaa wieder die Aktion "Lesen im Park". Im Rahmen dieser Aktion werden Kinder und Jugendliche Gelegenheit haben, Bücher kostenlos auszuborgen und sie entweder daheim oder gleich im Park zu lesen.#

Die Aktion, die vom Internationalen Institut für Jugendliteratur und Leseforschung im Auftrag der Stadt Wien und in Zusammenarbeit mit den Wiener Städtischen Büchereien durchgeführt wird, wird von fachkundigem Personal betreut. Auch für interessierte Eltern steht Lektüre zur Verfügung.

"Lesen im Park" wird bis Mitte September laufen. Die Aktion findet bis Ferienbeginn täglich von 14 bis 17 Uhr statt, während der Ferien von 10.30 bis 17 Uhr (täglich, auch am Wochenende).

Die feierliche Eröffnung der diesjährigen "Lesen im Park"-Aktion nimmt am 2. Juni um 14.30 Uhr Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER vor. Im Anschluß an die Eröffnung wird Heinz ZUBER auftreten. (Schluß) emw/gg

NNNN

Wohnhausanlage "Am Sandberg" in Währing

=++++

13 Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Die städtische Wohnhausanlage im 18. Bezirk, Peter-Jordan-Straße 81, wird am Samstag, dem 5. Juni um 10 Uhr ihren Bewohnern von Wohnbaustadtrat Johann HATZL offiziell übergeben. Der Gemeindebau erhält den Namen "Am Sandberg" nach den ehemaligen Sandberggründen.

Auf dem Areal zwischen der Gersthofer Straße und der Peter-Jordan-Straße entstanden in sechs terassenförmig angelegten Baublöcken 151 Wohnungen, ein Kindergarten, eine Mutterberatung, eine Hausinspektorenkanzlei, drei Geschäftslokale sowie Räume für soziale Gruppenarbeit. Vor den 53 Maisonettenwohnungen wurden kleine Gärten ausgestaltet. Zu den übrigen Wohnungen gehört entweder ein Balkon oder eine Loggia. (Schluß) ba/bs

NNNN

Bildung als Lebenshilfe für Wiener Senioren (1)
=++++

14 #Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Bildungseinrichtungen bieten ein vielfältiges Programm speziell für Senioren an, erklärte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Gern angenommen werden Sprachkurse, Turn- und Gymnastikveranstaltungen und Gesprächsrunden. Die städtischen Büchereien bieten eigene Großdruckbücher an, in den Wiener Pensionistenheimen gibt es Chöre und Konzerte für Senioren.#

o Die VOLKSHOCHSCHULEN haben in ihren Programmen seniorengerechte Angebote. So gibt es beispielsweise in den Volkshochschulen Urania und Wien-Nord Sprachkurse für Senioren, außerdem viele andere Kurse aus verschiedenen Wissensgebieten, vor allem aus dem Bereich einer umfassend konzipierten Lebenshilfe. Der Bogen reicht von Turn- und Gymnastikkursen über Veranstaltungen, die der schöpferischen Betätigung älterer Menschen dienen, bis zu Lichtbildvorträgen, Senioren-Filmreihen und Senioren-Gesprächsrunden.

o Die STÄDTISCHEN BÜCHEREIEN haben für sehschwache Leser GROSSDRUCKBÜCHER zur Verfügung. Die Aktion "GROSSELTERN LESEN VOR" wurde im Rahmen der Aktion "Zeig Herz-hilf mit" ausgebaut. BÜCHERKISTEN stehen den Pensionistenklubs zur Verfügung und ein HAUSLESEDIENST ermöglicht es auch gehbehinderten älteren Personen, am umfassenden Angebot der Städtsichen Büchereien teilzunehmen.

o Der FERNLEHRTEST, den die MA 13 seit zwei Jahren gemeinsam mit dem österreichischen Fernschulverband durchführt, ermöglicht älteren Menschen, denen ein Kursbesuch zu beschwerlich ist, eine Kursteilnahme in den eigenen vier Wänden. (Forts.) emw/bs

NNNN

Bildung als Lebenshilfe für Wiener Senioren (2)
Utl.: Bildungsveranstaltungen in Pensionistenheimen
=++++

15 Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Seit 1980 wird in den Wiener Pensionistenheimen ein gezieltes Bildungsprogramm angeboten. So werden Konzerte der Städtischen Musikschulen veranstaltet und gemeinsamer Chorgesang wurde initiiert. Besonders in den Heimen "An der Türkenschanze" und "Penzing" ist der Chorgesang inzwischen ein voller Erfolg geworden.

2.800 Großdruckbücher wurden den Heimen und ihren Pflegestationen zur Verfügung gestellt, ferner wurden audio-visuelle Hilfsmittel angeschafft und die Mitarbeiter im Umgang mit diesen Geräten geschult.

Auch Gymnastikkurse werden zur Zeit im Heim "An der Türkenschanze" mit großem Erfolg durchgeführt.

Zwtl.: Senioren-Bildungsquiz in Ausarbeitung

Ein Senioren-Bildungsquiz, das in Zusammenarbeit mit der Zentralsparkasse und dem ORF durchgeführt werden soll, befindet sich zur Zeit in Ausarbeitung. (Schluß) emw/gg

NNNN

Studie über soziale Dienste (1)
Utl.: Sozialdienste versorgen 17.000 ältere Menschen
=++++

17 #Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) In Wien werden derzeit 17.000 Personen durch die verschiedensten sozialen Dienste, wie etwa .Heimhilfe, Essen auf Rädern, Wäschepflegedienst und Besuchsdienst, versorgt. 27 Prozent dieser betreuten Personen sind zwischen 76 und 80 Jahre, 30 Prozent zwischen 81 und 85 Jahre und 22 Prozent über 85 Jahre alt. Etwa 90 Prozent der Betreuten sind alleinstehend und in den meisten Fällen auf eine ständige Hilfe bei der Bewältigung des täglichen Lebens angewiesen. Dies ergab die Auswertung einer vom Sozialamt soeben fertiggestellten Studie über die Versorgung älterer Menschen durch die sozialen Dienste, über die Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag im Rahmen des Bürgermeister-Pressegespräches berichtete.#

Zwtl.: Soziale Stützpunkte als Anlaufstellen

Univ.-Prof. Dr. Stacher unterstrich die Bedeutung der seit einem Jahr bestehenden, über Wien verteilten sozialen Stützpunkte als Kontakt- und Anlaufstellen. Ihre Aufgabe ist es, für solche, die Hilfe benötigen, aber auch für jene, die Hilfe leisten wollen, tätig zu sein. So verfügen die sozialen Stützpunkte über ein eigenes Team, das aus Diplomkrankenpflegepersonal und Mitarbeitern der sozialen Dienste besteht. Nach dem "Hilferuf", der den Stützpunkt erreicht, wird ein Hausbesuch organisiert, um festzustellen, welche Pflegearten und soziale Bedürfnisse bestehen. Zur Zeit werden von den Stützpunkten monatlich etwa 2.000 Patienten besucht und versorgt. (Forts.) zi/gg

NNNN

Studie über soziale Dienste (2)
Utl.: Wohnsituation entscheidend für Hilfsbedürftigkeit
=++++

18 Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Eine Befragung, die unter den Beziehern des soziales Dienstes "Essen auf Rädern" durchgeführt wurde, hat ergeben, daß 28 Prozent diesen Dienst in Anspruch nehmen, weil sie "technische Schwierigkeiten" mit dem Kochen haben, 31 Prozent können die Wohnung zum Einkaufen nur mehr unter großen Schwierigkeiten verlassen. Eine wesentliche weitere Rolle bei der Inanspruchnahme von sozialen Diensten spielt die jeweilige Wohnsituation. So sind zirka 2/3 der Wohnungen der Heimhilfepatienten "Substandard", das heißt, Wohnungen mit teilweise WC und Wasser am Gang. Fast 90 Prozent der Patienten haben zu ihrer Wohnung mindestens einen Stock zurückzulegen (ohne Lift). Auch bei der Heizung gibt es für viele ältere Menschen beträchtliche Schwierigkeiten. So überwiegt mit 60,46 Prozent der Kohlenofen.

Darüber hinaus haben sich die sozialen Dienste aber auch, wie Stacher betonte, zu einer Hilfe für einkommensschwache Gruppen entwickelt, das heißt, sie bieten dort Hilfe, wo das Einkommen, die Pension keinesfalls dafür ausreicht, eine bezahlte private Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Laut Stacher verfügen zirka 50 Prozent der Patienten lediglich über ein monatliches Nettoeinkommen von 5.800 S (inklusive Hilflosenzuschuß).

Zwtl.: Hilfe nach der Spitalsentlassung

Eine ebenfalls sehr wichtige Hilfe bieten die sozialen Dienste, und hier vor allem der Heimhilfedienst, bei der Betreuung von aus dem Spital entlassener Patienten. Auf Grund eines eigenen Verbindungsdienstes zwischen Sozialarbeiter und Spitalspersonal werden jährlich zirka 7.000 Patienten nachbetreut. Im Jahr 1981 wurden 34,5 Prozent aller Anträge auf Heimhilfe aus Krankenhäusern und Pflegeheimen gestellt. (Forts.) zi/gg

NNNN

Studie über soziale Dienste (3)
Utl.: Anteil der Hilfebedürftigen wird zunehmen
=++++

19 Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Nach Aussage von Univ.-Prof. Dr. STACHER wird es in den kommenden Jahren in den unteren Altersgruppen, das sind die Altersgruppen bis zum 80. Lebensjahr, eine zum Teil sehr gravierende Abnahme der Bevölkerungszahl geben. In den Altersgruppen von 80 bis 85, die bekanntlich den stärksten Anteil von Hilfebedürftigen ausmachen, wird bis 1990 weiter ein leichtes Steigen zu erwarten sein. Erst ab 1995 wird auch diese Bevölkerungsgruppe einen Rückgang zu verzeichnen haben. In den höchsten Altersgruppen ab 95 wird hingegen ein starkes Steigen zu verzeichnen sein. Das bedeutet, wie der Stadtrat ausführte, jedoch eine weitere Frequenzsteigerung der Inanspruchnahme der von der Stadt Wien im Rahmen der sozialen Dienste angebotenen Hilfe.
(Schluß) zi/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

r·k

gegründet 1861

198

Mittwoch, 2. Juni 1982 Blatt 1524

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- Bald Start für Wettbewerb "U-Bahn-Brücke über die Zeile"
- Mehrheit für Wohnstraße Lenaugasse
- Bausperre in Heiligenstadt
- Hirnschall für neues Hafenkonzept

Politik: (rosa)
- Busek fordert den Rückzug Wiens vom Konferenzzentrum

Ganz Wien trägt Grün:
- Stadtwanderweg Nr. 6 wird am Sonntag eröffnet

Lokal: (orange)
- Enquete über "Streetwork" im Rathaus
- Bundesehrenzeichen für verdiente Krankenschwestern

Nur über FS:
- 1.6. Im Kaiserwasser ertrunken
  Leerfässer brannten - Vermutlich Selbstentzündung
- 2.6. Freiburger Oberbürgermeister zu Gast im Rathaus

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Bald Start für Wettbewerb "U-Bahn-Brücke über die Zeile"
=++++

1 #Wien, 2.6. (RK-KOMMUNAL) In wenigen Wochen beginnt der städtebauliche Ideenwettbewerb für eine neue U-Bahn-Brücke über die "Zeile" beim Gaudenzdorfer Knoten. Die Jury wird sich voraussichtlich im Juli konstituieren, die Ergebnisse werden für die ersten Monate des Jahres 1983 erwartet. Das gab Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER der "RATHAUSKORRESPONDENZ" bekannt.#

Wie Stadtrat Wurzer weiter mitteilte, hat das Bundesdenkmalamt in einem Bescheid vom 21. April die Erhaltung der bestehenden Stadtbahnbrücke gefordert. Das Bauwerk stammt von Otto Wagner, dem die gesamte architektonische Gestaltung von Stadtbahn und Vorortelinie übertragen war. Die alte Brücke wäre jedoch den Anforderungen des U-Bahn-Betriebes nicht gewachsen.

Aus diesem Grund wird neben der Stadtbahnbrücke - die später außer Betrieb genommen wird - eine neue U-Bahn-Brücke für die U 6 entstehen. Stadtrat Wurzer erwartet eine elegante, schmale Brücke stadtwärts von dem bestehenden Bauwerk.

Der Jury werden angesehene Fachleute angehören, darunter auch ein bekannter ausländischer Brückenbauer und Architekten. Der Wettbewerb wird für alle einschlägigen Architekten und Ingenieure in Österreich offen sein. Wenn das Ergebnis Anfang 1983 vorliegt, kann der Bauzeitplan für die U 6 eingehalten werden.

Der Gemeinderat hatte am 30. Jänner 1981 die künftige U-Bahn-Trasse zwischen Gumpendorfer Straße und Philadelphiabrücke beschlossen. Ausgenommen war lediglich die Querung des Wientals, über deren bestmögliche Gestaltung der nun bevorstehende Wettbewerb Aufschluß geben wird. (Schluß) and/bs

NNNN

Mehrheit für Wohnstraße Lenaugasse (1)

Utl.: Befragungsaktion in der Kleistgasse - Zahlreiche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung

=++++

2 #Wien, 2.6. (RK-KOMMUNAL) Bei der unter den Bewohnern der Lenaugasse im 8. Bezirk durchgeführten Umfrage hat sich eine klare Mehrheit für die Einrichtung einer Wohnstraße ausgesprochen. Eine weitere Befragungsaktion über die Schaffung einer Wohnstraße beginnt in dieser Woche in der Kleistgasse im 3. Bezirk. In mehreren anderen Gebieten Wiens werden noch heuer verschiedene bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung durchgeführt. Dies gab Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Mittwoch der "RATHAUSKORRESPONDENZ" bekannt.#

In der Lenaugasse waren 284 Personen angeschrieben worden. 122 schickten bisher die beigelegten Stimmkarten zurück. Davon waren 82 Ja- und 40 Nein-Stimmen. Hofmann kündigte an, daß die Lenaugasse aufgrund dieses klaren Ergebnisses noch heuer provisorisch in eine Wohnstraße umgewandelt werden wird. Die Entscheidung über eine definitive Ausgestaltung soll im Einvernehmen mit den Anrainern erst nach einer längeren praktischen Erprobung getroffen werden.

In dieser Woche beginnt bereits die zweite Befragungsaktion: Stadtrat Hofmann hat den Bewohnern der Kleistgasse im 3. Bezirk einen Brief geschrieben, in dem sie ersucht werden, auf einer beigelegten Antwortpostkarte mitzuteilen, ob sie mit der Schaffung einer provisorischen Wohnstraße in der Kleistgasse zwischen Gerlgasse und Khunngasse einverstanden sind.

In mehreren anderen Gebieten Wiens wurden verschiedene Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung bereits fixiert. Noch heuer sollen entsprechende Gestaltungsarbeiten in folgenden Straßen oder Plätzen durchgeführt beziehungsweise begonnen werden: Auf dem Concordiaplatz im 1. Bezirk beginnen Vorarbeiten zur Umgestaltung in eine verkehrsberuhigte Zone. (Forts.) ger/gg

NNNN

Mehrheit für Wohnstraße Lenaugasse (2)
=++++

3 wien, 2.6. (RK-KOMMUNAL) In der Griechengasse ist eine Verkehrsberuhigung im Zusammenhang mit der Sanierung einer Stützmauer vorgesehen. Eine verkehrsarme Zone wird auch im Bereich der Helferstorfer Straße beim neuen Juridicum entstehen.

Weitere gestalterische Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung sind in der Salmgasse und auf dem Borromäusplatz im 3. Bezirk, auf dem Mozartplatz im 4. Bezirk, im Fliederhof im 10. Bezirk, in der Dörfelstraße im 12. Bezirk, in der Reichsapfelgasse im 15. Bezirk, in der Lambertgasse im 16. Bezirk - hier entsteht aufgrund der positiven Erfahrungen in der nahegelegenen Wichtelgasse eine weitere Wohnstraße - sowie in der Hockegasse und in der Kutschkergasse im 18. Bezirk vorgesehen. (Schluß) ger/ap

NNNN

Enquete über "Streetwork" im Rathaus

=++++

4 Wien, 2.6. (RK-LOKAL) Das Jugendamt der Stadt Wien veranstaltet am Montag, dem 7. und Dienstag, dem 8. Juni im Rathaus eine Enquete zum Thema "Streetwork". Im Rahmen der Enquete, die von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER eröffnet wird, referieren Streetworker aus Wien, Berlin und München.

Die Referate behandeln Themen wie "Streetwork in der Berliner Drogenszene", "Fußballfans in Wien - Sportbegeisterte oder Randalierer","Sozialarbeit in der Stadtrandsiedlung" u.a.

(Schluß) emw/ap

NNNN

Bausperre in Heiligenstadt
=++++

5 #Wien, 2.6. (RK-KOMMUNAL) Eine zeitlich begrenzte Bausperre soll über das Gebiet zwischen Gunoldstraße, Heiligenstädter Lände, Rampengasse und der U-Bahn-Trasse verhängt werden. Die Bausperre soll eine Überprüfung ermöglichen, wie weit die Beibehaltung der geltenden Bauklassen in diesem Bereich wünschenswert und im Hinblick auf die Stadtsilhouette vertretbar ist.#

Der Planentwurf (Plannummer 5728) liegt bis 24 Juni während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 15.30 Uhr in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht auf. An den "langen Donnerstagen" besteht zusätzlich zwischen 15.30 und 17.30 Uhr Gelegenheit, sich zu informieren und Stellung zu nehmen.

Das Plangebiet befindet sich am Donaukanal, südlich des Internationalen Pressezentrums. Die seinerzeitige Festlegung, insbesondere der "Hochhauswidmung" Bauklasse VI, sollte die Errichtung eines städtebaulichen Ensembles möglich machen. Da eine Realisierung im ursprünglich vorgesehenen Umfang nun nicht erfolgen wird, ist es notwendig, den bestehenden Bebauungsplan in einer Weise neu zu fassen, der den hohen gestalterischen Ansprüchen des Standorts am Donaukanal nach den geänderten Voraussetzungen gerecht wird und positive Auswirkungen auf das Stadtbild gewährleistet.
(Schluß) and/gg

NNNN

Stadtwanderweg Nr. 6 wird am Sonntag eröffnet
Utl.: Zugberg-Maurer Wald und Wotruba-Kirche
=++++
6 #Wien, 2.6. (RK-LOKAL) Wiens Stadtwanderwege, familienfreundliche und mit öffentlichen Verkehrsmitteln leicht erreichbare Wanderrouten, sind bereits zum echten Freizeithit geworden. Zu den fünf bestehenden Stadtwanderwegen (Kahlenberg, Hameau, Jubiläumswarte, Hermannskogel, Bisamberg) kommt nun ein weiterer Weg dazu. Grünstadtrat Peter SCHIEDER wird den Stadtwanderweg Nr. 6, Zugberg-Maurer Wald, im Rahmen der "Ganz Wien trägt Grün"-Aktion am kommenden Sonntag, dem 6. Juni, um 9 Uhr eröffnen.#

Die genaue Route des neuen Rundwanderwegs führt von der Endstelle der Straßenbahnlinie "60" in Rodaun über Kaltenleutgebener Straße, Willergasse, Rodauner Kirche, Zugberg (Mitzi-Langer-Wand), Wienerhütte, Breitenfurt, Roter Stadl, Eichwiesen, Gütenbachtal, Wirtshaus Jägerhaus, Antonshöhe, Schießstätte, Georgenberg, Pappelteich, Promenadeweg, Kalksburger Straße, Kalksburg, Mackgasse, Promenadeweg und Ketzergasse wieder zurück zum 60er.

Der 13 Kilometer lange Weg bietet u.a. Spiel- und Lagerwiesen, einen Fitpfad bei der Wienerhütte, einen Naturlehrpfad bei der Schießstätte, Unterstandsmöglichkeiten, einen Ball-Kinderspielplatz beim Pappelteich sowie zahlreiche Rastplätze und Gaststätten (Wienerhütte, Schießstätte, Gasthäuser in Kalksburg und Heurige in Rodaun bzw. Perchtoldsdorf). Eine besondere Sehenswürdigkeit an diesem Weg ist die Wotruba-Kirche am Georgenberg. (Schluß) hs/bs

NNNN

Bundesehrenzeichen für verdiente Krankenschwestern
=++++

7 Wien, 2.6. (RK-LOKAL) Das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich überreichte Mittwoch Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.Prof. Dr. Alois STACHER an die frühere Oberschwester der Urologischen Universitätsklinik im Allgemeinen Krankenhaus, Frau Adele LANG. Frau Lang, die im Herbst vorigen Jahres in den Ruhestand getreten ist, war seit dem Jahre 1947 im Allgemeinen Krankenhaus tätig. Sie arbeitete an der I. Chirurgischen Universitätsklinik, wo sie die Funktion einer Stationsschwester der Urologischen Station innehatte. 1973 wurde sie zur Oberschwester der Urologischen Universitätsklinik ernannt. In dieser Zeit hat sie weit über den Berufsbereich hinausgehende Leistungen auch auf organisatorischem Gebiet, vor allem im Zusammenhang mit der Neugründung der Urologischen Klinik erbracht. (Schluß) zi/ap

NNNN

Hirnschall für neues Hafenkonzept

=++++

8 Wien, 2.6. ((RK-KOMMUNAL) Eine rasche Erarbeitung eines neuen, realistischen Hafenausbaukonzeptes forderte Mittwoch FPö Klubobmann Erwin HIRNSCHALL. Nachdem auch Bundeskanzler KREISKY bisher bei seinen deutschen Kollegen keinen Erfolg in Sachen Rhein-Main-Danau-Kanal erzielt habe, müsse nun im Bereich der Stadt Wien mit einer neuen Fehlinvestition gerechnet werden, da der Hafen auf diesen Kanal ausgerichtet werden solle.

Überdies kritisierte HIRNSCHALL, daß die derzeitigen Planungskonzepte weder einen erforderlichen Hochwasserschutz vorsehen noch das Engament der ÖBB im Hafengelände in irgendeiner Weise gesichert sei.

Zum Thema AKH kritisierte HIRNSCHALL, daß sich die Gemeinde Wien nach seiner Information bei den Verhandlungen mit der VOEST nicht einmal bemüht habe, eine funktionierende begleitende Kontrolle zu erreichen. (Schluß) rö/ap

NNNN

Busek fordert den Rückzug Wiens vom Konferenzzentrum

=++++

10 wien, 2.6. (RK-POLITIK) Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK kündigte am Mittwoch in einer Pressekonferenz einen "Dringlichen Antrag" der öVP in der Gemeinderatssitzung vom kommenden Freitag zum Thema Konferenzzentrum an. Die Wiener öVP werde die Forderung stellen, daß keine bauvorbereitenden Maßnahmen für das Konferenzzentrum mehr getroffen werden sollen und die Stadt Wien auch keine Budgetmittel dafür zur Verfügung stellen solle.

Zur übernahme des AKH-Neubaues durch die VOEST erklärte Busek, daß auch für die VOEST als Bauherr das Vergabegesetz gelten müsse. Busek urgierte, daß das Kontrollamt der Stadt Wien auch weiterhin den AKH-Neubau überprüfen könne. (Schluß) fk/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Donnerstag, 3. Juni 1982 Blatt 1534

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
Ingenieurprojekt wurde Erholungslandschaft
Rechnungsabschluß 1981: Verbesserung um 1,3 Milliarden
Neuer Wiener Telefonnachrichtendienst 15 40
Wohnbauförderung: 200 Millionen genehmigt
Südteil der Neuen Donau: Nach Durchstich nun 8 km lang

Ganz Wien trägt Grün:
Wiener werden Veitschi-Fans

Lokal: (orange)
Andre Heller: "Nirgends gibt es so viel Lebensqualität"
Agrarstatistische Erhebungen in Wien
125 Jahre Lehrmädchenheim Nußdorf

Kultur: (gelb)
Jiddische Filmfestwoche in Wien

Nur über FS:
3.6. Gleisbauarbeiten in der Wehlistraße
Wasserrohrbruch in Favoriten
Suche nach Ertrunkenen

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Andre Heller: "Nirgends gibt es so viel Lebensqualität" (1)
=++++

1 #Wien, 3.6. (RK-LOKAL/KULTUR) Jahrelang hatte Andre Heller die Meinung vertreten, in Wien könne man nur sterben. Durch weite Reisen zu neuen Vergleichsmöglichkeiten gelangt, meinte er nun in einem Interview mit "Wien aktuell-Wochenblatt": "Die Renovierungspolitik, die Kulturpolitik und die Experimentierpolitik - nie ist Wien seit Viktor Matejka so liberal gewesen". Hellers neue Wien-Sicht: "In Wien gibt's ein Leben vor dem Tod".

Wobei Heller seine Haltung ganz grundsätzlich geändert hat: "Nirgends gibt es so viel Schönheit, Lebensqualität, Sicherheit, Kultur und Stabilität. Nirgends gibt es so viel Grün, so gutes Wasser, so wenig Arbeitslose. Einen Barockkern, modernste Inszenierungen neben Abenden mit Bernstein und das in der gleichen Stadt mit Arnulf Rainer."#

Was für Heller vor allem neu ist, ist jene Kulturpolitik, die etwa die Förderung von Flic-Flac erst möglich gemacht habe. "Was es bisher nicht gegeben hat, ist das Klima des Aufbruchs, die selbstbewußte junge Generation mit Wertgefühlen für die Qualität Wiens. Es ist wichtig, in einem Klima der Liebe zu leben, und damit man Qualität auch lieben kann, ist die Haltung der Herrscher entscheidend".

Heller meint aber nicht nur die eigentliche Kulturpolitik, wenn er sagt: "Es ist unendlich viel passiert in den letzten zehn Jahren". Sondern etwa auch die Stadterneuerung. (Forts.) rö/gg

NNNN

Andre Heller: "Nirgends gibt es so viel Lebensqualität" (2)
=++++

2 Wien, 3.6. (RK-LOKAL/KULTUR) Zur Stadterneuerung nämlich meint der sonst so unverbesserliche Zyniker: "Ganze Straßenzüge sind wieder in den Zustand der Würde zurückversetzt worden."

Den Wiener global beurteilt Heller heute als toleranter wie früher. So konnte auch die Lokalqualität durch die Liedermacher resozialisiert werden und der US-Kolonialismus durch Toni Stricker überwunden werden. Was die Kultur betrifft, werde Wien um die Jahrtausendwende wieder jene Bedeutung haben, die es um die Jahrhundertwende hatte, ist Heller überzeugt. Und wenn Wien auch "nicht aufgehört hat, sich für das Furchtbare zu interessieren", meint Heller heute doch überzeugt: "In Wien gibt's ein Leben vor dem Tod." (Schluß) rö/gg

NNNN

Ingenieurprojekt wurde Erholungslandschaft

=++++

3 Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Wie aus dem wasserbautechnischen Ingenieurprojekt eines Kanals, der zum Schutz vor Hochwasser geschaffen wurde, eine neue Erholungslandschaft für Wien entstand, schilderte Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER bei der Internationalen Planertagung in Luxemburg, deren Generalthema "Planung und physische Umwelt" lautete. Das "Jahrhundertprojekt" der Neuen Donau fand international großen Anklang, in der Diskussion wurde vor allem das optimale Zusammenwirken von Stadtplanung, Politik und Verwaltung zur Erzielung der bestmöglichen Projektlösung zum Wohle der Stadtbevölkerung hervorgehoben.

Die Internationale Planertagung, die einen mit Planungsaufgaben befaßten Personenkreis aus fünf Staaten - Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Österreich und die Schweiz - vereint, fand heuer zum zwanzigsten Mal statt. Wiens Planungsstadtrat war seinerzeit einer der Gründer dieser internationalen Körperschaft. (Schluß) we/bs

NNNN

Rechnungsabschluß 1981: Verbesserung um 1,3 Milliarden
Utl.: Dienstag im Stadtsenat und Finanzausschuß
=++++

4 Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Der Rechnungsabschluß 1981 der Bundeshauptstadt Wien wird kommenden Dienstag, dem 8. Juni, in einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenats und des Gemeinderatsausschusses für Finanzen und Wirtschaftspolitik behandelt werden. Wie Finanzstadtrat Hans MAYR der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärte, konnte im Laufe des Jahres 1981 eine Verbesserung um mehr als 1,3 Milliarden erzielt werden. Die Stadt Wien schließt das Jahr 1981 mit Einnahmen von 57.043 Millionen (plus 6,1 Prozent gegenüber dem Voranschlag) und mit Ausgaben von 60.333 Millionen (plus 3,3 Prozent) ab. Der Abgang beträgt somit nicht, wie im Budget von 1981 vorgesehen, 4.640 Millionen, sondern 3.290 Millionen. Der Abgang konnte somit von 7,9 Prozent der Gesamtausgaben auf 5,5 Prozent der Gesamtausgaben reduziert werden. (Schluß) sei/bs

Geehrte Redaktion!
.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Über den Rechnungsabschluß 1981 werden Bürgermeister Leopold GRATZ und Finanzstadtrat Hans MAYR im Anschluß an die Sitzung des Stadtsenats im

PRESSEGESPRÄCH DES BÜRGERMEISTERS

informieren.

Bitte merken Sie vor:
ZEIT: Dienstag, 8. Juni, 11.30 Uhr
ORT: Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien, Rathaus, 3. Stiege, Halbstock

Presse- und Informationsdienst
der Stadt Wien

NNNN

Agrarstatistische Erhebungen in Wien

=++++

5 #Wien, 3.6. (RK-LOKAL) Mit Stichtag 3. Juni 1982 werden in Wien auf Grund diesbezüglicher Verordnungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft folgende agrarstatistische Erhebungen durchgeführt:

Bestand an landwirtschaftlichen Maschinen, Anbau auf dem Ackerland, Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte, Anzahl der Rinder und Schweine, Zahl der Hausschlachtungen in der Zeit vom 4. März bis 3. Juni 1982.#

Auf diese agrarstatistische Zählung wird unter anderem durch Aushang der amtlichen Bekanntmachung in den magistratischen Bezirksämtern und bei den Polizeidienststellen hingewiesen. Die auskunftspflichtigen Personen - Eigentümer, Pächter oder Nutznießer - werden von den magistratischen Bezirksämtern eingeladen, in der Zeit vom 3. Juni bis 15. Juli vorzusprechen und an Hand von mitgebrachten Dokumenten die hinsichtlich ihrer Betriebe notwendigen Angaben zu machen. Die Ausfüllung der Erhebungsformulare obliegt den magistratischen Bezirksämtern.

Nach den Bestimmungen des Bundesstatistikgesetzes 1965 sind die Bewirtschafter land- und forstwirtschaftlicher Betriebe verpflichtet, die Angaben rechtzeitig, vollständig und wahrheitsgetreu zu machen. Sämtliche Einzelangaben unterliegen der Geheimhaltungspflicht, eine Verwendung für steuerliche Zwecke ist ausgeschlossen. Die Nichteinhaltung dieser Bestimmungen wird im Sinne einer Verwaltungsübertretung von der Bezirksverwaltungsbehörde bestraft. (Schluß) we/gg

NNNN

Neuer Wiener Telefonnachrichtendienst 15 40

=++++

6 #Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Seit dem 1. Juni kann man neueste Nachrichten aus Wien und aktuelle Hinweise und Tips über die Telephonnummer 15 40 hören, wie "Wien aktuell-Wochenblatt" in seiner neuen Ausgabe berichtet. Mindestens zweimal täglich, um 7 Uhr und um 12.30 Uhr, wird dieser Informationsdienst neu gestaltet, wichtige neue Meldungen werden auch zu anderen Zeiten eingespielt.

"Wien aktuell-telephonisch" wird von der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erstellt. Die Nachrichten werden von einem Endlos-Band abgespielt.# (Schluß) roh/bs

NNNN

Wohnbauförderung: 200 Millionen genehmigt

=++++

7 #Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Für die Errichtung von neuen Wohnungen, für die Nachförderung von in Bau stehenden Wohnhausanlagen sowie für den nachträglichen Aufzugseinbau und Wohnungsverbesserungen wurden von der Wiener Landesregierung auf Antrag von Wohnbaustadtrat Johann HATZL am Dienstag 200 Millionen S genehmigt.#

Gefördert werden 315 Wohnungen und vier Lokale von gemeinnützigen Bauvereinigungen sowie vier Eigenheime. Die Nachförderung für in Bau befindliche Anlagen beträgt rund 31 Millionen Schilling.

Die Mittel für die Wohnungsverbesserung machen 4,9 Millionen Schilling aus. Damit können zehn Aufzüge nachträglich eingebaut und vier Wohnungen instandgesetzt werden. (Schluß) ba/gg

NNNN

Südteil der Neuen Donau: Nach Durchstich nun 8 Kilometer lang
Utl.: Die Arbeit eines Jahrzehnts
=++++

10 #Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Die Neue Donau ist nun im Südteil nicht wie bisher rund fünf, sondern bereits acht Kilometer lang: mit einem Durchstich an fast genau derselben Stelle, an der vor zehn Jahren mit den Bauarbeiten begonnen wurde, verband Freizeitstadtrat Peter SCHIEDER zwei Wasserbereiche. Das dazugehörende Erholungsgebiet auf der Insel soll nach den notwendigen Ausgestaltungsarbeiten im kommenden Jahr zur Verfügung stehen.#

Mit dem Durchstich war auch ein kleines Jubiläum der Arbeitsgemeinschaft Entlastungsgerinne-Baulos I zu feiern: vor fast genau zehn Jahren, am 29. Mai 1972, wurde der Spatenstich zur Errichtung des Südteils der Donauinsel und der Neuen Donau vorgenommen. Heute ist ein Großteil des Südbereichs bereits ein beliebtes Erholungsgebiet mit FKK-Strand, Bade-, Surf- und Radfahrmöglichkeiten.

Eine der größten Leistungen bei der Errichtung dieses Abschnittes war sicher die Erhaltung des Toten Grundes. Damit gelang es trotz Bauarbeiten, ein Stück ursprüngliche Naturlandschaft in den Hochwasserschutz zu integrieren und den Toten Grund als ökozelle zu erhalten.

Auf die Notwendigkeit des Hochwasserschutzes und das Gefühl der Sicherheit, das damit zehntausenden Wienerinnen und Wienern gegeben wird, wies auch Stadtrat Schieder in seiner Rede hin. Gleichzeitig dankte Schieder den beteiligten Dienststelen und Firmen für ihre Arbeit: immerhin hat der Eimerkettenbagger, der die Aushubarbeiten durchführt, in den vergangenen zehn Jahren eine Strecke von der Länge Wien-Paris zurückgelegt; das verwendete Steinmaterial ergäbe, auf LKW verladen, eine LKW-Kette von Wien bis Zürich.

Für Statistiker: über 11,5 Millionen Kubikmeter Erdmassen mußten für die Errichtung der Neuen Donau und der Donauinsel im Südteil bewegt werden, 100.000 Quadratmeter Betongrassteine wurden verlegt und 150 Hektar Fläche begrünt. (Schluß) hs/bs

NNNN

125 Jahre Lehrmädchenheim Nußdorf
Utl.: Tag der offenen Tür am Freitag
=++++

12 Wien, 3.6. (RK-LOKAL) Anläßlich seines 125jährigen Bestehens lädt das Lehrmädchenheim Nußdorf in Wien 19, Hammerschmidgasse 22 am Freitag, dem 4. Juni ab 14 Uhr zu einem Tag der offenen Tür ein. Alle Interessenten haben an diesem Tag die Möglichkeit, das Heim zu besichtigen und mit den Erzieherinnen und Erziehern über deren Arbeit zu sprechen. Ein Basar, ein Buffet und - bei schönem Wetter - eine Gartenparty stehen auf dem Programm.

Das Heim wurde 1857 von der Gemeinde Nußdorf als "Kinderbewahranstalt" eröffnet, später wurde dort ein Kindergarten eingerichtet. Das Gebäude, in dem heute das Heim untergebracht ist, wurde 1909 unter Bürgermeister Lueger erbaut und mehrmals renoviert. Es fand als Schule, als Kindergarten und - während des Krieges - auch als Lazarett Verwendung. Nach dem Krieg diente es zunächst männlichen und seit 1949 weiblichen Lehrlingen als Heimstätte.

Heute werden im Lehrmädchenheim Nußdorf in 2 Wohngruppen je 12 Mädchen im Alter von 15 bis 19 Jahren betreut. Für Kriseninterventionen stehen in einer Aufnahmegruppe 6 Plätze zur Verfügung. Waren früher Lernverwahrlosung oder labile Arbeitshaltung die Einweisungsgründe, so sind seit einigen Jahren in zunehmendem Maße seelische Störungen bei den Mädchen festzustellen. Da die meisten Mädchen wegen ihrer enormen Verhaltensschwierigkeiten kaum belastbar sind, muß das Heim individuelle therapeutische Angebote stellen, um die Mädchen in den Arbeitsprozeß eingliedern zu können.

Das Heim bietet sein Hilfsprogramm aber nicht nur jenen Mädchen, die im Heim leben, sondern betreut auch auf ambulanter Basis. Ebenso wird nach der Verselbständigung der Mädchen solange eine Nachbetreuung durchgeführt, bis die Mädchen in ihrer Umgebung Fuß gefaßt haben. (Schluß) emw/ap

NNNN

Wiener werden Veitschi-Fans
=++++

13 Wien, 3.6. (RK-LOKAL) Die Wiener sind offensichtlich bereits richtige Veitschi-Fans: schon um dreiviertel sieben Uhr in der Früh standen die ersten Besucher beim Blumenmarkt des Stadtgartenamts, der um 8 Uhr öffnete, um ganz sicher Veitschi zu ergattern. Bis 18 Uhr werden bei diesem "Ganz Wien trägt Grün"-Blumenmarkt im Hof des Stadtgartenamtes, Wien 3, Am Heumarkt 2 b, auf Initiative von Stadtrat Peter SCHIEDER zu jeder vollen stunde gratis Veitschi ausgegeben. Gratiserde, preisgünstige Sommerblumen, Gemüse und fachliche Beratung für Pflanzen- und Gartenfreunde werden ebenfalls geboten. (Schluß) hs/bs

NNNN

Jiddische Filmfestwoche in Wien (1)

=++++

14 Wien, 3.6. (RK-KULTUR) Im Rahmen der Wiener Festwochen bringt das Jüdische Gemeindezentrum vom 19. bis 27. Juni eine Jiddische Filmfestwoche mit einer Reihe charakteristischer Filme vor allem aus den Dreißigerjahren. Weitere Veranstaltungen im Gemeindezentrum: ein Gastspiel der Schaubühne am Lehniner Platz, Berlin, mit "Der Dibbuk" und ein Abend mit jiddischen Arbeiter-, Widerstands- und Volksliedern mit Hai und Topsy Frankl.

Dr. Ivan HACKER, der Präsident der israelitischen Kultusgemeinde, wies bei der Vorstellung des Festwochenprogramms im Gemeindezentrum auf den gewichtigen jüdischen Anteil an der österreichischen Kultur hin. Mit der Veranstaltungsreihe nehme man eine Verpflichtung aus der Vergangenheit auf. Das Zentrum in der Seitenstettengasse soll in Hinkunft einen fixen Platz im Wiener Kulturleben einnehmen.

"Der Dibbuk" - von Bruce Myers nach An-ski, mit Urs Bihler und Miriam Goldschmidt - kommt am 9. Juni um 20 und um 22 Uhr zur Aufführung, Hai und Topsy Frankl singen ihre Lieder am 15. und 17. Juni, jeweils um 20 Uhr. (Forts.) gab/gg

NNNN

Jiddische Filmfestwoche in Wien (2)
Utl.: Melanchonische Begegnung mit jüdischer Tradition
=++++

15 Wien, 3.6. (RK-KULTUR) Die Jiddische Filmfestwoche soll eine "melanchonische Begegnung mit der jüdischen Tradition" bringen, einen viel zu wenig bekannten Teil der jüdischen Kultur zeigen. Folgende Filme stehen auf dem Programm.

19. bis 27. Juni: Jiddische Filmfestwoche
19. Juni um 22 Uhr: "Dybuk" von Michael Waszynski (1938)
20. Juni um 19 Uhr: "Mamele" von Joseph Green (1938)
20. Juni um 21 Uhr: "Der Purimspiler" von Joseph Green (1937)
21. Juni um 20 Uhr: "Yidl mitm Fidl" von Joseph Green (1938)
22. Juni um 19 Uhr: "Amerikaner Schadchen" von Edgar Ulmer (1940)
22. Juni um 21 Uhr: "Die Kliatsche" von Edgar Ulmer (1939)
24. Juni um 20 Uhr: "Mirele Efros" von Josef Berne (1939)
26. Juni um 22 Uhr: Wiederholungsvorstellung je nach Bedarf
27. Juni um 19 Uhr: "Uncle Moses" von Goldin und Scotto (1932)
27. Juni um 21 Uhr: "Free Voice Of Labour" von Fischler und Sucher (1980)

Karten für alle Veranstaltungen sind im Jewish Welcome Service, 1010 Wien, Stephansplatz 10, zu erhalten. (Schluß) gab/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

r·k

gegründet 1861

198

Freitag, 4. Juni 1982 Blatt 1547

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Praterstern: Computer steuert Ampeln

Kommunal: (rosa)
- Entwurfsplanung SMZ-Ost: Einreichung April 1983
- Drei Jahre erfolgreiche Psychiatriereform
- Mayr: Wirtschaftspolitik für Wien
- Hatzl: Erhaltungsbeitrag richtet sich nach Bauzustand
- Wiener Gemeinderat

Nur über FS:

3.6.
- Sogar unter der Woche Bäder ausverkauft

4.6.
- Gasrohrarbeiten auf dem Währinger Gürtel
- Gleisbauarbeiten in der Pötzleinsdorfer Straße
- Preise für die Woche des Waldes
- 100. Geburtstag in Favoriten
- Stadtwanderweg 6 wird Sonntag eröffnet
- Gratz über Konferenzzentrum und Donauinsel
- Störung auf der Linie "132"

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

Entwurfsplanung SMZ-Ost: Einreichung April 1983 (1)
Utl.: Generalplanung an Suter + Suter vergeben
=++++

5 #Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Vom Gemeinderatsausschuß Stadtplanung wurde einstimmig genehmigt, die Konsulententätigkeit zur Planungsbegleitung beim Sozialmedizinischen-Zentrum-Ost, 22, Langobardenstraße 122, dem Schweizer Unternehmen Suter + Suter zu übertragen.#

Wie Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER erläuterte, ist in der Vereinbarung dafür Sorge getragen, daß periodische Überprüfungen der Entwurfsplanung stattfinden. Sie sollen gewährleisten, daß der projektierte Neubau den anerkannten Regeln der Technik entspricht, daß die funktionellen, wirtschaftlichen und qualitativen Anforderungen zweckmäßig gelöst werden und somit günstige Voraussetzungen für einen zukunftsweisenden und vorbildlichen Krankenhausbetrieb geschaffen werden. Vom Konsulenten sind dabei auch verschiedene Ausführungsvorschläge bzw. Varianten zu überprüfen. Vorgesehen sind regelmäßige Sitzungstermine in einwöchigem, allenfalls zweiwöchigem Turnus mit der magistratsinternen Planungsgruppe der MA 19 (Stadtgestaltung) und der MA 17 (Anstaltenamt).

Vom Sozialmedizinischen-Zentrum-Ost sind die Krankenpflegeschule, das Personalwohnhaus und das Pflegeheim bereits fertiggestellt. Das eigentliche Krankenhaus - 980 Betten inklusive Infrastruktur - soll in drei Ausbaustufen realisiert werden. Die Entwurfsplanung für die Baustufe 1 soll bis April 1983 zur Einreichung vorliegen, mit dem Bau soll im Oktober 1983 begonnen werden. (Forts.) we/gg

NNNN

Entwurfsplanung SMZ-OSt: Einreichung April 1983 (2)
Utl.: Generalplanung an Suter + Suter vergeben
=++++

6 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Der erste Bauabschnitt des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum-Ost wird etwa 60 Prozent des gesamten Bauvolumens umfassen. Er beinhaltet die Energiezentrale, ferner Nuklearmedizin, Küche, Pathologie, Unfallchirurgie, Unfallambulanz, Röntgen, Labormedizin, den OP-Trakt, die Verwaltung, den Haupteingang und den Speisesaal, von den Ambulanzen Chirurgie und Interne sowie das Bettenhaus 1. Von den Außenanlagen entfallen zirke 60 Prozent auf den ersten Bauabschnitt, vom Parkdeck ungefähr 67 Prozent.

Entsprechend der Vorentwurfsplanung soll das Sozialmedizinische Zentrum-Ost über folgende Betten mit der entsprechenden medizinischen und betrieblichen Infrastruktur verfügen können: Pflegeheim 405 Betten, Krankenhaus Normalpflege 800 Betten, Krankenhaus Intensivpflege 29 Betten, Abteilung für Psychiatrie 180 Betten sowie Chronischkranke (Erweiterung) 180 Betten. (Schluß)
we/ap

NNNN

Drei Jahre erfolgreiche Psychiatriereform (1)
Utl.: Internationale Anerkennung für "Wiener Weg"
=++++

8 #Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Erfolgreiche Zwischenbilanz über die in Wien vor drei Jahren begonnene Psychiatriereform zog Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag abends im Rahmen eines Pressegespräches. Laut Stacher konnten bereits drei Viertel aller Maßnahmen des 1979 vom Gemeinderat beschlossenen Zielplanes realisiert und ein Netz an Nachsorgeeinrichtungen in ganz Wien geschaffen werden. Dies hatte unter anderem eine wesentliche Patientenreduktion in den Psychiatrischen Krankenhäusern Baumgartner Höhe und Ybbs zur Folge. Ebenso ist die Zahl der freiwilligen Aufnahmen in diesem Zeitraum um über 30 Prozent gestiegen. Dieser erfolgreiche "Wiener Weg" der Psychiatrierefrom hat, wie Stacher erklärte, internationale Anerkennung gefunden.#

Zwtl: Forcierter Ausbau der Nachsorge

Wesentlichste Voraussetzung für diese Erfolge war das Ende 1979 geschaffene "Kuratorium für psychosoziale Dienste", dessen Aufgabe die Errichtung und Führung therapeutischer Nachsorgeeinrichtungen wie z. B. psychosoziale Stationen, Übergangsheime, Wohngemeinschaften usw. für spitalsentlassene Patienten ist. Laut Chefarzt Dr. Stephan RUDAS gibt es derzeit acht psychosoziale Stationen, die den Patienten Hilfe in Form einer Ambulanz, einer Tagesklinik, einer Beschäftigungstherapie und Beratungsmöglichkeiten für Angehörige bietet. Vom 1. Jänner 1981 bis 31. März 1982 gab es insgesamt weit über 3.000 Patienten, die knapp 21.000mal diese Einrichtungen aufsuchten. Im Rahmen der übergangs- und Wohnheime stehen derzeit 280 Plätze zur Verfügung. (Forts.) zi/gg

NNNN

Drei Jahre erfolgreiche Psychiatriereform (2)
Utl.: Weniger Patienten - mehr Personal
=++++

9 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Gab es im Jänner 1979 noch weit mehr als 2.500 Patienten im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe, so ist deren Zahl in den letzten Monaten unter die 1.800-Grenze gesunken. Im selben Zeitraum konnten die im Krankenhaus tätigen Ärzte,das Pflegepersonal, die Sozialarbeiter und die Therapeuten beträchtlich vermehrt werden und zwar um insgesamt 318 Ganztags- und 25 Teilzeitbeschäftigte. Ebenso wurde die Nachtklinik ausgebaut und eine eigene Therapiewerkstätte errichtet. Die neue Ambulanz des Psychiatrischen Krankenhauses wurde im vergangenen jahr von fast 5.800 Rat- und Hilfesuchenden aufgesucht. Im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs a.d. Donau wurde eine eigene Verbindungsstelle des psychosozialen Dienstes zur Rehabilitation und Wiedereingliederung auch der Ybbser Patienten geschaffen. die Zahl der Patienten konnte von ursprünglich 1.200 (1979) auf 780 gesenkt werden.

In diesem Zusammenhang wies Univ.Prof. Dr. Stacher aber auch auf den Umstand hin, daß auf Grund der positiven Berichterstattung der Medien über die Erfolge der Psychiatriereform das Verständnis der öffentlichkeit für psychisch Kranke zugenommen hat. Unterstützt wurden diese Bemühungen durch eine Reihe von kulturellen Großveranstaltungen in den beiden Krankenanstalten, an denen sowohl Patienten und Pflegepersonal als auch Besucher von "außen" teilnahmen. (Forts.) zi/ap

NNNN

Drei Jahre erfolgreiche Psychiatriereform (3)
Utl.: Übergangspflege
=++++

10 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Psychiatriereform gab es aber auch, wie Univ.-Prof. Dr. Stacher ausführte, zahlreiche Initiativen der Mitarbeiter der Betroffenen und der Angehörigen. Neben der Schaffung von Selbsthife- bzw. Angehörigengruppen und diverser Kommunikationszentren für Patienten wurde das Projekt "Übergangspflege" durchgeführt: Engagierte Pfleger und Schwestern des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe üben dabei mit betagten Patienten die Wiedereingliederung in ihr früheres Wohnmilieu und bereiten damit deren Entlassung vor. Und so konnte erst vor wenigen Wochen dadurch der 1.000ste Patient seit Bestehen dieser Einrichtung (seit über zwei Jahren) nach Hause entlassen werden.

Zwtl.: Psychosozialer Notdienst rund um die Uhr

Seit Juni 1981 ist unter der Telefonnummer 24 64 24 bzw. unter der Adresse, 2, Kleine Sperlgasse 2B. ein psychosozialer Notdienst. rund um die Uhr - auch an Wochenenden und Feiertagen - erreichbar. Psychiater, Psychologen, Sozialarbeiter und Therapeuten stehen dabei all jenen zur Verfügung, die raschen Rat oder Hilfe bei psychischen und psychosozialen Problemen benötigen. Bis 31. März 1982 wurden insgesamt über 1.800 Anrufe verzeichnet.

Zwtl.: Verbindungsdienst an Entgiftungsstation

An der Entgiftungsstation des Wilhelminenspitals werden jährlich über 1.000 Patienten behandelt, wobei die Mehrzahl davon Selbstmordversuche sind. Durch die Schaffung eines eigenen psychosozialen Verbindungsdienstes an der Entgiftungsstation durch das Kuratorium können nunmehr selbstmordgefährdete Patienten nachbetreut werden. Dadurch konnte die Zahl der Transferierungen in das Psychiatrsiche Krankenhaus wesentlich gesenkt werden. (Forts.)
zi/bs

NNNN

Drei Jahre erfolgreiche Psychiatriereform (4)
Utl.: Berufliche Rehabilitation psychisch Kranker
=++++

11 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Ende des vergangenen Jahres wurde im 21. Bezirk, Autokaderstraße, der Grundstein für österreichs erstes Berufsrehabilitationszentrum für psychisch Kranke vorgenommen. Das Zentrum, das für insgesamt 70 Patienten Platz bieten und über eine Reihe therapeutischer Einrichtungen verfügen wird, soll noch heuer seine Tätigkeit aufnehmen. Die vom Kuratorium und der Wiener Handelskammer im Jänner 1982 gegründete Wiener Geschützte Werkstätten Ges. m.b.H. wird für diesen Betrieb verantwortlich sein.

Zwtl.: Zukünftige Maßnahmen

Als künftige Maßnahmen nannte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher unter anderem die Eröffnung einer Station für schwerst und mehrfach behinderte Kinder sowie eines zweiten Übergangsheimes im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe. Die Errichtung eines Übergangsheimes im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs und eine Patientenreduzierung in den beiden Krankenanstalten durch den weiteren Ausbau der Nachsorgeeinrichtungen. (Schluß) zi/gg

NNNN

Hatzl: Erhaltungsbeitrag richtet sich nach Bauzustand

=++++

17 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) "Es sei außerordentlich bedauerlich und bedenklich, daß eine große Wiener Tageszeitung falsche Behauptungen in den Raum stellt, ohne sich vorher bei den von ihr Angegriffenen zu erkundigen und dadurch die Leser falsch informiert und die Verwaltung diskriminiert." Die stellte Wohnbaustadtrat Johann HATZL zu einem Artikel der Kronenzeitung von Freitag, dem 4. Juni, fest, in dem eine Herabsetzung des Erhaltungsbeitrages "durch Beziehungen" vermutet wird.

Bereits bei Inkrafttreten des neuen Mietrechtsgesetzes am 1. Jänner 1982 hatte Wohnbaustadtrat Johann Hatzl erklärt, daß der Erhaltungsbeitrag bei den renovierungsbedürftigen Wohnbauten der Stadt Wien nur in der tatsächlich benötigten Höhe für die Instandsetzungen eingehoben wird. Umfangreiche Untersuchungen an jeder einzelnen Wohnhausanlage auf ihre Bausubstanz folgten. Diese Untersuchungen ergaben, daß der Erhaltungsbeitrag bei etwa 70 städtischen Wohnhausanlagen nicht in voller Höhe eingehoben werden muß. "Wenn das Geld für die Instandsetzungen nicht benötigt wird, muß es nach fünf Jahren mit Zinsen an die Mieter zurückgezahlt werden. Es wäre daher sinnlos, von den Mietern den vollen Erhaltungsbeitrag einzuheben, wo der Bauzustand der Wohnhäuser dies nicht erfordert. Interventionen von Mandataren zur Herabsetzung des Erhaltungsbeitrages hat es keinesfalls gegeben. Sie wären jedenfalls auch völlig sinnlos gewesen, stellte Hatzl fest. (Schluß) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Fragestunde
=++++

7 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) trat der Wiener Gemeinderat am Freitag zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von StR. Dr. GOLLER (ÖVP), bei welchen Vorhaben, die zwischen der Stadt Wien und dem Bund vereinbart wurden, es derzeit Zahlungsrückstände seitens des Bundes gebe, antwortete StR. MAYR (SPÖ) - wegen der kurzen Frist zur Beantwortung ohne Anspruch auf Vollständigkeit - 32,9 Millionen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviel von den für 1982 prognostizierten fünf Milliarden an Bundeszahlungen in den ersten drei Monaten des heurigen Jahres eingegangen sind, antwortete Mayr, daß eine monatliche Abrechnung nicht erfolgt, weil viele Zahlungen gemäß dem jeweiligen Baufortschritt fällig werden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, warum keine Änderung des Vertrages über die Unterbringung abnormer Rechtsbrecher vorgenommen worden sei, antwortete Mayr, daß diese gemeinsame Aktion mit dem Bund beispielgebend sei. Trotz Kritik des Rechnungshofes liege die Erfüllung des Vertrages auch in unserem Interesse. Dennoch werden Gespräche mit dem Bund zu führen sein.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von Gr. Dr. KRASSER (ÖVP), welche Abfertigungsansprüche und Pensionszahlungen im Zusammenhang mit der Übernahme der AKPE durch die VOEST entstehen, antwortete Mayr, daß bei den ausgeschiedenen Vorstandsdirektoren der AKPE mit einer einzigen Ausnahme - in diesem Fall werden noch Gespräche bezüglich eines dreimonatigen Abfertigungsanspruches geführt - keine Abfertigungs- oder Pensionsansprüche bestehen. Auf die Zusatfrage, ob durch den Wechsel von KANDUTSCH weitere Belastungen zu erwarten sind, antwortete Mayr, daß die Gesamtpersonalkosten für Vorstand und Prokuristen in Zukunft unter der bisherigen Summe liegen werden. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Fragestunde
=++++

18 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. HENGELMÜLLER (SPÖ), was für die Förderung und für die Integration der Gastarbeiterkinder außerhalb des Schulbetriebes getan wird, antwortete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß alle Ferienaktionen, wie das Ferienspiel, und die Schülerklubs den Gastarbeiterkindern offen stehen. Eigene Veranstaltungen für Gastarbeiterkinder werden nicht durchgeführt, um eine Ghettosituation zu vermeiden. Bei den Ferienaktionen gibt es Flugblätter in türkischer und serbokroatischer Sprache. Bei den Schülerklubs gibt es Betreuer, die ebenfalls die Muttersprache der Gastarbeiterkinder beherrschen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviele Kinder die Schülerklubs aufsuchen, berichtete Fröhlich-Sandner, daß es täglich etwa 15 bis 20 Kinder pro Klub sind. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob an eine Erweiterung der Schülerklubs gedacht wird, sagte die Vizebürgermeisterin, bei Bedarf ja.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), warum die Wiener Holding nunmehr von einer Beteiligung an der WBG Wohnbau Ges. m.b.H. Abstand nimmt, antwortete StR. VELETA (SPÖ), daß der Wiener Holding von der WBG Wohnbau Ges.m.b.H. ein Optionsrecht mit einer 1/3-Beteiligung eingeräumt wurde. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Umstände dazu geführt haben, daß die Wiener Holding das Optionsrecht nicht wahrnimmt, sagte Veleta, daß die Wiener Holding nur unter bestimmten Voraussetzungen das Optionsrecht wahrnehmen wird. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Bedenken der Oppostion gegen die WBG Wirkung gezeigt haben, meinte Veleta, daß die Umstände entscheidend sind, ob eine Beteiligung zweckmäßig ist oder nicht. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Fragestunde
=++++

19 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Eveline ANDRLIK (SPö), wie die Grundwasserverunreinigungen im Bereich Wiener Neustadt das Grundwasserwerk Mitterndorf Senke beeinträchtigen, teilte StR. VELETA mit, daß auf Grund von Untersuchungen eine Belastung des Wassers mit chloriertem Kohlenwasserstoff festgestellt wurde. Die Verunreinigungen stammen wahrscheinlich aus Betrieben der chemischen Stahlindustrie oder von einer Putzerei. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was die Wasserwerke auf Grund der Überprüfungsergebnisse veranlaßt haben, sagte VELETA, daß derzeit alle Wasserleitungsanlagen im gefährdeten Gebiet untersucht werden. Vom Grundwasserwerk Mitterndorf Senke gibt es derzeit keine Wassergewinnung. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Fragestunde
=++++

20 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. KNEIDINGER (SPÖ), wie weit die Folgen der Brandstiftung in der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien bereits beseitigt werden konnten, antwortete Stadtrat VELETA, daß die bauliche Wiederherstellung abgeschlossen ist und auch die Labors zum Großteil wieder hergestellt sind. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Höhe der Kosten bezifferte Veleta diese mit 20 Millionen S. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob der Betrieb während der Reparaturarbeiten aufrecht erhalten werden konnte, sagte Veleta, daß dies dank des Einsatzes aller Mitarbeiter und mit geborgten Geräten möglich gewesen ist.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. NEUMANN (ÖVP), welche Holding-Firmen derzeit von der Steuerberatungsfirma Consultatio als Bilanzprüfer geprüft werden, sagte Stadtrat Veleta, daß dies für 8 von 32 Holding-Firmen zutrifft - es sind dies ebenso viel wie im Jahr 1978, als die ÖVP die gleiche Anfrage stellte. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieso die ODELGA nun schon mehr als 3 Jahre hintereinander durch die Consultatio, also ein und dieselbe Firma geprüft wird, was den Satzungen der Holding widerspricht, sagte Veleta, diese gelten nicht für Tochterfirmen, wie die ODELGA. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er eine Weisung geben werde, auch die ODELGA in diese Regelung miteinzubeziehen, sagte Veleta, das werde er nicht tun. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Fragestunde
=++++

21 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ), wie die Stadt Wien dem steigenden Bedarf an Wohnheim- und Tagesheimplätzen für Behinderte Rechnung trägt, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, daß entsprechend der großen Bedeutung dieses Problems die Anzahl der Plätze im letzten Jahrzehnt kontinuierlich erhöht wurde. Es gibt heute mehr als doppelt so viele Tagesheimplätze wie vor 10 Jahren. Auch in den nächsten Jahren wird für eine weitere Erhöhung der Anzahl der Plätze vorsgesorgt. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob es möglich ist, den Bedarf an Wohnheim- und Tagesheimplätzen für die nächste Zeit abzuschätzen, sagte Stacher, daß jedenfalls ein Steigen des Bedarfes zu erwarten ist.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Gertrude STIEHL (SPÖ), was getan wurde und wird, um den Mangel an Pflegepersonal in den Spitälern zu beheben, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher, daß trotz einer Abnahme der Bettenanzahl im letzten Jahrzehnt beim Pflegepersonal eine Steigerung von 17 Prozent erreicht wurde. Das konnte vor allem durch die Erhöhung der Anzahl der Ausbildungsplätze auf das Dreifache erreicht werden. Als weiteren Faktor führte Stacher die Anwerbung von ausländischen Krankenschwestern und die Schaffung von Wohnheimplätzen für Schwestern an. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob es auch Teilzeitbeschäftigung für Krankenpersonal gibt, sagte Stacher, daß es zwar teilzeitbeschäftigte Schwestern gibt, aber im Großen und Ganzen die Teilzeitbeschäftigung auf diesem Sektor schwierig zu realisieren ist. Gute Erfolge konnte man mit der Teilzeitbeschäftigung hingegen bei den mobilen Schwestern erreichen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Fragestunde
=++++

26 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. ARTHOLD (ÖVP), wieviel die Sanierung des Weststadions bisher gekostet habe, antwortete StR. SCHIEDER (SPÖ), auf Grund der von der Baupolizei festgestellten Schäden waren Sanierungsarbeiten in der Höhe von etwa zwölf Millionen S notwendig. In diesem Zusammenhang läuft ein Zivilprozeß gegen die Baufirma, der aber nicht in seinen Geschäftsbereich falle. Aus seinem Budget seien seit dem Jahr 1979 insgesamt etwa 600.000 S für Reparaturen aufgewendet worden. Er müsse aber noch hinzufügen, erklärte StR. SCHIEDER, daß die Behebung der Schäden vom letzten Meisterschaftsspiel allein ungefähr 400.000 bis 450.000 S kosten würden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Beträge heuer noch für die wichtigsten Mängel an Großsportanlagen aufgewendet würden, erklärte StR. SCHIEDER, daß diese Frage nicht im direkten Zusammenhang mit der ursprünglichen Anfrage stehe und er sie deshalb nicht beantworten werde. Auch die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob sich das Praterstadion in geeignetem Zustand für das Konzert der Rolling-Stones befinde, beantwortete StR. SCHIEDER aus dem gleichen Grund nicht. Dieses Problem falle außerdem nicht in seine Zuständigkeit. Darauf folgten heftige Proteste von seiten der Opposition. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Fragestunde
=++++

27 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Dipl. -Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), welche Prüfungen veranlaßt wurden, um dem Tiefgaragenbau auf dem Albertinaplatz und der Freyung den Vorzug vor dem Bau der Heldenplatzgarage zu geben, antwortete StR. WURZER (SPÖ), daß die beiden erstgenannten Garagen unumstritten seien, während die Frage der Ausfahrt am Heldenplatz noch immer nicht gelöst sei. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob am Albertinaplatz und auf der Freyung auch Autobusse untergebracht werden könnten, antwortete StR. Wurzer, daß daran derzeit nicht gedacht sei. Diese Frage wäre aber noch einer Prüfung zu unterziehen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wann diese Tiefgaragen verwirklicht würden, antwortete StR. Wurzer, dies sei noch nicht konkret zu beantworten.

Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. Gabrielle TRAXLER (SPÖ), wie sich die Einführung der EDV-Anlage auf den Personalstand im Bereich der Stadt Wien ausgewirkt habe, antwortete StR. NEKULA (SPÖ), daß seit Einführung der EDV-Anlage etwa 600 Dienstposten eingespart werden konnten. Diese Einsparung entspricht ungefähr den Kosten der EDV-Anlage. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, in welchen Bereichen des ständig steigenden Dienstpostenplanes Einsparungen durch die EDV erreicht wurden, antwortete StR. Nekula, daß von den etwa 60.000 Bediensteten der Stadt Wien nur 5.500 bis 6.000 reine Schreibtischbeamte wären. Auf diesem Sektor konnten die Einsparungen auch erreicht werden. Zu Dienstpostenvermehrungen sei es vor allem auf dem sozialen Sektor gekommen, während am Verwaltungssektor die Einsparungen vorgenommen werden konnten. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob durch die EDV zusätzliche Aufgaben übernommen werden konnten, antwortete StR. Nekula, daß insbesondere die Volksbefragungen ohne der EDV-Wählerevidenz nicht in so kurzer Frist durchgeführt hätten werden können. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Fragestunde
=++++

28 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die 13. ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. DDR. STRUNZ (ÖVP), warum von den Entsorgungsbetrieben Simmering im April dieses Jahres mehrere Tonnen arsenhältiges Schädlingsbekämpfungsmittel übernommen und im Verbrennungsbunker der EBS vermischt worden sei, obwohl bekannt sein müßte, daß dieses Gift nicht verbrannt werden kann, antwortete StR. VELETA (SPÖ), daß ein Angestellter der EBS, der inzwischen ausgeschieden sei, die entsprechenden Listen nicht beachtet habe. Bei einer Kontrolle sei dieses wegen seines Arsengehaltes bereits aus dem Verkehr gezogene Pflanzenschutzmittel festgestellt worden, bevor es zu einer Vermischung kommen konnte. Daraufhin wurde eine Absaugung veranlaßt, es erfolgte keine Verbrennung. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie er in Zukunft solche gefährlichen Situationen verhindern werde, antwortete StR. Veleta, er könne nicht persönlich jeden einzelnen Fall überprüfen. Die verantwortlichen Leiter würden aber dafür sorgen, daß eine Nichtbeachtung der Vorschriften nicht mehr erfolgen würde. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche Maßnahmen durch die Verantwortlichen getroffen würden, antwortete Veleta, daß eine ständige Kontrolle erfolge, die solche Situationen in Zukunft verhindern sollte. (Forts.) roh/gg

NNNN

Mayr: Wirtschaftspolitik für Wien (1)
Utl.: WIFO-Studie unterstreicht West-Ost-Gefälle
=++++

12 #Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR unterstrich Freitag im Wiener Gemeinderat in einer Mitteilung über die "Wirtschaftspolitik für Wien", daß die vom Bund und der Stadt Wien gesetzten wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie General Motors oder das Konferenzzentrum regionalpolitisch richtig gesetzt sind. Die relativ günstige Arbeitsmarktsituation im Wiener Raum, so Mayr, sollte nicht über strukturelle Probleme hinwegtäuschen. Die Wiener Industrie und das Gewerbe verloren in den letzten 15 Jahren mehr als 80.000 Arbeitsplätze - ein Umstand, der nur deshalb kaum in der öffentlichkeit diskutiert wurde, weil der Dienstleistungssektor expandierte und laufend Arbeitskräfte aufnahm. Nun zeigt sich neuerdings, daß der Dienstleistungssektor kaum mehr aufnahmefähig ist, sodaß auch in Wien Probleme auftreten.#

Mayr verwies auf eine Mitte Juni erscheinende Studie des WIFO über den Beitrag der österreichischen Bundesländer zum Bruttoinlandsprodukt. Nach dieser Studie - die genauen Daten konnte Mayr nicht anführen, da noch eine Publikationssperrfrist besteht - hat sich das West-Ost-Gefälle auch in den Jahren 1977 bis 1980 nicht verkleinert, es wurde sogar größer. Die westlichen Bundesländer hatten in diesen Jahren ein größeres Wirtschaftswachstum als die östlichen, wie die Steiermark, wie Niederösterreich, wie das Burgenland, und vor allem, wie Wien. (Forts.) sei/gg

NNNN

Mayr: Wirtschaftspolitik für Wien (2)
Utl.: Wirtschaftspolitische Maßnahmen auch für Ballungszentren
=++++

13 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Wien von den Maßnahmen des Bundes auszuklammern - wie es von führenden Vertretern der österreichischen Volkspartei in Angriffen auf General Motors, auf das Konferenzzentrum, aber auch auf den U-Bahn-Bau verlangt wurde - hieße, den falschen Weg zu gehen, erklärte Stadtrat Mayr. Ein solcher Weg wäre objektiv nicht gerechtfertigt, wie die WIFO-Studie zeigt, er wäre aber auch staatspolitisch nicht wünschenswert, weil wohl niemand an einem wirtschaftlichen Auseinanderklaffen zwischen dem Westen und dem Osten österreichs Interesse haben kann.

Mayr sprach sich für eine emotionslose und sachliche regionalpolitische Diskussion aus, wobei er sich zu einer sehr vehementen Vertretung der Interessen des eigenen Bundeslandes oder eigenen Gemeinden bekannte. Man sollte jedoch eigene Ideen verwirklichen und nicht sein Heil im Abschießen von anderen Projekten suchen. Mayr: "Projekte zu verhindern, mag für den Augenblick reizvoll sein, weil man es dem andern gezeigt hat - Politik im Sinne der Gestaltung der Zukunft ist es aber noch lange nicht." (Forts.) sei/gg

NNNN

Mayr: Wirtschaftspolitik für Wien (3)
Utl.: Opposition gegen neue Projekte hat Tradition
=++++

14 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Mayr erinnerte, daß die Opposition gegen neue Projekte in Wien Tradition hat. 1974 wurde gegen den heute so beliebten Kurpark Oberlaa wild polemisiert. Die Schaffung der Erholungslandschaft Donauinsel war 1973 für die Wiener ÖVP der Grund dafür, die Zusammenarbeit in Wien aufzukündigen.

Auch vor Baubeginn des Hotels "Vienna Intercontinental" meinte man, neue Hotels würden die Traditionshäuser ruinieren. Heute, nach dem Bau des Intercont, des Hilton und einer Reihe weiterer moderner Hotels, zeigt sich, daß man erst ein gewisses Angebot schaffen muß, damit sich der Fremdenverkehr entwickeln kann.

So wird es auch beim Konferenzzentrum sein, betonte Mayr. Und man sollte nicht nur die Großkonferenzen mit etwa 5.000 Teilnehmern erwähnen, für die das Konferenzzentrum angeblich allein gedacht ist, sondern die vielfachen Möglichkeiten auch für kleinere Veranstaltungen bedenken, die dieses Haus bieten wird. Und schließlich soll das Zentrum ja auch ein Veranstaltungszentrum für Attraktionen der verschiedensten Arten von Konzerten bis zu Shows und Ausstellungen werden. Das neue Zentrum wird das bestehende in der Hofburg (Fassungsvermögen 1.500) ergänzen, insgesamt das Angebot Wiens auf diesem Gebiet verbessern und damit den Zustrom nach Wien vergrößern. Weil immer wieder das Berliner Konferenzzentrum erwähnt wird: 1980 gab es dort 235 Kongresse und Tagungen, 1981 waren es bereits 398. (Forts.) sei/gg

NNNN

Mayr: Wirtschaftspolitik für Wien (4)
Utl.: 1,9 Milliarden für Wirtschaftsförderung
=++++

15 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Der Bau des Konferenzzentrums ist aus sicherheits-, aktuellen arbeitsmarkt- und aus fremdenverkehrspolitischen Gründen notwendig, unterstrich Mayr. Daneben sind im Wiener Raum vor allem Maßnahmen für Industrie und Gewerbe zu setzen. Mit der Ansiedlung von General Motors wurde bereits ein nützlicher Schritt getan: General Motors schafft 3.000 Arbeitsplätze, leistet mit Exporten von 6 Milliarden einen positiven Beitrag zur Handelsbilanz und das Unternehmen wird jährlich 2,4 Milliarden in österreich ausgeben.

Die Stadt Wien hat ihre Wirtschaftsförderung auf die Aufschließung von Grund und Boden für betriebliche Zwecke und auf Maßnahmen für den sekundären Sektor konzentriert. In den letzten fünf Jahren wurden für die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben mehr als 1,9 Milliarden Schilling ausgegeben, davon allein 764 Millionen für neue Betriebsbaugebiete.

Zwtl.: Neue Lehrplatzförderung

Wie ernst man es in Wien mit der Erhaltung der Vollbeschäftigung nimmt, zeigt sich am Beispiel der geplanten Wiener Lehrplatzförderung. Jeder zusätzliche Lehrplatz in Wien soll heuer mit 1.000 Schilling pro Monat gefördert werden - die Kosten der Aktion tragen die Stadt, die Handels- und die Arbeiterkammer sowie die Arbeitsmarktverwaltung. (Forts.) sei/gg

NNNN

Mayr: Wirtschaftspolitik für Wien (5)
Utl.: Integrative Funktion des Wirtschaftsförderungsfonds
=++++

16 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Durch die Wiener Lehrplatzförderung, die vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds abgewickelt werden soll, kann erwartet werden, daß die rund 10.000 Mädchen und Burschen, die heuer in Wien eine Lehrstelle suchen, auch einen Lehrplatz finden, erklärte Mayr. Es ist erfreulich, daß hier über Partei- und Interessensgegensätze hinweg eine Lösung gefunden wurde. Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds konnte an diesem Beispiel der Wiener Lehrplatzförderung seine integrative Funktion zeigen.

Zur Bauwirtschaft erklärte Mayr, daß eine gewisse Sättigung des Bedarfs zu beobachten ist. Langfristig wird man die Kapazitäten verringern müssen, dies solle jedoch nicht abrupt geschehen. In Wien wird der Schwerpunkt bei der Stadterneuerung liegen. Die Infrastruktur wird weiter ausgebaut - mit den U-Bahn-Linien U 3 und U 6, mit einem neuen Krankenhaus jenseits der Donau, aber auch mit dem Bau des Konferenzzentrums. Im Budget 1982 sind 13,5 Milliarden enthalten, die in Form von Aufträgen für das Bau- und das Baunebengewerbe wirksam werden.

Abschließend betonte Mayr, daß Infrastrukturmaßnahmen in der gesamten Ostregion notwendig sind, um die Randlage der Ostregion zu den westlichen Industriezentren zu mildern. (Schluß) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Mitteilung Stadtrat MAYR
=++++

29 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Nach der Fragestunde meldete sich Stadtrat MAYR (SPÖ) mit einer Mitteilung über die "Wirtschaftspolitik für Wien" zu Wort (siehe dazu eigene RATHAUSKORRESPONDENZ).
Die Diskussion über die Mitteilung wird vor Ende der Tagesordnung erfolgen. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Anfragen und Anträge
=++++

30 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen sieben Anfragen der FPö und sechs Anfragen der öVP vor. Ein Antrag der SPö betreffend eine Bausperre in Teilen des 7. Bezirks, ein Antrag der FPö betreffend neue Hafenausbaukonzepte sowie Anträge der öVP betreffend einen Mindeststromverbrauch für unvermietete Wohnungen, Aufschlüsselung der Vormerkungen für Gemeindewohnungen, monatliche Abbuchung von Jahresnetzkarten, Pflegevisite in Spitälern und die Nutzung von Gebäuden in der Landstraße Hauptstraße 68 und 70 wurden zugewiesen. Für einen Antrag betreffend das österreichische Konferenzzentrum verlangte die öVP die DRINGLICHE BEHANDLUNG. Die Begründung sowie die Abstimmung finden vor Schluß der öffentlichen Sitzung statt.

Zwtl.: Förderungsbeitrag

GR. MRKVICKA (SPö) beantragte die Genehmigung eines Förderungsbeitrages in Höhe von 450.000 S für den Verband Wiener Volksbildung.

GR. Prof. WIESINGER (SPö) wies darauf hin, daß dieser Förderungsbeitrag einerseits zur Durchführung des Projekts "Offener Hochschulzugang" und andererseits zur Weiterführung der Bildungsarbeit für Behinderte verwendet wird. Die Möglichkeit, ein Studium nachzuholen, soll verbessert werden. Auch für Lehrgänge für die Externisten-Reifeprüfung sollen Erfahrung gesammelt werden. Das Angebot kommerzieller Schulen ist in dieser Hinsicht nicht unbedingt befriedigend.

GR. KUCHAR (FPö) begrüßte die Projekte, betonte aber, daß sie keinen Gegensatz, sondern eine Ergänzung zu den privaten Maturaschulen bilden, die sich insgesamt bewährt haben.

GR. MRKVICKA (SPö) meldete Bedenken dort an, wo bei kommerziellen Schulen die Gewinnerzielung und nicht der Schüler im Mittelpunkt steht. Die öffentliche Hand leistet einen Beitrag, um jedem die Chance zu geben, ein versäumtes Studium nachzuholen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Sportstätten-Instandsetzung
=++++

31 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Für die Durchführung und für Erneuerungen im Wiener Stadionbad, im Wiener Stadion und im Hanappi-Stadion beantragte StR. SCHIEDER (SPÖ) 14,6 Millionen S. Der Bund und die Stadt Wien werden für die Instandsetzung des Praterstadions je die Hälfte der Gesamtkosten von insgesamt 250 Millionen Schilling übernehmen. Die Erneuerungsarbeiten werden vier Jahre dauern. Das Praterstadion soll an den Längsseiten eine Überdachung erhalten. In weiteren Gesprächen mit dem Bund soll erörtert werden, wie das Stadion noch stärker zu einem Zentrum des Sports werden kann. StR. Schieder bedauerte den Unfall im Praterstadion. Während der Ehrung des Fußballmeisters Rapid drängten Jugendliche nach vorn und drückten das Geländer durch. Dabei gab es elf Verletzte. Der Unfall passierte im erneuerten Teil des Stadions, die Baupolizei wird nun prüfen, ob die Arbeiten fachgerecht durchgeführt wurden. Die Geländer werden nach Vorschrift so angefertigt, daß sie einem gewissen Druck standhalten. Der Ansturm der Jugendlichen war jedoch zu groß. Auch im Hanappi-Stadion wurden Gitter und Geländer eingedrückt. Für das Rolling-Stones-Konzert erklärte sich Schieder für nicht zuständig. Dies sei eine Veranstaltung des Kulturressorts. Die Feststellung, ob das Stadion für die Abhaltung des Konzertes geeignet sei, obliege der Baupolizei. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Sportstätten-Instandsetzung
=++++

32 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ betonte, daß die Sicherheitsvorkehrungen bei den Sportstätten so getroffen werden müssen, daß sie ausreichen. Eine Absperrung muß so stark sein, daß sie hält. Pawkowicz wunderte sich, daß die Baupolizei erst nach dem Unfall eine strenge Untersuchung angeordnet habe, obwohl Stadtrat Wurzer einige Wochen zuvor erklärt hat, die Baupolizei habe das Stadion nach Sicherheitskriterien überprüft.

GR. Pawkowicz fragte, ob von der Baupolizei auch die schlecht verankerten Tribünengeländer überprüft wurden. Eine Überdachung des Praterstadions sei sehr zu begrüßen. Sie würde allerdings nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn auch die Rundseiten überdacht werden. Erfahrungen haben gezeigt, daß auf Grund der Luftströmungstechnik eine Längsüberdachung bei Regen nichts nützt und die Zuschauer trotzdem naß werden. Es sei unerfreulich, daß die Erneuerungsmaßnahmen so spät und nur mit "halbem Herzen" getroffen werden. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeindrat (13)
Utl.: Sportstätten-Instandsetzung
=++++

33 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) kritisierte, daß noch junge Objekte wie das Hanappi-Stadion oder das Hallenstadtion bereits wieder reparaturbedürftig seien. Die Wiener Stadthalle erhält jährlich 45 Millionen Schilling, um die Sportstätten zu betreiben. Man muß sich fragen, ob auf diesem Sektor wirklich wirtschaftlich und rationell gearbeitet werde. Es ist zu befürchten, daß verschiedene Maßnahmen oft ohne ausreichende Planung getroffen werden. Ein Beispiel dafür sei das Horr-Stadion, das ohne Parkplatz gebaut worden sei. Zum Praterstadion sagte Arthold, daß die Baumängel schon seit Jahren bekannt seien. Er halte es für unverantwortlich, jetzt dort eine Großveranstaltung anzusetzen, wenn man nicht wisse, ob das Stadion den Besuchern standhalten werde. Es sei jedenfalls zu fragen, wer im Falle des Falles die Verantwortung tragen werde.

GR. LUDWIG (SPÖ) erklärte, daß die jährlichen Unterstützungen, die für die Betreibung der Sportstätten an die Stadthalle gehen, genau abgerechnet werden. Letzten Endes diene das Geld dazu, den Menschen zu ermöglichen, Sport zu treiben. Zum Rowdytum auf den Sportplätzen betonte Ludwig, daß die Einhaltung der Ordnung durchaus auch in der Kompetenz der Vereine liege. Das Parkplatzproblem trete bei allen großen Veranstaltungsplätzen auf. Abschließend erklärte Ludwig, daß die Stadt Wien alles tue, um den Sport als wesentlichen Lebensbereich zu fördern. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Sportstätten-Instandsetzung
=++++

34 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort nahm Stadtrat SCHIEDER zunächst zur Anregung von GR. PAWKOWICZ Stellung, das Stadion rundum zu überdachen. Er werden diese Anregung an das Bautenministerium weitergeben.

Zur Bemerkung von GR. ARTHOLD, man müsse neue Sportstätten sanieren, weil sie kaputt seien, sagte Schieder, das stimme nicht. Vielmehr seien es zum Großteil neue Ideen und neue Techniken, die die Arbeiten erforderlich machen. Zum Konzert der Rolling-Stones im Stadion erklärte Schieder, daß am Montag der Bericht der Baupolizei vorliegen wird. Er habe Rücksprache mit Bürgermeister GRATZ gehalten: sollte die Baupolizei weitere Maßnahmen für die Sicherheit der Besucher dieser Veranstaltung fordern, so werden diese gesetzt werden. Diese Maßnahmen würden auch kein verlorener Aufwand sein, da sie ja im Sinne der Bedeutung des Stadions als Zentrum für Sport, Freizeit und Kultur stehen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.
(Schluß) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Grundstücksverkauf Ballhausplatz
=++++

35 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPö) stellte den ANTRAG, zur Baureifgestaltung zwei Teilflächen eines Grundstückes am Ballhausplatz an die "Ballhaus-Minoritenplatz" Büro- und Geschäftshaus-Errichtungs- und Verwertungsges.m.b.H. zur Einbeziehung in ihre dortige Liegenschaft zu verkaufen.

GR. KUCHAR (FPö) erklärte, daß die Frage der Sicherheit eines Gebäudes gegenüber dem Bundeskanzleramt und dem Innenministerium nicht genügend berücksichtigt worden sei. Es hat auch noch keine Kontakte zu den Bundesbehörden gegeben. Die architektonische Lösung müßte sorgfältiger getroffen werden. Ein Bürogebäude würde hier wahrscheinlich nicht hineinpassen, man müsse alles daran setzen, daß das Ensemble nicht gestört werde. Aus diesen Gründen könne seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

GR. Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) schloß sich ihrem Vorredner in der Argumentation an. Es handle sich hier um einen sehr heiklen Standort bezüglich Stadtbild und Sicherheit. Im Akt seien keinerlei Nachweise über Besprechungen mit den Bundesbehörden zu finden. GR. Schaumayer fügte noch hinzu, daß die Stadt Wien zum Verkauf rechtlich nicht unbedingt verpflichtet sei. Sie halte einen Verkauf deswegen für verfrüht. Auch die ÖVP wird dem Antrag nicht zustimmen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Grundstücksverkauf Ballhausplatz
=++++

36 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Die Situation der Baureifmachung sei im Laufe der letzten Jahre sehr genau geprüft worden, erklärte StR. VELETA (SPÖ). Bezüglich der Sicherheitsfragen hätte es Verhandlungen der Baugesellschaft mit dem Bundeskanzleramt und dem Bautenministerium gegeben.

Die Bezirksvorstehung Innere Stadt habe sich ursprünglich ablehnend verhalten, aber dann, nach intensiver Beschäftigung mit dem Problem ihre Zustimmung erteilt. Das Bundeskanzleramt habe eine Option für die Übernahme der Büroräume. Falls es dazu nicht kommen sollte, gäbe es festgelegte Sicherheitsauflagen, die die Gesellschaft auf ihre Kosten erfüllen müsse. Abschließend bat StR. Veleta um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.
(Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Darlehensrückzahlung
=++++

37 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) beantragte eine vorzeitige Teilrückzahlung eines von der Stadt Wien aufgenommenen Konsortialdarlehens von 1,5 Milliarden mit einem Betrag von 300 Millionen Schilling.

Wien hat versucht, eine Umschuldung vorzunehmen, sagte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Dies ist aber nur bei einem Betrag von 300 Millionen Schilling gelungen. Dies zeigt, wie eng der Finanzierungsspielraum geworden ist. Da stellt sich auch die Frage nach den Grenzen der Verschuldung. Beim Konferenzzentrum wird das Geld mit leichter Hand ausgegeben, kritisierte Wöber. In Wien gab es im Monat Mai 1982 über drei Prozent Arbeitslose, österreichweit waren es 2,8 Prozent. Wien lag damit erstmals schlechter als der Bundesdurchschnitt. In einer solchen Situation muß man sich sehr genau überlegen, welche Projekte man verwirklicht, um Arbeitsplätze zu sichern. Der Budgetanteil für das Baugewerbe ist immer niedriger geworden. Immer weniger Menschen werden damit beschäftigt. Aber auch im gesamten Gewerbebereich gibt es Probleme. Wir brauchen eine Wirtschaft, die stark und konkurrenzfähig ist, betonte Wöber. Besonders eine Förderung der Klein- und Mittelbetriebe ist notwendig. Ein weiteres großes Problem stellt die Frage der Arbeitsplätze für junge Menschen dar. Es ist zu befürchten, daß heuer 5.000 Jugendliche keinen Lehrplatz bekommen. Aber auch bei Handelsschülern und Maturanten gibt es Probleme. Das Geld für das Konferenzzentrum wird der übrigen Wirtschaft bitter fehlen. Es waren schwache und schlechte Argumente, die StR. MAYR für den Bau des Konferenzzentrums angeführt hat. Vermißt habe er dagegen, sagte Wöber, ein Bekenntnis zur Spargesinnung bei öffentlichen Ausgaben. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Darlehensrückzahlung
=++++

38 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Pro Jahr werden 382 Millionen Schilling an Wirtschaftsförderungsmitteln für Wiener Betriebe ausgegeben, erklärte WÖBER. Das sind 630 Schilling pro Arbeitsplatz. General Motors wurde mit einer Million pro Arbeitsplatz gefördert. Der Unterschied liegt auf der Hand. Notwendig sei eine gerechte Wirtschaftsförderung auch für österreichische Betriebe, nicht nur für Multis.

Großprojekte können die Strukturpolitik nicht ersetzen, im Gegenteil, sie verhindern sie. Der SPÖ fehlt ein Konzept für die Strukturpolitik und Finanzierung. Der Bau des Konferenzzentrums bedeutet Schuldenpolitik auf Kosten der nächsten Generation. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)
Utl.: Darlehensrückzahlung
=++++

39 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Man kann weder von einer Stahlkrise noch von einer Textil- oder Baukrise sprechen, sondern eher von einer Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems, stellte GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) fest. Eine Steuersenkung nach Reagans Vorbild würde ebenso wie in Amerika auch bei uns zu größerer Arbeitslosigkeit und höherer Verschuldung führen. Wenn die ÖVP den Rückgang der Beschäftigungsziffern in Wien bemängelt, so müsse sie auch berücksichtigen, daß die Zahl der Einwohner zurückgegangen ist.

Sicher macht die Jugendarbeitslosigkeit Sorgen, doch sind hier Gegenmaßnahmen über die Sozialpartnerschaft möglich. Die Politik gegen Wien wird von der Wiener ÖVP unterstützt. Die Wiener bringen 10 Prozent mehr an Steuermitteln auf, als sie über den Finanzausgleich zurückerhalten. Die Wiener ÖVP wehrt sich jedoch gegen einen günstigeren Verteilungsschlüssel für Wien.

Für das Konferenzzentrum gibt es viele Argumente: nicht nur die Arbeitsplatzbeschaffung, sondern auch der Aspekt des internationalen Ansehens österreichs ist zu berücksichtigen. Das Konferenzzentrum sollte eine Stätte der Begegnung für den Frieden werden.

Wenn GR. Wöber meinte, daß die Arbeitslosenrate im Baugewerbe in Wien über dem österreichischen Durchschnitt liegt, müßte dies erst recht ein Grund für den Bau des Konferenzzentrums sein. Warum hat die ÖVP gegen das Stadterneuerungsgesetz und gegen das Bundeswohnbausonderprogramm gestimmt? Warum gegen die WIG 74 und gegen die Donauinsel? Die Opposition scheint es zu stören, wenn in Wien Leistungen vollbracht werden.

Die Budgetpolitik der SPÖ sei richtig, weil man damit der Vollbeschäftigung möglichst nahe kommt und Verschuldungsgrenzen nicht überschreitet. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)
Utl.: Darlehensrückzahlung
=++++

40 Wien,4.6. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat MAYR hat seinen Bericht mit falschen parteipolitischen Behauptungen gespickt, um von seinem eigenen Versagen abzulenken, kritisierte Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP). Die ÖVP hat 1968 für die Errichtung der WIG 74 gestimmt. 1970 wurden im Gemeinderat ebenfalls einstimmig die Kosten von 350 Millionen Schilling beschlossen. Erst bei Sachkrediterhöhungen im Ausmaß von über 80 Prozent hat die ÖVP dagegen gestimmt. Die ÖVP war nicht gegen die WIG 74, sondern gegen die Verschwendung von Steuergeldern. Die Zinsen der aus Budgetknappheit von Wien kurzfristig aufgenommenen Mittel machen allein 21 Millionen Steuergelder aus. Stadtrat MAYR habe es verabsäumt, den Gemeinderat über den Zahlungsverzug der Wiener Gebietskrankenkasse zu informieren.

Zu einer Berichtigung meldete sich Stadtrat MAYR (SPÖ). Tatsache sei, daß die Stadt Wien zweimal kurzfristige Kredite aufgenommen hat, aber nicht wegen Geldknappheit, sondern, weil die Stadt Wien nicht bereit war, die Anleihebedingungen im Herbst 1981 zu akzeptieren. Die Wiener Gebietskrankenkasse wird Montag, 7. Juni, 520 Millionen Schilling an die Stadt Wien überweisen. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Darlehensrückzahlung
=++++

44 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPö) wandte sich gegen die Vorwürfe der öVP gegen die Wiener Wirtschaftspolitik. Rautner sagte, es gebe in österreich nur wenige Städte mit einem vergleichbar geringen Schuldenstand wie Wien. Im Gegensatz zu verschlampten Strukturen in anderen Bundesländern herrsche in Wien das Klima einer aktiven Wirtschaftspolitik. Die SPö sorge für die Vollbeschäftigung, während die öVP allein durch ihr Veto im Bundesrat gegen das Beschäftigungsprogramm der Regierung tausende Arbeitsplätze blockiert habe. Rautner verhehlte nicht seine Sorge um den Rückgang der Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe in Wien und um die drastisch gestiegene Arbeitslosigkeit am Bau. Hier habe jedoch die Stadt Wien mit dem Einsatz von 13,5 Milliarden ein Programm gesetzt, dessen positive arbeitspolitische Auswirkungen letzten Endes 85.000 Menschen betreffen. Rautner appellierte schließlich im Namen der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft dringlich an die Stadt Wien und den Bund, mit dem Bau des Konferenzzentrums zu beginnen. Er betonte den Beschäftigungseffekt dieses Vorhabens, das im Verlauf der kommenden Jahre pro Jahr 2.077 Jahresarbeitsplätze bedeutet. Der öVP warf Rautner in diesem Zusammenhang Demagogie vor, da das Konferenzzentrum weder nur mit dem Einsatz von Maschinen gebaut noch um die Summe von 7,5 Milliarden 12.000 Wohnungen errichtet werden könnten. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Darlehensrückzahlung
=++++

45 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. MAYR (ÖVP) sagte, die Kritik der ÖVP an der Wirtschaftspolitik in Wien sei nicht durch Rechthaberei sondern durch die Sorge um Stadt und Land bestimmt. Die wirtschaftspolitische Lage sei nicht nur auf die internationale Krise, sondern auch auf politisches Versagen zurückzuführen. So sei etwa eine Steuerpolitik falsch, die letzten Endes zu einer Entkapitalisierung der Betriebe führe. MAYR betonte auch, daß das Bruttosozialprodukt in den letzten Jahren in Wien von allen Bundesländern am geringsten gestiegen sei. Erfolge könnten in Zukunft nur durch positive Maßnahmen wie etwa den Wirtschaftsförderungsfonds erreicht werden: Auf der Basis der sozialen Marktwirtschaft und der Zusammenarbeit aller Kräfte.

In seinem Schlußwort betonte GR. KNEIDINGER das Vertrauen in die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Stadt Wien, das nicht zuletzt in der Überzeichnung der Anleihe der Stadt Wien um 300 Millionen ersichtlich geworden sei.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.
(Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Wohnhausrenovierung
=++++

46 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. MICHALICA (SPö) stellte den Antrag, die Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlage Laxenburger Straße 92 mit einer Kostenerfordernis von 4,7 Millionen S zu genehmigen.

GR. HAHN (öVP) kritisierte, daß sich durch die Anwendung des Paragraph 2 nach dem alten Mietrechtgesetz für die Mieter dieses Gemeindebaues eine 13,79fache Erhöhung des Zinses ergeben werden. Über 11.000 Mieter von Gemeindewohungen wären derzeit schon mit etwa 44 Millionen Schilling an Mietenzahlungen im Rückstand. Umsiedlungen in teurere Wohnungen wären kein Ausweg. Die Mieter im betroffenen Gemeindebau seien zu wenig informiert worden und wären fassungslos über die geplanten Maßnahmen.

GR. LUDWIG (SPö) erklärte, daß sich die SPö-Funktionäre im Gegensatz zu anderen Fraktionen in ständigem Kontakt mit den Mietern befänden. Alle 80 Mieter wurden ausreichend informiert und hätten akzeptiert, daß sie für die Renovierung aufkommen müßten.

Stadtrat HATZL (SPö) stellte fest, daß er das "Nein" der öVP zu Instandsetzung eines bestimmten Hauses in Favoriten nicht verstehen könne. Um diese Renovierung nur aus dem Erhaltungsbeitrag zu finanzieren, müßte man diesen 15 bis 16 Jahre lang einheben. Ein so langes Zuwarten sei nicht möglich gewesen. Außerdem wies Stadtrat Hatzl den Vorwurf zurück, die Mieter nicht genug informiert zu haben. Auch bei der Verhandlung bei der Schlichtungsstelle hätte es keine Einsprüche von Seiten der Mieter gegeben.

Zum Thema Mietzinsrückstände erklärte Hatzl, die 44 Millionen hätten nur zu einem bestimmten Stichtag gegolten und sei daher kein echtes Ergebnis. Viele Mieter zahlten ihre Miete erst ein paar Tage nach dem Ersten.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPö und FPö angenommen. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)
Utl.: Entsorgungsbetriebe Simmering
=++++

47 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPÖ) beantragte die Herstellung einer 20kV-Kupplung zwischen der Hauptkläranlage und den Entsorgungsbetrieben Simmering mit Kosten in der Gesamthöhe von 8,9 Millionen Schilling.

GR. Dipl. Ing. DDr. STRUNZ (ÖVP) nahm diesen Antrag zum Anlaß, um auf einen konkreten Geschäftsfall der EBS hinzuweisen, bei dem die EBS eine größere Menge an pestizidhältigem Abfall an die Biomull abgeschoben habe. Hier bestehe der Verdacht der fahrlässigen Gefährdung von Anrainern und Mitarbeitern der Biomull und des Grundwassers. Wie lange sollen diese Abfälle noch dort lagern?

StR. VELETA wies diese Darstellung von GR. STRUNZ zurück. Der Pestizide enthaltende Müll wurde in der EBS entsorgt. An die Biomull wurden lediglich Düngemittel weitergegeben. STRUNZ unterstelle Mitarbeitern der EBS und der Magistratsabteilung 30, ihn - VELETA - falsch informiert zu haben. Wir gehen keineswegs sorglos vor, sagte VELETA. Bei der Magistratsabteilung 39 wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben. Sobald dieses vorliegt, wird entschieden, was mit dieser Lagerung geschieht.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)
Utl.: Baubeginn U 3 und U 6
=++++

48 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Für die baulichen Vorarbeiten der U-Bahnlinien U 3 und U 6 beantragte StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) 419,9 Millionen Schilling. Die Zustimmung zu diesen Anträgen bedeutet den Startschuß für die zweite große Bauphase der Wiener U-Bahn. Derzeit umfaßt das Wiener U-Bahnnetz eine Gesamtlänge von 31 Kilometer. StR. Hofmann gab einen Rückblick über die Bauetappen des vorhandenen U-Bahnnetzes. Auch auf die Vorteile dieses modernsten und schnellsten Verkehrsmittel wies Hofmann hin. Keinem Autofahrer wäre es möglich, in zehn Minuten vom Donauzentrum zum Stephansplatz zu gelangen. Stadtteile rücken durch die U-Bahn näher zusammen, Fußgängerzonen und große Erholungsgebiete wurden erschlossen.

Für den Bau der Linie U 3 und U 6 konnte eine fünfzigprozentige Kostenbeteiligung des Bundes erreicht werden. Als erster Teilabschnitt der künftigen Ost-West-Durchmesserlinie U 3 wird die Strecke Kundmanngasse - Landstraße - Stephansplatz - Bellaria gebaut. Später ist eine Verlängerung nach Erdberg und weiter nach Simmering sowie zum Westbahnhof und nach Ottakring geplant. Die Linie U 6 besteht aus der derzeitigen Gürtelstrecke, der Stadtbahn von Heiligenstadt bis zur Gumpendorfer Straße und einer neuen Verbindung zwischen Gumpendorfer Straße und Philadelphiabrücke. Später wird die U 6 bis nach Siebenhirten fahren.

GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) verwies auf die zahlreichen Vorarbeiten, die für den Bau einer U-Bahnlinie notwendig sind. Besonders schwierig werden sich die Arbeiten der U 6 im Bereich der Philadelphiabrücke gestalten. Hier ist eine offene Bauweise kaum möglich . Dieser längste U-Bahntunnel kann nur mit Hilfe eines neuen Tunnelverfahrens errichtet werden. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Baubeginn U3 und U6
=++++

49 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) In dem Aufteilungsschlüssel der Kostenbeteiligung für die U-Bahn spiegelt sich auch die politische Entwicklung des Landes wider, meinte GR. HENGELMÜLLER. Während für die U3 und für die U6 eine fünfzigprozentige Kostenbeteiligung des Bundes erreicht werden konnte, machte die Bundesbeteiligung unter einr ÖVP-Regierung während der ersten Bauphase nur rund zwölf Prozent aus. Da die Otto-Wagner-Brücke für die U-Bahn nicht geeignet ist, wird nun in einem Ideenwettbewerrb eine Parallelbrücke geplant. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Baubeginn U 3 und U 6
=++++

51 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. GOLLER (ÖVP) wies darauf hin, daß mit den Vorarbeiten zur U 3 eine langjährige Forderung der Volkspartei endlich in Erfüllung gehe. Die U-Bahn gelte heute als das modernste Massenverkehrsmittel und sei von den Wienern begeistert angenommen worden. Die Verantwortlichen aber hätten Jahrzehnte gebraucht, um diese Idee anzunehmen. Auch der Rechnungshof habe bestätigt, daß die U-Bahn 15 Jahre zu spät gebaut worden wäre. Noch 1961 habe Vizebürgermeister BOCK erklärt, die U-Bahn sei ein Traumziel für spätere Generationen, und Bürgermeister SLAVIK habe gemeint, der 3. und der 11. Bezirk würden keine U-Bahn brauchen, da sie ohnehin die Gürtelautobahn bekommen.

Goller ging dann auf die Umleitungen ein, die während der Bauzeit eine Leidensgeschichte für alle Betroffenen werden müßten. Er ersuchte während der sieben Jahre der Umleitungen die Probleme wie Anrainerverkehr oder Geschäftsverkehr zum Landstraßer Markt mit den Betroffenen und der Bezirksvertretung abzusprechen. Überdies müsse es möglich sein, die Bauzeit von 7,5 Jahren zu verkürzen. Auch sei für die ÖVP die U 3 als reiner Torso nicht akzeptabel.

Weiters verlangte Goller, keine der Ring-rund-Linien während der Bauzeit aufzulassen und auch nicht auf die Linie T zu verzichten. In diesem Sinne brachte er einen ANTRAG ein. (Forts.) rö/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Baubeginn der U 3 und U 6
=++++

52 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) wies darauf hin, daß sich am Beispiel der U 3 deutlich zeige, wie wenig sinnvoll es sei, wenn man Großprojekte grundsätzlich verdamme. Als Beispiele für inzwischen von der Bevölkerung angenommene Großprojekte nannte er das Entlastungsgerinne, die Donauinsel, das WIG-Gelände, aber auch den Karl-Marx-Hof, die Stadtbahn und die Hochquellenleitung. Die Beurteilung des Vorhabens dürfte nicht nach der Größe erfolgen, sondern danach, ob es sinnvoll sei oder nicht.

GR. Oblasser würdigte die Tatsache, daß die Bundesregierung von einem Fixzuschuß abgegangen wäre, und sich nun zu 50 Prozent an der U-Bahn beteilige. Die Erwähnung der Zeit Bürgermeister Slaviks durch GR. Goller sei für ihn ein gutes Stichwort, da sich die ÖVP nie um die Finanzierung gekümmert habe und auch gegen die U-Bahn stimmte.

Schließlich rief Oblasser die Salzburger Nachrichten als Zeuge dafür auf, daß Niederösterreichs Landeshauptmann-Stellvertreter PRÖLL mit seiner Bemerkung, die Wiener U-Bahn sei ein Prestige-Projekt, weit übers Ziel geschossen habe. Er gehöre zum Kreis jener Bundesländer-Vertreter, die tausend Gründe suchen, warum das Konferenzzentrum nicht gebaut werden solle.

Oblasser würdigte schließlich, daß für den Bau der U 3 und U 6 sowie die Verlängerung der U 1 nach Kagran heuer 947 Millionen aus Bundesmitteln und damit insgesamt mehr als 1 1/2 Milliarden zur Verfügung stünden. (Forts.) rö/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)
Utl.: Baubeginn U 3 und U 6
=++++

53 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) wies darauf hin, daß auch die FPÖ schon immer für den U-Bahn-Bau in Wien war. Pawkowicz äußerte jedoch Bedenken, ob in den kommenden Jahren genügend Mittel vorhanden sein würden, um die U 3 und die U 6 gleichzeitig auszubauen. Als positiv wertete er das Vorhandensein eines längerfristigen Planungskonzeptes. Bezüglich des U-Bahn-Baues in der Mariahilfer Straße sagte Pawkowicz, daß man hier beim Bau besonders auf die Geschäftswelt Rücksicht nehmen müsse. Anschließend sprach er sich für die Weiterführung aller U-Bahn-Linien an die Peripherie aus.

StR. Ing. HOFMANN ging in seinem Schlußwort auf einige von seinen Vorrednern aufgeworfene Fragen ein. So wies Hofmann darauf hin, daß die Belästigung der Anrainer bei offener Bauweise wegen der kürzeren Bauzeit oft geringer sei als durch die Tunnelbauweise. Zum gleichzeitigen Bau der U 3 und der U 6 sagte er, daß die U 6 natürlich früher fertiggestellt werde. Bei der U 3 ziehe man den Abschnitt durch die Innenstadt vor, da dieser die meisten Benützer aufweisen werde. Zum Abkommen der Stadt Wien mit dem ehemaligen ÖVP-Finanzminister Schmitz über den Ausbau des U-Bahn-Grundnetzes bemerkte Hofmann, daß dieses letzten Endes lediglich eine Beteiligung des Bundes an den Baukosten von zwölf Prozent gebracht habe. Hofmann warnte schließlich davor, den Bau der U 3 durch Diskussionen über die Trassenführung im 6. Bezirk noch mehr hinauszuschieben. Dabei sprach er sich eindeutig für die Trasse Mariahilfer Straße aus.

ABSTIMMUNG: Beide Anträge wurden einstimmig angenommen. Ein Beschlußantrag der ÖVP zur Koordinierung des öffentlichen Verkehrs während des Baues der U 3 wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.
(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Sonderwohnbauprogramm
=++++

54 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Der Import wirtschaftlicher Probleme konnte nicht zur Gänze verhindert werden, deshlab habe die Bundesregierung im Rahmen ihres wirtschaftlichen Maßnahmenpaktes das Sonderwohnbauprogramm erstellte, erklärte GR. EDLINGER (SPö). Durch die Verzögerungen der öVP im Parlament könne die Wiener Beteiligung an diesem Programm erst heute im Gemeinderat beschlossen werden. Wien werde seine Quote voll einhalten. GR. Edlinger stellte den Antrag, für die Finanzierung von städtischen Wohnhausbauten im Rahmen des Wohnhaussonderprogrammes 1982 des Bundes Darlehen bis zum Gesamtbetrag von 1,6 Milliarden S aufzunehmen.

Als eine neue Facette der Ungerechtigkeit im österreichischen Wohnbau bezeichnete GR. KUCHAR (FPö) das Sonderwohnbauprogramm der Regierung. Damit werde, statt die Situation auf dem Wohnungsmarkt zu vereinfachen, ein neuer Rechtstyp geschaffen, der neue Unterschiede und Ungleichheiten für die österreichischen Mieter bringe.

Entscheidender Fehler des Sonderwohnbauprogrammes sei es, daß ausschließlich kommunale und Genossenschaftswohnungen gefördert würden, obwohl laut einer Umfrage das Eigenheim die beliebteste Wohnform darstellt.

Es fehle ihm jedes Verständnis, daß die öVP zur Hausrenovierung in Favoriten ihre Zustimmung nicht gegeben habe. Es könne sich dabei nur mehr um eine "populistische" Politik handeln, die fachlich nicht gerechtfertigt ist. Die öVP befinde sich damit nicht mehr am Boden der Marktwirtschaft.

GR. Kuchar warf Stadtrat Hatzl vor, er habe die Veröffentlichung in der Brigittenauer Bezirkszeitung über eine Intervention der Bezirksfunktionäre für eine Reduktion des Erhaltungsbeitrages nicht rechtzeitig berichtigt. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)
Utl.: Sonderwohnbauprogramm
=++++

55 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auch die ÖVP hätte in der Wohnbaupolitik in ihrem Bereich sehr viel versäumt, erklärte GR. KUCHAR. Bei den Wohnbauträgern beider Parteien herrschten Dilettantismus, zu wenig Sorgfalt und zuwenig Anständigkeit - der WBO-Skandal sei nur die Spitze eines Eisberges.

Nicht weil das Wohnbauprogramm so gut, sondern weil das Bedürfnis nach Wohnungen und die Sorge um Arbeitsplätze so groß sei, gebe seine Fraktion die Zustimmung zum vorliegenden Geschäftsstück. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)
Utl.: Sonderwohnbauprogramm
=++++

56 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) nannte drei Hauptgründe, warum die ÖVP dem Sonderwohnbauprogramm im Parlament nicht zugestimmt habe: erstens, weil keine Eigentumswohnungen gefördert werden sollen, zweitens, weil die Wohnungen nach zehn Jahren sehr teuer sein werden, und drittens, weil das ganze Sonderwohnbauprogramm nicht notwendig gewesen wäre, hätte Bundeskanzler KREISKY nicht den "Rösselsprung" zum Konferenzzentrum gemacht.

Die ÖVP treffe keine Schuld an einer mangelnden Beschäftigung der Bauwirtschaft. So habe sie beispielsweise immer wieder den Baubeginn des Krankenhauses im SMZ-Ost gefordert.

Hahn stellte die Frage, ob es StR. Hatzl gelingen werde, heuer wirklich 7.000 Wohnungen zu fördern. Bis jetzt waren es nur 1.300. Hahn kritisierte die zu langsame Bauabwicklung bei der Wohnbauförderung. Im Frühling und im Sommer müßte ja im allgemeinen bereits mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Das Sonderwohnbauprogramm erscheint "zusammengestoppelt". So wurde en Projekt in der Wagramer Straße schon 1977 im Gemeinderat beschlossen. Andererseits sind Projekte enthalten, für die es noch gar keine Baubewilligung gibt. Auch in der Zahl der Wohnungen besteht ein Widerspruch. In der Landesregierung wuden 1.553 Wohnungen beschlossen, im heutigen Antrag sind es nur 1.356.

Trotz aller Bedenken werde die ÖVP aber dem Antrag ihre Zustimmung geben. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)
Utl.: Sonderwohnbauprogramm
=++++

57 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Einen Widerspruch in der Argumentation der ÖVP deckte GR. LUSTIG (SPÖ) auf. Die ÖVP und die FPÖ haben dem Mietrechtsgesetz einerseits nicht zugestimmt, weil ihnen die Obergrenzen für den Mietzins zu gering sind, und weil dem privaten Haubesitzer daher wenig Gewinn bleibt. Andererseits kritisieren beide Oppositionsparteien, daß der Mietzins bei den neuen Wohnungen mit etwa 25 Schilling pro Quadratmeter zu hoch sein wird. Die Oppositionsparteien haben es sich beim Wohnbausonderprogramm recht leicht gemacht: Sie werden zwar mitstimmen, üben aber Kritik daran. Andere oder bessere Lösungen werden jedoch nicht vorgeschlagen.

Mieter in städtischen Wohnhausanlagen haben ebenso wie alle anderen Mieter für die Instandsetzung ihrer Wohnhäuser selbst aufzukommen. Eine Renovierung von Gemeindebauten kann nicht durch allgemeine Steuermittel abgedeckt werden. Der Interventionsvorwurf beim Erhaltungsbeitrag von seiten GR. Kuchars sei völlig falsch. In vielen Wohnhausanlagen wird der Erhaltungsbeitrag nicht in voller Höhe eingehoben. Die Obergrenze des Erhaltungsbeitrages hängt vom Bauzustand der Wohnhäuser ab. Durch ihren Einspruch zum Bundeswohnbausonderprogramm im Parlament hat die ÖVP die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit um 6 bis 8 Wochen verzögert. Die ÖVP jongliere mit Arbeitsplätzen. Die Stadt Wien wird das Sonderwohnbauprogramm jedenfalls nützen. Neun städtische Bauvorhaben mit 1.500 Wohnungen sind beantragt. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)
Utl.: Sonderwohnbauprogramm
=++++

58 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Die Opposition hat es schwer gehabt, eine Argumentationslinie zum Wohnbausonderprogramm aufrecht zu erhalten, stellte GR. EDLINGER (SPö) in seinem Schlußwort fest. Wenn der freiheitliche Gemeinderat bedauert, daß es keinen Wohnungsmarkt gibt, so ist ein Fehlen eines Wohnungsmarktes den Sozialisten recht, denn Wohnungen sollen keinen Marktkriterien unterworfen werden. Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Durch das Wohnbausonderprogramm wird es in Wien heuer 7.000 geförderte Wohnungen geben. Der Beschäftigungseffekt tritt in Folge des öVP-Vetos im Bundesrat leider erst 6 bis 8 Wochen später in Kraft.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (35)
Utl.: Besprechung Mitteilung
=++++

59 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. WIESINGER (SPö) beantragte die Besprechung der Mitteilung von StR. MAYR über die Wirtschaftspolitik der Gemeinde Wien. Der Antrag zur Besprechung wurde einstimmig angenommen.

GR. HIRNSCHALL (FPö) sagte als erster Debattenredner, man müsse nun endlich die Wahrheit sagen. Bauen um des Bauens willen sei nicht der richtige Weg zur Vollbeschäftigung, noch dazu, wenn die Finanzierung auf Schwierigkeiten stoße. Es seine bereits in den letzten Jahren - vor allem von den Sozialversicherungen - zu viele aufwendige Büropaläste gebaut worden. Auch die Stadt Wien habe Großprojekten den Vorrang gegeben und sich dabei finanziell übernommen. Die negativen Auswirkungen dieser Politik seien im Budget ersichtlich. Der Investitionsspielraum sinke, die Schuldenlast steige. Für die Zukunft sei es vor allem notwenidig, der Stadterneuerung den Vorrang zu geben. Im Zuge des U-Bahnbaues sei die Möglichkeit des gleichzeitigen Baus von U 3 und U 6 eher fraglich. Eine Garantie für die Vollbeschäftigung könne schließlich nur durch eine funktionierende Marktwirtschaft und die Förderung der privaten Innovation, nicht jedoch durch Dirigismus und Großprojekte erreicht werden. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)
Utl.: Besprechung - Mitteilung
=++++

60 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. WIESINGER (SPÖ) zitierte aus einem Artikel der ÖVP-nahen Zeitung "Der Wirtschaftstreibende", der sich mit dem Bau des Konferenzzentrums beschäftigt hat. Er bezeichnete ihn als politische Demagogie ohnegleichen und ging auf einige Punkte ein. Es stimme nicht, daß Bundeskanzler Kreisky dieses Projekt einsam beschlossen habe, das sei bereits in der ÖVP-Alleinregierung geschehen. Daß die Notwendigkeit dafür vorhanden sei, bestätigten Aussagen von Kurt Waldheim, UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar und Bundespräsident Kirchschläger. Das Volksbegehren der ÖVP lasse sich auch so auslegen, daß drei Viertel der Bevölkerung nicht gegen den Bau des Konferenzzentrums seien. Anschließend zitierte GR. Wiesinger aus einem Brief den ÖVP-Generalsekretär Graff, in dem dieser das Volksbegehren als Probegalopp für die Nationalratswahlen bezeichnet hatte. Die in einigen Gemeinden daraufhin erzielten Teilnahmequoten von 100 Prozent erinnerten an die Ergebnisse von Wahlen in Volksdemokratien.

Die Bevölkerung sei durch Informationen wie aus erwähnter Zeitung bewußt falsch informiert worden, erklärte GR. Wiesinger. Die Doppelmoral der ÖVP zeige sich auch darin, daß sie dem Wohnbauprogramm nicht zugestimmt habe, statt des Konferenzzentrums aber zusätzliche Wohnhausbauten gefordert habe.

Dem ÖVP-Gutachten gegen das Konferenzzentrum stellte GR. Wiesinger das Gutachten eines Nationalökonomen gegenüber, der den Bau als sinnvollen Beitrag zur Vollbeschäftigungspolitik bezeichnet hatte. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)
Utl.: Besprechung Mitteilung
=++++

61 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Das Hauptthema der Mitteilung von StR. MAYR war es, ein Alibi für den Bau des Konferenzzentrums zu finden, sagte StR. NEUSSER (ÖVP). Noch im November 1981 hatte Kreisky erklärt, daß derzeit an einen Bau des Konferenzzentrums nicht gedacht werde. Nur eineinhalb Monate später faßte er seinen "einsamen" Beschluß zum Bau. Das Konferenzzentrum ist ein reines Prestigeobjekt der SPÖ.

Der Bericht von StR. MAYR bringt wenig Neues. Auch wir bekennen uns zur Priorität der Vollbeschäftigung, zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Produktions- und Dienstleistungssektor sowie zu einem Abbau des wirtschaftlichen West-Ost-Gefälles, betonte Neusser.

Von 1977 bis 1981 hat sich der Arbeitslosenanteil in Wien verdoppelt, die neuesten Zahlen der Monate April und Mai 1982 sind sogar dreimal so hoch wie 1977. An der Arbeitslosigkeit sei die Wirtschafts- und Steuerpolitik der SPÖ schuld, sagte Neusser. Immer wieder versuche die SPÖ, Klein- und Mittelbetriebe zu diskreditieren, obwohl gerade diese Arbeitsplätze gehalten haben.

Neusser begrüßte die Einigung in der Frage der Lehrplatzförderung. 1981 waren 750 Jugendliche, die keinen Lehrplatz gefunden hatten, übrig geblieben. Dieser Zahl standen 350 offene Lehrstellen gegenüber. Es sind aber nicht alle Jugendlichen für jede Lehrstelle befähigt. Ein Brückenlehrgang wurde installiert, dessen Teilnehmer nachher ebenfalls alle einen Lehrplatz fanden. Heuer besteht die Befürchtung, daß 1.200 Jugendliche ohne Lehrplatz überbleiben werden. Um die geht es, sagte Neusser, deshalb sei die Einigung über die Lehrplatzförderung so wichtig. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)
Utl.: Besprechung - Mitteilung
=++++

62 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Die SPö leidet weder an Großmannsucht, noch will sie sich Denkmäler setzten, sondern Projekte errichten, die notwendig sind und die für eine ausgewogene Infrastruktur gebraucht werden, stellte Stadtrat MAYR (SPö) fest. Die Verwaltungsgebäude der Sozialversicherung sind notwendig, in ihnen befinden sich auch Untersuchungsstationen und Ambulatorien. Das Konferenzzentrum sollte ursprünglich zurückgestellt werden, weil für 1981/82 ein Konjukturaufschwung vorausgesagt war. Da diese Prognosen leider nicht eintrafen, sind zusätzliche Maßnahmen notwendig. Das Konferenzzentrum wird für den Fremdenverkehr von großer Bedeutung sein. Sicherlich wird es Folgekosten geben, die auch durch langfristige Mehreinnahmen im Fremdenverkehr und im Export aufgewogen werden. Stadtrat Mayr kritisierte Stadtrat NEUSSER, der Minister Dallinger als "Ausflipper" bezeichnete, selbst aber recht empfindlich reagiere. Die grundsätzliche Zustimmung der Oppostition nütze wenig, wenn zu jedem Einzelprojekt nein gesagt wird. Das von der öVP abgelehnte General-Motors-Werk hat sich als überaus positiv erwiesen: Die innere Wertschöpfung wird über 50 Prozent betragen. Landeshauptmann KRAINER verlangt nun in der Steiermark den gleichen Prozentsatz an Förderungsmittel für eine Betriebsansiedlung wie bei den General-Motors. Hier hat die öVP zugestimmt. Die öVP soll bei Wiener Projekten den gleichen Maßstab anlegen, wie bei Projekten in Bundesländern. Weltweit sei man zu der Überzeugung gekommen, daß mit einer Überlassung der Wirtschaft an die freien Kräfte des Marktes das Auslangen nicht gefunden werden kann. Die SPö wird soweit in die Wirtschaft eingreifen, daß Wirtschaften nicht ein Krieg "Jeder gegen Jeden" bedeutet. (Forts.)
ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)
Utl.: Besprechung - Mitteilung
=++++

63 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. NEUMANN (ÖVP) wies darauf hin, daß eine offensive wirtschaftspolitische Strategie vor allem dann zum Ziel führe, wenn sei von vornherein auf alle ideologischen Mätzchen verzichte. In wenigen Wochen werde man wissen, daß die Wiener Wirtschaft 1982 einen Insolvenzrekord entgegen geht. Konkurse würden aber den Verlust volkswirtschaftlichen Vermögens und den traurigen Ausdruck von Strukturschwäche bedeuten. Und gerade in einer solchen Zeit entschließe sich die SPÖ zum Bau eines mit hohen Folgekosten belasteten Betonmonsters und zur Produktion von amerikanischen Autos.

Wenn der Bundeskanzler in der Arbeiterzeitung bekannt gegeben habe, daß von den heuer bereits bei General Motors beschäftigten 1.325 Angestellten 30 Prozent vorher arbeitslos gewesen wären, seien ganze 397 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Damit sei man den falschen Weg gegangen. Wien brauch eine international wettbewerbsfähige Wirtschaft und dazu die Absage an die Gigantomanie einzelner sozialistischer Politiker. (Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)
Utl.: Dringlicher Antrag
=++++

64 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Vor Schluß der Sitzung wurde der dringliche Antrag der ÖVP betreffend das österreichische Konferenzzentrum behandelt. Der Antrag verlangt, daß der Bürgermeister beauftragt wird, Verhandlungen über einen Planungs- und Baustopp beim österreichischen Konferenzzentrum aufzunehmen. Die dafür vorgesehenen Mittel sollen für Projekte der Stadterneuerung zur Verfügung gestellt werden. Die 35prozentige Kostenbeteiligung soll aufgelöst werden.

GR. FÜRST (ÖVP) begründete den dringlichen Antrag damit, daß es notwendig sei, sowohl finanziellen als auch ideellen Schaden von Wien abzuwenden. Letzterer zeige sich in der Mißachtung demokratischer Gesinnung, die dem Parteiprestige zum Opfer gebracht werde. Die Weiterplanung und der Weiterbau des Zentrums noch vor der Behandlung des Volksbegehrens im Parlament würden einen Affront gegen Bürgerwünsche bedeuten.

ABSTIMMUNG: Die dringliche Behandlung in der heutigen Sitzung wurde einstimmig angenommen. (Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)
Utl.: Dringliche Anfrage
=++++

65 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. FÜRST (ÖVP) erinnerte in seiner Wortmeldung an Stellungnahmen von Minister Sekanina und Stadtrat Zilk, die sich für den Ausbau der Hofburg ausgesprochen hatten. Für die Bauwirtschaft werde das Konferenzzentrum nur eine Auftragssumme von etwa 400 Millionen bringen, nur rund 400 Menschen würden zusätzliche Beschäftigung im Bau finden.

Zum Argument, daß es bereits internationale Zusagen gebe, erklärte Fürst, man müsse nur geeignete Konferenzräume zur Verfügung stellen können, nicht aber ein eigenes Konferenzzentrum. Es sei zwar bereits sehr viel Geld verplant, trotzdem müsse der Bau noch rechtzeitig gstoppt werden.

Zur Frage der internationalen Sicherheit meinte Fürst, es gebe schon genug internationale Kongresse und Organisationen in österreich, das Konferenzzentrum würde den Sicherheitsfaktor nicht wesentlich erhöhen.

Die Behauptung, der Nichtbau des Konferenzzentrums würde das internationale Ansehen Wiens gefährden, bezeichnete Fürst als "Verrat an unserer Stadt". Das Konferenzzentrum wäre für das Ansehen Wiens nicht notwendig. Unsinnig und demokratiegefährdend sei auch die Argumentation, daß 74 Prozent der Bevölkerung sich nicht gegen das Konferenzzentrum ausgesprochen haben. Bei der Friedensdemonstration war nur ein Prozent der Bevölkerung; trotzdem könne niemand behaupten, 99 Prozent wären für den Krieg.

Mit der direkten Beteiligung von 35 Prozent und über den Bundesanteil müsse Wien insgesamt mehr als die Hälfte der Kosten für das Konferenzzentrum erbringen.

Abschließend richtete GR. Früst den dringenden Appell an die Mehrheitsfraktion, den Bau dieses "Sauriers" doch noch zu stoppen, womit sie mit der Mehrheit der österreicher konfrom gehen würde. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)
Utl.: Dringlicher Antrag
=++++

66 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) 1,3 Millionen Bürger haben das Volksbegehren unterschrieben, stellte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) fest. Die Meinung, daß alle, die nicht unterschrieben haben, für den Bau des Konferenzzentrums sind, sei ein Irrtum. Viele haben deshalb nicht unterschrieben, weil das Volksbegehren von einer politischen Partei gestartet worden ist. Die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung sei gegen den Bau, meinte Pawkowicz. Auch er lehne das Konferenzzentrum ab, obwohl er das Volksbegehren nicht unterzeichnet habe. Pawkowicz nannte dafür fünf Hauptgründe: Erstens sei ungewiß, wieviele große Kongresse in Zukunft stattfinden; zweitens sei der Standort in Kagran nicht ideal, ein Kongreßzentrum in der Inneren Stadt wäre besser; drittens könnte man bei der Stadterneuerung mit weniger Geld mehr Arbeitsplätze schaffen; viertens wäre der Ausbau des Messepalastes billiger und fünftens sei mit sehr hohen Folgekosten durch den Betrieb des Konferenzzentrums zu rechnen. Pawkowicz machte den Vorschlag, eine Volksabstimmung über den Bau des Konferenzzentrums abzuhalten. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (43)
Utl.: Dringliche Anfrage
=++++

67 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) GR. SALLABERGER (SPÖ) stellte klar, daß alle Politiker versichert hätten, die Debatte über das Volksbegehren fristgerecht durchzuführen. Er wies dann darauf hin, daß sich in der Vergangenheit ÖVP-Bautenminister Kotzina, ÖVP-Abgeordneter König und EX-UN-Generalsekretär Waldheim wiederholt für das Konferenzzentrum stark gemacht hätten. Weil man gewußt habe, daß für groß angelegte Konferenzen in der Hofburg kein Platz wäre, hätten verantwortungsbewußte Politiker diese Beschlüsse gefaßt. Und gerade Alt-Bundeskanzler Klaus, Ex-Bautenminister Kotzina und Ex-Finanzminister Koren müßten sich eigentlich dafür genieren, daß die ÖVP heute nichts mehr vom Konferenzzentrum wissen wolle.

Das Konferenzzentrum habe auch bereits Auswirkungen auf die Klein- und Mittelbetriebe, von denen bereits 120 Aufträge erhalten hätten. Überdies würden gerade die Großfirmen, wenn sei wieder Beschäftigung haben, den Klein- und Mittelbetrieben keine Konkurrenz bei der Wohnungsverbesserung machen. Durch die Wohnungsverbesserungskredite wären in den letzten zehn Jahren immerhin 88.000 Wohnungen (die Größenordnung von Linz) in Wien verbessert worden.

Zum sogenannten Probegalopp der Volkspartei sagte Sallaberger, das Wiener Ergebnis sei insgesamt nur das Drittbeste gewesen. (Zwischenruf GR. HAHN (ÖVP): Dafür sind die Leute schon dreimal gegangen). Mit 20 bis 25 Millionen Schilling wäre es der ÖVP nur gelungen, 40.000 Menschen zusätzlich zur Abstimmung zu bringen (Zwischenruf Vbgm. BUSEK (ÖVP): Mit der Differenz könnten sie die AZ sanieren). (Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (44)
Utl.: Dringliche Anfrage
=++++

68 wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Auch GR. HAHN (öVP) nahm zur historischen Entwicklung des Konferenzzentrums Stellung. 1972 hat Ministerialrat Dr. WAIZ bei einer Besprechung festgestellt, daß eine rechtliche Verpflichtung nur für die Abhaltung der Generalkonferenz der IAEA besteht. Dazu würde ein großes Konferenzzentrum nicht notwendig sein. Diskutiert wurde damals über ein Konferenzzentrum mit einem Kostenaufwand von 700 Millionen S. Es war immer nur von 3.500 Konferenzteilnehmern die Rede, sagte Hahn. Auch Bundeskanzler KREISKY hat 1972 davon gewarnt, das Opfer einer Gigantomanie zu werden. Wenn es einmal einen Kongreß mit 7.000 Personen gibt, soll man deswegen nicht so ein großes Konferenzzentrum bauen, zitierte Hahn. 1973 habe es einen Kostenvoranschlag für das Konferenzzentrum von 12,8 Milliarden Schilling Baukosten gegeben. Auf Urgenz der öVP wurde dieser Baukostenvoranschlag auf 8,4 Milliarden Schilling gesenkt.

In den letzten Jahren ist die Zahl der Großkonferenzen zurückgegangen, sie wird auch weiterhin zurückgehen. In Wien gibt es ein reiches Angebot an Konferenzsälen. Die ideale Lösung wäre der Ausbau des Messepalastes im Zusammenhang mit der Adaptierung der Hofburg. Bürgermeister GRATZ soll eine Erklärung abgeben, daß sich Wien an der Beteiligung des Konferenzzentrums zurückzieht. (Forts.)
ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (45)
Utl.: Dringlicher Antrag
=++++

69 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister GRATZ warf GR. FÜRST vor, er habe sich nicht von der eigenen Propagandalinie lösen können und das Konferenzzentrum nicht ohne negativ schmückendes Beiwort erwähnt. Zur Einstufung des Volksbegehrens meinte der Bürgermeister, die Verfassung ermögliche es, einen Gesetzesantrag ins Parlament zu bringen, auch wenn sich keine acht Abgeordneten zu seiner Unterstützung finden würden. Da er aber nicht annehme, daß die öVP diese acht Abgeordneten nicht gefunden hätte, bleibe nur die zweite Schlußfolgerung, daß es eben ein Probegalopp gewesen sei.

überdies sei diese Gesetzesinitiative auch bei Annahme nicht vollziehbar, da sie soweit gespannt sei, daß jeder Landeshauptmann für sein Land alles verlangen könne. Der Katalog der öVP-Alternativforderungen hätte 40 bis 50 Milliarden für ganz österreich ausgemacht. Gestört habe ihn dabei vor allem das Ausnützen von Neidgefühlen gegen die Bundeshauptstadt für das Volksbegehren. Er sei erschüttert, weil er aus grundsätzlichen überlegungen gegen kein Bundesland so verfahren würde.

Zu einer Zeit, in der ausländische Besucher das pulsierende Leben in dieser Stadt hervorheben, hätte man im Wiener Journal lesen müssen, daß es in Wien nichts Neues gäbe. Vor diesem geistigen Klima sei die öVP bereit gewesen, auf alles einzugehen, daß Wien kein Zentrum bringe, das es brauche und sich auch leisten könne. Mit dieser Einstellung der öVP wären auch die Ringstraßenbauten nie errichtet worden, in einer Zeit, in der diese Stadt weit ärmer war. (Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (46)
Utl.: Dringlicher Antrag
=++++

70 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK (öVP) sagte, er setzte seine Hoffnung auf die Nachdenklichkeit in den Reihen der SPö, auf Grund der 1,3 Millionen Unterschriften, die das Volksbegehren erbracht hat. Vielleicht kann man sich doch entschließen, dem Volksbegehren eine Volksabstimmung folgen zu lassen. Es wären jedenfalls dringend Maßnahmen zu setzen, die den weiteren Verlust von Steuergeldern beenden. Der SPö warf Busek vor, ihre Meinung zum Konferenzzentrum sei "reich an Wandlungen", ihre Argumentation für den Bau, sowohl was die Frage der angeblichen Sicherheit wie auch die der Finanzierung, der Auslastung und der Folgekosten betrifft, irreführend. Die SPö sei im Begriff zu ignorieren, was das Volk will. Die Wiener hätten bereits zum zweitenmal kundgetan, daß sie glauben, es gebe bessere Möglichkeiten für die Verwendung von Steuergeldern als den Bau des Konferenzzentrums. Noch sei es für ein Umdenken in der SPö nicht zu spät. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (47)
Utl.: Dringlicher Antrag
=++++

71 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Als letzter Redner ging Bürgermeister GRATZ unmittelbar auf Vizebürgermeister BUSEK ein. Gratz stellte klar, er sei nie ein Anhänger der Theroie gewesen, alles müsse in Wien bleiben. Er glaube nur, daß der Bund überall dort Investitionen weit über die Möglichkeiten eines Landes hinaus vornehmen müsse, wo es sinnvoll sei.

Zur Behauptung Buseks, die Außenpolitik KREISKYS sei eine Belastung für österreich, sprach der Bürgermeister seine tiefe Überzeugung aus, daß der Bundeskanzler, gestützt auf seine Erfahrungen als Staatssekretär im Außenministerium, als Einzelperson weit mehr für das internationale Ansehen österreichs beigetragen habe, als jede andere lebende Person in diesem Land.

Abschließend stellte der Bürgermeister klar, daß er mißverstanden worden sei, wenn Busek angenommen habe, daß er sich für eine Volksabstimmung über den Gesetzestext des Volksbegehrens ausgesprochen habe.

Der dringliche Antrag wurde dem Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik zugewiesen. Nach mehr als 13stündigen Beratungen wurde die Sitzung kurz nach 22 Uhr geschlossen. (Schluß) rö/roh/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

Wiener Gemeinderat
Utl.: Einstimmige Beschlüsse
=++++

42 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat beschloß Freitag 70 Tagesordnungspunkte einstimmig und ohne Debatte. Darunter befinden sich zahlreiche Subventionen für verschiedene kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen, für soziale Institutionen und für Sport- und Jugendorganisationen.

Im Rahmen der Förderungsaktion zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke bewilligte der Gemeinderat 1,256.000 Schilling, das sind 20 Prozent der Gesamtkosten.

Für Gebiete im 17. und 21. Bezirk wurden zeitlich begrenzte Bausperren verhängt und Aufhebungen sowie Neufestsetzungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne im Gebiet der Großfeldsiedlung, in Simmering, in Weidlingau, Sechshaus und Rudolfsheim sowie in Döbling beschlossen. (Schluß) fk/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Samstag, 5. Juni 1982 Blatt 1607

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Wiener Gebietskrankenkasse zahlt 520 Millionen

Kommunal: (rosa)
- "Z"-Radweg in Favoriten im Juli fertig
- Gratz: Ringstraße wurde angefeindet wie Konferenzzentrum

Lokal: (orange)
- Bis 1987 Kabel-TV in ganz Wien
- Wracks und Bauschutt auf Wiens Straßen
- HFK erhält Ehrenmedaille in Gold

Nur über FS:
- 4.6. Ganz Wien sucht Abkühlung
- 5.6. Redewettbewerb: 1. Preis für Wiener AHS-Schüler
- Bednar dankte Pionieren

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

"Z"-Radweg in Favoriten im Juli fertig

=++++

1 #Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Im Juli wird in Favoriten ein neuer, rund fünf Kilometer langer Radweg zur Verfügung stehen. Die Zentralsparkasse und Kommerzialbank Wien hat anläßlich ihres 75-Jahr Jubiläums für die Errichtung dieses Radweges zwischen Reumannplatz und Böhmischem Prater einen Betrag von 4,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Mit den Bauarbeiten wurde bereits begonnen.#

Der "Z"-Radweg beginnt beim Reumannplatz, führt über Bürgergasse und Wieselburger Gasse zur Wohnhausanlage Eisenstadtplatz, überquert die Südost-Tangente auf einer bestehenden Fußgängerbrücke, verläuft entlang des Horr-Stadions, führt dann auf einem neu angelegten Weg in Richtung zur Theodor-Sickel-Gasse, weiter durch das Aufforstungsgebiet, über Bitterlichstraße und Klemens-Dorn-Gasse zum Böhmischen Prater und schließlich über Urselbrunnengasse, Moselgasse und eine Fußgängerbrücke über die Autobahn zu seinem vorläufigen Ende bei der Ferdinand-Löwe-Straße.

Für den Radweg werden zum Teil bestehende Gehsteige herangezogen, zum Teil erfolgt eine Neuanlage. Ab der Laaer-Wald-Straße ist lediglich eine Beschilderung vorgesehen. Bei den Quergassen werden jeweils Rampen angebracht. (Schluß) ger/gg

NNNN

Bis 1987 Kabel-TV in ganz Wien
=++++
3 #Wien, 5.6. (RK-LOKAL) Das Kabelfernsehen findet in Wien immer weitere Verbreitung. Derzeit wird, wie "Wien aktuell-Wochenblatt" in seiner neuen Ausgabe berichtet, in 55.000 Haushalten von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, neben den beiden österreichischen Programmen auch vier ausländische in technisch erstklassiger Qualität zu empfangen. Noch in diesem Jahr werden 75.000 Wohnungen verkabelt sein, und 1983 wird der hunderttausendste Anschluß gefeiert werden. Bis 1987 sollen in allen dichtbesiedelten Teilen Wiens die erforderlichen Leitungen gelegt sein. Heuer sind noch in fünf verschiedenen Bezirken Verkabelungen vorgesehen:
o Leopoldstadt: südlich Heinestraße, zwischen Praterstraße und Taborstraße;
o Landstraße: Arsenal und Gebiet Hoffmannsthalgasse;
o Penzing: Baumgarten zwischen Linzer Straße/Hütteldorfer Straße und Hadikgasse, Gebiet Hanappi-Stadion und Zehetnergasse;
o Ottakring: Gebiet Wernhardtstraße, Maroltingergasse, Roseggergasse, Stillfriedplatz;
o Brigittenau: Gebiet Friedrich-Engels-Platz bis Frachtenbahnhof Brigittenau und Stromstraße sowie Handelskai und Dresdner Straße.#
(Schluß) ull/ap

NNNN

Wracks und Bauschutt auf Wiens Straßen
Utl.: Aktion des "Mobilen Bürgerdienstes" im 15. Bezirk
=++++

4 Wien, 5.6. (RK-LOKAL) Ohne Kennzeichen abgestellte Kraftfahrzeuge, Baustoff- und Bauschuttlagerung auf Gehsteigen und schlechte, bzw. überhaupt fehlende Absicherung von Baustellen waren die gravierendsten Mißstände, die der "Mobile Bürgerdienst" in einer Schwerpunktaktion im 15. Bezirk feststellte.

Das "Vergessen" seines ausgedienten Autos auf irgendeiner Straße, wobei nicht nur die Gegend verschandelt wird, sondern auch wertvoller Parkplatz verloren geht, ist immer noch weitverbreitet. So zählte der "Mobile Bürgerdienst" bei seiner Aktion nicht weniger als 77 Kraftfahrzeuge, zum Teil Wracks, die in den Straßen des 15. Bezirkes ohne Kennzeichen abgestellt wurden. Auch manche Baufirma nimmt es nicht so genau. Neben Baustoff- und Schuttresten, die von vergangener Tätigkeit zeugten, mußte auch in zwölf Fällen die Baustofflagerung beanstadet werden, da teilweise die Bewilligungen und entsprechende Sicherheitsvorkehrungen wie Beleuchtung und Absperrung fehlten. Auch eingesunkenen Künetten und klappernde Kanaldeckel wurden festgestellt, zu deren Behebung die zuständigen Magistratsabteilungen verständigt wurden. (Schluß) en/bs

NNNN

HFK erhält Ehrenmedaille in Gold

=++++

5 Wien, 5.6. (RK-LOKAL/KULTUR) Heinz FISCHER-KARWIN, einer der populärsten Reporter des ORF, erhält die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold. Diese hohe Auszeichnung wurde vom Wiener Gemeinderat Freitag einstimmig beschlossen. Damit sollen die Leistungen von HFK, vor allem auf dem Gebiet der kultruellen Berichterstattung, gewürdigt und anerkannt werden.

Heinz Fischer-Karwin, ursprünglich Schauspieler, begann seine Rundfunktätigkeit im Juli 1945 als Nachrichtensprecher bei Radio Wien. 1957 startet er seine zweite Karriere beim Fernsehen. (Schluß) pr/gg

NNNN

SPERRFRIST 12.45 UHR!

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Gratz: Ringstraße wurde angefeindet wie Konferenzzentrum

=++++

6 #Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Auch die Donauinsel und noch viel früher die Wiener Ringstraße wären ebenso angefeindet worden, wie nun der Bau des Konferenzzentrums, erklärte Bürgermeister Leopold GRATZ Samstag in seiner turnusmäßigen Radiosendung. Dabei seien sich die Gegner des Konferenzzentrums offenbar nur über eines einig: daß das Geld möglichst nicht in Wien ausgegeben werden solle, sondern in anderen Bundesländern.

Gratz wies neuerlich darauf hin, daß der Bau von neuen Wohnungen und die Stadterneuerung Vorrang habe. Deshalb sei eben auch das Sonderprogramm der Bundesregierung beschlossen worden, das den Bau von zusätzlich 5.000 Wohnungen ermöglicht und eine Milliarde S zusätzlich für Altstadterhaltung vorsieht. Eine Stadt könne aber eben nicht nur aus Wohnhäusern bestehen, sie brauche auch Erholungsgebiete und repräsentative Gebäude, soziale und kulturelle Einrichtungen und eine Stadt von der internationalen Bedeutung Wiens brauche auch ein Konferenzzentrum.#

Neuerlich wies Gratz darauf hin, daß in der Hofburg eben nur Platz für 1.300 Kongreßteilnehmer wäre. Überdies hätte Berlin seine Kongresse von 235 im Jahre 1980 auf 398 im Jahre 1981 steigern können und das vor wenigen Wochen eröffnete Kongreßzentrum in London sei bereits bis Ende nächsten Jahres ausgebucht.

Auch würde übersehen, daß im Wiener Kongreßzentrum nicht nur Kongresse, sondern auch Konzerte, Shows und Ausstellungen stattfinden werden. So wie der umstrittene Bau der Ringstraße, die heute das Gesicht der Stadt prägt, von Optimismus getragen war, sei heute auch der Bau des Konferenzzentrums vom Optimismus und Vertrauen in diese Stadt getragen. Wenn das Konferenzzentrum fertig sein werde, werde es selbstverständlich sein, daß Wien dieses Konferenzzentrum brauche, schloß Gratz. (Schluß) rö/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

r·k

gegründet 1861

Montag, 7. Juni 1982 Blatt 1614

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Wohnhausanlage "Am Sandberg" in Währing
- Neuer Flächenwidmungsplan für Meidling: Größere Schutzzone
- Stadtbibliothek in Karlsruhe
- Stadtwanderweg 6 lädt zum Wandern ein

Kommunal: (rosa)
- Rechnungsabschluß 1981: Verbesserung um 1,3 Mrd.
- Drei Jahre Streetwork in Wien
- Enquete über Sport im Alter
- Wiener ÖVP lehnt Rechnungsabschluß 1981 ab
- Stones-Konzert im Stadion

Kultur: (gelb)
- Preise der Stadt Wien überreicht

Sport: (grün)
- Motorboot-WM im Juli im Freudenauer Hafen

Nur über FS:

5.6.
- Selchkammer brannte
- Brand durch glühende Zigarette
- Ausverkauft, ausverkauft, ausverkauft

6.6.
- Zimmerbrand durch Unachtsamkeit
- Selbstmord nach Angriff auf die Gattin
- Heißer Sonntag mit 70.000 Badegästen
- Badeunfall an der Neuen Donau

7.6.
- Dampferfahrt für 726 junge Bedienstete
- Behinderungen auf dem Altmannsdorfer Ast
- Umleitungen der Autobuslinie 14 A
- Frau in Künette gestürzt

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

Rechnungsabschluß 1981: Verbesserung um 1,3 Milliarden (1)
Utl.: Mehreinnahmen durch günstige Wirtschaftsentwicklung
=++++

9 Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Der Rechnungsabschluß 1981 der Bundeshauptstadt Wien weist bei Einnahmen von 57 Milliarden und Ausgaben von 60,3 Milliarden einen Abgang von 3,3 Milliarden aus - damit ist der Abgang um 1,3 Milliarden geringer, als im Budget 1981 vorgesehen. Die Verbesserung um 1,3 Milliarden konnte erzielt werden, so Finanzstadtrat Hans MAYR Montag zur "RATHAUSKORRESPONDENZ", weil man bei der Einnahmenschätzung im Budget 1981 äußerst vorsichtig vorging und weil die wirtschaftliche Entwicklung in Wien im Jahr 1981 mit einer Arbeitslosenrate von 2,1 Prozent relativ günstig ausfiel.

Mehreinnahmen ergaben sich vor allem bei den eigenen Steuern und Abgaben mit 1,1 Milliarden und bei den Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben mit 845 Millionen. Zu größeren Mindereinnahmen kam es durch einen geringeren Bedarf an Hypothekardarlehen mit 320 Millionen und durch geringere Beiträge des Bundes zum Lehreraufwand mit 282 Millionen.

Wesentliche Mehrausgaben wurden bei der Instandhaltung getätigt - für die Sanierung gemeindeeigener Objekte und damit für die Stadterneuerung wurden statt 2.152 Millionen 2.372 Millionen ausgegeben. Zu Minderausgaben kam es beim Personal mit 206 Millionen und beim Neubau des AKH mit 300 Millionen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Rechnungsabschluß 1981: Verbesserung um 1,3 Milliarden (2)
Utl.: 13,5 Milliarden für das Baugewerbe
=++++

10 Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Für Investitionen wurden 1981 in Wien 9.092 Million ausgegeben. Davon entfielen auf den U-Bahn-Bau 1.994 Millionen, auf den kommunalen Wohnbau 2.655 Millionen und auf den Neubau des AKH 950 Millionen (plus 950 Millionen vom Bund). Insgesamt wurden 1981 rund 13,5 Milliarden ausgegeben, die in Form von Aufträgen für das Bau- und das Baunebengewerbe wirksam wurden.

Trotz der erzielten Verbesserungen im Rechnungsabschluß gab es eine Ausweitung bei den Sozialleistungen: Statt vorgesehener 1.889 Millionen wurden 1.985 Millionen ausgegeben. U.a. entfielen auf die Allgemeine Sozialhilfe 1.027 Millionen, auf die Behindertenhilfe 217 Millionen, auf Pensionistenheime 103 Millionen und auf die Heimhilfe 364 Millionen.

Der Schuldenstand der Stadt Wien betrug Ende 1981 35,7 Milliarden gegenüber 31,2 Milliarden Anfang des Jahres. Vom Gesamtschuldenstand entfielen auf die Wiener Stadtwerke 16,4 Milliarden, auf die Hoheitsverwaltung 11,1 Milliarden und auf Wohnbau sowie Wasserwirtschaftsfonds 8,2 Milliarden. Der Schuldendienst machte 1981 5,3 Milliarden aus, wovon rund 3,6 Milliarden von den Wiener Stadtwerken bezahlt wurden. Die Rücklagen der Stadt Wien vergrößerten sich von 1.903 Millonen Anfang des Jahres auf 2.893 Millionen Ende 1981. (Forts.) sei/bs

NNNN

Rechnungsabschluß 1981: Verbesserung um 1,3 Milliarden (3)
Utl.: Mayr zur öVP-Kritik
=++++

18 Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Zur Kritik der Wiener öVP am Rechnungsabschluß 1981 - Landtagspräsident HAHN bezeichnete Montag in einem Pressegespräch die ausgewiesene Verbesserung von 1,3 Milliarden als einen "Trick" des Finanzstadtrates - erklärte Stadtrat MAYR, Hahn sei offensichtlich in Budgetfragen nicht "sattelfest". Es stimme zwar, daß eine 470-Millionen-Forderung an die Post bei den Einnahmen enthalten ist - gleichzeitig wurde aber wegen der Strittigkeit in dieser Frage eine gleich hohe Rücklage gebildet, sodaß diese 470 Millionen "erfolgsneutral" sind und daher nichts mit der Verbesserung um 1,3 Milliarden zu tun haben.

Zur Kritik am "hohen" Schuldenstand der Stadt Wien von 35,7 Milliarden betonte Mayr, daß alle Gebietskörperschaften - Bund, Länder und Gemeinden - steigende Schuldenstände haben. Wenn die Wiener öVP die Verschuldung Wiens - einschließlich der Wiener Stadtwerke - mit 62,6 Prozent der Einnahmen kritisiert, so muß wohl darauf hingewiesen werden, daß die österreichischen Gemeinden im Durchschnitt an die 100 Prozent verschuldet sind. (Schluß) sei/gg

NNNN

Wiener öVP lehnt Rechnungsabschluß 1981 ab

=++++

19 Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener öVP wird den Rechnungsabschluß 1981 der Bundeshauptstadt Wien ablehnen, erklärten 2. Landtagspräsident Fritz HAHN und GR. Dkfm. Dr. Heinz WöBER Montag in einem Pressegespräch. Die öVP kritisiert den immer geringer werdenden Investitionsanteil am Wiener Budget und die stark steigende Verschuldung. 1981 betrugen die Investitionen bloß 15,1 Prozent der Gesamtausgaben - im Budget sollten es noch 15,9 Prozent sein. Die Verschuldung Wiens stieg 1981 im Eilzugstempo um 4,45 Milliarden auf 35,7 Milliarden an.

Im einzelnen kritisiert die Wiener öVP den Rückgang der Wirtschaftsförderung um 302 Millionen, die Minderausgaben beim AKH um 300 Millionen, beim Hochwasserschutz um 60 Millionen und die geringeren Ausgaben für private Wohnbauträger. 1981 hätte man um 1 Milliarde mehr für die Bauwirtschaft ausgeben können, erklärte Hahn. (Schluß) sei/gg

NNNN

Preise der Stadt Wien überreicht

=++++

14 #Wien, 7.6. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK überreichte am Montag im Wiener Rathaus an Barbara COUDENHOVE-KALERGI (Publizistik), Prof. Dr. Fritz HABECK (Literatur) und Hochschulprof. Mag. Heinrich GATTERMEYER (Musik) die Preise der Stadt Wien.#

Zilk wies auf die Bedeutung von Literatur, Publizistik und Musik für die Humanisierung des menschlichen Lebens hin - in diesem Sinn seien auch die Auszeichnungen durch die Stadt Wien zu sehen.

Barbara Coudenhove-Kalergi, für die Zilk auch die Laudatio hielt, bezeichnete er als "einen der bedeutendsten Journalisten" Österreichs. Coudenhove-Kalergi, seit kurzem Chefreporterin der Osteuroparedaktion des ORF, gehört diesem seit 1976 an. Davor schrieb sie für eine Reihe in- und ausländischer Zeitungen.

Fritz Habeck wurde vor allem mit seinem Roman "Der Ritt auf dem Tiger" bekannt, einem Werk, das - so Laudator Dr. Wolfgang Kraus - zu den "großen epischen Dokumenten der jüngeren österreichischen Vergangenheit" zählt. Eine Reihe weiterer Romane, die die Geschichte Österreichs reflektieren, Jugendbücher und dramatische Werke komplettieren das umfangreiche Werk des Autors.

Prof. Heinrich Gattermeyer lehrt Komposition an der Wiener Musikhochschule. Neben seiner Tätigkeit als Musikpädagoge fand er Zeit für ein reiches kompositorisches Werk, das von der Kammermusik bis zu Oratorien und Messen reicht. In seiner Laudatio würdigte Hochschulprof. Thomas Christian David auch Gattermeyers Verdienste als Chormeister und seinen Einsatz für die zeitgenössische Musik, die in Wien ja keinen leichten Stand habe.

Der Ehrung wohnten auch Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und 1. und 3. Landtagspräsident Hubert PFOCH und Otto SCHWEDA bei.
(Schluß) gab/gg

NNNN

Motorboot-WM im Juli im Freudenauer Hafen

=++++

15 #Wien, 7.6. (RK-SPORT) Im Hafenbecken des Freudenauer Hafens wird am 24. und 25. Juli 1982 ein Motorboot-WM- bzw. EM-Lauf stattfinden. Das wurde Montag in der Sitzung des Wiener Landessportrats, der unter dem Vorsitz von Sportstadtrat Peter SCHIEDER im Rathaus tagte, bekannt.#

die Organisatoren des Motorbootbewerbes wollen einen Weltmeisterschaftslauf in der ON-Klasse, einen Europameisterschaftslauf der OC-Klasse sowie ein internationales Rennen der OB-Klasse durchführen. 80 bis 90 Boote sollen am Start sein. Um im Freudenauer Hafen genügend Platz für Austragung der Wettkämpfe zu haben, wird das Hefenbecken am 24. und 25. Juli von der Großschiffahrt freigehalten.

Zwtl.: Segelhafen Nord für die Neue Donau

Schieder berichtete außerdem über die Errichtung des Segelhafens Nord, der an der Neuen Donau, in der Nähe der Landesgrenze im Norrdteil, entsteht. Dieser Hafen wird von einer eigens gegründeten Gesellschaft, der der Landesverband und vier Fachverbände angehören, geführt und ist seit dem Frühjahr in einer ersten Ausbaustufe in Bau. Der Segelhafen wird jedoch nicht nur Vereinssportlern, sondern auch privaten Seglern zur Verfügung stehen.

Ebensfalls beschlossen wurde eine Neuregelung bei der Nachwuchsförderung, die in Zukunft nach einem Punktesystem vorgenommen werden soll. Für die Förderung des Nachwuchssportes und der Verbandstrainer wurden vom Landessportrat in seiner Sitzung am Montag 1,2 Millionen Schilling beschlossen. (Schluß) hs/ap

NNNN

Drei Jahre Streetwork in Wien

=++++

16 #Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Anläßlich einer Enquete, die die Arbeit der seit drei Jahren in Wien tätigen Streetworker behandelt, berichtete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER Montag über die bisherigen Erfahrungen mit dieser Form der Sozialarbeit, die es in New York bereits seit 1950 gibt und die 1979 in Wien als Experiment gestartet wurde.

Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner stellte fest, daß sich die Streetworker in Wien bewährt haben. Acht junge Sozialarbeiter arbeiten in zwei Gruppen. Ihre Zielgruppen sind aggressive Jugendliche am Rande der Kriminalität und drogenabhängige bzw. drogengefährdete Jugendliche.#

Wichtigste Voraussetzungen für zielführendes Streetwork sind die Flexibilität der Mitarbeiter, die vertrauliche Behandlung von Informationen und das Respektieren der Anonymität. So kennen die Streetworker von vielen ihrer "Klienten" nur den Vornamen oder bisweilen auch nicht einmal diesen. Streetworker bieten den Jugendlichen, mit denen sie in Lokalen, Parks, auf Fußballplätzen oder im Prater zusammenkommen, vielfältige Hilfen an, die von Vermittlertätigkeit zu Institutionen bis zu eingehenden Beratungsgesprächen reichen.

Die "Drogengruppe" der Streetworker ist über ihren Stützpunkt in der Rochusgasse 8 zu erreichen, die Gruppe, die sich um aggressive Jugendliche kümmert, hat ihren Stützpunkt in der Burggasse 20. (Schluß) emw/gg

NNNN

Enquete über Sport im Alter (1)
Utl.: "Ja" zum Seniorensport
=++++

17 #Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Sport, vernünftig ausgeübt, ist auch für den älteren Menschen ein wirksames Mittel, um sich körperlich sowie geistig fit und aktiv zu halten. Zur Zeit macht allerdings nur ein kleiner Teil der älteren Generation von den Angeboten des Seniorensports Gebrauch. Mehr Aufklärung und Information darüber wäre daher notwendig. Diese war eine der wesentlichsten Forderungen, die Montag im Rahmen einer über Initiative von Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER durchgeführten Enquete über "Sport im Alter" aufgestellt wurden. Teilnehmer waren Ärzte, Vertreter von Pensionistenorganisationen und Sportverbänden.#

Der Stadtrat unterstrich bei dieser Gelegenheit die Notwendigkeit, der älteren Generation entsprechende Hilfen für eine sinnvolle Lebensführung anzubieten. Neben der Kultur und Bildung zählt dazu zweifellos auch ein vernünftig ausgeübter Sport, dem aber auch im Rahmen der Rehabilitation große Bedeutung zukommt.

Zwtl.: Täglich 10.000 Schritte

Univ.-Prof. Dr. Ludwig PROKOP vom Institut für Sportmedizin hob die Notwendigkeit der Bewegung gerade im Alter als wirksames Mittel gegen den körperlichen und geistigen Leistungsabbau hervor. Nach Meinung des Sportmediziners sollte der ältere Mensch dafür pro Tag 10.000 Schritte (das sind etwa fünf Kilometer) tun. Dabei wäre allerdings ein ausgesprochenes Krafttraining abzulehnen und vielmehr vernünftige Ausdauerübungen, entsprechend dem ärztlichen Rat, zu empfehlen. "Der ältere Mensch ist durchaus belastbar, wobei einmal am Tag Herzklopfen und Atemnot sowie Schwitzen durchaus gesund sind", erklärte Prokop wörtlich. (Forts.) zi/gg

NNNN

Enquete über Sport im Alter (2)
Utl.: 78 Prozent der österreicher wandern
=++++
24 Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Die österreicher sind ein ausgesprochenes Wandervolk, dies ergab eine kürzlich vom österreichischen Pensionistenverband durchgeführte Befragungsaktion über die Einstellung der älteren Generation zum Sport, über die Richard WADANI berichtete. Rund 56 Prozent der befragten 50- bis 70jährigen gaben an, Sport auszuüben, um fit und gesund zu bleiben. Etwa ein Viertel der Befragten nannte als Grund die Möglichkeit, auf diese Art und Weise wieder Anschluß an die Gemeinschaft finden zu können. Die sportliche Betätigung der Senioren hat sich damit auch als ein wirksames Mittel gegen die Einsamkeit bewährt. Insgesamt üben zur Zeit im Rahmen des österreichischen Pensionistenverbandes zirka 15.000 Personen in 540 Sportgruppen die verschiedensten Sportarten aus, davon 4.000 in den diversen Gymnastikgruppen. Da es sehr viele alleinstehende Frauen gibt, sind diese mit 85,7 Prozent eindeutig das dominierende Geschlecht. Nach Meinung des geprüften Sportlehrers ist derzeit bedauerlicherweise viel zuwenig über die vielfältigen Möglichkeiten des Seniorensportes bekannt. Hier müßte im Interesse der älteren Generation viel mehr zur größeren Popularisierung auch durch die Medien geschehen.

Zwtl.: Sport als Rehabilitation

Dr. Franz GRUBER, Vorstand der 5. Medizinischen Abteilung im Wilhelminenspital, hob die Bedeutung der sportlichen Betätigung im Rahmen der Rehabilitation von älteren Menschen hervor. So konnte gerade im Rahmen seiner Abteilung, durch die Schaffung entsprechender Voraussetzungen, wie etwa eines Fitness-Parcours und eines Sportplatzes, Möglichkeiten der Rehabilitation für Patienten nach Herz-, Gelenks-, Stoffwechsel- und Krebserkrankungen, bzw. Erkrankungen der Hirngefäße, geschaffen werden. Die überaus positiven Ergebnisse bei diesen Bemühungen sind ein Beweis für deren Richtigkeit. (Forts.) zi/gg

NNNN

Enquete über Sport im Alter (3)
Utl.: "Niemals die Zähne zusammenbeißen"
=++++

25 Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Prim. Dr. Gruber warnte allerdings in diesem Zusammenhang davor, es den "Jungen" zeigen und mit diesen mithalten zu wollen. Einer der größten Fehler, die immer wieder gemacht werden, ist es, sich selbst zu testen, indem man an die Grenze des eigenen Leistungsvermögens herangeht. Der Rat es Mediziners dazu: Sportliche Betätigung sollte nur soweit durchgeführt werden, solange man noch lächeln kann, niemals sollten die Zähne zusammengebissen werden, um Leistungen zu erbringen. Als Bewegungsübungen, um sich fit zu halten, empfahl er die tägliche Gymnastik ohne extreme Belastung der Gelenke, isometrische Turnübungen sowie gezielte Wirbelsäulengymnastik. Im Rahmen der Rehabilitation soll und muß der Arzt bei der Ausübung von Sport ein entsprechendes Programm aufstellen und den Patienten in regelmäßigen Abständen kontrollieren.

Zwtl.: Sportförderungsmaßnahmen der Stadt Wien

OAR. Herbert POLASCHEK, Stellvertretender Leiter des Sportamtes der Stadt Wien, vermittelte den Delegierten im Rahmen der Enquete eine übersicht über die vielfältigen Sportförderungsmaßnahmen der Stadt Wien. Diese bestehen neben der Planung und Errichtung von Sport- und Spielplätzen, vor allem in der Beratung und Förderung der Sportorganisationen, aber auch in der Vergabe von Sportplätzen und Turnsälen an diverse Vereine. Im heurigen Jahr werden dafür allein 250 Millionen S zur Verfügung stehen. (Schluß) zi/bs

NNNN

Stones-Konzert im Stadion

=++++

22 #Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Größtmögliche Sicherheit nach menschlichem Ermessen ist Voraussetzung für das Zustandekommen des Rolling-Stones-Konzerts im Praterstadion. Deshalb soll ein unabhängiger Fachmann kurzfristig die erforderlichen Vorschriften ausarbeiten und deren Einhaltung überprüfen, damit die Baupolizei (MA 35-V) die Genehmigung erteilen kann. Das ist das Ergebnis einer Besprechung, zu der Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER Montag mittag eingeladen hatte. Stadtrat Josef VELETA, Vertreter städtischer Dienststellen, der Stadthalle und des Veranstalters nahmen daran teil. Der Veranstalter unterstrich, daß sich das Publikum bei den kürzlich stattgefundenen Rolling-Stones-Konzerten diszipliniert verhalten hat.Für das Konzert am 3. Juli wurden Vorkehrungen unternommen, um Ausschreitungen zu verhindern.#

Planungsstadtrat Wurzer teilte mit, daß die Stadthallengesellschaft einen außenstehenden, behördlich autorisierten Prüfer mit der Ausarbeitung jener Vorschreibungen beauftragen wird, die für eine nach menschlichem Ermessen optimale Sicherheit des Publikums erforderlich sind. Dieser Fachmann bzw. dieses Team wird auch die Einhaltung dieser Vorschriften und die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen überprüfen. Nach der Freigabe wird die Baupolizei durch einen entsprechenden Bescheid die geplante Veranstaltung genehmigen. Wurzer ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß Gefahren, die durch Vandalismus heraufbeschworen werden, nicht vorhersehbar sind und daher keine absolut sicheren Vorkehrungen in dieser Richtung getroffen werden können. Der Veranstalter teilte mit, daß für das Konzert striktes Alkoholverbot bestehe. Das Publikum wird am Eingang auf Flaschen, Stöcke, Knallkörper usw. untersucht werden. Auf diesen Umstand wird auch auf den Karten für die Veranstaltung hingewiesen. Im übrigen liege es auch im Interesse der Rolling Stones selbst, daß das Konzert ruhig verläuft. Sie wollen, so teilt der Veranstalter mit, selbst moderierend wirken. (Schluß) and/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

gegründet 1861

1599

Dienstag, 8. Juni 1982 Blatt 1630

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- Einsichtnahme in den Rechnungsabschluß 1981
- Stadion: Es geht nur um die Geländer
- Rechnungsabschluß 1981 mit den Stimmen der SPÖ angenommen
- Veranstaltungen in Gemeindebauten
- Diskussion über Stadtteilplanung Leopoldau
- Woche der Heizberatung
- Neuer Architektenpräsident
- Redakteur Dr. Röttinger: Mitarbeiter des Bürgermeisters

Lokal: (orange)
- "Stock im Eisen" wieder auf seinem Platz

Wirtschaft: (blau)
- Zur Zeit in Bau: Zwei neue Fernwärmeleitungen
- Mehr Lehrlinge bei der Holding

Nur über FS:
- 7.6. Wohnungsbrand im 4. Bezirk
- 8.6. 102. Geburtstag in Ottakring
- Ausstellung "Wien 2000" am Donnerstag geschlossen
- Öffentliche Verkehrsmittel zu Fronleichnam
- Rolling Stones-Konzert findet statt

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Geehrte Redaktion!

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

=++++

1 Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Die Modeschule der Stadt Wien präsentiert im Schloßpark von Hetzendorf ihre neue Kollektion "Hülle in Fülle 82" mit der traditionellen Kreppapierrevue, die heuer unter der Devise "Hülle und Fülle im Hetzendorfer Wunderland" steht. Die Modeschauen finden vom 17. bis 27. Juni täglich um 19.30 Uhr statt.

Am 15. Juni findet eine

P R E S S E V O R F Ü H R U N G

der Modeschau 82 statt, zu der wir Sie herzlich einladen.

Bitte, merken Sie vor:

ZEIT: Dienstag, 15. Juni, 10 Uhr

ORT: Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf, Hetzendorfer Straße 79.

Presse- und Informationsdienst
der Stadt Wien

(Schluß) red/bs

NNNN

"Stock im Eisen" wieder auf seinem Platz

=++++

5 #Wien, 8.6. (RK-LOKAL/KULTUR) Der "Stock im Eisen" steht seit einigen Tagen wieder auf seinem gewohnten Platz, Ecke Kärntner Straße - Stock-im-Eisen-Platz. Das Altwiener Denkmal, das unter Aufsicht des Bundesdenkmalamtes restauriert wurde, ist nun durch eine Acrylglaskuppel vor Beschädigungen geschützt.#

Das sagenumrankte Wahrzeichen, dessen erste Erwähnung auf das Jahr 1533 zurückgeht, befand sich - auch durch mutwillige Beschädigungen - bereits in einem schlechten Zustand. Im Laufe der letzten Monate wurde der Stock unter Aufsicht des Bundesdenkmalamtes restauriert, ein Bronzesockel und Halterungselemente wurden neu hergestellt. Eine Acrylglasverkleidung schützt den Stock im Eisen seit seiner Wiederaufstellung vor weiteren Beschädigungen. Eine leichte Spiegelung durch die Glaskuppel konnte leider nicht vermieden werden, da es kein derartiges Material gibt. Dieser kleine Nachteil ist jedoch durch die Sicherung der traditionellen Touristenattraktion mehr als wettgemacht. Die Kosten der Sanierung von insgesamt rund 300.000 S werden zu gleichen Teilen vom Bundesdenkmalamt, den Besitzern des Palais Equitable und aus dem Altstadterhaltungsfonds bestritten. (Schluß) gab/bs

NNNN

Stadion: Es geht nur um die Geländer

=++++

10 Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Dr. Rudolf WURZER stellte Dienstag im Stadtsenat klar, daß die Baupolizei in keinem Fall statische Berechnungen selbst durchführt; so auch nicht beim Stadion. Die übliche Vorgangsweise ist vielmehr, daß die Baupolizei die Vorlagen zu überprüfen hat, die beeidete Ziviltechniker ausgearbeitet haben.

Stadtrat Josef VELETA ergänzte, daß es bei der baupolizeilichen Bewilligung für das Rolling Stones-Konzert nicht um das Stadion selbst geht, sondern nur um die Überprüfung der Geländer, im Hinblick auf den Unfall bei der Meisterschaftsehrung von Rapid im Stadion, als Geländerteile unter dem Druck von Fußballbegeisterten nachgaben.

Die Stadthalle hat zu diesem Zweck Prof. Dr. LÖTSCH von der Technischen Universität mit der Ausarbeitung eines Gutachtens beauftragt. Dieses Gutachten wird Grundlage für die Entscheidung sein, ob und welche Verstärkungsmaßnahmen notwendig sind, damit die Baupolizei die Veranstaltung genehmigen kann. (Schluß) pr/gg

NNNN

Veranstaltungen in Gemeindebauten
Utl.: Grundsätzliche Entscheidung zu erwarten
=++++

11 Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) In der nächsten Zeit ist eine grundsätzliche Entscheidung über die Genehmigung von Veranstaltungen in Gemeindebauten zu erwarten. Bürgermeister Leopold GRATZ kündigte ein diesbezügliches Gespräch mit Wohnbaustadtrat Johann HATZL Dienstag im Stadtsenat an. Auslösendes Moment: Zeitungsberichte darüber, daß die Abhaltung einer Feldmesse in einem Gemeindebau in Döbling von der Wohnhäuserverwaltung nicht gestattet wurde. Auf eine diesbezügliche Frage von ÖVP-Stadtrat Dr. Günther GOLLER teilte Stadtrat Franz NEKULA in Vertretung von Stadtrat Hatzl mit, daß dieser Weisung gegeben habe, um nicht jeweils Andersgläubige zu benachteiligen, Gemeindebauten generell nicht für Veranstaltungen von Religionsgemeinschaften zur Verfügung zu stellen. (Schluß) pr/ap

NNNN

Diskussion über Stadtteilplanung Leopoldau

=++++

12 Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Die Schutzzone im Ortskern von Leopoldau soll erweitert, der Charakter des Gebiets erhalten werden. Ursprünglich vorgeschlagene Fußwegverbindungen werden entsprechend den Bevölkerungswünschen nun nicht geschaffen. Geprüft werden soll auch eine Ableitung des Schwerverkehrs. Das wurde bei einer Diskussion über die Stadtteilplanung für Leopoldau Montag abend bekanntgegeben. Planungsstadtrat Univ.Prof. Dr. Rudolf WURZER und Bezirksvorsteher Kurt LANDSMANN hatten dazu eingeladen. In der Veranstaltung, an der rund 100 Bewohner des Gebiets teilnahmen, ging es vor allem um spezielle Wünsche einzelner Liegenschaftseigentümer. Nun soll versucht werden, auch diese Anliegen so weit wie möglich zu erfüllen.

Planungsstadtrat Wurzer sagte, die Fußwege seien in die Entwürfe aufgenommen worden, um zu prüfen, ob dafür ein öffentliches Interesse besteht. Da dies nicht der Fall ist, werden sie in den endgültigen Entwürfen nicht mehr aufscheinen. Die Stadtteilplanung in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung trage dazu bei, Mängel möglichst zu vermeiden, doch müsse man auch Verständnis dafür haben, daß trotz der Bemühungen der Planer nicht alle Wünsche erfüllt werden können.

Mit der Diskussion ist die zweite Phase der Stadtteilplanung abgeschlossen. Nun beginnt das in der Wiener Bauordnung vorgeschriebene Verfahren. Im Rahmen der Möglichkeiten werden noch offene Bevölkerungswünsche in den Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes einfließen. Er soll in den nächsten Monaten zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme aufgelegt werden. Anschließend kann der Gemeinderat die neuen Pläne beschließen.

Der Diskussion über die Stadtteilplanung sind bereits zwei Ausstellungen vorangegangen: vom 12. bis 23. Oktober 1981 hatten die Bewohner Gelegenheit, die ersten Planentwürfe kennenzulernen. Fragebogen erleichterten die Stellungnahme. Die Bevölkerungswünsche wurden so weit wie möglich in einem weiteren Planentwurf berücksichtigt, der in der vergangenen Woche gezeigt wurde. (Schluß) and/ap

NNNN

Woche der Heizberatung
=++++

14 #Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Die österreichische Gaswirtschaft - Installateurgewerbe, Gasversorgungsunternehmen und heimische Geräteindustrie - führt heuer im September eine "Woche der Heizberatung", durch, an der sich auch die Wiener Gaswerke beteiligen werden. Die Konsumenten sollen dabei speziell über die Möglichkeiten der Einsparung von Heizkosten informiert werden. Die kostenlose Beratung findet in besonders gekennzeichneten Installateurgeschäften sowie in der Beratungsstelle der Wiener Gaswerke in der Mariahilfer Straße statt.#

Vertreter der österreichischen Gaswirtschaft berichteten am Dienstag im Rahmen eines Pressegespräches über die geplante Aktion. Die Beratung soll individuell erfolgen. Der Konsument erhält eine Heizkostenübersicht für verschiedene Wohnungstypen. Anhand dieser Tabelle kann jeder selbst feststellen, ob seine jährlichen Heizkosten in einem angemessenen Rahmen liegen oder zu hoch sind. Die Beratung gibt darüber Aufschluß, ob die jeweilige Heizung richtig dimensioniert ist beziehungsweise ob und wie sich die Heizkosten reduzieren lassen. Besonders empfehlenswert ist das Aufsuchen einer der Beratungsstellen natürlich für alle jene, die beabsichtigen, eine neue Heizungsanlage zu errichten. (Schluß)
ger/gg

NNNN

Zur Zeit in Bau: Zwei neue Fernwärmeleitungen (1)
=++++

15 #Wien, 8.6. (RK-WIRTSCHAFT) Im Auftrag der Heizbetriebe Wien, einem Tochterunternehmen der Wiener Holding, wird zur Zeit an zwei neuen Fernwärmeleitungen gebaut, berichtete Stadtrat Josef VELETA im Pressegespräch des Bürgermeisters. Eine rund 3.000 Meter lange Leitung wird das bisher vom Fernwärmewerk Süd versorgte Verbrauchernetz an die Kraft-Wärme-Kupplung im E-Werk Simmering anschließen; durch eine 2,5 km lange Leitung wird Überschußwärme der EBS, die bei der Klärschlamm- und Sonderabfallverbrennung anfällt, der Kraft-Wärme-Kupplung im E-Werk Simmering zugeführt werden.#

Die Leitungstrasse der Südleitung, deren Nennweite 600 mm beträgt, verläuft vom Arsenal durch die Lilienthalgasse, quert Ostbahn und Gudrunstraße, führt dann durch die Absberggasse zur Laaer-Berg-Straße, quert den Eisenstadtplatz und im Verlauf der Alpengasse die Favoritenstraße und erreicht durch die Weldengasse die Anschlußstelle beim "Favoritner Kreis".

Von Simmering aus können dann voraussichtlich ab Jänner des kommenden Jahres mehr als 6.000 Wohnungen in Favoriten - darunter die Per-Albin-Hansson-Siedlung-Ost -, der Großgrünmarkt in Inzersdorf sowie mehrere Betriebsbaugebiete mit umweltfreundlicher und preiswerter Fernwärme versorgt werden.

Die Heizbetriebe Wien werden auch einige neue Objekte, die an der Trasse liegen, anschließen, darunter Wohnungen auf den Ankerbrotgründen sowie das Preyer'sche Kinderspital. (Forts.) we/bs

NNNN

Zur Zeit in Bau: Zwei neue Fernwärmeleitungen (2)

=++++

16 wien, 8.6. (RK-WIRTSCHAFT) Da ein Großteil der neuen Fernwärmeleitungen in den Versorgungsabschnitt Süd durch verbautes Gebiet führt, kann nur der Abschnitt im Arsenal in offener Bauweise mit Fertigteilkollektoren errichtet werden, der Rest wird im Rohrpreßverfahren hergestellt. Für die Rohrpressung hat man sich auch auf dem Eisenstadtplatz entschieden, um mehrere Bäume zu erhalten.

An der Fernwärmeleitung von der EBS zum E-Werk Simmering, deren Nennweite 400 mm beträgt, wird seit Anfang Mai gearbeitet. Die Trasse verläuft durch die Wildpretstraße, 7. Haidequerstraße und Schußlinie zur Kraft-Wärme-Kupplung, hier wird die offene Bauweise angewendet.

Die Heizbetriebe Wien rechnen, von der EBS eine jährliche Wärmemenge von rund 130.000 Megawattstunden zu erhalten. Durch den stärkeren Einsatz der Kraft-Wärme-Kupplung und die Nutzung der EBS-Abwärme kann der Bedarf an Heizöl schwer um rund 10.000 bis 12.000 Tonnen pro Heizperiode reduziert werden. Dadurch gelangen auch zirka 600.000 kg Schwefeldioxid weniger in die Wiener Atmosphäre. Die Gesamtinvestitionen für die beiden neuen Fernwärmeleitungen belaufen sich auf rund 220 Millionen Schilling. (Schluß) we/ap

NNNN

Rechnungsabschluß 1981 mit den Stimmen derr SPö angenommen (1)
=++++

7 #Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Der Rechnungsabschluß 1981, der bei Einnahmen von 57 Milliarden und Ausgaben von 60,3 Milliarden einen um 1,3 Milliarden geringeren Abgang als ursprünglich vorgesehen enthält, wurde Dienstag in einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenats und des Gemeinderatsausschusses für Finanzen und Wirtschaftspolitik mit den Stimmen der SPö angenommen. Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte, daß die politischen Ziele - die ordnungsgemäße Weiterführung begonnener Projekte, der Ausbau des sozialen Netzes, der bildungspolitische und kulturelle Auftrag und vor allem die Erhaltung der Vollbeschäftigung - im Jahr 1981 erreicht werden konnten.#

(Weitere Details zum Rechnungsabschluß 1981,siehe "RATHAUSKORRESPONDENZ" vom Montag: "Rechnungsabschluß 1981: Verbesserung um 1,3 Milliarden.")

Die Sprecher der öVP, GR. Fritz HAHN und GR. Dkfm. Dr. Heinz WöBER betonten, daß durch die schleppende Abwicklung von Projekten wie beim AKH, beim Hochwasserschutz oder bei der Wohnbauförderung der Bauwirtschaft Mittel in der Höhe von rund 1 Milliarde entzogen wurden. Kritisiert wurde u.a. auch die geringeren Ausgaben für die Wirtschaftsförderung und, daß die Ausgaben für die Gestaltung der Wohnumwelt sehr "mager" ausgefallen sind. (Forts.) sei/ap

NNNN

Rechnungsabschluß 1981 mit den Stimmen der SPÖ angenommen (2)
=++++

8 Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Die Sprecher der SPÖ, Stadtrat Peter SCHIEDER, GR. Friederike SEIDL und GR. Günther SALLABERGER, erklärten,daß man zu den Ausgaben zur Verbesserung der Umwelt auch das gesamte Bäderbauprogramm, die Ausgaben für die Sportplätze, für die Donauinsel und die Aktivitäten des Vereins "Wien-Niederösterreich, gemeinsame Erholungsräume" zählen müsse. Wenn auch die Arbeitsmarktsituation Sorge bereite, so stimme es nicht, daß die Wiener Arbeitslosenrate heuer im Mai erstmals über dem Bundesdurchschnitt lag. Auch im 2. Quartal 1981 hatte Wien eine höhere Arbeitslosenrate - im Jahresdurchschnitt jedoch betrug die Wiener Arbeitslosenrate 2,1 Prozent gegenüber 2,4 Prozent in Gesamtösterreich. Auf jeden Fall spreche die derzeitige Arbeitsmarktentwicklung für wirtschaftspoliitische Maßnahmen im Wiener Raum.

Finanzstadtrat Mayr sprach sich für eine langsame Reduzierung der Kapazität in der Bauwirtschaft aus, bedauerte die Minderausgaben beim AKH ("Konsequenzen wurden ja mit der bevorstehenden Übernahme durch die VOEST gesetzt") und nannte als Gründe für Minderausgaben beim Hochwasserschutz Vergabeschwierigkeiten und Grundeinlösungsprobleme. Auch die Wohnbauförderung wurde von privaten Bauträgern nicht so in Anspruch genommen, wie es von der Gemeinde her wünschenswert gewesen wäre. (Forts.) sei/gg

NNNN

Rechnungsabschluß 1981 mit den Stimmen der SPÖ angenommen (3)
=++++

20 Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters, daß der Schuldenstand der Stadt Wien Ende 1981 wohl 35,7 Milliarden betragen habe. Darin sind jedoch auch die Schulden der Wiener Stadtwerke mit 16,4 Milliarden und Fremdmittel für den geförderten Wohnhausbau und den Wasserwirtschaftsfonds in der Höhe von 8,2 Milliarden enthalten. Die Schulden der Hoheitsverwaltung selbst betragen bloß 11,1 Milliarden. Vom gesamten Schuldendienst in der Höhe von 5,3 Milliarden entfallen auf die Hoheitsverwaltung bloß 1,1 Milliarden Schilling.

Zwtl.: Zanussi erhält 38,7 Prozent der Investitionen

Die wirtschaftliche Situation in Wien erfordert, so Mayr, vor allem Maßnahmen für die Industrie, das Gewerbe und die Bauwirtschaft. Mayr unterstrich, daß bei der Diskussion um General Motors mit zweierlei Maß gemessen wird. Während die Opposition und auch die Interessensvertretung der Wirtschaft gegen die Förderung von General Motors Sturm läuft, wird in der Steiermark ein Projekt mit einer öffentlichen Förderung von 38,7 Prozent des Investitionsaufwandes eingereicht. Mayr: "Ich bin für die Ansiedlung von Zanussi und für neue Arbeitsplätze im südsteirischen Raum. Was für die Steiermark recht ist, sollte für Wien billig sein."

Zur Frage, ob es eine Zusage an General Motors gebe, die Exekutive auf Opel umsteigen zu lassen, erklärte Bürgermeister Gratz, eine Zusage sei ihm nicht bekannt. Es sei aber an sich durchaus vertretbar, Wagen einer Firma anzukaufen, die solche Investitionen in Österreich vorgenommen habe. (Schluß) sei/rö/gg

NNNN

Einsichtnahme in den Rechnungsabschluß 1981

=++++

9 Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Die Einsichtnahme in den Rechnungsabschluß 1981 ist vom 9. bis 23. Juni während der Amtsstunden (7.30 bis 15.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 5, Wien 1, Ebendorferstraße 2, 5. Stock, Tür 529, möglich. Dort können auch Erinnerungen zum Rechnungsabschluß abgegeben werden. (Schluß) sei/gg

NNNN

Neuer Architektenpräsident
=++++

17 #Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Der neue Präsident der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Architekt Dipl.-Ing. Manfred NEHRER, wurde Dienstag früh von Bürgermeister Leopold GRATZ angelobt.# (Schluß) rö/gg

NNNN

Redakteur Dr. Röttinger - Mitarbeiter des Bürgermeisters

=++++

18 #Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ stellte in seinem Pressegespräch am Dienstag Redakteur Dr. Christian RÖTTINGER als neuen Mitarbeiter vor. Dr. Röttinger wird sich vor allem um die Kontakte mit den Medien kümmern.# (Schluß) sti/ap

NNNN

Mehr Lehrlinge bei der Holding

=++++

21 #Wien, 8.6. (RK-WIRTSCHAFT) Die Wiener Holding wird, wie Stadtrat Josef VELETA im Pressegespräch des Bürgermeisters mitteilte, in vermehrtem Ausmaß Lehrlinge einstellen. Damit wurde eine von Bürgermeister Leopold GRATZ in einer der letzten Gemeinderatssitzungen erfolgte Ankündigung realisiert, daß jene Holding-Unternehmen, die die Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen haben, entsprechende Lehrstellen schaffen sollen.#
(Schluß) we/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Mittwoch, 9. Juni 1982 Blatt 1646

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- Eröffnung der Ganztagsschule Reichsapfelgasse
- 4.000 Teilnehmer bei Geodätentag im Herbst erwartet
- Schüler helfen Multiple-Sklerose-Kranken
- Erste Erfolge für Lehrlingsaktion

Lokal: (orange)
- "Aus der Kuchlkredenz" im Finanzamt
- Riesenfisch für Pensionistenheim

Kultur: (gelb)
- Genua zu Gast in Wien

Nur über FS:
- 9.6. Gasrohrarbeiten in der Hadikgasse
- Vor Sieg eines österreichers am Rathausplatz
- Abschlußfest im Drei-Generationen-Spiel
- 3. österreichisches Blasmusikfest

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

4.000 Teilnehmer bei Geodätentag im Herbst erwartet

=++++

4 #Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) 4.000 Teilnehmer werden beim Geodätentag erwartet, der vom 1. bis 4. September in Wien stattfindet. Fachleute des Vermessungswesens und verwandter Gebiete aus österreich und Deutschland, aber auch nahezu allen anderen europäischen Staaten, Vertreter von Hochschulen und Universitäten, Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und Ziviltechniker werden einander heuer erstmals in Wien treffen. Bisher fanden diese Tagungen immer in deutschen Städten statt. Die Veranstaltung wird der größte technisch-wissenschaftliche Kongreß in Wien im heurigen Jahr sein.#

Neben zahlreichen Fachvorträgen wird es auch eine große Anzahl von Exkursionen geben: Unter anderen zur Wiener Stadtvermessung, zu einem neuen U-Bahn-Teilstück, zu den Baustellen des Donauhochwasserschutzes, in das Rechenzentrum der Stadt Wien, aber auch zu vielen Bundesdienststellen und zu Instituten und Einrichtungen in anderen Bundesländern. Darüberhinaus ist auch eine große Fachausstellung vorgesehen. Eine Sonderschau historischer Karten und eine Motivbriefmarkenausstellung wird vorbereitet. Die Post wird eine Sondermarke herausbringen und ein Sonderpostamt einrichten.

Der 66. Geodätentag in der Wiener Stadthalle steht unter dem Ehrenschutz von Bundespräsident Dr. Rudolf KIRCHSCHLÄGER und Bautenminister Karl SEKANINA. Veranstalter sind der österreichische Verein für Vermessungswesen und Photogrammetrie und der Deutsche Verein für Vermessungswesen e.V. Der österreichische Verein vertritt mit mehr als 600 Mitgliedern rund 80 Prozent der österreichischen Geodäten. Der "Geodätentag" sieht in Deutschland bereits auf eine jahrzehntelange Tradition zurück. Im vergangenen Jahr wurde er in Karlsruhe abgehalten, vorher in Wiesbaden und Hamburg. Heuer kommen die Geodäten erstmals in Wien zusammen. (Schluß) and/bs

NNNN

"Aus der Kuchlkredenz" im Finanzamt

=++++

5 Wien, 9.6. (RK-LOKAL) Urwienerisch und gemütlich geht es kommenden Samstag, dem 12. Juni um 19 Uhr im Hof des Finanzamtes im 8. Bezirk, Josefstädter Straße 39 zu: Trude MARZIK, Brigitte NEUMEISTER und Heinz HRUZA werden unter dem Motto: "Aus der Kuchlkredenz" urwienerische Texte und Lieder von Trude Marzik zum besten geben. Veranstalter dieses Abends - der Eintritt dazu ist frei - ist der Kulturverein "Freunde der Josefstadt", Mitglied des Wiener Volksbildungswerkes. (Schluß) zi/gg

NNNN

Riesenfisch für Pensionistenheim
=++++

7 Wien, 9.6. (RK-LOKAL) Ein 15 Kilogramm schwerer Tolstolop (russischer Graskarpfen) wurde Mittwoch morgen im Pensionistenheim Atzgersdorf übergeben. Pensionist und Hobbyfischer Heinrich WURSTBAUER, dem der kapitale Fang gelungen war, stiftete ihn den Bewohnern des Pensionistenheimes. Bezirksvorsteher Hans LACKNER und Verwalter WACHAUF nahmen das Geschenk entgegen.

Heinrich Wurstbauer hatte den Fisch mit seinem Daubelnetz aus der Donau gezogen. Der Tolstolop ist in unseren Gewässern zwar nicht heimisch, wurde aber in einigen niederösterreichischen Teichen eingesetzt. Als reiner Planktonfresser dient er dazu, die Teiche sauber zu halten. Wahrscheinlich ist der Fisch bei den Hochwässern der vergangenen Monate in die Donau gelangt. Die Bewohner des Pensionistenheimes Atzgersdorf können sich freuen: Wie Fischesser versichern, ist der Tolstolop besonders schmackhaft. (Schluß)
sch/gg

NNNN

Schüler helfen Multiple-Sklerose-Kranken

=++++

9 #Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Zum ersten Mal wurde in Österreich ein "Lesemarathon" durchgeführt. Als Ergebnis konnte von der Amerikanischen Internationalen Schule in Wien der österreichischen Multiple-Sklerose-Gesellschaft ein Scheck über 202.000 S übergeben werden. Bürgermeister Leopold GRATZ hat die Aktion mit wertvollen Buchpreisen unterstützt.#

Lesemarathons sind ein amerikanischer Brauch: Für jedes Buch, das innerhalb eines bestimmten Zeitraums von einem Schüler aus der Schulbibliothek entliehen und gelesen wird, spendet ein Sponsor einen kleinen Betrag. Das so gesammelte Geld wird dann einem wohltätigen Zweck zugeführt.

Am Lesemarathon in der Amerikanischen Internationalen Schule nahmen Schüler im Alter von 10 bis 14 Jahren teil. Die eifrigsten Leser unter ihnen erhielten die von Bürgermeister Gratz gestifteten Bücher.

Frau IRJEKEL, die Vizepräsidentin der Internationalen Gesellschaft für Multiple Sklerose, dankte bei der Abschlußveranstaltung für die Aktion. Gemeinderat Hans BROSCH überbrachte die Grüße des Wiener Bürgermeisters und würdigte den Erfolg dieser Aktion, die eine Anregung zum Bücherlesen mit einem guten Zweck verbindet. Er dankte Eltern, Lehrern und Firmen, die den Lesemarathon ermöglicht haben. (Schluß) sti/gg

NNNN

Eröffnung der Ganztagsschule Reichsapfelgasse (1)
Utl.: Eine der schönsten Schulen Wiens
=++++

3 #Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Eine der schönsten Schulen Wiens, die Ganztagsschule in der Reichsapfelgasse 30 - 36 im 15. Bezirk, wurde am Mittwoch von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER eröffnet. Die 8-klassige Ganztagsvolksschule ist seit September 1981 in Betrieb. Derzeit besuchen 186 Schüler diese Schule.#

Mit dem Bau des Schulhauses wurde im Dezember 1979 begonnen. Die Baukosten betrugen 42,5 Millionen. Die Inneneinrichtung gilt als eine der schönsten von allen Wiener Schulen. Alle Klassen haben an den Rückwänden eine Holzverschalung und alle Klassenzimmer sind mit Teppichböden ausgestattet. Das Schulhaus verfügt weiter über vier Freizeiträume, einen Speisesaal mit Essenausgabe, ein Musik- und Lichtbildzimmer sowie über einen großen Werkraum und einen Turnsaal. Vis-a-vis des Schulgebäudes befindet sich ein Spielplatz. In den acht Klassenzimmern können bis zu 222 Schulkinder unterrichtet werden.

Zwtl.: Bisher neun Ganztags-Volksschulen

In Wien gibt es zur Zeit neun Ganztags-Volksschulen sowie drei Ganztags-Hauptschulen und eine Ganztags-Gesamtschule. Seitens der Elternschaft besteht ein enormes Interesse an Ganztagsschulen. Dem versucht die Schulverwaltung entgegenzukommen. Die Planungen für die nächste Ganztagsschule, in der Köhlergasse in Währing, sind schon abgeschlossen. Diese Schule wird in Bälde errichtet. Im Schuljahr 1981/82 besuchen 1.973 Volksschüler in 72 Klassen eine Ganztagsschule. Die Zahlen für die Ganztags-Hauptschulen bzw. Gesamt-Ganztagsschule sind: 1.424 Schüler in 46 Klassen. (Forts.)
fk/gg

NNNN

Eröffnung der Ganztagsschule Reichsapfelgasse (2)

=++++

10 Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER betonte bei der Eröffnung, daß im Rahmen der Ganztagsschulen Chancengerechtigkeit und -gleichheit zum Tragen kommen. Diese Schulform, die allen neuen pädagogischen Erkenntnissen Rechnung trägt, erfreue sich bei den Eltern größter Beliebtheit. Es gebe Anträge in Bezirksvertretungen und viele Briefe und Eingaben, in denen die Errichtung weiterer Ganztagsschulen verlangt wird. Leider gäben die derzeitigen Schulgesetze nicht die Möglichkeit, noch mehr dieser Schulen zu errichten.

Stadtschulratspräsident Hans MATZENAUER wies darauf hin, daß die Schule bereits als Ganztagsschule neu geplant werden konnte. Alle anderen Ganztagsschulen seien in schon bestehenden Schulen eingerichtet worden. Die Praxis des Schulbetriebs in den Ganztagsschulen zerstreue - so Matzenauer - alle Befürchtungen und Argumente, die im Zusammenhang mit diesem Schultyp vorgebracht werden. Er sprach der Stadt Wien den Dank für die Errichtung der neuen Schule aus.

Bezirksvorsteher Max EDER, der bei der Eröffnung eine Reihe von Ehrengästen und die Kinder mehrerer Klassen begrüßen konnte, erklärte, mit der Errichtung der Schule sei ein langgehegter Bezirkswunsch in Erfüllung gegangen. Sie setze im Rahmen der Stadterneuerung in diesem Bezirksteil neue Akzente. (Schluß) am/gg

NNNN

Erste Erfolge für Lehrlingsaktion

=++++

11 #Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Von ersten Erfolgen der in Zusammenarbeit mit den Interessensvertretungen gestalteten Lehrlingsaktion konnten sich Bürgermeister Leopold GRATZ Mittwoch bei Betriebsbesuchen überzeugen. Die Firma Koreska sowie das Hotel Hilton werden je sechs zusätzliche Lehrlinge aufnehmen. Das Hotel Intercontinental sogar acht bis zwölf.#

Bürgermeister Gratz betonte, daß er sehr froh darüber sei, daß es in Wien möglich war, unabhängig von allen politischen Grundsätzen in der Lehrlingsfrage zu arbeiten. Überdies meinte Gratz, er freue sich besonders über das Entgegenkommen der lehrlingsausbildenden Firmen. Hilfe versprach Gratz im Hotel Hilton: Ein seit einem schweren Unfall querschnittgelämter ehemaliger Zuckerbäcker des Hotels kann nach einem Umschulungskurs die Arbeit in der Buchhaltung wieder aufnehmen. Gesucht wird nur noch eine behindertengerechte Wohnung, wofür der Bürgermeister mögliche Hilfe in Aussicht stellte. (Schluß) rö/bs

NNNN

Genua zu Gast in Wien

=++++

12 #Wien, 9.6. (RK-KULTUR) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER empfing Mittwoch eine Delegation der Stadt Genua mit Vizebürgermeister Prof. A. SARTORI an der Spitze. Die Genueser kamen nach Wien, um auf kulturelle Veranstaltungen in ihrer Stadt - vor allem aus Anlaß von Nicolo Paganinis 200. Geburtstag hinzuweisen.#

Aus Anlaß von Paganinis 200. Geburtstag findet heuer eine Konzertreihe in der Oper von Genua statt, eine internationalen Ausstellung informiert über das Leben des genialen Geigers. Weiters soll ein internationales Treffen von Musikwissenschaftlern dazu beitragen, den Standort Paganinis in unserer Zeit abzustecken und ihn für das Publikum wiederzuentdecken. Zu diesem Zweck wird auch eine Reihe von Kompositionen des Virtuosen neu herausgegeben.

Seit 27 Jahren finden in den Gärten von Nervi bei Genua Ballettfestspiele statt, die ihren besonderen Reiz durch die Aufführung in den exotischen Parks direkt am Meer gewinnen. Heuer gastieren u.a. bei dem Festival, das vom 6. bis 31. Juni dauert, das Bolschoi-Ballett mit Prokofieffs "Romeo und Julia", das Ballett der Oper Paris mit "Don Quichotte" nach der Musik von Minkus, Alvin Aley mit dem American Dance Theatre und das Ballett-Theater Joseph Russillo, Maja Plisetskaya, das Ballett von Antonio Gades und die Paul Taylor Dance Company komplettieren mit einem gemeinsamen Abend das Programm. Auskünfte sind zu erhalten: Teatro Communale dell'Opera di Genova, Via XX. Settembre 20, 16121 Genova. (Schluß)
gab/bs

NNNN

WIEN KULTUR

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Freitag, 11. Juni 1982 Blatt 1655

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Rettung: Heuer schon 25.000 Ausfahrten
- U 2 im Juli wieder im Normalbetrieb
- Neue Fahrzeuge für Wiens Feuerwehr

Kommunal: (rosa)
- SMZ-Ost bildet 186 Krankenschwestern aus
- E-Werke errichten neuen Lastverteiler
- Margareten feiert 120. Geburtstag
- Schiffahrt für 600 junge Bedienstete
- Hofrat Spindler gestorben

Kultur: (gelb)
- Grillparzer-Neuerwerbung der Stadtbibliothek

Nur über FS:

9.6.
- Radfahrerfest in Döbling
- Feuerwehrtaucher bargen Ertrunkenen
- Kind stürzte aus Fenster

10.6.
- Gratz ehrt den Sieger der Radrundfahrt

11.6.
- Wohnmobil in Flammen
- Günther Reviczky wird neuer Landstraßer Bezirksvorsteher
- "61 A" mit geänderter Route
- Blasmusikfest: Sperre der Ringstraße
- Großes Praterfest am Sonntag
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

SMZ-Ost bildet 186 Krankenschwestern aus
=++++

4 Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Mit 82 Mädchen und sieben Burschen, 58 aus Wien und 31 aus anderen Bundesländern, wurde Anfang September 1978 in der neuerrichteten Krankenpflegeschule der Stadt Wien im Sozialmedizinischen Zentrum Ost (SMZO) der Schulbetrieb begonnen, wie "Wien aktuell-Wochenblatt" berichtet. Im September 1981 überreichte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER den ersten Absolventen der Schule, 31 Krankenschwestern und zwei Krankenpflegern, ihr Diplom. Zwölf von ihnen arbeiten jetzt im neuen Pflegeheim des SMZO, die anderen in verschiedenen Wiener Spitälern.

Die Krankenpflegeschule mit dem Internat im 22. Bezirk, Langobardenstraße 122, die jüngste unter den 13 städtischen Schulen dieser Art, wurde - wie das Personalwohnheim - im ersten Bauabschnitt des SMZO errichtet. Beide Einrichtungen waren Voraussetzung für den Bau des Pflegeheims und für das Krankenhaus des SMZO, mit dessen Errichtung im Herbst 1983 begonnen werden soll.

Derzeit besuchen 186 Schülerinnen und 18 Schüler in vier Ausbildungsjahrgängen die Krankenpflegeschule im SMZO. Nur rund 40 Prozent der Schüler sind aus Wien, etwa 60 Prozent kommen aus anderen Bundesländern, vor allem aus Niederösterreich, aber auch aus Oberösterreich, Tirol, Kärnten, aus der Steiermark und dem Burgenland. Auch ein Pole ist unter ihnen. Im Vorjahr erhielt ein chinesischer Krankenpfleger sein Diplom.

Die Krankenpflegeausbildung dauert vier Jahre. Im zweiten Ausbildungsjahr ist bereits Spitalspraxis vorgesehen. Die Schüler in der Krankenpflegeschule SMZO machen ihr Praktikum vor allem in der Rudolfstiftung, aber auch in anderen Wiener Spitälern und in zunehmendem Maß im neuen Pflegeheim des SMZO, einer der modernsten geriatrischen Einrichtungen Österreichs. (Schluß) roh/gg

NNNN

E-Werke errichten neuen Lastverteiler

=++++

5 #Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener E-Werke planen die Errichtung eines neuen, durch Prozeßrechner gesteuerten Lastverteilers. Die Vorplanungen wurden bereits abgeschlossen, in Kürze erfolgt die Ausschreibung. Die Fertigstellung des neuen Lastverteiler - Kostenpunkt: rund 230 Millionen S - ist für 1986 geplant. Wie Energiestadtrat Ing. Fritz HOFMANN dazu der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärte, dient diese Investition sowohl der weiteren Erhöhung der Versorgungssicherheit und der noch rascheren Behebung auftretender Störungen als auch dem optimalen, das heißt energiesparenden Einsatz der Kraftwerke.#

Der sogenannte Lastverteiler hat im wesentlichen zwei Aufgaben: einerseits die Steuerung der verschiedenen Stromversorgungsanlagen sowohl bei normaler Versorgungslage als auch bei Störungen, andererseits die Überwachung des Energieeinsatzes nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Im Lastverteiler werden beispielsweise auch die notwendigen Umschaltungen bei Störungen angeordnet, um beim Ausfall einer Leitung oder eines Kraftwerkes eine Unterbrechung der Versorgung entweder überhaupt zu verhindern oder zumindest so kurz wie möglich zu halten. Der derzeitige Lastverteiler in der E-Werke-Direktion in der Mariannengasse stammt aus dem Jahr 1953 und ist nunmehr an seiner absoluten Ausbaugrenze angelangt. Das neue Projekt umfaßt Prozeßrechneranlagen im Lastverteiler selbst sowie in den Kraftwerken Simmering und Donaustadt, eine Mosaik-Rückmeldetafel, die für die Übertragung der Informationen notwendigen Fernmeldeverbindungen und eine Notstromeinrichtung. Durch die prozeßrechnergesteuerte Automatisierung können die Versorgungsicherheit und die Wirtschaftlichkeit der Stromversorgung in Wien weiter erhöht werden. (Schluß) ger/ap

NNNN

Margareten feiert 120. Geburtstag (1)
Utl.: Zahlreiche Festveranstaltungen im ganzen Bezirk
=++++

7 #Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Margareten, der 5. Wiener Gemeindebezirk, feiert dieser Tage seinen 120. Geburtstag. Am 18. Juni 1862 konstituierte sich unter dem ersten Bezirksvorsteher Eduard Brandmayer Margareten als eigener Bezirk.#

Der neue, aus den Vorstädten Margareten, Hundsturm, Laurenzergrund, Matzleinsdorf, Nikoldsdorf sowie kleinen Teilen von Hungelbrunn und Wieden gebildete 5. Bezirk, wies zu diesem Zeitpunkt noch durchwegs ländlichen Charakter auf. Mit Ausnahme der Häuserzeilen entlang der Nikolsdorfer Gasse und der heutigen Wiedner Hauptstraße war der Bereich zwischen Nikolsdorfer Gasse und den heutigen Straßenzügen Wiedner Hauptstraße - Reinprechtsdorfer Straße - Siebenbrunnengasse noch völlig unverbaut.

Margareten war zunächst ein Handwerkerbezirk, der sich im ausgehenden 19. Jahrhundert immer stärker zu einem Arbeiterbezirk entwickelte. 1869 wohnten in den 921 Häusern des Bezirkes 54.000 Einwohner - bis 1890 nahm die Zahl der Häuser auf 1.393 zu, die Bevölkerung stieg auf 84.000. Um die Jahrhundertwende erreichte Margareten mit 106.647 Einwohnern den Höchststand. Heute leben nach der Volkszählung von 1981 46.226 Menschen in Margareten.

Zwtl.: Erster Gemeindebau steht in Margareten

Die Wohnraumsituation in Margareten wurde immer schlechter. Dieser ungünstigen Situation trug die Stadt Wien Rechnung. Die ersten bedeutenden kommunalen Wohnanlagen im Rahmen der Wohnbauprogramme der Zwanzigerjahre wurden hier in Margareten errichtet. Durch den Ankauf des sg. "Drasche-Gürtels", der sich zum Teil auf Margaretner Gebiet erstreckt, entstanden hier die Wohnbauanlagen: Metzleinstaler Hof, der erste Wohnhausbau der Gemeinde Wien (1923/24), der Reumannhof mit 483 Wohnungen (1924), der Julius-Popp-Hof mit 400 Wohnungen (1924), der Herweghof (1927), der Matteottihof (1927) u.v.a. (Forts.) fk/gg

NNNN

Margareten feiert 120. Geburtstag (2)
Utl.: Zahlreiche Festveranstaltungen
=++++

8 Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Gleich sieben Platzkonzerte wird es am 17. Juni in Margareten zum Auftakt der Geburtstagsfeiern geben. Die Musikkapellen spielen von 14 Uhr bis 17.30 Uhr:

- Siebenbrunnenplatz
- Margaretenstraße / Reinprechtsdorfer Straße
- Margaretenplatz
- Wiedner Hauptstraße / Geigergasse
- Wiedner Hauptstraße 98
- Reinprechtsdorfer Straße / Scalagasse

Zwtl.: Schülerwettbewerb und Bezirksausstellung

Im Rahmen der Feiern zum 120. Geburtstag werden für die Margaretner Schüler Zeichen- und Aufsatzwettbewerbe veranstaltet. Die Volksschüler fertigen zum Thema "Margarether Kinder sehen ihren Bezirk" mit Stift und Pinsel Zeichnungen an. Die Hauptschüler sowie die Schüler der Unterstufe der höheren Schulen werden Aufsätze über "Der Bezirk, in dem ich wohne" schreiben. Für die Schüler der Oberstufe sind Podiumsdiskussionen mit dem Thema "Bürgernahe Bezirksverwaltung" vorgesehen.

Das Bezirksmuseum hat eine große Ausstelluung aus Anlaß des 120. Geburtstages vorbereitet. Sie zeigt an Hand von Dokumenten und Bildern die Entwicklung des Bezirkes. Die Ausstellung ist bis zum 25. Juni täglich von Montag bis Freitag von 16 bis 19 Uhr im Festsaal des Amtshauses, Schönbrunner Straße 54, bei freiem Eintritt zu sehen. (Schluß) fk/ap

NNNN

Schiffahrt für 600 junge Bedienstete

=++++

9 #Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Etwa 600 junge Bedienstete der Stadt Wien nahmen am Mittwoch an der bereits traditionellen Schiffahrt in die Wachau teil, zu der Personalstadtrat Franz NEKULA eingeladen hatte.#

Die Fahrt ging dem DDSG-Schiff "Stadt Wien" von der Reichsbrücke bis nach Dürnstein, wo sie von Bürgermeister Leopold GATTINGER und Stadtrat Nekula festlich empfangen wurden. Nach dem Aufenthalt in Dürnstein, den sich die jungen Kanzlei- und Verwaltungsbediensteten, Krankenpflegeschülerinnen und -schüler, Erzieher, Gärtner und anderen Nachwuchsbediensteten der Stadt Wien frei gestalten konnten, begleitete Nekula sie auf der Rückfahrt nach Wien.

An Bord gab es ein reichhaltiges Unterhaltungsprogramm mit zwei Kapellen, Tanz sowie einem Quiz. die Gewinner der ersten drei Preise (ein Fotoapparat, ein Backgammonspiel und ein Setzkasten: Renate SKILICH (MA 6), Karin WINDNER (MA 50) und Elisabeth SCHMIDT (SMZ Ost). Alle Teilnehmer der Fahrt hatten während des ganztägigen Ausfluges reichlich Gelegenheit, einander besser kennenzulernen. (Schluß) roh/ap

NNNN

Grillparzer-Neuerwerbung der Stadtbibliothek

=++++

12 #Wien, 11.6. (RK-KULTUR) Der Wiener Stadt- und Landesbibliothek ist mit der Erwerbung eines Briefes von Franz GRILLPARZER an Feldmarschall RADETZKY eine wichtige Neuerwerbung gelungen.#

. Der Brief, der in der letzten Bücherauktion des Dorotheums ersteigert wurde, ist mit 5. Mai 1850 datiert. Obwohl er keine Adressatenangabe trägt, steht eindeutig fest, daß der Brief an Radetzky gerichtet ist. Dieser Originalbrief war bis jetzt unbekannt, die Grillparzer-Gesamtausgabe verzeichnet nur den ebenfalls in der Handschriftensammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek befindlichen Entwurf zu diesem Schreiben. Grillparzer hat sich - vor allem in seinem bekannten Gedicht auf Feldmarschall Radetzky (Glück auf, mein Feldherr, führe den Streich!...") - über die österreichische Italienarmee und ihren Oberbefehlshaber in den Jahren 1848/49 anerkennend geäußert und erhielt am 5. Mai 1850 durch Feldzeugmeister Freiherr von Heß und Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg einen vergoldeten Silberpokal nebst einem mit 25.4.1850 datierten Dankschreiben Radetzkys überreicht. Der Pokal mit der Aufschrift "Dem Barden Grillparzer die dankbare Armee in Italien" befindet sich heute entsprechend der letztwilligen Verfügung des Dichters im Heeresgeschichtlichen Museum in Wien. (Schluß) gab/gg

NNNN

Hofrat Spindler gestorben

=++++

14 Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Der Direktor des Wiener Rechnungsamtes, Hofrat Josef SPINDLER, ist Donnerstag nach den Folgen eines Herzinfarktes unerwartet gestorben. Hofrat Spindler wurde 1961 Leiter des Rechnungsamtes. Er stand im 62. Lebensjahr. Hofrat Spindler wurde auf eigenes Ansuchen am 8. Juni durch Bechluß des Stadtsenates pensioniert und sollte Ende des Monats in den Ruhestand treten. (Schluß) sei/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Samstag, 12. Juni 1982 Blatt 1666

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- Ausflüge mit den Wiener Verkehrsbetrieben
- Leopoldstadt: Wichtige Schulzubauten
- Keine Chance für Krokotaschen als Souvenir
- Parkende Autos weg von den Straßen?

Kultur: (gelb)
- Förderungspreise der Stadt Wien 1982

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Ausflüge mit den Wiener Verkehrsbetrieben
=++++

1 #Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Rund sechshundert Kilometer lang ist das Liniennetz der Wiener Verkehrsbetriebe. Zahlreiche Straßenbahn- und Autobuslinien enden in attraktiven Ausflugsgegenden. Unter dem Titel "Endstation - Ausflüge mit den Wiener Verkehrsbetrieben" haben die Verkehrsbetriebe jetzt eine Broschüre herausgegeben, in der in übersichtlicher Form 48 interessante Spaziergänge vorgestellt werden.#

Sie alle haben eines gemeinsam: ihre Ausgangs- und Endpunkte sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln leicht erreichbar. Außerdem enthält das Heftchen auch Tips zum Baden, Rodeln und Schifahren in Wien. Es ist gegen eine Schutzgebühr von 10,50 Schilling in allen betriebseigenen Vorverkaufsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe erhältlich. (Schluß) ger/gg

NNNN

Leopoldstadt: Wichtige Schulzubauten

=++++

2 Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) In den Hauptschulen Feuerbachstraße 1 beziehungsweise 3 und in der Volksschule Schönngasse, Leopoldstadt, wird der Bedarf an neuen Schulräumen immer größer, was vor allem auf dei bereits besiedelten neuen Wohnbauten in der Engerthstraße 191 (ehemalige E-Werks-Gründe) zurückzuführen ist. Aber der Bedarf ergibt sich auch aus den im Bereich Engerthstraße (auf dem Areal des ehemaligen Elektra-Platzes) und auf einem Teil des Nordbahnhofgeländes geplanten Wohnbauten, mit deren Errichtung in näherer Zukunft zu rechnen ist.

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt hat aus diesem Grund in einem einstimmig beschlossenen Antrag aller drei Fraktionen die Stadt Wien ersucht, die finanziellen Mittel für diese Schulerweiterungsbauten bis spätestens 1983 zu berücksichtigen. (Schluß) am/gg

NNNN

Keine Chance für Krokotaschen als Souvenir (1)
Utl.: Auch Landesgesetz schützt freilebende Tiere und Pflanzen
=++++

3 #Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Von den Urlaubssouvenirs wie Krokotaschen, Pythonhandtaschen oder Elfenbeinschnitzereien sollte man in Zukunft besser die Finger lassen: unter Umständen macht man sich damit nämlich strafbar.

Da zahlreiche freilebende Tier- und Pflanzenarten, von Leopard über Jaguar und Eisbär bis zu Meeresschildkröten, Greifvögeln, vielen Orchideen und Kakteen, Palmen usw. vom Aussterben bedroht sind, wurde bereits 1973 das sogenannte "Washingtoner Übereinkommen" über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen geschlossen. "Österreich ist diesem Abkommen heuer im April beigetreten. Ein entsprechendes Landesgesetz zu den bundesgesetzlichen Bestimmungen wird derzeit ausgearbeitet. Damit kann auch der Naturschutz - zusätzlich zum Bund - einschreiten, wenn gegen Bestimmungen des Washingtoner Übereinkommens verstoßen wird", erklärt die Umweltabteilung dazu.#

Das am 3. März 1973 in Washington geschlossene Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen ist in drei Anhänge gegliedert:

- Tiere und Pflanzen, die im Anhang 1 erwähnt sind, dürfen überhaupt nicht in den Handel kommen (das gilt auch für Produkte, die z. B. aus der Haut dieser Tiere hergestellt werden). Dazu gehören u. a. Leopard, Jaguar, Nashorn, alle Menschenaffen wie Schimpansen, Gorilla, Orang Utan, viele Papageien- und Krokodilarten, aber auch der indische Elefant - jene Arten jedenfalls, die unmittelbar vom Aussterben bedroht sind.
- Anhang 2 zählt jene Tiere auf, für die Handelsbeschränkungen gelten, weil die Art sonst noch stärker vom Rückgang bedroht ist. Beispiele dafür sind alle freilebenden Katzenarten (außer den im Anhang 1 erwähnten), Känguruharten, der große Ameisenbär, der afrikanische Elefant sowie Walarten. (Forts.) hs/gg

NNNN

Keine Chance für Krokotaschen als Souvenir (2)
=++++

4 Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL)

o Im Anhang 3 schließlich sind jene Tiere enthalten, die in einzelnen Ländern wegen des drohenden Aussterbens vom Land selbst geschützt werden. Dazu gehören zum Beispiel in Tunesien die Wüstenfüchse, die nicht exportiert werden dürfen.

"Man sollte daher vor allem im Interesse des Naturschutzes und dem Schutz aussterbender Tier- und Pflanzenarten, aber auch im eigenen Interesse darauf verzichten, Produkte, die aus diesem international geschützten Tieren oder Pflanzen hergestellt werden, als Souvenir mitzunehmen", warnt der Naturschutz dazu. Wer sich zum Beispiel eine Pythonhandtasche oder eine Krokohandtasche, die aus der Haut einer durch das Abkommen geschützten Art hergestellt wurde, im Ausland kauft und nach österreich einführen will, kann sich strafbar machen. Notwendig wäre nach dem Abkommen eine Einfuhrgenehmigung in österreich, mit der erst man die Ausfuhrgenehmigung des Urlaubslandes erhält - wobei man aber in der Praxis schon die österreichische Genehmigung kaum bekommen wird.

Auch präparierte Seeschildkröten, oft ein beliebtes Andenken von den Seychellen, oder Elfenbeinprodukte fallen unter dieses Abkommen und können vom Zoll beschlagnahmt werden.

Vor kurzem wurden übrigens am Flughafen Wien-Schwechat vom Zoll und auch von der Wiener Naturschutzbehörde mehrere Schimpansen beschlagnahmt, die ohne entsprechende Genehmigung für Versuchszwecke an eine pharmazeutische Firma geliefert werden sollten. Gegen die Firma wurde bereits ein Strafverfahren eingeleitet, die Tiere selbst können damit als verfallen erklärt werden und gehen in das Eigentum des Bundes über. Derzeit sind die herzigen Schimpansen im Tiergarten Schönbrunn bzw. im Tierschutzhaus untergebracht. (Schluß) hs/gg

NNNN

Parkende Autos weg von den Straßen?
=++++

5 #Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Ein revolutionäres Konzept zur Lösung der großstädtischen Nahverkehrsprobleme schlägt Univ.-Prof. Dr. Hermann KNOFLACHER, der Vorstand des Instituts für Verkehrsplanung in der neuen Ausgabe der "österreichischen Gemeinde-Zeitung" vor: Seiner Meinung nach sollten zentrale Auto-Abstellplätze für Bereiche von etwa 300 Meter Radius geschaffen werden und dazwischen von parkenden Autos gänzlich freie Zonen.#

Damit sollen zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Einerseits werden die Straßen von den parkenden Autos befreit und damit die Lebensqualität der Anrainer stark verbessert - die Straßen brauchen nicht mehr so breit gebaut zu werden, damit senkt sich die Durchfahrgeschwindigkeit, Ruhezonen werden geschaffen und die Siedlungskerne werden wieder attraktiver.

Andererseits wird durch den längeren Anmarschweg zum Auto dessen Attraktivität gemindert und diejenige der öffentlichen Verkehrsmittel gesteigert. Laut Knoflacher ist nämlich ein wesentlicher Nachteil der öffentlichen Verkehrsmittel die - im Vergleich zum Auto - schlechtere Erreichbarkeit. Schon Fußwege von 160 bis 200 Meter reduzieren die Attraktivität um die Hälfte, ab 300 Meter ist die Attraktivität für den fußfaulen Stadtmenschen praktisch Null! Wenn jetzt die zentralen Abstellplätze gleichzeitig Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel wären, könnte dieser Negativ-Effekt zur Gänze wegfallen.

Bis zu 70 Prozent des Individualverkehrs in Wien kann nicht als "notwendiger Verkehr" bezeichnet werden, wie Untersuchungen gezeigt haben. Das liegt daran, das viele Menschen eine sehr starke, vielleicht sogar unbewußte Affinität zum Automobil besitzen, die zu einer unwirtschaftlichen und unvernünftigen Benützung führen. Mit seinen Vorschlägen will Knoflacher diese Fehlentwicklung korrigieren.

Wie die "ÖGZ" im Vorwort selbst schreibt, sind diese Überlegungen eines bekannten Verkehrsexperten natürlich nur als Diskussionsgrundlage zu verstehen, die in ihrer Durchsetzbarkeit auf Grenzen stoßen wird. Der komplette Aufsatz Knoflachers ist in der Nummer 11/82 der vom österreichischen Städtebund herausgegebenen "Gemeinde-Zeitung" nachzulesen. (Schluß) roh/gg

Förderungspreise der Stadt Wien 1982
=++++

6 #Wien, 12.6. (RK-KULTUR) Auch 1982 vergibt die Stadt Wien wieder zwölf Förderungspreise und 20 Arbeitsstipendien für junge Künstler, Wissenschaftler und Volksbildner. Die Förderungspreise - sechs für die künstlerischen Sparten Literatur, Musik und Bildende Kunst und sechs für Wissenschaft und Volksbildung - sind mit je 40.000 S dotiert, die Förderungspreise mit je 25.000 S. Persönliche Bewerbungen sind bis 1. September an das Kulturamt der Stadt Wien, 1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, zu richten.#

Die Preise werden an junge Künstler, Wissenschaftler und Volksbildner vergeben, deren bisherige Leistungen auf eine vielversprechende Weiterentwicklung schließen lassen. Es werden nur Personen berücksichtigt, die in Wien leben und arbeiten und noch nicht 40 Jahre alt sind. Förderungspreise und Arbeitsstipendien werden vom Amtsführenden Stadtrat für Kultur und Bürgerdienst aufgrund von Vorschlägen von Preisrichterkollegien zuerkannt.

Der persönlichen Bewerbung ist ein ausführlicher Lebenslauf, ein vollständiges Verzeichnis der Werke beziehungsweise Publikationen mit Belegexemplaren beizulegen. Die Bewerbung um ein Arbeitsstipendium soll auch eine ausführliche Arbeitsdisposition des geplanten künstlerischen oder wissenschaftlichen Vorhabens enthalten. Weitere Auskünfte gibt es im Kulturamt der Stadt Wien: Tel. 42 800/ 2719 Durchwahl. (Schluß) gab/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

199

Montag, 14. Juni 1982 Blatt 1673

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Wohnstraße "Pantzergasse" nach Vorschlägen der Bevölkerung
- 350 Wohnungen auf den "Wienerberggründen"

Kommunal: (rosa)
- Ausstellung "Stadtteilplanung Dornbach"
- Beratung des Polizeigesetzes
- Wasser für die Internationale Schule in Donaustadt
- ÖVP: Energiesparen und Umweltschutz
- ÖVP: Gesetz gegen Hausprostitution wird verschleppt
- Erfolgreiche verhaltenstherapeutische Wohngemeinschaft

Lokal: (orange)
- Flughafen Wien-Schwechat erhält modernes Hotel
- "Singendes, klingendes, lachendes Wien"
- Gratz präsentierte Wiens neue Küche

Kultur: (gelb)
- Preisgekrönte Plakate
- Positive Festwochenbilanz

Nur über FS:

12.6.
- Auto stürzte in die Neue Donau - Lenker tot
- Feuer in Einfamilienhaus
- Rauchgasvergiftung bei Wohnungsbrand
- Blasmusikfest am Rathausplatz

14.6.
- 1. Penzinger Kirtag von 18. bis 20. Juni
- Wien-Symposium in Minneapolis
- Tennis für Jugendliche billiger
- Hohe Wiener Auszeichnung für Dr. Norbert Kraus

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

Ausstellung "Stadtteilplanung Dornbach"

=++++

5 #Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Die erste Informationsveranstaltung für die Stadtteilplanung Dornbach beginnt am 16. Juni. Während einer zwei Wochen dauernden Ausstellung haben die Bewohner des Gebiets Gelegenheit, die Vorstellungen der Planer kennenzulernen.#

Fragebogen erleichtern die Stellungnahme. Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER erwartet auch für dieses Planungsgebiet eine rege Beteiligung der Bewohner. In etlichen anderen Wiener Stadtteilen hat sich dieses Modell der Bürgerbeteiligung bereits sehr gut bewährt.

Die Ausstellung wird am 16. Juni, um 16.30 Uhr, von Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf Wurzer in Anwesenheit von Bezirksvorsteher Robert PFLEGER eröffnet. Sie ist anschließend bis 30. Juni Montag und Freitag von 9 bis 12 Uhr, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 16 bis 19 Uhr in den Räumen der Bezirksvorstehung Hernals, 17, Elterleinplatz 14, Parterre rechts, geöffnet. Während dieser Zeit stehen auch Mitarbeiter der Stadt Wien für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Einige Details aus den Planentwürfen: Es ist beabsichtigt, auf die derzeit noch vorgesehene Straßenverbindung hinter dem Rupertusplatz von der Alszeile zur Andergasse zu verzichten. Durch entsprechende Vorkehrungen in der Widmung soll künftig die Bebauungsdichte im Planungsgebiet reduziert, die Bebauung an der Dornbacher Straße im wesentlichen dem örtlichen Erscheinungsbild, und die Schutzzone in diesem Bereich dem erhaltenswerten Bestand angepaßt werden. Notwendig wird es auch sein, die bestehende Verkehrsorganisation zu überprüfen und allenfalls zu ändern. Vorgesehen sind weiter Maßnahmen, um den wertvollen Baumbestand zu bewahren. (Schluß) and/gg

NNNN

Flughafen Wien-Schwechat erhält modernes Hotel

=++++

6 #Wien, 14.6. (RK-LOKAL) Noch in diesem Jahr beginnen die Bauarbeiten für das Flughafen-Hotel in Wien-Schwechat, das spätestens im Juli 1984 fertiggestellt sein wird: Das vierstöckige Haus wird über 127 Zimmer der Kategorie A verfügen, alle Räume werden mit Telefon, Radio, Fernseher und - besonders wichtig: schallisolierten Räumen - ausgestattet sein.#

Das von der "Novotel"-Gesellschaft betriebene Hotel wird nördlich des Ankunftsgebäudes und westlich der Parkhäuser in einer Entfernung von 150 Meter zum Flughafen errichtet. Über 60 Parkplätze, moderne Konferenzräume, ein erstklassiges Restaurant und eine gemütliche Bar sind vorgesehen. (Schluß) ull/gg

NNNN

"Singendes, klingendes, lachendes Wien"
Utl.: Musik von Johann Schrammel bis Robert Stolz
=++++
7 Wien, 14.6. (RK-LOKAL) Musik von Johann Schrammel bis Robert Stolz gibt es morgen Dienstag, den 15. Juni, im Rahmen des Grätzl-Festes in der Lenaugasse in Wien-Josefstadt. In der Zeit von 15 bis 17 Uhr werden die Mitglieder des Währinger Schrammelquartetts unter der Leitung von Prof. Heinz SCHÜTZ sowie Rita KREBS und Hans HÖCHSMANN im Hof des Hauses Lenaugasse 5 Alt-Wiener-Tänze, Lieder und Couplets zum besten geben. Veranstalter dieses bunten musikalischen Querschnitts durch das Schaffen der verschiedensten Komponisten von Wiener Musik ist der Kulturverein "Freunde der Josefstadt". Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei. (Schluß)
zi/gg

NNNN

Preisgekrönte Plakate
=++++

8 #Wien, 14.6. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK überreichte am Montag auf dem Wiener Rathausplatz die Preise des gemeinsam vom Kulturamt der Stadt Wien und von der Gewista durchgeführten Plakatwettbewerbes 1981. Der Preis der Gewista ging an das Plakat "Zisch dir dein Keli", das im Auftrag der Brau AG von Peter Kahlig gestaltet wurde. Den Preis des Kulturamtes erhielt das Plakat "Amnesty International", gestaltet von Hannes Neuhold. Beide Preise sind mit je 20.000 S dotiert. Eine Reihe weiterer Plakate wurde als vorbildlich gestaltet ausgezeichnet, darunter auch das Plakat "125 Jahre Stadt- und Landesbibliothek" - "60 Jahre Gewista".#

Die Plakatwertungsaktion des Kulturamtes und der Gewista wird seit 1952 durchgeführt. Kulturstadtrat Zilk wies bei der Preisüberreichung auf die positive Entwicklung der Plakatkunst in diesem Zeitraum hin und betonte die Bedeutung der Plakate als "Teil der Stadtmöblierung".

Die ausgezeichneten Plakate werden im Rahmen der Werbewirtschaftlichen Tagung am 16. und am 17. Juni im Kurpark Oberlaa ausgestellt. (Schluß) gab/bs

NNNN

Beratung des Polizeigesetzes

=++++

10 Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Franz NEKULA legte am Montag dem Gemeinderatsausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten das Angebot vor, unter dem Arbeitstitel "Wiener Polizeigesetz" einen Unterausschuß einzusetzen, in dem unter Einbeziehung des Initiativantrages der ÖVP die noch offenen Fragen bei der gesetzlichen Regelung der Wohnungsprostitution behandelt werden sollten. Die ÖVP-Fraktion im Gemeinderatsausschuß lehnte dieses Angebot aus formellen Gründen ab und verlangte eine neuerliche Behandlung ihres Initiativantrags in der nächsten Sitzung des Gemeinderatsausschusses. Diese Ablehnung aus formellen Gründen bedeutet, so erklärte Stadtrat Nekula, eine weitere Verzögerung des Abschlusses dieses Gesetzeswerkes.

Zwtl.: Unterausschuß für Bauordnungsnovelle

Einigung konnte dagegen in der Frage der Einsetzung eines Unterausschusses zur Beratung der Novellierung der Wiener Bauordnung erzielt werden. Ein Entwurf der Novelle wurde bereits in die Wiener Landesregierung eingebracht und zweimal auf Wunsch der ÖVP abgesetzt. Nunmehr einigte man sich auf die Einsetzung eines Unterausschusses.

In der Novelle sind neue Bestimmungen für den Wärmeschutz und energiesparendes Heizen sowie hinsichtlich des Bauens in Schutzzonen vorgesehen. (Schluß) en/bs

NNNN

Wasser für die Internationale Schule in Donaustadt

=++++

11 Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Rund 600 Meter lang wird die Leitung sein, mit der der Neubau der Internationalen Schule im 22. Bezirk an das Rohrnetz der Wiener Wasserwerke angeschlossen werden soll. Der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleitungen, Konsumentenschutz, genehmigte hierfür Montag einen Sachkredit von 2,8 Millionen S. Die Baurate für 1982 beträgt 800.000 S. Vorgesehen sind Leitungsrohre mit 200 und 250 Millimeter Durchmesser, die in der Siebeckstraße und in der Prandaugasse verlegt werden. Der Wasseranschluß wurde von der Bundesgebäudeverwaltung I beantragt, die für die Errichtung dieser für Kinder von Diplomaten und UNO-Beamten vorgesehenen Schule zuständig ist. Den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend hat sich die Bundesgebäudeverwaltung I bereit erklärt, die Baukosten in voller Höhe zu ersetzen. (Schluß) we/gg

NNNN

Gratz präsentierte Wiens neue Küche

=++++

13 Wien, 14.6. (RK-LOKAL) Eine Reihe Wiener Gastwirte hat sich zusammengeschlossen, um eine "Neue Wiener Küche" zu entwickeln. Es geht darum, die Zielsetzungen der aus Frankreich kommenden neuen Küche mit den Wiener Traditionen zu verbinden. Die angeschlossenen Lokale bemühen sich auch besonders um Tischkultur und gutes Service.

Das äußere Zeichen des gemeinsamen Bemühens sind einheitliche Umschläge für die Speisekarten. Diese Umschläge werden viermal im Jahr gewechselt und zeigen ein Mädchen, dessen Hut mit den frischen Produkten der jeweiligen Jahreszeit garniert ist.

Da jetzt der übergang zur Sommerkarte bevorsteht, luden die Vertreter der "Neuen Wiener Küche" zur Eröffnung des kulinarischen Wiener Sommers, die Bürgermeister Leopold GRATZ vornahm - "eine Woche vor der Eröffnung des Musikalischen Sommers", wie Gratz sagte. Er dankte für die Bemühungen, der Wiener Gastronomie neue Impulse zu geben, im Interesse des Fremdenverkehrs ebenso wie im Interesse der Wienerinnen und Wiener. (Schluß) sti/gg

NNNN

ÖVP: Energiesparen und Umweltschutz
=++++

14 Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Fragen des Energiesparens und des Umweltschutzes standen im Mittelpunkt der Pressekonferenz von Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK am Montag. Da sowohl die Prognosen für den Stromverbrauch als auch für den Gesamtenergieverbrauch immer wieder deutlich unterschritten werden, forderte Dr. Busek, das Energieproblem von der Verbraucherseite anzusehen und nicht immer von der Produktionsseite. Da der größte Teil des Energieverbrauchs der Haushalte für den Wärmebedarf benötigt wird, könnten optimale Wärmedämmung und Heizungseinstellung sowohl Energie einsparen als auch die heimische Wirtschaft beleben.

GR. Dr. Johannes HAWLIK wandte sich namens des Grünen Rates der Wiener Volkspartei, der sich speziell mit Umweltfragen beschäftigt, gegen den planlosen Ausbau des Alberner Hafens und damit gegen die Rodung von Auland. Solange das neue Hafenkonzept nicht vorliegt, verlangte Dr. Hawlik, sollen im Alberner Hafen weder Rodungen noch andere Verbauung durchgeführt werden.

Ebenfalls bedroht sieht Dr. Hawlik den Wiener Wald- und Wiesengürtel. Um die Land- und Forstwirtschaftsflächen in Donaufeld, der Simmeringer Haide, Alt-Erlaa, Hirschstetten und Aspern, die derzeit durch einen starken Siedlungsdruck und durch Straßenbauten gefährdet sind, zu entlasten, forderte Dr. Hawlik die Schaffung einer Grundverkehrs-Kommission. Weiter müsse die Stadt Wien Verhandlungen mit der BRD aufnehmen, um den aus dem Ruhrgebiet importierten sauren Regen, der den Baumbestand des westlichen Wienerwalds gefährdet, durch internationale Abmachungen zu reduzieren. Außerdem forderte Dr. Hawlik, solle auf den Wienerberg-Gründen mit der teilweisen Schließung des Wald- und Wiesengürtels begonnen und nicht erst die Verbauung der Gründe abgewartet werden. (Schluß) en/gg

NNNN

ÖVP: Gesetz gegen Hausprostitution wird verschleppt
=++++

15 Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) ÖVP-Stadtrat Dr. Günther GOLLER gab zu der Aussendung der "RATHAUSKORRESPONDENZ" über "Beratung des Polizeigesetzes" folgende Stellungnahme ab:

"Nachdem Wiener ÖVP-Abgeordnete wiederholt Maßnahmen gegen Auswüchse der Prostitution, vor allen Dingen bei der sogenannten Hausprostitution verlangt haben, legte der zuständige SPÖ-Stadtrat Nekula im Herbst 1980 ein sogenanntes Wiener Landespolizeigesetz vor, das im Begutachtungsverfahren, aber auch in der öffentlichkeit einer berechtigten und massiven Kritik unterzogen wurde.

Da trotz verschiedener Zusagen mit einer baldigen Beschlußfassung eines gründlich überarbeiteten Wiener Landespolizeigesetzes nicht zu rechnen war, brachte die ÖVP in der Landtagssitzung am 12. März 1982 einen umfassenden Initiativantrag, betreffend Regelung der Prostitution einschließlich des Verbotes der Prostitution in Wohnhäusern ein, der am 27. Mai im zuständigen Ausschuß zur Beratung stand. In dieser Sitzung wurde vereinbart, in der nächsten Ausschußsitzung unter Berücksichtigung des magistratsintern überarbeiteten Entwurfes eines Wiener Landespolizeigesetzes die Beratungen fortzusetzen.

Anstatt dessen legte SPÖ-Stadtrat Nekula in der heutigen Sitzung lediglich einen magistratsüberarbeiteten Entwurf aus dem Jahre 1981 vor, der seinem Wunsche gemäß in einem Unterausschuß beraten werden soll.

Diese versuchte Vorgangsweise setzt die Verschleppungstaktik der Sozialisten weiter fort.

Faktum ist, daß die ÖVP einen Initiativantrag eingebracht hat, der unter Einbeziehung der magistratsinternen Ausarbeitungen gründlich vorberaten, vom Wiener Landtag rasch beschlossen werden könnte, um wirksame Maßnahmen vor allem gegen die Hausprostitution zu setzen, erklärte der Antragsteller, ÖVP-Stadtrat Dr. Günther Goller gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ"." (Schluß) red/ap

NNNN

Erfolgreiche verhaltenstherapeutische Wohngemeinschaft (1)
Utl.: Modellartiges Experiment hat sich bewährt
=++++

16 #Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Vor fünf Jahren wurde in Wien Hietzing, Lainzer Straße 38, Österreichs erste Modelleinrichtung einer verhaltenstherapeutischen Wohngemeinschaft in Betrieb genommen. Sie ist für Patienten gedacht, die keine stationäre Behandlung in der Psychiatrischen Universitätsklinik benötigen, aber noch nicht über genügend Selbständigkeit verfügen, um ohne Betreuung leben zu können. Montag fand ein Pressegespräch statt, in dessen Rahmen Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. A. STACHER über die erfolgreiche Tätigkeit dieser Einrichtung berichtete.#

Laut Stacher ist diese verhaltenstherapeutische Wohngemeinschaft - vor fünf Jahren zunächst als ein Experiment gestartet - mittlerweile zu einer nicht mehr wegzudenkenden Einrichtung im Rahmen der Rehabilitation von verhaltensgestörten Patienten geworden.

Zwtl.: Therapie als Rehabilitation

Wie Univ.-Prof. Dr. Peter BERNER, Vorstand der Psychiatrischen Universitätsklinik erklärte, soll den Patienten damit die erste und kritische Übergangsphase zwischen der Entlassung aus dem Spital und der Wiedereingliederung in die normale Umwelt erweitert werden. Insgesamt können bis zu 11 Patienten der verhaltenstherapeutischen Station aufgenommen werden. Laut Univ.-Prof. Dr. Hans-Georg ZAPOTOCZKY, Leiter der verhaltenstherapeutischen Abteilung, erlernen die Patienten im "geschützten Milieu" der Wohngemeinschaft im Rollenspiel der Einzel- und Gruppentherapie die Probleme der Außenwelt zu bewältigen. Dazu gehören u.a. Aufgabengebiete wie Einkaufen, Küchendienst, Pflege des Hauses und des Gartens, aber auch die Ausarbeitung gemeinsamer Freizeitprogramme. Diese bestehen u.a. aus gemeinsamen Theater- und Kinobesuchen, Ausflügen sowie gemeinsamen Sportaktivitäten, wie z.B. Schwimmen, Radfahren, Eislaufen und Schilanglaufen. (Forts.) zi/bs

NNNN

Erfolgreiche verhaltenstherapeutische Wohngemeinschaft (2)
Utl.: Gelungene Wiedereingliederung
=++++

17 Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Therapie zahlen die Patienten als "Untermieter" pro Monat 800 S. Die Betreuung erfolgt durch einen ärztlichen Leiter und drei Sozialarbeiterinnen. Rechtsträger dieser Einrichtung ist der "Verein Wiener Sozialdienste", die Sach- und Personalkosten dieser Einrichtung werden durch das Sozialamt (von 1977 bis 1981 waren es 3,1 Mio S) getragen.

Gemeinderat Christine SCHIRMER, Geschäftsführerin des Vereines Wiener Sozialdienste, wies bei dieser Gelegenheit auf das seitens der Bevölkerung bestandene Mißtrauen vor fünf Jahren hin. Dank verschiedener informativer Veranstaltungen für die Wohnbevölkerung der Umgebung, konnte dieses Mißtrauen jedoch abgebaut werden.

Zwtl.: 58 Patienten therapeutisch betreut

Seit Beginn der Tätigkeit vor fünf Jahren wurden insgesamt 58 Patienten, die an neurotischen Störungen litten und bereits in der Psychiatrischen Universitätsklinik in Behandlung waren, betreut. Davon waren 28 Frauen und 30 Männer, die nach erfolgreicher therapeutischer Behandlung wieder in das normale Leben eingegliedert werden konnten. Zur Zeit leben zehn Personen im Haus - fünf Frauen und fünf Männer. Das Durchschnittsalter liegt bei 27,1 Jahren, bei den Frauen liegt es mit 21,8 Jahren noch niedriger. Im Laufe der Jahre konnte auch die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Bewohner gesenkt werden. Diese liegt gegenwärtig bei 7,6 Monaten, die längste Aufenthaltsdauer betrug 34 Monate, die kürzeste einen Monat. Von den entlassenen Patienten sind rund 80 Prozent in ihre eigene (sehr oft erst neu beschaffte) Wohnung gezogen, wobei erfreulicherweise nur in den seltensten Fällen Rückfälle zu verzeichnen waren. (Schluß) zi/gg

NNNN

Positive Festwochenbilanz (1)

=++++

19 #Wien, 14.6. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK zog am Montag in einer Pressekonferenz Bilanz über die Festwochen 1982 und berichtete auch über den Stand der Planung für die Festwochen 1983 und 1984. Dabei wies Zilk auf die besonderen Erfolge der Festwochen in den Bereichen hin, den denen - wie etwa beim Clownfestival mit 180.000 Besuchern - neue Ideen zum Tragen kommen, die auch ein neues Publikum anziehen. Das Clownfestival wird daher auch im kommenden Jahr fortgesetzt. Teilschwerpunkt des Jahres 1983 wird das Türkenjahr sein, das an die Belagerung Wiens 1683 erinnert.#

Neben dem Clownfestival zählte die Charlie-Chaplin-Retrospektive (10.000 Besucher) und Flic-Flac, wo bis zum Auslaufen mit 30.000 Zuschauern gerechnet wird, zu den großen Erfolgen der heurigen Festwochen. Von den Gastspielen im Theater an der Wien fanden "Der gute Mensch von Sezuan", "Die goldenen Fenster" und "Ain't Misbehavin" bei Presse und Publikum besonderes Interesse. Der "Offene Karlsplatz" wurde für drei Wochen zum lebendigen Kunst- und Kommunikationszentrum. Eine wertvolle Information über die Pariser Kunstszene brachte die Ausstellung "Paris 1960 - 1980".

Geteilte Aufnahme fand das Programm zum 250. Geburtstag von Joseph Haydn. Das Musikfest im Musikverein leidet - bei einem qualitativ hochwertigen Programm - etwas unter den hohen Eintrittspreisen. Hier sollen für die kommenden Musikfeste neue Überlegungen angestellt werden. (Forts.) gab/ap

NNNN

WIEN KULTUR

Positive Festwochenbilanz (2)
Utl.: Ausstellungsreigen zum Türkenjahr
=++++

20 Wien, 14.6. (RK-KULTUR) Das Türkenjahr als Teilschwerpunkt der Festwochen 1983 wird seinen Niederschlag in einer Kette von Ausstellungen, einer Eigenproduktion von Mozarts "Zaide" und Gastspielen türkischer Gruppen finden. Auch an die Einbeziehung von in Wien arbeitenden TÜrken ist gedacht. Die zentrale Ausstellung im Künstlerhaus und im Historischen Museum der Stadt Wien wird sowohl den Kampf um die Stadt vor 300 Jahren wie auch die europäische Situation dieser Zeit darstellen.

Mit Gastspielen des Bolschoi-Balletts und des Balletts des 20. Jahrhunderts von Maurice Bejart mit "Wien, Wien, nur du allein" werden die verstärkten Bemühungen um das Ballett fortgesetzt. Jean Luis Barrault wird 1983 seine Revue über die Strauß-Dynastie im Theater an der Wien zeigen. Der "Offene Karlsplatz" soll mit der Secession als zentralem Spielort ein Forum für das "andere Theater" erhalten. Die Gesellschaft für Literatur wird ein Kafka-Symposion veranstalten, in einer "Austro-Musical-Show" wird der heimischen Pop-Szene Gelegenheit geboten werden, ihre geminsamen Vorstellungen zu realisieren. Die Filmretrospektive des Filmmuseums wird im kommenden Jahr Marlene Dietrich gewidmet.

Bereits für 1984 kündigte Zilk verschiedene Variationen zum Thema "Zeit der Puppen" an: Puppenspiel, Schaufensteraktionen und schließlich ein Puppenvironment unter Einbeziehung der ganzen Stadt zählen zu diesem Projekt. Weiters sind bereits eine Retrospektive des Zeichentrickfilms, eine Ausstellung zum Thema "1984" noch Orwell und eine Großausstellung sowjektischer Plastiken seit 1920 vorgesehen. (Schluß) gab/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Dienstag, 15. Juni 1982 Blatt 1690

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Neuer Bezirksvorsteher für die Landstraße

Kommunal: (rosa)
- 55,4 Millionen für psychiatrische Krankenhäuser und Pflegeheime
- Abgabe auf unvermietete Wohnungen
- Flankierende Maßnahmen für Abgabe auf unvermietete Wohnungen
- Gratz: Verfassungsschutz für Wald- und Wiesengürtel
- Stadtrat Hofmann Präsident der Gemeinwirtschaft

Lokal: (orange)
- Hetzendorf: Hülle und Fülle 82

Wirtschaft: (blau)
- Zweiter Geschäftsführer bei GESIBA

Nur über FS: 15.6.
- Bürgermeister ehrte 170 Jubel-Hochzeitspaare
- Tag der offenen Tür im Pensionistenheim
- Charmanter Besuch aus Bayern

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

55,4 Millionen für psychiatrische Krankenhäuser und Pflegeheime

=++++

2 Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Die Renovierung bzw. bauliche und einrichtungsmäßige Erneuerung der psychiatrischen Krankenhäuser und Pflegeheime sind in den letzten Jahren zu einem Schwerpunkt geworden. Der Gemeinderatsauschuß für Gesundheit und Soziales genehmigte in seiner letzten Sitzung insgesamt 55,4 Millionen S für notwendige Instandsetzungsarbeiten und Modernisierungen der psychiatrischen Krankenhäuser Baumgartner Höhe und Ybbs an der Donau sowie der städtischen Pflegeheime. Mit den genehmigten Mitteln sollen neben Renovierungen der Fassaden auch verschiedene patientenbezogene Maßnahmen, wie etwa Verschönerung der Krankenzimmer, durchgeführt werden. (Schluß) zi/bs

NNNN

Zweiter Geschäftsführer bei GESIBA

=++++

5 Wien, 15.6. (RK-WIRTSCHAFT) Architekt Dipl.-Ing. Erwin WEISS, Jahrgang 1935, wurde zum technischen Geschäftsführer der GESIBA, Gemeinnützige Siedlungs- und Baugesellschaft m.b.H., bestellt. Der bisherige alleinige Geschäftsführer Rudolf HAHN erhielt den Titel Generaldirektor. (Schluß) wabvg/bs

NNNN

Abgabe auf unvermietete Wohnungen (1)
Utl.: Bis zu 66 Schilling pro Monat und Quadratmeter
=++++

6 #Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR brachte Dienstag in der Sitzung der Wiener Landesregierung ein Gesetz über eine Abgabe auf unvermietete Wohnungen ein. Das Gesetz sieht je nach Wohnungsausstattungskategorie monatliche Abgaben je Quadratmeter zwischen 16,50 Schilling für eine Substandardwohnung und 66 Schilling für eine Standardwohnung mit Bad, Klosett und Zentralheizung vor. Die Abgabe ist zu bezahlen, wenn eine Wohnung sechs Monate nach der Räumung durch den früheren Mieter oder Inhaber nicht vermietet wird. Diese Frist kann sich um ein Jahr auf eineinhalb Jahre verlängern, wenn der Vermieter Arbeiten zur Standardanhebung der Wohnung in Angriff nimmt. Die Abgabe auf unvermietete Wohnungen, die in der Wiener Landesregierung mit den Stimmen der SPö beschlossen wurde, wird noch vor der Sommerpause dem Finanzausschuß und dem Wiener Landtag vorgelegt werden. Als Termin für das Inkrafttreten ist der 1. Jänner 1983 vorgesehen.#

Die Hauseigentümer sollen jedoch bereits ab 15. September 1982 verpflichtet werden, Auskünfte über ihre Liegenschaften zu geben.

Abgabepflichtig ist der Eigentümer des Gebäudes oder der Bauberechtigte - eine Überwälzung der Abgabe auf die Mieter ist unzulässig. An Strafen sind vorgesehen:

o Für Hinterziehungen eine Geldstrafe bis zum Zehnfachen der Abgabeschuld;
o wer der Auskunfts- und Anzeigepflicht nicht nachkommt, begeht eine Verwaltungsübertretung, die Strafe beträgt in diesem Fall maximal 10.000 Schilling. (Forts.) sei/gg

NNNN

Abgabe auf unvermietete Wohnungen (2)
Utl.: Ausnahmen
=++++

7 Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Von der Abgabe auf unvermietete Wohnungen sind ausgenommen:

- o Wohnhäuser, die im Eigentum oder in der Benützung eines fremden Staates oder auf Grund von Staatsverträgen errichteter Organisationen oder als exterritorial anerkannter Personen stehen, wenn diese Wohnhäuser zur Unterbringung von diplomatischen Vertretungen oder zu Wohnzwecken für Personen verwendet werden, die als exterritorial anerkannt sind;
- o Wohnungen, die vom Eigentümer zur Deckung seines Wohnbedarfes selbst genützt werden;
- o Wohnungen, an denen Wohnungseigentum besteht;
- o Wohnungen, in einem Wohnhaus mit nicht mehr als zwei selbständigen Wohnungen;
- o Wohnungen, die im Eigentum von gemeinnützigen Fonds stehen, wenn die Fondsstatuten die Förderung der Unterbringung von Zuwanderern vorsehen und seitens der Stadt Wien Beiträge zur Erreichung der Zielsetzungen des Fonds geleistet werden;
- o Dienstwohnungen;
- o Wohnungen, die im Eigentum von Gebietskörperschaften stehen und im Zusammenhang mit einem Dienstverhältnis als Natural- oder Werkswohnung überlassen werden;
- o Wohnungen, die auf Grund behördlicher Anordnungen nicht vermietbar sind;
- o Wohnungen, die der Stadt Wien unter Angabe der Vertragsbedingungen zur Vergabe angeboten werden, wenn die angebotenen Bedingungen einer von der Stadt Wien erlassenen Richtlinie entsprechen. Hat die Stadt Wien schriftlich erklärt, auf das eingeräumte Vergaberecht zu verzichten, endet die Abgabefreiheit für diese Wohnung mit ihrer Vermietung. (Forts.) sei/gg

NNNN

Flankierende Maßnahmen für Abgabe auf unvermietete Wohnungen

=++++

8 #Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Bei der Einbringung des Gesetzentwurfes über die Einhebung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen in der Wiener Landesregierung wurde von Finanzstadtrat Hans MAYR betont, daß es sich um einen ersten Schritt handle, der von flankierenden Maßnahmen unterstützt werden soll. Dann wird es durch dieses Gesetz jedenfalls gelingen, die Zahl der Wohnungssuchenden in Wien zu verringern.#

Vorher hatte die ÖVP durch Stadtrat Dr. Günther GOLLER ihre Ablehnung des Gesetzentwurfes deponiert. Dazu Goller: Die Volkspartei habe schon seit Jahren die Meinung vertreten, daß auf diesem Gebiet etwas geschehen muß. Man glaube aber, daß der vorliegende Gesetzentwurf nicht der richtige Weg sei. Goller erinnerte in diesem Zusammenhang an einen ÖVP-Antrag im Gemeinderat vom 4. Juni und meinte, bevor dieser Antrag nicht behandelt würde, der nicht nur die UNVERMIETETEN, sondern auch die UNBEWOHNTEN Wohnungen einbezieht, könne man dem Gesetzentwurf nicht zustimmen, der keinen zusätzlichen Wohnraum, sondern nur zusätzliche Belastung der Verwaltung mit sich bringt. Auch Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK fragte, ob der vorliegende Entwurf einen Einfluß auf die Zahl der Wohnungssuchenden haben werde, ob nicht vielleicht Scheinmietverträge abgeschlossen werden würden und wie man sich die Administration vorstelle?

Dazu Stadtrat Mayr: Bei den flankierenden Maßnahmen zu dem Gesetz könne er sich durchaus die Einbeziehung der im ÖVP-Antrag gemachten Vorschläge vorstellen. Von diesen flankierenden Maßnahmen nannte Mayr, daß über den Energieverbrauch die tatsächliche Nutzung einer Wohnung festgestellt wird und daß für die auf Grund des Gesetzes neu vermieteten Wohnungen Wohnungsverbesserungskredite bewilligt werden. Abschließend versicherte Mayr, daß auf Grund verschiedener vorhergegangener Verwaltungsvereinfachungen die Finanzverwaltung die administrativen Aufgaben zur Handhabung des Gesetzes durchaus mit dem vorhandenen Personal bewältigen können wird. (Forts. mgl.) pr/gg

NNNN

Flankierende Maßnahmen für Abgaben auf unvermietete Wohnungen (2)
=++++

10 Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters, im Herbst werde die Finanzverwaltung eine Erhebung durchführen, die grundlegende Daten für die Abgabe auf unvermietete Wohnungen erbringen soll. Die Kosten für diese Erhebung werden 900.000 S betragen. Es ist nicht beabsichtigt, für die Administration des Gesetzes zusätzliches Personal aufzunehmen. MAYR: "Wenn wir nur eine größere, gutausgestattete Wohnung durch diese Abgabe zur Verfügung stellen können, haben wir bereits die Kosten der Abgabe gedeckt."

Mayr bekräftigte, daß zu dieser Abgabe flankierende Maßnahmen in zweierlei Richtung notwendig sein werden. Genau wird zu diskutieren sein, wie man über den Energieverbrauch zwar vermietete, jedoch nicht benützte Wohnungen erfassen kann. Mayr: "Der öVP-Vorschlag in der derzeitigen Form ist dazu nicht geeignet, weil er das Problem des Abmeldens von Gas- und Strom nicht berücksichtigt". Als zweite flankierende Maßnahme schlug Mayr vor, daß bei Neuvermietungen von bisher nicht vermieteten Wohnungen sehr rasch ein Wohnungsverbesserungskredit zur Verfügung gestellt werden sollte. (Schluß) sei/bs

NNNN

Gratz: Verfassungsschutz für Wald- und Wiesengürtel

=++++

11 #Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Bereits in der Klausurtagung der Sozialistischen Gemeinderäte Donnerstag und Freitag soll eine Möglichkeit beraten werden, den Wiener Wald- und Wiesengürtel unter Verfassungsschutz zu stellen, kündigte Dienstag Bürgermeister Leopold GRATZ an. Der Wiener Wald- und Wiesengürtel hat sich seit 1955 von etwa 47 Quadratkilometer auf etwa 66 Quadratkilometer ausgedehnt.#

Anlaß für den Vorstoß des Bürgermeisters sind jene Schrebergartensiedlungen im Grüngürtel, die seit ungefähr 40 Jahren existieren und bereits voll akzeptiert werden, nach ihrer Widmung aber ständig von der Räumung bedroht sind.

Für diese Kleingärten soll eine Rechtssicherheit geschaffen werden. Um neue wilde Siedlungen dann aber zu vermeiden, soll der Wiener Landtag gleichzeitig ein Verfassungsgesetz zum Schutz des Grüngürtels erlassen. Der Wald- und Wiesengürtel könnte dann zwar mit einfacher Mehrheit ausgeweitet, aber nur mit Zweidrittelmehrheit umgewidmet werden.

Gratz untermauerte seine Überlegung damit, daß man bei der laufenden Diskussion um den Nationalpark auch überlegen müßte, was man im eigenen Land tun könnte. Niederösterreich forderte der Wiener Landeshauptmann auf, ähnliche Maßnahmen zum Schutz des Wiener Waldes in seinem Raumordnungskonzept zu treffen. (Schluß) Rö/ti

NNNN

Stadtrat Hofmann Präsident der Gemeinwirtschaft

=++++

12 #Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Die Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft hat einen neuen Präsidenten, Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN, zu dessen Ressort das größte kommunale Unternehmen österreichs, die Wiener Stadtwerke, gehört. Der bisherige Präsident, Stadtrat Franz NEKULA, legte nach 11jähriger Tätigkeit die Funktion zurück, weil er in seiner derzeitigen Stadtratstätigkeit (er war früher Stadtwerke-Stadtrat) keine direkte Verbindung mit Gemeinwirtschaftsunternehmen hat und "nur mehr mit dem Herzen zur Gemeinwirtschaft gehört". Vor Nekula war Bürgermeister Felix SLAVIK Präsident der Arbeitsgemeinschaft.#

Montag fand eine Mitgliederversammlung der ARGE der österreichischen Gemeinwirtschaft statt, die im Zeichen der 30jährigen Tätigkeit der österreichischen Gemeinwirtschaft stand. Die ARGE wurde im Mai 1952 von Vertretern der Kommunalwirtschaft, der verstaatlichten Industrie und der Konsumgenosschenschaften gegründet, weil sich für die einzelnen Sektoren der Gemeinwirtschaft die Notwendigkeit einer Interessensvertretung der Nicht-Privaten-Wirtschaft außerhalb der Handelskammern ergab.

Der von der Mitgliederversammlung, die alle 2 Jahre stattfindet, neu gewählte Vorstand, setzt sich aus den Generaldirektoren bzw. Direktoren der größten öffentlichen und genossenschaftlichen Unternehmen der verschiedenen Sparten zusammen, sowie aus Vertretern des Städtebundes, der Arbeiterkammern und des ÖGB.

Seit 30 Jahren ist Dipl.-Ing. PRÖBSTING, einer der Mitbegründer der ARGE, deren ehrenamtlicher Wirtschaftsführer. Er hat den neuen Vorstand ersucht, ihn aus Altersgründen nicht mehr mit der Wirtschaftsführung zu betrauen. Er wird aber der Gemeinwirtschaft weiterhing zur Verfügung stehen. (Schluß) red/bs

NNNN

Hetzendorf: Hülle in Fülle 82
=++++
13 #Wien, 15.6. (RK-LOKAL) Unter dem Motto "Hülle in Fülle 82" steht die diesjährige Modeschau der Modeschule der Stadt Wien, die vom 17. bis 27. Juni täglich um 19.30 Uhr im Schloßpark von Hetzendorf gezeigt wird. Eine "Fülle von Ideen" für "Hüllen als modische Verpackung" bietet die diesjährige Kollektion, wobei besonders die spielerische Freude an vielfältigen Veränderungen dokumentiert wird.#

Gezeigt wird junge Mode, wobei vor allem kurze Röcke und Kombinationen von Rock und Hose in allen Varianten dominieren. Fast 200 Modelle wurden für die diesjährige Modeschau entworfen und ausgeführt. Vorgeführt wird die Kollektion wieder von Schülerinnen und Schülern der Modeschule der Stadt Wien. Die Kollektion beinhaltet Kleidung aus den Bereichen Freizeit, Sport, Tag und Abend. Der Bogen reicht von Bademode über Schiunterwäsche, Schulmädchenkleider und Wetterflecke bis zu Pelzmänteln und Brautmode. Den Abschluß bildet die traditionelle Krepp-Revue der zweiten Klassen, die diesmal den Titel "Hülle und Fülle im Hetzendorfer Wunderland" trägt.

Karten für die Modeschau sind zum Preis von 40 bis 60 S im Schloß Hetzendorf und in Kartenbüros erhältlich. (Schluß) emw/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Mittwoch, 16. Juni 1982 Blatt 1701

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Spatenstich für internationale Schule

Kommunal: (rosa)
- Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke
- Wiens Pensionistenheime haben sich bewährt
- Schieder: Wienerwald auch in Nö schützen

Lokal: (orange)
- Rückkauf von alten Fahrscheinen
- Hundert Jahre jung
- Gesiba renoviert Barockhaus

Kultur: (gelb)
- Silbernes Verdienstzeichen für William Bühringer
- Jugendtheatertage im Treffpunkt Petersplatz

Nur über FS:
- 15.6. Schilfbrand in der Lobau
- 16.6. Gleisbauarbeiten in der Wehlistraße
- Zwillinge zündelten - Zimmerbrand

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

Silbernes Verdienstzeichen für William Bühringer

=++++

1 Wien, 16.6. (RK-KULTUR) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER überreichte Dienstag das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien an den in Australien lebenden William BÜHRINGER. Bühringer, ein gebürtiger Wiener, organisierte in Australien alljährlich einen Wettbewerb für Studenten der australischen Konservatorien und Musikhochschulen. Der Sieger dieses Wettbewerbes, der unter dem Titel "Robert-Stolz-Wettbewerb" abgehalten wird, bekommt die Gelegenheit, ein Jahr lang als Gast der Stadt Wien am Konservatorium der Stadt Wien seine Musikstudien zu vervollkommnen. An der Ehrenzeichenüberreichung nahm auch die Witwe von Robert Stolz, Frau Einzi STOLZ, teil. (Schluß) emw/bs

NNNN

Rückkauf von alten Fahrscheinen

=++++

3 Wien, 16.6. (RK-LOKAL) Der Rückkauf von Fahrscheinen der Wiener Verkehrsbetriebe zum alten Tarif erfolgt nur mehr bis Freitag, den 25. Juni. Dafür steht ausschließlich die Abteilung für Tarifangelegenheiten 6, Rahlgasse 3, Montag bis Freitag in der Zeit von 8 bis 14.30 Uhr zur Verfügung. (Schluß) red/gg

NNNN

Hundert Jahre jung
=++++

4 Wien, 16.6. (RK-LOKAL)) Ihren 100. Geburtstag feierte Hermine STEINBACH aus Penzing, Hochsatzengasse 6/2/2 im Kreis ihrer Familie, einer Tochter, einem Enkel- und einem Urenkelkind. Frau Steinbach ist in der Tschechoslowakei, in Groß-Meseritsch, geboren. Sie war Näherin. Ihrem Alter zum Trotz ist die Witwe jung geblieben: Sie führt ihren Haushalt zumeist selbst. Im Rahmen einer kleinen Feier stellte sich Mittwoch vormittag Bezirksvorsteher Otto BAUER als Gratulant ein, überbrachte die Glückwünsche der Penzinger Bevölkerung und überreichte namens der Stadt Wien ein Ehrengeschenk. (Schluß) am/bs

NNNN

Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke (1)

=++++

5 #Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Straße, Verkehr und Energie genehmigte am Mittwoch mit den Stimmen der SPÖ den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke. Das Jahr 1981 brachte einen Rückgang des Energieverbrauchs in Wien bei stark steigenden Rohenergiepreisen. Die Verkehrsbetriebe verzeichneten einen Zuwachs der Fahrgastfrequenz um zwei Prozent. Insgesamt weist der Rechnungsabschluß für das Jahr 1981 für die Wiener Stadtwerke einen Verlust von 540 Millionen Schilling aus. Erträgen von 16,66 Milliarden stehen Aufwendungen von 17,2 Milliarden gegenüber.#

Im Zeichen der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung und des Sparwillens der Bevölkerung war 1981 von einem Rückgang des Energiebedarfes gekennzeichnet. Gegenüber 1980 ging der Strombedarf um 0,3 Prozent, die Gasabgabe an Tarifabnehmer um 9,8 Prozent zurück. Besonders positiv ist der Zuwachs der Wärmeabgabe des Blockkraftwerkes Simmering um 33 Prozent zu vermerken, da dies eine wesentliche Verringerung des Devisenabflusses für Energieimporte bedeutet. Die Verkehrsbetriebe verzeichneten ein Ansteigen der Fahrgastfrequenz um zwei Prozent, dieser Wert ist aber durch die positive Entwicklung in den ersten Monaten des Jahres 1982 nach der Tarifreform bereits wieder überholt. Der Rechnungsabschluß der Stadtwerke muß unter dem Aspekt der besorgniserregenden Steigerung der Energiepreise gesehen werden. Schweres Heizöl wurde 1981 um 20 Prozent, Erdgas um 42 Prozent teurer, was trotz geringeren Energiebedarfes zu einer wesentlichen Erhöhung der Rohstoffkosten führte. Im Hinblick auf die Bedeutung einer gesicherten Energieversorgung und eines potenten öffentlichen Nahverkehrs war es notwendig, auch die Tarife der geänderten Kostensituation anzupassen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke (2)
Utl.: Die Situation bei den einzelnen Teilunternehmungen
=++++

6 Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Die E-Werke hatten 1981 6.150 Gigawattstunden Strom bereitzustellen, um 0,3 Prozent weniger als 1980. Die Versorgung funktionierte reibungslos, wegen der Preiserhöhung auf dem Energiesektor erhöhte sich allerdings der Rohstoffaufwand gegenüber 1980 um 568 Millionen auf 3,4 Milliarden. Die E-Werke weisen in ihrer Erfolgsrechnung für 1981 einen Jahresgewinn von 134,9 Millionen Schilling aus. Der genannte Bruttogewinn stellt ein unverzichtbares Finanzierungsinstrument dar, das hilft, die wirtschaftliche Potenz der E-Werke zu erhalten.

Wie die E-Werke haben auch die Gaswerke im Berichtsjahr die Abnehmer reibungslos mit Energie versorgen können.

Die Gaswerke lieferten 590 Millionen Kubikmeter Erdgas an die Tarifabnehmer, was einen Rückgang von 9,8 Prozent entspricht. Rund 75 Prozent des Erdgasbezuges stammen aus der Sowjetunion, 18 Prozent entfallen auf Inlandgas, der Rest auf Nordsee- und CSSR-Gas. Der Erdgasvorrat wurde 1981 um 153 Millionen Kubikmeter aufgestockt.

Die Erhöhung der Erdgaseinstandspreise hatte allerdings schwerwiegende finanzielle Auswirkungen, die durch die Anhebung der Gaspreise nicht abgefangen werden konnten. Infolge der ungenügenden Tariferhöhungen weisen die Gaswerke im Berichtsjahr einen Verlust von 183,5 Millionen S auf. (Forts.) gab/bs

NNNN

Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke 1981 (3)
Utl.: Die Situation bei den einzelnen Teilunternehmungen
=++++

7 Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Die Verkehrsbetriebe verzeichneten 1981 eine Beförderungsfrequenz von 450,7 Millionen Fahrgästen, das bedeutet eine Erhöhung um 8,6 Millionen Beförderungsfälle oder um zwei Prozent. Das Verkehrsangebot konnte auch 1981 durch die Fertigstellung der U4 und die Fortführung des Beschleunigungsprogrammes für die Straßenbahn verbessert werden.

Im Jahr 1981 ergab sich bei den Verkehrbetrieben ein Verlust von 493,4 Millionen. Ohne erfolgverbessernde Maßnahmen innerhalb der Wiener Stadtwerke und durch die Hoheitsverwaltung hätte der Verlust 2,073 Milliarden betragen. Insgesamt betrug die finanzielle Unterstützung der Verkehrsbetriebe durch die Hoheitsverwaltung in Form von Betriebskostenzuschüssen, einer Kapitaleinlage und durch die Pensionslastenübernahme 3,1 Milliarden.

Die Städtische Bestattung, die vierte Teilunternehmung der Wiener Stadtwerke, erzielte 1981 einen Gewinn von 1,3 Millionen. Sie führte 1981 insgesamt 21.866 Erd- und Feuerbestattungen durch. (Schluß) gab/ap

NNNN

Gesiba renoviert Barockhaus (1)
=++++

10 #Wien, 16.6. (RK-LOKAL) Das Barockhaus Taborstraße 23, eines der schönsten Baudenkmäler der Leopoldstadt, wird von der Gesiba revitalisiert. Im Haus können zwei Geschäfte und acht Wohnungen untergebracht werden, die Fassade wird in ihrem ursprünglichen Zustand wiederhergestellt.#

In der Pressekonferenz, die die Gesiba am Mittwoch gab, betonte Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK die Bedeutung dieses Hauses als eines der wenigen Denkmäler des 2. Bezirkes aus der Zeit vor der zweiten Türkenbelagerung. Zilk kündigte auch den Beginn der Renovierungsarbeiten am Grassalkovicsschlössel für den Zeitraum 1983/84 an. Über die Bedeutung für das Stadtbild hinaus wird dieses Barockjuwel als Heimstatt für das Leopoldstädter Bezirksmuseum und das Zirkus- und Clownmuseum eine wichtige Funktion erfüllen. Bezirksvorsteher Rudolf BEDNAR wies darauf hin, daß die ehemaligen Stallungen in der Oberen Augartenstraße ebenfalls ihrer baldigen Renovierung entgegensehen. Unter anderem soll dort eine Musikschule der Stadt Wien und ein Bildhaueratelier untergebracht werden.

Das Haus "Zum grünen Kranz" in der Taborstraße 23 stammt aus dem Jahr 1646 und liegt im alten Kern der Leopoldstadt, der heute Schutzzone ist. Das Haus und das angrenzende Grundstück Tandelmarktgasse 22 - 24 wurden 1977 um 1,85 Millionen Schilling von der Ekazent erworben und nach Erstellung wesentlicher planerischer Vorarbeiten von dieser 1981 für 2,07 Millionen Schilling und die Abgeltung der Planungskosten an die Gesiba verkauft. (Forts.)
gab/gg

NNNN

Gesiba renoviert Barockhaus (2)
Utl.: Alter Stich lieferte Restaurierungsvorlage
=++++
11 Wien, 16.6. (RK-LOKAL) Die Wiederherstellung der Fassade des Hauses Taborstraße 23 wurde durch einen Stich aus dem Jahr 1737 ermöglicht. Auf diesem ist ein Zipfel des Gebäudes zu sehen, woraus die Fachleute des Bundesdenkmalamtes wertvolle Schlüsse ziehen konnten. Eine genaue Untersuchung soll noch die Originalfarben der ursprünglich wahrscheinlich zweifarbigen Fassade ergeben. Die im Haus befindliche Wendeltreppe und die Gewölbe im Erdgeschoß bleiben erhalten, die vorspringende Mauer in der Taborstraße wird mit "ochsenaugenförmigen" Fenstern versehen.

Die Gesamtkosten des Projekts werden einschließlich des Kaufpreises des Gebäudes etwa 19 Millionen Schilling betragen, was einem Quadratmeterpreis von 19.000 S entspricht. Die Wohnungen haben eine Nutzfläche von 104 bis 112 Quadratmeter. Gleichzeitig mit dem Haus Taborstraße 23 wird auf dem angrenzenden Grundstück, in der Tandelmarktgasse 22-24 ein Neubau mit 14 Wohnungen errichtet.
(Schluß) gab/bs

NNNN

Wiens Pensionistenheime haben sich bewährt (1)
Utl.: Bis 1990 werden 27 Heime zur Verfügung stehen
=++++
12 #Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Wiens Pensionistenheime haben sich im Rahmen der Versorgung und Betreuung älterer Menschen bestens bewährt. Dies erklärte Mittwoch Stadtrat Univ-Prof. Dr. Alois STACHER, Präsident des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime, im Rahmen eines Pressegespräches. Laut Stacher wird deshalb der in den letzten Jahren forcierte Bau von Pensionistenheimen auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden. Dennoch werden innerhalb der nächsten zehn Jahre noch 12 weitere Heime errichtet und in Betrieb genommen werden.#

Zwtl.: Baubeginn für zwei Heime jährlich

Entsprechend der Zusage von Bürgermeister Leopold GRATZ wird jährlich mit dem Neubau von zwei Heime begonnen. Insgesamt verfügen die 15 bisher in Betrieb genommenen Pensionistenheime über 3.839 Plätze und 474 Plätze in den Betreuungsstationen. Sechs weitere Heime im 4., 6., 9., 12., 14. und 21. Bezirk befinden sich gegenwärtig in Bau und werden nach ihrer Fertigstellung über 1.575 Heimplätze und 181 Betten in den sogenannten Betreuungsstationen (B-Stationen) verfügen. Noch im Laufe dieses Jahres ist im 13. und 15. Bezirk Baubeginn für zwei weitere Pensionistenheime mit 547 Wohnplätzen und 57 Betten in den B-Stationen. (Forts.) zi/bs

NNNN

Wiens Pensionistenheime haben sich bewährt (2)
Utl.: Bedarfsprognose
=++++

13 Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Auf Grund einer vom Statistischen Zentralamt hochgerechneten Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2010, wird es in den kommenden Jahren, vor allem in den unteren Altersgruppen, das sind die Altersgruppen bis zum 80. Lebensjahr, eine zum Teil sehr gravierende Abnahme der Bevölkerungszahl geben. In den Altersgruppen von 80 bis 85, die bekanntlich den stärksten Anteil an Hilfebedürftigen ausmachen, wird bis 1990 weiter ein leichtes Steigen zu erwarten sein. Erst ab 1995 wird auch diese Bevölkerungsgruppe einen Rückgang zu verzeichnen haben. In den höchsten Altersgruppen, ab 90, wird hingegen ein starkes Steigen zu verzeichnen sein. Dies bedeutet, wie Stadtrat Stacher erklärte, daß rund 8.000 Plätze in den Pensionistenheimen notwendig sein werden. Darüber hinaus wird man sich aber auch bemühen, den älteren Menschen mit Hilfe der sozialen Dienste entsprechende Hilfen zu bieten. In diesem Zusammenhang wies Stacher darauf hin, daß das Budget des Sozialamtes von 554 Millionen im Jahr 1973 auf 2,2 Milliarden im Jahr 1982 ausgeweitet wurde.

Gegenwärtig gibt es rund 30.000 Vormerkungen für die Aufnahme in ein Pensionistenheim. Laut Stacher handelt es sich dabei allerdings in erster Linie um sogenannte "vorbeugende Anmeldungen". Erfahrungsgemäß wollen 70 bis 80 Prozent von diesen jedoch noch warten. (Forts.) zi/gg

NNNN

Wiens Pensionistenheime haben sich bewährt (3)
Utl.: Modell "Pflegewohnungen"
=++++

15 Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderat DINHOF, Geschäftsführer des Kuratoriums, berichtete im Rahmen des Pressegesprächs über eine zur Zeit noch in Erprobung befindliche neue Einrichtung: die sogenannte "Pflegewohnung". Dabei handelt es sich um ein Einzelappartement, in dem zwei Pensionäre wohnen, die als Einzelpersonen Schwierigkeiten mit dem normalen Tagesablauf hätten. Neben der Möglichkeit der gegenseitigen Hilfe werden diese beiden Heimbewohner aber auch noch von der jeweiligen B-Abteilung betreut. Zur Zeit gibt es insgesamt fünf solcher Pflegewohnungen, und zwar in den Pensionistenheimen "Leopoldau", "Haidehof" und "Sonnenhof". Sollten sich diese Versuche bewähren, werden ähnliche Einrichtungen auch in anderen Heimen geschaffen.

Zwtl.: Aufnahme von Pflegebedürftigen

Zu den in den letzten Jahren bewährtesten Einrichtungen innerhalb der Heime zählen, wie Stadtrat Stacher erklärte, die Betreuungsstationen für pflegebedürftige Personden. Bekanntlich steht diese Einrichtung nicht nur den Pensionären, sondern auch anderen pflegebedürftigen Personen für vorübergehende Aufenthalte zur Verfügung. So wurden im vergangenen Jahr insgesamt 2.506 Personen in eine B-Abteilung aufgenommen. Dabei handelte es sich um 1.112 Aufnahmen externer Pflegebedürftiger und in 1.394 Fällen um Pensionistenheimbewohner. In diesem Zusammenhang wies Stacher darauf hin, daß im vergangenen Jahr nur 3 Heimbewohner in ein Pflegeheim verlegt werden mußten. Diese Tatsache ist zweifellos auf die Einrichtung der B-Abteilungen zurückzuführen. (Forts.) zi/bs

NNNN

Wiens Pensionistenheime haben sich bewährt (4)
Utl.: Pensionistenklubs und Probewohnen
=++++

16 Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der "öffnung" der Pensionistenheime wurden in jedem Heim Pensionistenklubs, die nach außenhin geöffnet sind, in Betrieb genommen. In der vergangenen Saison wurden diese täglich von durchschnittlich 3.500 Personen besucht. Darüber hinaus werden aber auch verschiedene Veranstaltungen in den einzelnen Pensionistenheimen durchgeführt, an denen auch die Bevölkerung der unmittelbaren Wohnumgebung teilnehmen kann.Erfolgreich ist auch die Aktion "Probewohnen", in deren Rahmen Pensionisten, die sich mit der Absicht tragen, in ein Heim zu ziehen, "auf Probe" wohnen können. Im vergangenen Jahr haben davon 188 Personen Gebrauch gemacht.

Zwtl.: Aktivierung der Heimbewohner

Zu den wesentlichsten Schwerpunkten im Rahmen der Pensionistenheime zählt die Aktivierung der Heimbewohner. Animatoren und Beschäftigungstherapeuten sind bemüht, unter Mithilfe von Sozialarbeitern, der Heimverwaltungen und des Heimpersonals die Pensionäre zu verschiedenen, ihren Wünschen entsprechenden Aktivitäten zu motivieren. Neben handwerklichen Betätigungen, wie z.B. Malen, Zeichnen, Emaillieren, Weben, Schneidern und Töpfern bestehen auch Möglichkeiten des Musizierens, Theaterspielens, Singens und der sportlichen Betätigung. Darüber hinaus können die Bewohner aber auch aktiv am Heimbetrieb mitwirken.

Zwtl.: Ausfallshaftung der Stadt Wien

Für all jene Bewohner, die die vollen Pensionskosten nicht bezahlen können, leistet laut Stadtrat Stacher die Stadt Wien Zuschüsse, die von 17 Mio S im Jahr 1973 auf 104 Mio S im Jahr 1981 gestiegen sind. Zu erwähnen ist, daß jedem Pensionär mindestens 20 Prozent seiner Pension sowie der 13. und 14. Pensionsbezug, mindestens aber 940 S monatlich als Taschengeld verbleiben müssen. (Schluß) zi/bs

NNNN

Jugendtheatertage im Treffpunkt Petersplatz
=++++

14 Wien, 16.6. (RK-KULTUR) Zum 5. Mal veranstaltet das Landesjugendreferat die Internationalen Jugendtheatertage. Das Programm dieses Festivals, das heuer erstmals an einem zentralen Veranstaltungsort stattfindet, präsentierte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER Mittwoch in einem Pressegespräch. Gespielt wird heuer in der Zeit vom 21. Juni bis 2. Juli täglich (außer Sonntag) um 19 Uhr im Treffpunkt Petersplatz.

Gruppen aus Ungarn, den Niederlanden, der CSSR, der BRD, Jugoslawien und Frankreich werden am Festival teilnehmen. Aus Österreich kommen: die Wiener Gruppen "Montage", "Theater im Werkraum" und "MU", die Studentenbühne Waidhofen/Thaya, das Multimedia-Workshop-Theater aus Salzburg, die Gruppe "Unser Theater" aus Linz, das "Theater im Keller" aus Graz und die Gruppe "Alk" aus Klagenfurt.

Die breite Palette der Produktionen reicht von einer Antigone-Montage über Werke von Brecht, Horvath und Claudel bis zu Stücken über aktuelle Fragen wie Schülerselbstmord, Berufschancen von Jugendlichen im Waldviertel und Probleme der 3. Welt. Nach jeder Aufführung gibt es Gelegenheit, mit den Mitwirkenden zu diskutieren und mehr über ihre Arbeitsweise zu erfahren. (Schluß) ewm/gg

NNNN

Schieder: Wienerwald auch in Nö schützen

=++++

17 Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ hat Dienstag darauf hingewiesen, daß Wien eine Verfassungsgarantie für die Unantastbarkeit des Wiener Wald- und Wiesengürtels erwägt und einen entsprechenden Vorschlag in der SP-Klubklausur machen werde. Wiens Umweltstadtrat Peter SCHIEDER stellte dazu heute gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest, daß der von Bürgermeister Gratz geplante Verfassungsschutz für den Wienerwald einmal mehr zeige, wie ernst es Wien mit der Sicherung der Natur im Stadtbereich meine. Schieder, der auch gleichzeitig gemeinsam mit Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erwin PRÖLL, Vorsitzender des Vereines Niederösterreich-Wien, gemeinsame Erholungsräume ist, wies in diesem Zusammenhang jedoch darauf hin, daß dieser starke Schutz für den Wienerwald nicht bei den Wiener Landesgrenzen halt machen dürfe. Beispiele der vergangenen Jahre haben insbesondere im Bereich Bisamberg und auch in den letzten Tagen in Klosterneuburg gezeigt, wie wichtig ein ähnlicher Schutz des Wienerwaldes auch auf niederösterreichischem Gebiet sei.

"Ich habe keinen Anlaß daran zu zweifeln, daß auch das Land Niederösterreich am Schutz des Wienerwaldes interessiert ist", betonte Schieder. Nicht zuletzt durch den gemeinsamen Verein sei, so Schieder, von niederösterreichischer und Wiener Seite sehr viel für den Wienerwald geschehen. Allerdings hätten zahlreiche Wienerwald-Gemeinden in den letzten Jahren Projekte genehmigt, die sich zu Lasten des Wienerwaldes ausgewirkt haben. "Ich appelliere daher an das Land Niederösterreich, eine ähnliche Maßnahme für den Wienerwald zu überlegen, wie dies das Land Wien vorhat. Es darf nicht sein, daß der Schutz des Wienerwaldes durch Landesgrenzen beeinträchtigt wird. Im Gedenken an Josef Schöffel, der damals den Bestand des Wienerwaldes rettete, sollten auch beide Bundesländer Wien und Niederösterreich gemeinsam den Schutz und den Bestand des Wienerwaldes garantieren", schloß Schieder. (Schluß) red/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

198

Donnerstag, 17. Juni 1982 Blatt 1718

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)	Wichtige Planungsarbeiten für U 3 vergeben Suttner für Novellierung des Datenschutzgesetzes Kein leichtes Leben für "Schwarzbauer" Neues aus dem Höpflerbad Stadtteilplanung nun auch in Dornbach Vizebürgermeister von Helsinki bei Gratz Kleingartenanlagen stehen allen Erholungssuchenden offen FPÖ: Statt Genossenschaften Wohnungssuchende fördern! Wien - geriatrisches Rehabilitationszentrum "Planung ist nicht nur Umsetzung von Bürgerwünschen"
Politik: (rosa)	Präsident Mitterrand im Rathaus
Lokal: (orange)	Donauinsel: Keine Gefährdung durch Pferde mehr Neu: Sommerferienaktion in städtischen Bädern
Kultur: (gelb)	Elias-Canetti-Stipendium ab 1983
Wirtschaft: (blau)	Restaurants und Bars länger offen
Nur über FS:	Explosion in Simmering - Gemeindebau schwer beschädigt Eiserne Hochzeit in Meidling Boccaccio in der Josefstadt 600 Besucher im Pensionistenheim

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Wichtige Planungsarbeiten für U 3 (1)
=++++

4 #Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung beschloß Dienstag den Auftrag für Trassenuntersuchungen der U 3 im Abschnitt zwischen Landstraße und Stephansplatz. Das Ergebnis der Untersuchungen wird zur Entscheidung über die günstigste Streckenführung in diesem Bereich benötigt. Insbesondere geht es darum, ob die U-Bahn zweistöckig unter der Singerstraße oder besser unter den angrenzenden Häusern gebaut werden soll. Bekanntlich hat der Gemeinderat beschlossen, den innerstädtischen Bereich der U 3 früher zu bauen, als die beiden äußeren Abschnitte. Die nun vergebenen Planungen tragen diesem Beschluß Rechnung.#

Im Planungsgebiet - zwischen der bestehenden Station "Stephansplatz" und der künftigen Station "Landstraße" sollen Alternativen zu den bereits vorliegenden generellen Plänen ausgearbeitet werden. Gleichzeitig soll auch festgestellt werden, wie sich die künftige U-Bahn-Linie auf den Bestand und die zukünftige Entwicklung beiderseits der Trasse auswirken wird. Auch die Streckenführung anderer öffentlicher Verkehrsmittel wird im Zusammenhang mit der U-Bahn-Planung neu konzipiert. Ebenso wird das bestehende Fuß- und Radwegenetz überpfüft. Schließlich werden auch Vorschläge für eine gestalterisch befriedigende Eingliederung der Haltestellenzugänge in den Straßenraum und eine dem Bedarf entsprechende Flächenwidmung vorgelegt werden.

Mit der Fertigstellung dieser Arbeit ist innerhalb eines Jahres zu rechnen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wichtige Planungsarbeiten für U 3 (2)
Utl.: Planungen für viereinhalb-Milliarden-Projekt abgeschlossen
=++++

5 Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Bereits abgeschlossen sind die generellen Planungen für den Abschnitt Landstraße - Erdberg. Dieser Teil der U 3-Strecke wird Aufwendungen von insgesamt 4,6 Milliarden Schilling erfordern. In diesem Streckenteil sind Stationnen bei der Schlachthausgasse, am Kardinal-Nagl-Platz, bei der Kundmanngasse und im Verkehrsknoten Landstraße (Wien-Mitte) geplant. Die Station Kundmanngasse wird provisorische Endstelle des innerstädtischen Abschnitts der U 3 sein, der nun als erster gebaut werden soll.

Generelle Planungen für den Abschnitt vom Knoten Landstraße bis zur späteren vorläufigen Endstelle in Errdberg lagen bereits im vergangenen Jahr vor. Inzwischen wurde beschlossen den innerstädtischen Bereich früher zu bauen. Daher mußten in den bereits fertiggestellten Plänen Adaptierungen vorgenommen werden. Dabei geht es vor allem um eine Wendeanlage im Bereich der Kundmanngasse. Gleichzeitig wurde in die überarbeiteten Pläne auch ein Aufzug von der U 3 zum Landstraßer Markt, der auch einen besseren Anschluß an die Straßenbahnlinie "O" ermöglicht, aufgenommen. Die Vorarbeiten für die künftige Oberflächengestaltung der U-Bahn-Trasse zwischen Landstraße und Erdberg stehen vor dem Abschluß. Sicher ist, daß der Augustinermarkt - nach seiner Übersiedlung während der Bauarbeiten - nach Fertigstellung der U-Bahn wieder auf seinem ursprünglichen Platz angesiedelt werden wird.

Der gesamte Abschnitt Landstraße - Erdberg wird in offener Bauweise errichtet werden, lediglich einige Häuser müssen unterfangen werden. Besonders schwierig ist die Realisierung im Bereich des Knotens Landstraße, weil hier die bestehende Brücke abgetragen und durch eine neue ersetzt werden muß. Der Betrieb der öffentlichen Verkehrsmittel darf jedoch während der Bauarbeiten nicht unterbrochen werden. (Forts.) and/ap

NNNN

Wichtige Planungsarbeiten für U 3 (3)
=++++

6 Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Vergeben hat der Planungsausschuß auch die Planungen für die künftige Umsteigestation von der U 3 in die U 2 beim Volkstheater. Neben der Planung der Station selbst geht es dabei auch um die architektonische Gestaltung des Ingenieurbauwerks. Dazu gehören auch die Abstimmung mit dem U-Bahn-einheitlichen Leitsystem, die optimale Unterbringung der Betriebsräume und die Sicherheitseinrichtungen. Außerdem soll auch ein Vorschlag für die spätere Gestaltung der Oberfläche im unmittelbaren Stationsbereich vorgelegt werden. (Schluß) and/bs

NNNN

Restaurants und Bars länger offen

=++++

7 Wien, 17.6. (RK-WIRTSCHAFT/LOKAL) Durch die Sperrzeitverordnung 1982, bekanntgegeben im Landesgesetzblatt für Wien, 14. Stück, vom 17. Juni 1982, wurden für zwei Betriebsarten des Gastgewerbes, nämlich Restaurants und Bars, längere öffnungszeiten festgelegt. Die Restaurants, die bisher um 24 Uhr sperren mußten, können demnach bis 2 Uhr früh offenhalten; für die Barbetriebe wurde die Sperrstunde von bisher 2 auf 4 Uhr früh verlegt. Die Aufsperr- und Sperrstunden aller anderen Gastgewerbe-Betriebe sind gleichgeblieben. (Schluß) we/gg

NNNN

Suttner für Novellierung des Datenschutzgesetzes

=++++

8 #Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) In einer in dieser Woche in Linz durchgeführten Tagung des Institutes für Kommunalwissenschaften und Umweltschutz wurden Probleme des Datenschutzes erörtert. Bürgermeister Franz HILLINGER sowie der Generalsekretär des österreichischen Städtebundes, Reinhold SUTTNER, vertraten dabei die Ansicht, daß der Schutz hochsensibler Daten im Interesse des Einzelnen selbstverständlich voll gewährleistet sein müsse.

Sie verwiesen jedoch auch darauf, daß die bisher mit dem Datenschutzgesetz gemachten Erfahrungen eine Erschwerung der Verwaltung auch in jenen Bereichen erkennen ließen, in denen ein derartiger Schutz nicht geboten erscheint. Es wurde daher die Forderung nach Novellierung des Datenschutzgesetzes erhoben und vor allem die Festlegung von freien Daten, aber auch die Ermöglichung der Heranziehung anonymisierter Daten vor allem für Planungsarbeiten in der Gemeinde angeregt.# (Schluß) roh/ap

NNNN

Kein leichtes Leben für "Schwarzbauer"
Utl.: Verstärkte Kontrollen im Grünland
=++++

9 #Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Keinen rosigen Zeiten sehen die "Schwarzbauer" entgegen: Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER kündigte gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" verstärkte Kontrollen und den Einsatz eines eigenen Funkwagens an. Damit wird die Gefahr für heimliche Häuslbauer größer, erwischt zu werden. Beschlagnahme von Baumaterial und zwangsweise Abtragung von Gebäuden drohen.#

Noch mehr als bisher wird die Baupolizei in Zukunft ihr Augenmerk auf "wilde Bauten" im Grünland legen. Vier speziell geschulte Baupolizisten überprüfen, ob im Wald- und Wiesengürtel, in Naturschutzgebieten, Parkschutzgebieten und in Bereichen, die für die Landwirtschaft reserviert sind, Gebäude ohne Bewilligung errichtet werden. Den Baupolizisten steht spezielles Kartenmaterial zur Verfügung, aus dem sie auf einen Blick entnehmen können, welche Bauführungen erlaubt und welche nicht genehmigt sind. Dabei geht es nicht nur um neue Häuser. Auch Zubauten werden registriert, und die Baubehörde hat den Auftrag, mit dem erforderlichen Nachdruck gegen nicht bewilligte Baumaßnahmen vorzugehen.

Um die Schlagkraft der Baupolizei noch weiter zu steigern, will Planungssstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER einen eigenen Funkwagen für die Baupolizei installieren. Er soll für Kontrollfahrten zur Verfügung stehen, Anzeigen nachgehen und auch bei Baugebrechen rasch zum jeweiligen Einsatzort dirigiert werden können. (Schluß) and/bs

NNNN

Neues aus dem Höpflerbad

=++++

10 Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Das Höpflerbad, eines der modernsten Wiener Sommerbäder, stellt "Wien aktuell-Wochenblatt" in seiner neuen Ausgabe vor. Seit heuer werden die zwei großen Becken des Höpflerbades mittels einer Solarzellenanlage beheizt.

Das Höpflerbad wurde 1979 von der Gemeinde Wien neu eröffnet. Es befindet sich in der Endresstraße 24, gleich gegenüber der Schnellbahnstation Atzgersdorf-Mauer. Drei Becken bieten für jeden Geschmack etwas: Ein tiefes Sport-, ein flacheres warmes Familien- und ein Kinderbecken, wobei die beiden großen Becken über eine umweltfreundliche Solarzellenanlage geheizt werden, die nach einem Probebetrieb im Vorjahr heuer voll in Betrieb ist.

Etwa 28.000 Quadratmeter Liegefläche für Sonnenhungrige, ein Restaurant sowie ein extra für Kinder eingerichteter Abschnitt des Bades vervollständigen das Angebot. In diesem Abschnitt, wo die Kinder die anderen Badegäste nicht stören können, befindet sich das Kinderbecken und ein großer, gut eingerichteter Kinderspielplatz. Neueste Errungenschaften des Höpflerbades ist ein "Riesenschach", eine echte Attraktion für Freunde des "königlichen Spiels".

Das Höpflerbad ist sehr gut mittels Schnellbahn oder der Autobuslinie "60 A" zu erreichen. Außerdem verfügt es über einen eigenen Parkplatz mit etwa 80 Abstellplätzen. Oben-ohne-Baden ist im Höpflerbad nicht erlaubt - es ist eines jener vier Wiener Bäder, die für die FKK-Gegner reserviert sind. (Schluß) roh/gg

NNNN

Donauinsel: Keine Gefährdung durch Pferde mehr

=++++

12 Wien, 17.6. (RK-LOKAL) Ab 1. Juli ist das Reiten auf der Donauinsel und in der Hochwasserschutz-Zone nicht mehr erlaubt. Da es zu Belästigungen und Gefährdung von Erholungssuchenden durch die Ausübung des Reitsportes gekommen war, wurde in einer Magistratsverordnung, die am 1. Juli in Kraft tritt, die Ausübung jeglichen Reitsportes auf dem linksufrigen Donau-Hochwasserschutzdamm, im Inundationsgebiet der Donau sowie auf der Donauinsel verboten. Diese Verordnung erstreckt sich nicht auf Straßen mit öffentlichen Verkehr, die in die Verbotszone hineinreichen. Für Übertretungen sind Geldstrafen bis zu 3.000 S bzw. Arrest bis drei Wochen vorgesehen. (Schluß) en/gg

NNNN

Stadtteilplanung nun auch in Dornbach

=++++

13 #Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtteilplanung, das bewährte Modell der Bürgerbeteiligung an der Planung, wird nun auch in Dornbach praktiziert. Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER eröffnete Mittwoch Abend in der Bezirksvorstehung Hernals in Anwesenheit von Bezirksvorsteher Robert PFLEGER und dessen beiden Stellvertretern die erste Informationsveranstaltung. Zwar werde durch die zusätzlichen Planungsschritte im Rahmen der Stadtteilplanung das Verfahren verlängert und vielleicht auch erschwert, doch bringen sie die Sicherheit, daß die Bewohner des jeweiligen Gebietes über alle Auswirkungen von Planungen informiert werden, sagte Wurzer.#

Die Ausstellung "Stadtteilplanung Dornbach" ist bis 30. Juni Montag und Freitag von 9 bis 12 Uhr, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 16 bis 19 Uhr in den Räumen der Bezirksvorstehung Hernals, 17, Elterleinplatz 14, Parterre, rechts, geöffnet. Während dieser Zeit werden auch Mitarbeiter der Stadt Wien für ergänzende Auskünfte zur Verfügung stehen. Fragebogen erleichtern die Stellungnahme zu den Vorschlägen der Planer.

Das sind einige der Vorschläge, die in der Ausstellung zur Diskussion gestellt werden: die Bebauungsdichte soll reduziert, die charakteristischen zusammenhängenden Grünbereiche sollen geschützt werden. Derzeit ist noch eine Straßenverbindung von der Dornbacher Straße zur Alszeile geplant - sie könnte eventuell gestrichen werden. Von der Dornbacher Straße 41 zur Umlauftgasse, von der Dornbacher Straße 111 zur Knollgasse und von der Promenadegasse zur Heuberggasse könnte es Fußwege bzw. Durchgänge geben. Besonders maßgeblich ist jedoch, daß das örtliche Erscheinungsbild dieses Stadtteils erhalten bleibt.

Dornbach war ab dem letzten Viertel des 18 Jahrhunderts als Sommerfrische sehr beliebt. Nach 1866, nachdem die Pferdetramway dorthin fuhr, vergrößerte sich der Ort sehr schnell. (Schluß) and/ap

NNNN

Elias-Canetti-Stipendium ab 1983
=++++

17 #Wien, 17.6. (RK-KULTUR) Das Elias-Canetti-Stipendium der Stadt Wien wird bereits heuer zum ersten Mal vergeben werden. 1983 wird der erste Stipendiat in den Genuß des mit 10.000 S monatlich dotierten Stipendiums kommen. Das beschloß der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Bürgerdienst.#

Das Elias-Canetti-Stipendium wurde von der Stadt Wien zu Ehren des Nobelpreisträgers Elias Canetti gestiftet. Es wird zur Förderung größerer literarischer Projekte auf die Dauer für jeweils ein Jahr bis zur Höchstdauer von drei Jahren vergeben und kann an Autoren vergeben werden, die ihren Wohnsitz in Wien haben oder der Stadt besonders nahestehen. Es wird jährlich ein Stipendium vergeben, es können also bis zu drei Autoren gleichzeitig in den Genuß des Stipendiums kommen. Die Stipendiaten müssen sich verpflichten, ihr Werk innerhalb einer angemessenen Zeit zu publizieren und darauf hinzuweisen, daß es durch die Gewährung des Elias-Canetti-Stipendiums gefördert wurde.

Das Stipendium wird vom Amtführenden Stadtrat für Kultur und Bürgerdienst auf Grund des Vorschlages der für die Preise der Stadt Wien für Literatur und Publizistik bestellten Jury zuerkannt. Die Ausschreibung des Stipendiums erfolgt im Herbst eines jeden Jahres im Amtsblatt der Stadt Wien, erstmals also im Herbst 1982 für das Elias-Canetti-Stipendium 1983. (Schluß) gab/gg

NNNN

Neu: Sommerferienaktion in städtischen Bädern
Utl.: Nulltarif für Kinder, Kindertarif für Jugendliche
=++++

18 #Wien, 17.6. (RK-LOKAL) Eine neue Sommerferienaktion berechtigt Kinder jeden Mittwoch und Sonntag im Juli und August zum freien Eintritt in die städtischen Sommer- und Hallenbäder. Jugendliche zahlen an diesen Tagen nur den Kindertarif.#

Die neue Tarifregelung, die mit Ferienbeginn in Kraft treten soll, gibt Kindern, Jugendlichen und Familien während der Sommermonate die Möglichkeit, die städtischen Sommer- und Hallenbäder noch preisgünstiger benützen zu können. Für eine Familie mit zwei Kindern bedeutet das an den festgelegten Tagen bereits eine Ersparnis von 25 Prozent bei Tageskästchenkarten (60 statt 80 Schilling), für eine Familie mit drei Kindern von 33 Prozent (60 statt 100 Schilling). Neben dem Mittwoch wurde für die Sommerferienaktion der Sonntag gewählt, damit auch Berufstätige mit ihren Kindern in den Genuß der Ermäßigung kommen können. Der entsprechende Antrag wird dem Wiener Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Außerdem wird die bisherige "Semesterferienaktion" der Hallenbäder nun auch auf die Oster- und Weihnachtsferien ausgedehnt: Sie berechtigt Kinder von 6 bis 15 Jahren von Dienstag bis Freitag in der Zeit von 9 bis 13 Uhr zum freien Eintritt in die städtischen Hallenbäder. (Schluß) sch/ap

NNNN

Vizebürgermeister von Helsinki bei Gratz
=++++

19 Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) An der Spitze einer siebenköpfigen Arbeitsdelegation besucht der Vizebürgermeister von Helsinki Olavi DAHL vom 16. bis 18. Juni die Bundeshauptstat. Er traf am Donnerstag zu einem Arbeitsgespräch mit Wiens Bürgermeister Leopold GRATZ zusammen. Die finnische Delegation ist nach Wien gekommen, um vor der großen Altstadtsanierung in Helsinki gelungene Sanierungsprojekte in Wien zu besichtigen. (Schluß) rö/bs

NNNN

Kleingartenanlagen stehen allen Erholungssuchenden offen
=++++

20 #Wien, 17,6. (RK-KOMMUNAL) Als neues Mitglied des Kleingarten-Beirats, der unter Vorsitz von GR. Ing. Karl SVOBODA zusammentrat, wurde Ing. Heinz MÜLLER aus dem Büro der Geschäftsgruppe Stadtplanung von Stadtrat Josef VELETA angelobt. Ausgeschieden aus dem Kleingarten-Beirat ist Ing. Robert WOLFGRING, nachdem er zum Direktor des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds ernannt worden war.#

Aus gegebenem Anlaß weist der Kleingarten-Beirat neuerlich darauf hin, daß die Wiener Kleingartenanlagen tagsüber Erholungssuchenden zugänglich sein müssen. Der Durchgang durch diese wertvollen Grünflächen darf nicht ausschließlich den Pächtern der Gartenparzellen vorbehalten bleiben. Es ist daher unstatthaft, die Tore der Anlagen tagsüber abzuschliessen. An diesen Grundsätzen hält auch der Landesverband Wien der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter österreichs fest. (Schluß) we/gg

NNNN

FPÖ: Statt Genossenschaften Wohnungssuchende fördern!
=++++

22 Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Kritik an den gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen übte der freiheitliche GR. Friedrich KUCHAR am Donnerstag in einem Pressegespräch. Die gemeinnützigen Bauträger und die Gebietskörperschaften bauen teurer als Private, meinte Kuchar. Die Wohnbauförderung soll daher künftig nicht mehr an die Genossenschaften sondern in Form von sogenannten Zusicherungszetteln an die einzelnen Mieter gehen. Es sei bedauerlich, daß der Entwurf zum neuen Wohnbauförderungsgesetz keine vermehrten Subjektförderung vorsieht. Der Entwurf bringt im Gegenteil, eine stärkere Diskriminierung von Eigentumswohnungen mit sich, sagte Kuchar. (Schluß) ba/ap

NNNN

Präsident Mitterrand im Rathaus

=++++

23 #Wien, 17.6. (RK-POLITIK) Im Rahmen seines Staatsbesuches besuchte Frankreichs Präsident Francois MITTERAND Donnerstag mittag das Wiener Rathaus. Bürgermeister Leopold GRATZ drückte in seiner Begrüßungsansprache die große Ehre aus, die es für die Stadt Wien und den Stadtsenat bedeute, daß Mitterand bei seinem österreichbesuch auch das Rathaus besucht habe. Umsomehr, als der französische Präsident selbst zwei Jahrzehnte lang Bürgermeister von Cateau-Chinon gewesen sei.#

Wien, wie es sich heute präsentiere, sei das Ergebnis einer langen Geschichte aber auch zielstrebiger Arbeit. Die Bürger, die Wien nach dem 2. Weltkrieg aufgebaut hätten, seien stolz darauf, daß es schöner ist, als je zuvor und eine echte Heimat für alle seine Bewohner. Im Namen aller dieser Wiener bat Gratz anschließend den Präsidenten, sich ins Goldene Buch der Stadt Wien einzutragen.

Mitterrand würdigte in seiner Dankansprache das Rathaus als den Ort, in dem große Geschichte gemacht worden sei. Wien sei für jeden Franzosen eine große europäische Hauptstadt, in der große Kultur geschaffen worden sei. Der Geist Europas sei von keiner Stadt so stark beeinflußt worden. Nicht nur auf den Gebieten Kultur und Wissenschaft - die Wiener Bürger hätten durch ihre eifrige Tätigkeit und ihren Fleiß in Industrie, Handel und Gewerbe große Taten gesetzt und es immer verstanden, andere Völker um sich zu versammeln.

In seiner jetzigen Position sei es ihm besonders wichtig, den Fußspuren seiner Jugend zu folgen, in der er oft in Wien gewesen sei, und sich von dieser Stadt inspirieren ließ. Viele Völker seien nach oder durch Wien gezogen, um sich hier zu versammeln oder gegen einander zu stellen. Aber in Wien seien sie alle gewesen. Mitterand drückte abschließend seine Bewunderung aus, daß es den Wienern nach den furchtbaren Ereignissen des 2. Weltkrieges nocheinmal gelungen sei, Wien kulturell wieder aufzubauen und sogar noch zu stärken. (Schluß) rö/bs

NNNN

Wien - geriatrisches Rehabilitationszentrum (1)
Utl.: Erfolgreiche Rehabilitation im Pflegeheim Lainz
=++++

24 #Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Wien ist neben Berlin, Hannover und Basel eines der vier geriatrischen Rehabilitationszentren im deutschsprachigen Raum. So konnten gerade in den letzten Jahren im Pflegeheim Lainz beachtliche Erfolge im Rahmen der Rehabilitation erzielt und in zunehmendem Maße Patienten wieder entlassen werden. Dies erklärte Primarius Dr. Karl Siegfried LACHNIT Donnerstag anläßlich der Präsentation seines Buches "Geriatrische Aspekte in der Praxis".#

Zwtl.: 20 Prozent der Patienten werden entlassen

Wie Dr. Lachnit, Vorstand der IV. Medizinischen Abteilung im Pflegeheim Lainz ausführte, kommt neben der Pflege und medizinischen Betreuung gerade der Rehabilitation in der Geriatrie immer stärkere Bedeutung zu. So können gegenwärtig von den ca. 3.300 Patienten des Pflegeheimes - das Europas größtes geriatrisches Zentrum ist - jährlich etwa zehn Prozent als rehabilitiert entlassen werden. Durch das seit etwa eineinhalb Jahren durchgeführte Rehabilitationsprogramm konnte diese Quote an seiner Abteilung in letzter Zeit auf knapp über 20 Prozent erhöht werden. Laut Lachnit ist erfahrungsgemäß bei gleicher medizinischer Betreuung die Zahl der Pflegebedürftigen an Abteilungen, die nicht Rehabilitation betreiben, größer. (Forts.) zi/gg

NNNN

Wien - geriatrisches Rehabilitationszentrum (2)
Utl.: Notwendigkeit der Nachbetreuung
=++++

25 Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Voraussetzung für die Entlassung des rehabilitierten Patienten ist allerdings, wie Dr. Lachnit betonte, eine entsprechende Nachbetreuung. Im Gegensatz zu vielen ausländischen Rehabilitationszentren hat hier Wien mit einem sehr breiten Angebot an sozialen Diensten und durch die Schaffung der sozialen Stützpunkte alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Nachbetreuung und Hilfe zur Lebensführung.

Zwtl.: Selbstständigkeit der Patienten

Ziel der Rehabilitation ist es, pflegebedürftige Menschen so weit als möglich zu einer selbständigen Lebensführung zu befähigen. Mit Hilfe der physikalischen Therapie, von Massagen und Gymnastik sowie der Beschäftigungstherapie können sogar schwerkranke und schwerstabgebaute Patienten wieder rehabilitiert werden. In diesem Zusammenhang ist das wieder Essen- und Trinkenlernen ein wichtiger Schritt des "aktiv" gepflegten Patienten. Wenn der Patient im Bett oder Rollstuhl sitzen kann, sind zumeist die größten Schwierigkeiten überwunden. (Forts.) zi/gg

NNNN

Wien - geriatrisches Rehabilitationszentrum (3)
Utl.: Patientenparlament und Gästeklub
=++++

26 Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Was die IV. Medizinische Abteilung im Pflegeheim Lainz betrifft, so gibt es Patientengruppen, die sich mit Gesellschaftsspielen, Malen und Bastlen sowie Singen, Musizieren, Theater, Oper, Film und Literatur beschäftigen. Ein "Patientenparlament" macht Vorschläge, leistet Kritik und hilft bei der Gestaltung dieser Aktivitäten mit. In einem "Gästeklub" treffen sich Patienten mit ehemaligen Insassen des Pflegeheimes, um über ihre Probleme zu sprechen.

Zwtl.: Durchgehende ärztliche Betreuung

Wien verfügt über fünf städtische Pflegeheime mit 5.652 Betten (nach der endgültigen Besiedelung des Pflegeheimes im SMZ-Ost werden es 6.057 sein). Mit den diversen Privatpflege- und Wohnheimen und den Heimen des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime ergibt sich für Wien derzeit eine Gesamtzahl von 5.996 Wohn- und 6.914 Pflegeplätzen. Durch die verbesserte medizinische und soziale Betreuung sowie die erhöhte Lebenserwartung ist gerade in den letzten Jahren die Verweildauer in den städtischen Pflegeheimen erheblich gestiegen. Im Gegensatz zu österreichs privaten Pflegeheimen gibt es für die Pfleglinge in den städtischen Pflegeheimen eine durchgehende ärztliche Betreuung, was praktisch einem geriatrischen Krankenhaus entspricht.

Zwtl.: "Geriatrische Aspekte in der Praxis"

Im Rahmen des Pressegespräches stellte Primarius Dr. Lachnit auch das von ihm verfaßte und im Deutschen Ärzteverlag erschienene Buch "Geriatrische Aspekte in der Praxis" vor. Das Buch gliedert sich in verschiedene geriatrische Schwerpunkte wie z. B. der Vorbereitung auf das Alter aber auch den medizinischen Fragen, wie Altersveränderungen, Krankheitsabläufe, Behandlungsmethoden sowie Fragen der geriatrischen Pflege und Rehabilitation. In erster Linie für den praktizierenden Arzt gedacht, vermittelt es einen kurzen Einblick in das Wesen der geriatrischen Praxis. (Schluß) zi/gg

NNNN

"Planung ist nicht nur Umsetzung von Bürgerwünschen" (1)
Utl.: Veranstaltung der Vereinigung österreichischer Raumplaner
=++++

27 #Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) "Planung kann nicht nur die Umsetzung von Bürgerwünschen sein, die Planer müßten sich aber auch davor hüten zu glauben, daß sie alles wissen, was die Bevölkerung braucht". Das erklärte Dekan Univ.-Prof. Dr. Friedrich MOSER von der Technischen Universität Donnerstag vormittag bei einer Veranstaltung der vor kurzem gegründeten Vereinigung österreichischer Raumplaner. Dipl.-Ing. Georg KOTYZA von der Wiener Stadtplanung berichtete über die Schwerpunkte des Stadtentwicklungsplans, der vom Wiener Gemeinderat beschlossen werden und 90 Jahre alte Planungskonzepte ersetzen soll.#

Dipl.-Ing. Kotyza erläuterte, daß der Stadtentwicklungsplan als eine Maxime das Prinzip der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen enthält. Zum Unterschied von früheren Konzepten sollen - so der Stadtentwicklungsplan - vor allem außerhalb des Gürtels kleine und mittlere Zentren gefördert werden. In diesem Zusammenhang sei auch eine möglichst baldige Verlängerung der U 3 vom derzeit geplanten Endpunkt in Erdberg nach Simmering erforderlich, und auch eine Verknüpfung der U 3 mit der Vorortelinie sollte forciert werden, sagte Kotyza. Der Stadterneuerung werde vor der Stadterweiterung Vorrang eingeräumt, doch könne gerade die Stadterneuerung auch zu einer weiteren Verdichtung in dichtbebauten Stadtteilen führen. Die neben der Stadterneuerung notwendige Stadterweiterung soll entlang von Entwicklungsachsen erfolgen. Dabei ist es wichtig, daß die dazwischenliegenden Bereiche von Bebauung freigehalten werden und der Erholung, Land- und Forstwirtschaft, der Freizeit und dem Sport sowie eventuell Kleingärten vorbehalten bleiben.

Bei der Ausarbeitung des Stadtentwicklungsplans sei ein breitester Konsens angestrebt worden, um auch einen einstimmigen Beschluß durch die Organe der Stadt Wien zu ermöglichen, führte Kotyza weiter aus. Er sei optimistisch, daß es nach 90 Jahren - damals wurde der Generalregulierungsplan bzw. der Bauzonenplan beschlossen - wieder gelingt, einen derartigen Beschluß herbeizuführen. (Forts.) and/gg

NNNN

"Planung ist nicht nur Umsetzung von Bürgerwünschen" (2)
=+++
28 Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Die Vereinigung österreichischer Raumplaner wurde im Februar 1982 von Absolventen der Studienrichtung Raumplanung und Raumordnung der Wiener Technischen Universität gegründet. Diese Studienrichtung wurde von Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER ins Leben gerufen. Bisher gibt es 170 Absolventen.

Die Vereinigung möchte

- in der Öffentlichkeit und bei allen Institutionen die fachliche Kompetenz der Raumplaner dokumentieren, propagieren und erläutern;
- Ideen, Erfahrungen, Kenntnisse und Vorschläge, die von Raumplanern im Zuge ihrer beruflichen Tätigkeit in Wissenschaft und Praxis entwickelt werden, in der Öffentlichkeit bekannt machen;
- den Erfahrungs- und Informationsaustausch der Raumplaner untereinander sowie mit Institutionen im Rahmen des Fachgebietes beleben und Möglichkeiten zur fachlichen Weiterbildung eröffnen.
- Der Öffentlichkeit soll Einblick in die Tätigkeit und den Beruf des Raumplaners vermittelt werden.

Der Vereinigung österreichischer Raumplaner gehören derzeit 51 Mitglieder vorwiegend aus Wien, Niederösterreich und dem Burgenland an, das entspricht 60 Prozent der Absolventen aus diesem Raum. (Schluß) and/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Freitag, 18. Juni 1982 Blatt 1739

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)	Moderne Technik für den Umweltschutz Rückzug von Heizöl im Wohnungsbau Neue Wirtschaftsförderungsaktionen der Stadt Wien Mehr Schutz für Wiens Bäume Für umweltfreundliches Kohlekraftwerk
Politik: (rosa)	Mayr für leistungsgerechte Spitalszuschüsse
Lokal: (orange)	Curd Jürgens gestorben Nelson-Messe in der Piaristenkirche
Kultur: (gelb)	Musikalischer Sommer: Vorverkauf hat begonnen
Nur über FS:	17.6. "österreich : Chile" in Wien 18.6. Leopoldstadt: Zwei neue Einbahnen Bett des Vaters brannte Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters Bürgermeister kondolierte Witwe Jürgens

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Curd Jürgens gestorben (1)
=++++

1 Wien, 18.6. (RK-LOKAL/KULTUR) Curd Jürgens ist in der Nacht von Donnerstag auf Freitag, wie die "RATHAUSKORRESPONDENZ" erfährt, in Wien in der Krankenanstalt Rudolfstiftung gestorben. Curd Jürgens wäre am 13. Dezember 67 Jahre alt geworden. (Forts.) red/gg

Curd Jürgens gestorben (2)
=++++

2 Wien 18.6. (RK-LOKAL/KULTUR) Curd Jürgens wurde am 13.12.1915 in München geboren. Als Bühnenschauspieler hatte er sein erstes Engagement im Berliner Metropoltheater, dann wurde er ans Theater am Kurfürstendamm und anschließend 1938 an das Wiener Volkstheater engagiert. Von 1941 bis 1953 war Jürgens Mitglied des Ensembles des Burgtheaters. Er wurde zwar hier zum angesehenen Schauspieler, doch erst die folgende große Filmkarriere ließ ihn internationationalen Ruf erlangen. Er stand neben Brigitte Bardot, Ingrid Bergmann und vielen anderen Stars vor der Kamera und wurde selbst zum Star und damit gleichzeitig zum dankbaren Opfer für Klatschkolumnisten.

Curd Jürgens drehte über 160 Filme, spielte aber dazwischen immer wieder Theater. Anläßlich eines Gastspiels am Wiener Burgtheater 1966 wurde er mit der Kainz-Medaille ausgezeichnet. 1973 war er zum ersten Mal Salzburgs "Jedermann". 1979 spielte er im Theater in der Josefstadt den Sigmund Freud in Henry Denkers Stück "Berggasse 19". Diese Rolle hatte er vorher schon 300 Mal in Paris und auf zahllosen Tourneevorstellungen gespielt.

Nach einer schweren Herzoperation, der er sich 1980 zum zweiten Mal unterziehen mußte, ging er im Sommer 1980 wieder in österreich mit dem Einpersonenstück "Im Zweifel für den Angeklagten" auf Tournee. 1976 wurde Curd Jürgens der Titel "Professor" verliehen. (Schluß) red/gg

NNNN

Musikalischer Sommer: Vorverkauf hat begonnen
=++++

3 Wien, 18.6. (RK-KULTUR) Am ersten Juli wird der "Musikalische Sommer 1982" mit einem Konzert der Wiener Symphoniker unter Gennadi Roschdestwenskij im Arkadenhof des Wiener Rathauses feierlich eröffnet. Karten für das Eröffnungskonzert und alle übrigen Veranstaltungen des "Musikalischen Sommers" sind ab sofort in der Vorverkaufsstelle in der Stadtinformation im Rahtuas, Friedrich Schmidt-Platz, erhältlich. Die Vorverkaufsstelle ist von Montag bis Freitag von 10 bis 12 und von 13 bis 18 Uhr geöffnet und telefonisch unter 42 800/2085 oder 2095 zu erreichen.

Der "Musikalische Sommer" bietet auch heuer wieder ein reiches Programm mit rund 250 Konzerten. Neben den Arkadenhofkonzerten, den Konzerten in Schönbrunn, den Palais-, Kirchen- und Gedenkstättenkonzerten, die heuer alle im Haydn-Haus stattfinden, gibt es wieder zahlreiche frei zugängliche Promenadenkonzerte auf dem Rathausplatz und im Belvederegarten sowie Parkkonzerte in den Wiener Bezirken. (Schluß) gab/bs

NNNN

Mayr für leistungsgerechte Spitalszuschüsse

=++++

5 #Wien, 18.6. (RK-POLITIK) Finanzstadtrat Hans MAYR schlug Donnerstag abend in einem Pressegespräch vor, die zu erwartenden Mehreinnahmen beim Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds- in Verhandlung stehen derzeit jährliche Beträge zwischen 300 und 450 Millionen Schilling - leistungsgerecht zu verteilen. Qualitativ hochstehende und kostenintensive Leistungen wie die Einsetzung von Herzschrittmachern oder von künstlichen Gelenken sollten den Spitälern auch besonders honoriert werden. Eine reine Aufteilung der zusätzlichen Mittel nach Verpflegstagen würde die Spitäler eher dazu animieren, Patienten länger als notwendig im Spital zu behalten, erklärte Mayr.#

Diese Woche fanden Verhandlungen über den Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds statt. Dabei forderten die Vertreter der Bundesländer eine Aufstockung des Fonds um 500 Millionen. Der Bund und die Sozialversicherungsvertreter boten zunächst 300 Millionen an. Während der Verhandlungen wurde das Anbot in einer dreistufigen Lösung auf 300 Millionen im Jahr 1983, 335 Millionen im Jahr 1984 und 370 Millionen im Jahr 1985 erweitert. Die Bundesländer gingen mit ihrer Forderrung auf 450 Millionen zurück. Zu einer Einigung kam es noch nicht, jedoch "sind die Vorstellungen nicht so weit voneinander entfernt, daß man im Herbst nicht doch noch zu einer Einigung kommen könnte", betonte MAYR gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". (Schluß) sei/ap

NNNN

Moderne Technik für den Umweltschutz (1)
Utl.: Infrarot- und Scanneraufnahmen zur Grünraumbeobachtung
=++++

6 #Wien, 18.6. (RK-KOMMUNAL) Mit Hilfe von Infrarot- Luftbildern und Multispektral-Scanneraufnahmen des gesamten Wiener Stadtgebietes werden Bestand, Veränderungen und eventuelle Schädigungen der Grünräume in der Bundeshauptstadt erhoben. Wie Umweltstadtrat Peter SCHIEDER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärte, nimmt Wien mit dem Einsatz frotschrittlicher Technologien für den Umweltschutz im internationalen Vergleich eine führende Position ein.#

Mit Hilfe eines Meßflugzeuges, das mit Instrumenten zur Fernerkundung ausgestattet ist, werden vom österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen im Auftrag der Stadt Wien und des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung über dem Stadtgebiet Meßaufnahmen durchgeführt. Die gewonnenen Bilddaten werden geometrisch korrigiert und auf Karteiblätter dargestellt (Orthofotokarten) oder - im Fall der Scannermeßbilder - auf Magnetbändern gespeichert, die von einem Computer ausgewertet werden. Die Analyse dieser Daten ermöglicht es, den Bestand, die langfristigen Veränderungen und die eventuellen Schäden der Vegetation zu erheben sowie unerlaubte oder ungeeignete Veränderungen im Grünbereich festzustellen. Weiter ist es dadurch möglich, die Auswirkung der Vegetation auf das jeweilige Mikroklima (zum Beispiel bei der Innenhofbegrünung) meßtechnisch zu bestimmen und das Verhältnis der verschiedenen Grünflächen zu den Verkehrsflächen und den bebauten Flächen zu erfassen. (Forts.)
sch/gg

NNNN

Moderne Technik für den Umweltschutz (2)
Utl.: Wien führend im Einsatz moderner Technik für den Umweltschutz
=++++

7 Wien, 18.6. (RK-KOMMUNAL) Vom Bundesinstitut für Gesundheitswesen wurden bereits zwei Projekte dieser Art in Wien durchgeführt. Bei dem nun in Angriff genommenen Projekt geht es darum, Infrarot-Luftbilder vom gesamten Stadtgebiet herzustellen. Die erhaltenen Daten sollen Auskunft geben über den Bestand gesunder und geschädigter Bäume und deren räumliche Verteilung, über die Zahl der begrünten und nicht begrünten Höfe innerhalb des Gürtels und über die Veränderungen im Grünraum durch Erweiterung, Zerstörung durch Bebauung, Qualitätsänderung usw. Das Projekt soll bis Mitte 1983 abgeschlossen werden. (Schluß) sch/bs

NNNN

Rückzug von Heizöl im Wohnungsbau
Utl.: Der Trend geht zu Gas und Fernwärme
=++++

8 #Wien, 18.6. (RK-KOMMUNAL) Der Trend zur Raumheizung im geförderten Wohnungsbau geht zu Gas und Fernwärme. Auf das Heizöl, das bei 1973 gebauten Wohnungen noch 40 Prozent des Wärmebedarfes abdeckte, entfallen bei 1981 eingereichten und realisierten Wohnbauten nur noch ein bis zwei Prozent des Wärmebedarfes. Damit ist der angestrebte "Rückzug von öl" in einem optimalen Ausmaß erreicht worden. Das geht aus einem Bericht der Wiener Stadtwerke zur Analyse der Energieversorgung im geförderten Wohnungsbau hervor.#

Insgesamt wurde 1981 vom Energiewirtschaftlichen Referat der Wiener Stadtwerke die Energieversorgung von 291 Wohnbauprojekten mit 7600 Wohneinheiten und einem Gesamtwärmeleistungsbedarf von 89,1 Megawatt hinsichtlich der Erfordernisse des Umweltschutzes überprüft. Dabei wurde festgestellt, daß der Anteil der leitungsgebundenen Energieträger Erdgas und Fernwärme bei 95,5 Prozent liegt. Davon entfallen 63,8 Prozent auf Erdgas, 31,2 Prozent auf Fernwärme und 0,5 Prozent auf Strom. Die Dominanz des Erdgases erklärt sich aus dem Umstand, daß der überwiegende Teil der Bauvorhaben auf Gebiete außerhalb der Fernwärmeschienen entfällt. 2,1 Prozent der Wärmeleistung entfallen auf feste Brennstoffe und alternative Technologien, 2,4 Prozent auf öl. Dieser Anteil konnte bei 1981 realisierten Wohnbauvorhaben sogar noch auf ein Prozent gesenkt werden. Insgesamt ist damit in der Wärmeversorgung im geförderten Wohnbau ein Stand der Energieversorgung erreicht, der sowohl aus der Sicht des Umweltschutzes wie auch der Energiepolitik als optimal angesehen werden kann. (Schluß) gab/bs

NNNN

Nelson-Messe in der Piaristenkirche

=++++

12 Wien, 18.6. (RK-LOKAL) Ein spezielles Angebot für Kenner und Liebhaber der Musik von Joseph Haydn gibt es kommenden Sonntag, den 20. Juni, um 16 Uhr in der Basilika Maria Treu, 8, Piaristengasse 43. Der Kulturverein "Freunde der Josefstadt", Mitglied des Wiener Volksbildungswerkes, veranstaltet eine Aufführung der Nelson-Messe. Die Ausführenden sind das Wiener Kammerorchester und der Wiener Kammerchor (Einstudierung: Uwe Christian HARRER) sowie Gabriele FONTANA (Sopran), Stefanie KALUZA (Alt), Christopher DOIG (Tenor) und Tugomir FRANC (Baß). Die Leitung hat Philippe ENTREMONT. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei. (Schluß) zi/ap

NNNN

Neue Wirtschaftsförderungsaktionen der Stadt Wien (1)
Utl.: Beschluß noch vor der Sommerpause
=++++

9 #Wien, 18.6. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Der Wiener Gemeinderat wird sich noch vor der Sommerpause mit drei neuen Wirtschaftsförderungsaktionen der Stadt Wien beschäftigen: Wie Finanzstadtrat Hans MAYR Donnerstag abend in einem Pressegespräch erklärte, sollen eine Aktion zur Förderung von wassersparenden Investitionen, eine neue Garagenförderung und das Wiener Sonderprogramm zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen beschlossen werden.#

Zwtl.: Förderung von wassersparenden Investitionen

Die Abwassergebühr wird in Wien von 1982 bis 1984 etappenweise erhöht: von 4 Schilling pro Kubikmeter im Jahr 1982 auf 6 Schilling 1983 und auf 8 Schilling 1984. Diese Erhöhung trifft besonders Betriebe mit einem hohen Wasserverbrauch. Als flankierende Maßnahme ist nun eine bis Ende 1985 befristete Aktion zur Förderung von wassersparenden Investitionen geplant.

Die Stadt Wien wird jährlich 20 Millionen auf die Dauer von drei Jahren für diese Aktion zur Verfügung stellen. Die Förderung beträgt 30 Prozent der Investitionskosten - maximal jedoch 1 Million pro Betrieb. Man rechnt, mit dieser Aktion wassersparende Investitionen mit einem Gesamtvolumen von rund 150 Millionen fördern zu können.

Gefördert werden u. a. Investitionen, die zu einer Wiederverwendung des benützten Wassers führen sowie wassersparende Umstellungen. Insbesondere sind der Einbau neuer Kühlanlagen, Aufbereitungsanlagen, Reinigungsanlagen sowie Neutralisations- und Kläranlagen zu nennen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Neue Wirtschaftsförderungsaktionen der Stadt Wien (2)
Utl.: Neue Garagenförderung
=++++

10 Wien, 18.6. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Die bestehende Garagenförderung (Baukostenzuschüsse zwischen 10 und 18 Prozent der Investitionskosten) wurde in den letzten zwei Jahren nicht in Anspruch genommen. Die Überlegungen zu einer Neufassung haben nun dazu geführt, daß sich die Gewährung eines städtischen Darlehens zu besonders günstigen Konditionen als die geeignetste Alternative herauskristallisierte.

Unter der Bedingung, daß die Garage vorwiegend Parkplätze für die Wohnbevölkerung der unmittelbaren Umgebung schafft und daß die Garage spätestens 24 Monate nach der Baubewilligung fertig ist, wird die Stadt Wien einen Kredit in der Höhe von 30 Prozent der Projektkosten gewähren. Die Verzinsung des Darlehens erfolgt erst dann, wenn der Garagenbetrieb einen Gewinn abwirft. Die Tilgung des Darlehens muß spätestens nach 40 Jahren erfolgen.

Zwtl.: Sonderprogramm zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen in Wien

In Wien werden bis 1984 - im Gegensatz zu den anderen Bundesländern, wo bereits jetzt geburtenschwächere Jahrgänge die Schule verlassen - die relativ geburtenstarken Jahrgänge 1967 bis 1969 ins Berufsleben eintreten. Rund 10.000 Mädchen und Burschen werden pro Jahr in Wien eine Lehrstelle suchen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Neue Wirtschaftsförderungsaktionen der Stadt Wien (3)

=++++

11 Wien, 18.6. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Da es bereits 1981 in Wien bei der Unterbringung von Lehrlingen Schwierigkeiten gab - 700 Jugendliche fanden keine Lehrstelle - starten heuer die Stadt Wien, die Wiener Handelskammer, die Wiener Arbeiterkammer und das Wiener Landesarbeitsamt ein Sonderprogramm zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen in Wien. Wiener Betriebe sollen in dieser Aktion für das erste Lehrjahr eine monatliche Beihilfe von 1.000 Schilling für jeden zusätzlich eingerichteten und besetzten Lehrplatz erhalten (insgesamt also 12.000 Schilling pro Lehrplatz). Um eine Breitenwirkung zu erzielen, sollen pro Betrieb nicht mehr als zehn Lehrstellen pro Ausbildungsjahr gefördert werden.

Stichtag für die Entscheidung, ob ein zusätzlicher Lehrplatz vorliegt, ist der 30. Juni 1981. Beschäftigt ein Betrieb im Ausbildungsjahr 1982/83 mehr Lehrlinge im ersten Lehrjahr als am 30. Juni 1981, dann hat er Anspruch auf eine Beihilfe.

Mit dem Sonderprogramm sollen bis 1984 jährlich 1.000 zusätzliche Lehrplätze gefördert werden. Die dafür notwendigen jährlichen Kosten von 12 Millionen teilen sich die Stadt Wien mit 6 Millionen, die Handelskammer mit 2,5 Millionen, das Arbeitsamt mit 2 Millionen und die Arbeiterkammer mit 1,5 Millionen.

Zwtl.: Abwicklung durch Wiener Wirtschaftsförderungsfonds

Die neuen Aktionen werden durch den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, 1082 Wien, Ebendorferstraße 2, Telefon 4350/DW 460, abgewickelt. Auskünfte und Informationen werden dort gegeben, ebenso sind Einreichungen zur Förderung dort vorzunehmen. (Forts. mgl.) sei/gg

NNNN

Mehr Schutz für Wiens Bäume

Utl.: Salzstreuverbot in allen Alleen

=++ +

16 #Wien, 18.6. (RK-KOMMUNAL) Wiens Alleebäume sollen mit einem generellen Salzstreuverbot im kommenden Winter und einem Parkverbot zwischen den einzelnen Bäumen ab kommendem Herbst künftighin besser geschützt werden. Dies erklärte Umweltschutz-Stadtrat Peter SCHIEDER Freitag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ".#

Untersuchungen des Stadtgartenamtes in verschiedenen Straßen Wiens haben, laut Schieder,ergeben, daß Wiens Alleebäume durch die alljährlich durchgeführten Salzstreuungen, aber auch durch die Abgase der abgestellten Autos in höchstem Maße gefährdet sind. Dieses Streuverbot wird im kommenden Winter zuunächst probeweise für alle Alleen Wiens erlassen. Bei besonders extremen Witterungssituationen wird bei Fußgängerübergängen das wesentlich teurere aber unschädliche alternative Streumittel zur Anwendung kommen.

Was das Parken zwischen den Bäumen in den Alleen betrifft, kündigte Stadtrat Schieder in sämtlichen Bezirken Wiens die Schaffung eigener Kommissionen in Zusammenarbeit mit den einzelnen Bezirksvertretungen an, deren Aufgabe es sein wird, die Umweltbedingungen der Alleebäume zu prüfen. Dort, wo dies möglich ist - wie etwa in der Koppstraße in Wien Ottakring - soll der "Lebensraum" der Bäume durch die Errichtung von Betonstehern auf das nowendige Ausmaß erweitert und die Parkmöglichkeit reduziert werden. In Alleen, wo der Abstand der Bäume dafür zu gering ist, fällt diese Möglichkeit jedoch zu Gänze weg.

Mit diesen Maßnahmen sollen, wie Schieder betonte, jene Voraussetzungen geschaffen werden, um das Grün und die Bäume in Wien auch in Zukunft zu erhalten. (Schluß) zi/eve

NNNN

Für umweltfreundliches Kohlekraftwerk

=++++

17 #Wien, 18.6. (RK-KOMMUNAL) Sollte das im Tullnerfeld geplante Kohlekraftwerk in der derzeitigen Konstruktion ohne entsprechende Abgasreinigung errichtet werden, so bestünde, wie Umwelt-Stadtrat Peter SCHIEDER Freitag erklärte, für den Wienerwald höchste Gefährdung.

Der Stadtrat betonte, daß er keineswegs für eine Verhinderung dieses Kraftwerks sei, sondern daß es vielmehr darum geht, die technisch möglichen Reinigungsanlagen - wie sie etwa in der Bundsrepublik Deutschland bereits vorgeschrieben sind - einzubauen.#

Schieder sprach sich in diesem Zusammenhang für eine 85prozentige Entschwefelung der gesamten Abgasmenge aus. Bei der Entschwefelung einer geringeren Menge an Abgasen würde es ansonsten zu einer hohen Gefährdung des Wienerwaldes durch sogenannte "saure Regen" kommen. Als "Anrainer" werde Wien keineswegs den Betrieb diese Krafwerkes ohne Abgasreinigungsanlage zulassen und sämtliche, auch rechtlichen Schritte, diesbezüglich unternehmen.

Der Umwelt-Stadtrat wandte sich scharf gegen eine "Raumproduktion" zu Lasten der Wiener Bevölkerung und meinte, daß die Beseitigung der damit verbundenen Schäden an Umwelt und Häusern wesentlich teurer käme, als der Einbau dieser Anlage.

Abschließend betonte Schieder die Bereitschaft der Stadt Wien, jederzeit zur Beseitigung dieses Problems Gespräche mit dem Land Niederösterreich führen zu wollen. (Schluß) zi/eve

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Samstag, 19. Juni 1982 Blatt 1752

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: "Tag der offenen Tür" im künftigen Wasserleitungsmuseum
(rosa) Wildalpen
Konzessionsprüfungen für Taxler und Fiaker

Lokal: Biologischer und konventioneller Landbau im Vergleich
(orange)

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Tag der offenen Tür im künftigen Wasserleitungsmuseum Wildalpen (1)
=++++

1 Wien, 19.6. (RK-KOMMUNAL) Anläßlich der Festveranstaltungen der steirischen Gemeinde Wildalpen im Rahmen des Erzherzog-Johann-Jahres 1982 findet am Mittwoch, dem 23. Juni, ein "Tag der offenen Tür" im künftigen Wasserleitungsmuseum Wildalpen statt. Ab 16 Uhr haben die Besucher Gelegenheit, alle Räume des von Grund auf renovierten, baulich bereits fertigen Objektes zu besichtigen. Darüber hinaus werden Bildtafeln und Erinnerungsgegenstände vom Bau der II. Wiener Hochquellenleitung sowie die vom Archiv der Stadt Wien gestaltete Ausstellung "Alte Wiener Brunnen" zu sehen sein.

Für das Wasserleitungsmuseum Wildalpen wurde von der Wiener Stadtverwaltung im Jahr 1979 ein zweigeschossiges Gebäude aus der Mitte des 17. Jahrhunderts angekauft, das sich im Besitz der österreichischen Bundesforste befand. Während das Wasserleitungsmuseum Kaiserbrunn im Höllental den Bau der I. Wiener Hochquellenleitung schildert, wird das Wasserleitungsmuseum Wildalpen die Errichtung der II. Wiener Hochquellenleitung darstellen. Seine Eröffnung ist für den 2. Dezember 1985 um 11 Uhr vorgesehen - dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme der II. Wiener Hochquellenleitung vor 75 Jahren. Mit der Gestaltung des Museums in der Gemeinde Wildalpen ist Regierungsrat Josef DONNER von den Wasserwerken betraut, der bereits einschlägige Erfahrungen besitzt, da von ihm das Wasserleitungsmuseum Kaiserbrunn eingerichtet wurde. (Forts.) we/gg

NNNN

Tag der offenen Tür im künftigen Wasserleitungsmuseum Wildalpen (2)
=++++

2 Wien, 19.6. (RK-KOMMUNAL) Das als künftiges Wasserleitungsmuseum vorgesehene Gebäude in Wildalpen, die sogenannte "Alte Forstverwaltung", ist infolge der repräsentativen Bauweise für Ausstellungszwecke bestens geeignet. Im Jahr 1631 errichtet, besitzt das Haus ein Schopfwalmdach; im Inneren haben Tonnengewölbe, zwei prachtvolle hölzerne Zimmerdecken mit reich verziertem Mitteltram, eine dekorative Stuckdecke mit profilierten Spiegeln und Rundmedaillons haben das wechselvolle Schicksal dieses Bauwerks überdauert.

In der Chronik der Gemeinde Wildalpen schien das Gebäude ursprünglich als Tulleck'sches Gewerkenhaus auf, als Verweshaus der Hammerwerke am Seisenbach, dann war es das Herrenhaus der Innerberger Hauptgewerkschaft, später diente es als Wohnhaus des Waldmeisters, und zuletzt war es Forstverwaltungsgebäude. Die für Museumszwecke erforderlichen Baumaßnahmen begannen 1980 mit der Neueindeckung des gesamten, 640 Quadratmeter umfassenden Daches. Im Dachgeschoß, das Archiv- und Arbeitsräume aufnehme wird, war die Einziehung mehrerer neuer Tragbalken in die Deckenkonstruktion erforderlich. Da sich die 25 Fenster des Gebäudes in schlechtem Zustand befanden, mußten sie ebenso erneuert werden wie die beiden alten hölzernen Stiegen. Einige Zwischenmauern wurden entfernt und neue Sanitäranlagen eingebaut, an Stelle der zahlreichen Türen wurden in den Ausstellungsräumen Durchgänge geschaffen. Im Erdgeschoß sind sechs, im ersten Stock zehn Schauräume vorgesehen. Für die elektrische Beleuchtung und Beheizung sowie für die Lautsprecheranlage wurden 25.000 Meter Draht verlegt. (Schluß) we/bs

NNNN

Konzessionsprüfungen für Taxler und Fiaker (1)

=++++

3 Wien, 19.6. (RK-KOMMUNAL) Vom 3. bis 17. September finden, wie aus dem Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 22 vom 3. Juni ersichtlich, Konzessionsprüfungen für mehrere Gewerbe des Personentransportwesens statt. Im einzelnen handelt es sich um das Taxi-Gewerbe, das mit Personenkraftwagen betriebene Mietwagen-Gewerbe, das Ausflugs- und Stadtrundfahrten-Gewerbe und das mit Pferden betriebene Platzfuhrwerks-Gewerbe. Unter letzteres fallen, auch für juristische Laien unschwer erkennbar, die Fiaker.

Die Konzessionsprüfungen wurden von der mit dem Gewerbewesen befaßten MA 63 erstmalig ausgeschrieben. Die letzte Änderung des Gelegenheitsverkehrsgesetzes (Bundesgesetzblatt 486 aus 1981) verlangt nämlich einen Befähigungsnachweise als Konzessionsvoraussetzung. Allerdings müssen jetzt keineswegs sämtliche Taxler, Stadtrundfahrer und Fiaker zur Prüfung antreten, sondern nur jene Personen, die künftig als selbständige Unternehmer die betreffenden Gewerbe ausüben wollen.

Für die gewerbsmäßige Beförderung von Personen mit Fahrzeugen des Straßenverkehrs waren bisher lediglich Bedarfskonzessionen erforderlich, die ohne gewerbliche Prüfung erteilt wurden. Die nun für Unternehmer geforderten Konzessionsprüfungen sollen sicherstellen, daß der Bewerber die für eine selbständige Ausübung des Gewerbes notwendigen Kenntnisse besitzt. (Forts.) we/gg

NNNN

Konzessionsprüfungen für Taxler und Fiaker (2)

=++++

4 Wien, 19.6. (RK-KOMMUNAL) Ansuchen um Zulassung zu den Konzessionsprüfungen sind mit den erforderlichen Unterlagen bis spätestens 23. Juli 1982 an die MA 63, 1. Bezirk, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), zu richten. Die Bewerber müssen sich einer schriftlichen und einer mündlichen Prüfung unterziehen; für Fiaker ist nur eine mündliche Prüfung vorgesehen. Themen der schriftlichen Prüfung sind unter anderen Buchhaltung, Lohnverrechnung und Kalkulation.

Die mündlichen Prüfungen erfolgen durch Kommissionen. Die unmittelbar nach jeder Prüfung verkündeten Ergebnisse lauten: Ein- oder mehrstimmig mit Auszeichnung bestanden, ein- oder mehrstimmig bestanden oder nicht bestanden.

Ein Fiaker, der selbständiger Unternehmer werden möchte, hat beispielsweise mit Fragen aus folgenden Themenkreisen zu rechnen: Grundsätze der den Straßenverkehr betreffenden Rechtsvorschriften, gewerberechtliche Vorschriften, Ortskenntnisse, Tarife, Steuer-, Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, ferner Buchhaltung, Lohnverrechnung und Kalkulation. (Schluß) we/bs

NNNN

Biologischer und konventioneller Landbau im Vergleich
Utl.: Forschungsvorhaben in der Lobau
=++++

5 #Wien, 19.6. (RK-LOKAL) Die unterschiedlichen ökologischen Auswirkungen konventioneller und biologischer Bewirtschaftungsmethoden sollen in einem auf drei Jahre projektierten Forschungsvorhaben in der Lobau wissenschaftlich untersucht werden. Die Studie wird von der Ludwig-Boltzmann-Forschungsstelle für biologischen Landbau an der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien - Magistratsabteilung 39 - durchgeführt.#

In der Lobau wird sowohl mit biologischen als auch mit konventionellen, das heißt chemisch-synthetischen Mitteln, Landbau betrieben. Bei der Anwendung chemisch-synthetischer Mittel in der Landwirtschaft ist aber bekanntlich die Gefahr der Anreicherung des Bondens mit Gift- und Schadstoffen gegeben, was für ein Naturschutzgebiet wie die Lobau besonders problematisch ist. Angesichts der Bedeutung der Lobau für die Trinkwassergewinnung steht bei dem neuen Forschungsvorhaben zudem die Frage im Mittelpunkt, inwieweit die unterschiedlichen landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsmethoden den Zustand des Grundwassers und der Oberflächengewässer beeinflussen. Das Forschungsvorhaben ist in drei Abschnitte gegliedert, die sich jeweils über ein Jahr erstrecken. Zu jedem Abschnitt wird ein zusammenfassender Untersuchungsbericht vorgelegt werden. (Schluß) sch/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Montag, 21. Juni 1982 Blatt 1758

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
- Ehrengrab für Curd Jürgens
- Wiener SPÖ: Umweltschutz und Stadterneuerung im Vordergrund
- Mexikoplatz: Wieder erfolgreiche "Aktion scharf"
- Neue Wohnungen auf den SGP-Gründen in Simmering
- Städtebund urgiert Fleischbeschaugesetz

Kommunal: (rosa)
- Außenringautobahn: Planung Kledering-Kaiserebersdorf fertig
- Sommerkehraus im Gemeinderat
- Unvermietete Wohnungen, VOEST, Wirtschaftsförderung
- Wiener Stadtanleihe mit 800 Millionen
- ÖVP: Wiener Wohnungspolitik unzulänglich

Nur über FS:

18.6.
- Schülerfest auf der Donauinsel
- Explosion in Simmering: kein technisches Gasgebrechen

19.6.
- Brandstiftung in Döbling
- Toter im Döblinger Bad

21.6.
- 102. Geburtstag in Währing
- Nächster Familiensonntag am 27. Juni "Hubert-Marischka-Park"
- Sommerfest im Psychiatrischen Krankenhaus
- Begräbnis für Curd Jürgens: 22. Juni, 21 Uhr
- Tierarzt Dr. Brunner wurde Veterinärrat
- "Ulmer Schachtel" kommt am Mittwoch
- Fröhlich-Sandner und Hatzl im Bgm.-Pressegespräch

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

Außenringautobahn: Planung Kledering-Kaiser Ebersdorf fertig (1)
=++++

9 #Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER stellte im Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung das generelle Projekt für die A 21 - Außenringautobahn zwischen Kledering und Kaiser Ebersdorf vor. Der Abschnitt von der Landesgrenze bis Kaiser Ebersdorf ist rund 2,8 km lang, seine Realisierung wird etwa 660 Millionen S kosten. Dazu kommen noch die Aufwendungen für Grundeinlösungen und -freimachungen. Rund 45 Millionen davon wird die Stadt Wien zu tragen haben: Nun wird das Projekt dem Bautenministerium übermittelt, das für die erforderlichen Genehmigungen für den Bau des Straßenstückes zuständig ist.#

Die Wiener Außenringautobahn A 21 wird nach ihrer endgültigen Fertigstellung bei Steinhäusl von der Westautobahn abzweigen und über Alland, Vösendorf (Anschluß an die Südautobahn) und Kledering zur Flughafen-Autobahn A 4 führen. Damit kann das Wiener Stadtgebiet vom Durchgangsverkehr aus dem Westen Richtung Süden und Osten entlastet werden.

Die Trasse des nun geplanten Teilabschnittes wird, von Niederösterreich kommend, Wiener Boden in Hochlage erreichen, östlich des Zentralfriedhofes unter der Simmeringer Hauptstraße durchgeführt und schließlich wieder sanft ansteigend "im ersten Stock" die Kaiser-Ebersdorfer-Straße queren und im Knoten Kaiser Ebersdorf mit der Flughafenautobahn verknüpft werden. Anschlußstellen sind außer in Kledering (Planung: Niederösterreich) zur Simmeringer Hauptstraße und über die A 4 zur Simmeringer Haide geplant. Zur Simmeringer Hauptstraße wird man über "Parallelrampen" gelangen (ähnlich dem Verteilerkreis Favoriten der Südost-Tangente). Die Einmündung in die Simmeringer Hauptstraße wird durch eine Ampelanlage geregelt werden. (Forts.) and/gg

NNNN

Außenringautobahn: Planung Kledering-Kaiser Ebersdorf fertig (2)
=++++

10 Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Als besonders maßgeblich bezeichnete es Planungsstadtrat Wurzer, daß gleichzeitig mit der Straßenplanung auch die landschaftliche Einbindung geplant wurde. Neben einer begleitenden Grüngestaltung und den erforderlichen Lärmschutzeinrichtungen (Lärmschutzwände mit bepflanzten Böschungen) sind attraktive Fuß- und Radwegeverbindungen vorgesehen, die etwa eine Verbindung vom Liesingtal zum Prater ermöglichen und auch die Thürnlhofsiedlung erschließen werden. Einem langjährigen Wunsch der Simmeringer Bezirksvertretung wird durch die Konzeption einer Fuß- und Radwegeunterführung unter der Simmeringer Hauptstraße im Zusammenhang mit dem Autobahnbau entsprochen. (Schluß) and/bs

NNNN

Sommerkehraus im Gemeinderat (1)
Utl.: Rechnungsabschluß, Kontrollamtsbericht, Abgabe für
unvermietete Wohnungen

=++++

11 #Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Kommenden Montag, den 28. Juni, beginnt die letzte Sitzung des Wiener Gemeinderates vor der Sommerpause, die für vier Tage vorgesehen ist. Kernpunkt der Beratungen stellt der Rechnungsabschluß 1981 dar, der, wie wiederholt berichtet, eine Gebarungsverbesserung von 1,3 Milliarden Schilling brachte. Am Mittwoch, dem 30.Juni, ist eine Landtagssitzung angestzt, in der unter anderem die Abgabe auf unvermietete Wohnungen beschlossen werden soll. Am letzten Sitzungstag, 1. Juli steht der Rechnungsabschluß der Stadtwerke für 1981 im Mittelpunkt sowie der Bericht des Kontrollamtes 1981.#

Die Debatte über den Rechnungsabschluß wird diesmal wieder nach Geschäftsgruppen erfolgen. Der jeweiligen Amtsführende Stadtrat wird dazu kurz einleiten. Und das ist der Fahrplan an den einzelnen Beratungstagen:

Montag, den 28. Juni, beginnt die Sitzung um 9 Uhr mit einer Fragestunde. Nach einem Referat von Finanzstadtrat Hans MAYR über den gesamten Rechnungsabschluß werden die Kapitel Finanzen und Wirtschaftspolitik, Wohnen und Stadterneuerung (Amtsf. Stadtrat Johann HATZL) und Stadtplanung (Amtsf. Stadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER) behandelt. Dienstag, den 29. Juni, um 9 Uhr werden die Beratungen mit den Geschäftsgruppen Umwelt und Freizeit (Amtsf. Stadtrat Peter SCHIEDER), Bildung, Jugend, Familie (Vbgm. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER), Kultur und Bürgerdienst (Amtsf. Stadtrat Dr. Helmut ZILK) und Personal- und Rechtsangelegenehiten (Amtsf. Stadtrat Franz NEKULA) fortgesetzt. (Forts.) pr/bs

NNNN

Sommerkehraus im Gemeinderat (2)

=++++

12 Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Der Sitzungstag am Mittwoch, dem 30. Juni, beginnt um 9 Uhr mit Landtag und Fragestunde. Drei Gesetzesvorlagen sind zur Beschlußfassung vorgesehen: Die Landarbeitsordnung, das Jagdgesetz und die Abgabe auf unvermietete Wohnungen.

Im Anschluß an den Landtag werden innerhalb der Rechnungsabschlußdebatte die Kapitel Gesundheit und Soziales (Amtsf. Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER) und Straße, Verkehr und Energie - ausgenommen Stadtwerke (Amtsf. Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN) behandelt. Nach dem Schlußwort von Finanzstadtrat Hans MAYR wird der Gemeinderat über den Rechnungsabschluß abstimmen.

Am letzten Sitzungstag, Donnerstag, den 1. Juli, wird Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN den Rechnungsabschluß der Stadtwerke 1981 dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorlegen. Im Rahmen der restlichen Tagesordnung wird auch der Kontrollamtsbericht 1981 behandelt.

Nach der Sommerpause wird die erste Sitzung des Wiener Gemeinderates am Donnerstag, dem 23. September, stattfinden. (Schluß) pr/bs

NNNN

Unvermietete Wohnungen, VOEST, Wirtschaftsförderung
Utl.: Finanzausschuß genehmigte wichtige Vorhaben
=++++

17 Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik genehmigte Montag in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause eine Reihe wichtiger Vorlagen. Mit den Stimmen der SPö wurde die Abgabe auf unvermietete Wohnungen beschlossen, die vorsieht, daß für unvermietete Wohnungen das Dreifache vom erlaubten Hauptmietzins zu bezahlen ist. Ebenfalls mit den Stimmen der SPö wurde die Übernahme des AKH-Baues durch die VOEST genehmigt. Damit wird die AKPE eine hundertprozentige Tochter der VOEST.

Einstimmig wurden drei neue Wirtschaftsförderungsaktionen der Stadt Wien beschlossen. Ab 1. Juli wird durch ein eigenes Wiener Sonderprogramm für die Lehrlingsförderung jeder zusätzliche Lehrplatz in Wien mit einer monatlichen Prämie von 1.000 S gefördert.

Der Bau von neuen Garagen in Wien soll durch ein öffentliches Darlehen in der Höhe von 30 Prozent der Errichtungskosten forciert werden.

Durch eine Aktion für wassersparende Investitionen - die Stadt Wien zahlt für Investitionen in diesem Bereich bis zu 30 Prozent der Kosten - sollen die Auswirkungen der etappenweisen Abwassergebührenerhöhung für die Wiener Betriebe gemildert werden. (Schluß) sei/gg

NNNN

Wiener Stadtanleihe mit 800 Millionen

=++++

18 Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Zwichen 24. und 28. Juni wird eine Wiener Stadtanleihe mit einem Nominale von 800 Millionen S zur Zeichnung aufgelegt. Die Stadt Wien beabsichtigt heuer, insgesamt 3,3 Milliarden S auf dem inländischen Kapitalmarkt an Anleihen aufzunehmen. Davon sollen vor dem Sommer 1,7 Milliarden placiert werden (900 Millionen bereits im April, 800 Millionen im Juni). Die restlichen 1,6 Milliarden sollen im Herbst aufgenommen werden. Die Konditionen der zwischen 24. und 28. Juni laufenden Wiener Stadtanleihe werden kurz vor Zeichnungsbeginn bekanntgegeben. (Schluß) sei/bs

NNNN

ÖVP: Wiener Wohnungspolitik unzulänglich

=++++

21 Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Die schleppende Abwicklung der Wohnbauförderung kritisierte der 3. Landtagspräsident Fritz HAHN am Montag beim Pressegespräch von Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK. Im ersten Halbjahr wurden in Wien nur 1.310 Neubauwohnungen - das sind 18,5 Prozent des Neubauvolumens - gefördert, sagte Hahn. Für das Sonderwohnbauprogramm sind 1982 nur 180 Millionen Schilling vorgesehen. Im Wohnbauförderungsbeirat gibt es derzeit rund 9.000 Wohnungsansuchen, die bereits positiv begutachtet wurden und auf die Zuteilung der Förderungsmittel warten. Die immer höher steigenden Mieten und Baukosten bei neuen Wohnungen würden eine Wohnstarthilfe für junge Familien dringend erforderlich machen.

Eine unerhörte Belastung bedeutet laut ÖVP-Gemeinderat PETRIK der Erhaltungsbeitrag für die Mieter. Immer mehr Personen haben Schwierigkeiten bei der Zahlung der Mieten und der hohen Energiekosten. Die ÖVP fordert daher eine Heizkostenbeihilfe für Einkommensschwächere sowie eine Angleichung der Mietzinsbeihilfen an die Wohnbeihilfe.

Eine Modelluntersuchung zur Überführung gemeindeeigener Reihenhäuser ins Eigentum, stellte ÖVP-Gemeinderat ARTHOLD vor. In der Per-Albin-Hanson-Siedlung-West in der Wienerfeld-Siedlung wurden in 900 Häusern Befragungen durchgeführt. Von 100 retournierten Briefen waren 95 Prozent der Mieter grundsätzlich an einer Übertragung ins Eigentum interessiert. (Schluß) ba/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

r·k

gegründet 1861

Dienstag, 22. Juni 1982 Blatt 1772

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)	Begräbnis von Hofrat Spindler Fünf Jahre Kriseninterventionszentrum U 3 und U 6: Bund zahlt für Vorleistungen Gutachten über Firma Rinter liegt vor Greuelbericht über Gefährdung des Grundwassers entbehrt jeder Grundlage Stones-Konzert im Stadion: Platz für 15.000 auf dem Spielfeld
Kommunal: (rosa)	Prämie für Bedienstete Stadtwerke-Rechnungsabschluß im Stadtsenat Modellsanierung in Ottakring Wohnbau-Boom bei der Stadt Wien Gasexplosion in Gemeindebau: 5,5 Millionen Schaden Kohlekraftwerk - Anschlag auf Wiener Umwelt
Lokal: (orange)	Freizeit erleben - nicht Freizeit vertreiben
Nur über FS:	22.6. Tankwagenunfall auf der Augartenbrücke Bisher 75.000 Impfungen gegen Zeckenerkrankung

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

.-.-.-

Prämie für Bedienstete
Utl.: Sie konstruierten elektronisches Licht-Meßgerät
=++++

4 #Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Zwei Bedienstete der MA 33 (öffentliche Beleuchtung) haben ein Gerät entwickelt, das zur Messung des Lichts öffentlicher Leuchten sehr wichtig ist. Die Anschaffung eines solchen Geräts hätte rund 2,6 Millionen Schilling gekostet. Die Eigenkonstruktion der beiden Bediensteten erforderte lediglich rund 300.000 Schilling an Material- und Zeitaufwand.

Für diese außerordentliche Leistung überreichte Dienstag Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION an Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Hubert GABLER Und Inspektionswerkmeister Franz FURTNER die ihnen im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens zuerkannte Prämie von je 25.000 S.#

Bandion beglückwünschte die beiden Beleuchtungs-Experten zu ihrer Neuentwicklung und dankte ihnen namens der Stadtverwaltung für die dadurch ermöglichte Ersparnis.

Das Gerät ist ein vollautomatischer, rechnergesteuerter sogenannter Leuchtenwender. Mit seiner Hilfe kann das von einer Leuchte ausgestrahlte Licht gemessen werden, wenn es in verschiedenen Winkeln auf die Straßenoberfläche auftrifft. Solche Messungen sind notwendig, um die günstigste Art der Anbringung der Leuchten und deren Abstände auf der Straße festzustellen.

Die elektronische Steuerung ist dabei von besonderer Bedeutung. Mit der Hand läßt sich nämlich die genaue Winkeleinstellung nicht präzise vornehmen. Außerdem braucht nun die Messung viel weniger Zeit. (Schluß) smo/gg

NNNN

Stadtwerke-Rechnungsabschluß im Stadtsenat

=++++

5 #Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stadtsenat und der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik genehmigten Dienstag mit den Stimmen der SPö den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke. Die vier Teilbetriebe der Wiener Stadtwerke weisen für 1981 einen Verlust von 540 Millionen Schilling aus. Erträgen von 16,66 Milliarden stehen Aufwendungen von 17,2 Milliarden gegenüber. 1981 war von einem Rückgang des Energiebedarfs gekennzeichnet, die Frequenz der öffentlichen Verkehrsmittel stieg dagegen um zwei Prozent.#

Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN wies auf die stark steigenden Energiekosten hin, deren Überwälzung auf die Letztverbraucher aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht möglich sei. Der Rechnungsabschluß der E-Werke und der Gaswerke sei unter diesem Aspekt zu betrachten. Bei den Verkehrsbetrieben seien die positiven Auswirkungen der 1979 beschlossenen Entschuldung und Sanierung durch die Hoheitsverwaltung hervorzuheben.

Gemeinderat Fritz HAHN (ÖVP) betonte, es sei zwar eine gewisse Stabilisierung in der wirtschaftlichen Lage der Stadtwerke eingetreten, doch sei die Eigenkapitalsbasis wieder um 0,2 Prozent auf 25,5 Prozent gesunken. Hahn kritisierte die Übernahme von Verlusten der Verkehrsbetriebe durch die E-Werke. Dadurch würde die Eigenkapitalbasis der E-Werke geschmälert.

Eine ausführliche Debatte über den Stadtwerke-Rechnungsabschluß 1981 wird in der Sitzung des Gemeinderates in der kommenden Woche stattfinden. (Schluß) gab/bs

NNNN

Modellsanierung in Ottakring (1)

=++++

8 #Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Ein Modell einer Haussanierung im Stadterneuerungsgebiet Ottakring stellte Wohnbaustadtrat Johann HATZL Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters vor. Das von der Stadt Wien angekaufte Haus in der Lambertgasse 11 soll instandgesetzt, die Wohnungen sollen verbessert werden. Aus 14 Substandardwohnungen werden elf gut ausgestattete Wohnungen. Ein Teil der Mieter kann während der Renovierungsarbeiten im Haus verbleiben. Durch die gleichzeitige Anwendung des Paragraph 7 nach dem alten Mietengesetz und Wohnbauförderungsmitteln werden sich auch die neuen Mietzinse in erschwinglichen Grenzen halten.#

Als die Stadt Wien 1978 das Haus ankaufte, sollte es nicht abgerissen, sondern renoviert werden, da es in einer guten Wohnumgebung mit Einkaufsmöglichkeiten und einem Park in der Nähe liegt. Fünf Mieter, die das Haus jahrzehntelang bewohnten, wollten nicht umziehen. Aus diesen Gründen werden einige Finanzierungsvarianten zur Sanierung des Hauses überlegt:

- Die Reparatur des Hauses mit Hilfe des Paragraph 7 nach dem alten Mietengesetz hätte 1,38 Millionen S gekostet. Die Mieter hätten zehn Jahre lang einen 33fach erhöhten Hauptmietzins - etwa 2100 S - pro Monat zahlen müssen. Dabei wären nur die notwendigen Erhaltungsarbeiten am Haus durchgeführt, die Wohnungen aber nicht verbessert worden.
- Eine weitere Möglichkeit war, Mittel aus der Wohnbauförderung 1968 in Anspruch zu nehmen. Dabei werden gleichzeitig auch die Wohnungen verbessert. 3,5 Millionen S wurden bereits als Wohnbauförderung zugesichert.

(Forts.) ba/gg

NNNN

Modellsanierung in Ottakring (2)
=++++

9 Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Da die Gesamtkosten für die Instandsetzung und Verbesserung rund 3,7 Millionen betragen, wird der Restbetrag in Form eines sogenannten "Sockel-Paragraph-7" mit einer Laufzeit von zehn Jahren aufgeteilt.

Sechs Mieter verbleiben in der Lambertgasse 11 und ziehen innerhalb des Hauses von einer Mittelwohnung in eine Randwohnung. Die Mittelwohnungen werden zusammengelegt und mit Badezimmer, WC und Zentralheizung ausgestattet. Die Randwohnungen erhalten Wasser und WC. Die im Haus verbleibenden Mieter werden 18,50 Schilling pro Quadratmeter Grundzins bezahlen, die neuen Mieter in den größeren Mittelwohnungen werden einen monatlichen Grundzins von 29 Schilling pro Quadratmeter sowie einen Baukostenbeitrag von 932 Schilling pro Quadratmeter zu bezahlen haben. (Schluß) ba/gg

NNNN

Wohnbau-Boom bei der Stadt Wien (1)
Utl.: Mehr Arbeitsplätze durch aufgestocktes Wohnbauprogramm
=++++

10 #Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des Bundeswohnbausonderprogrammes hat das Land Wien weitere 736 Wohnungen nachgemeldet. Auch das Bauvolumen der durch die Wohnbauförderung 1968 finanzierten Wohnungen wird um 350 Wohnungen aufgestockt. Insgesamt werden 1982 daher 8.139 Wohnungen gefördert, statt wie ursprünglich vorgesehen 5.500 Wohnungen. Dies teilte Wohnbaustadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mit. Gleichzeitig stellte Hatzl das Wohnbauprogramm der Stadt Wien 1982-84 vor. Die Wohnungen werden im dichtbebauten Stadtgebiet errichtet, die durchschnittliche Größe der einzelnen Bauprojekte liegt bei 25 Wohnungen.#

Das Land Wien setzt heuer im Bereich des sozialen Wohnbaus besondere Schwerpunkte zur Wohnraumbeschaffung und zur Sicherung von Arbeitsplätzen, sagte Hatzl. Das vom Nationalrat beschlossene Bundeswohnbauprogramm wird weiter genützt. Zu den ursprünglich 1.553 gemeldeten Wohnungen wurden 736 Wohnungen nachgemeldet. Insgesamt sind es nun 2.289 Wohungen, die durch das Bundeswohnbausonderprogramm in Wien gebaut werden. Die 736 nachgemeldeten Wohnungen werden von gemeinnützigen Bauträgern errichtet.

Ebenfalls aufgestockt wurde das Bauvolumen der durch die Wohnbauförderung 1968 finanzierten Wohnungen. Somit können HEUER, entgegen den ursprünglichen Berechnungen, um 2.639 Wohnungen errichtet werden. Die Gesamtzahl der geförderten Wohnungen beträgt 8.139. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wohnbau-Boom bei der Stadt Wien (2)
Utl.: Wohnbauprogramm 1982-84 im Zeichen der Stadterneuerung
=++++

11 Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Fast ausschließlich Stadterneuerungsprojekte beinhaltet das neue Wohnbauprogramm der Stadt Wien. Rund 90 Prozent der kommunalen Projekte, die bis spätestens 1984 begonnen werden sollen, liegen im dichtbebauten Stadtgebiet. Vorgesehen sind rund 1600 Wohnungen auf 56 Bauplätzen. Die städtische Wohnhausanlagen werden durchschnittlich 20 bis maximal 30 Wohnungen beinhalten. Besonders viele Bauten sollen im 2., im 5., im 6., im 12. und im 15. Bezirk errichtet werden.

Zwtl.: 900 Millionen für Instandsetzungen

Im Gemeinderatsausschuß für Wohnen und Stadterneuerung wurde der Ausgabenrahmen für Instandsetzungsarbeiten an städtischen Wohnbauten im heurigen jahr um 270 Millionen S erweitert. Damit ist sichergestellt, daß die Summen, die durch den Erhaltungsbeitrag eingehoben werden, noch heuer für die Erhaltung der städtischen Wohnbauten ausgegeben werden. Insgesamt stehen 1982 für Instandsetzungsarrbeiten in Gemeindebauten 900 Millionen S zur Verfügung. (Forts.mgl.) ba/bs

NNNN

Gasexplosion in Gemeindebau: 5,5 Millionen Schaden

=++++

12 Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Die folgenschwere Gasexplosion in der städtischen Wohnhausanlage, 11, Fuchsröhrenstraße, hat einen Schaden von 5,5 Millionen S angerichtet. Zur raschesten Behebung der Schäden bewilligte Dienstag der Wiener Stadtsenat auf Antrag von Wohnungsstadtrat Johann HATZL nach Paragraph 98 der Wiener Stadtverfassung einstimmig die Kosten für die notwendigen Instandsetzungsarbeiten. Damit werden die durch die Explosion beschädigten oder zerstörten Mauern, Decken, Dächer, Fenster, Türen, Fußböden, Leitungen und Rohre instandgesetzt. Hatzl hob die rasche und unbürokratische Hilfe der zuständigen Abteilungen hervor. Am Tag der Explosion waren bereits ab 6.30 Uhr die ersten Baufirmen an der Unglücksstelle. Über die Instandsetzung hinaus wird es wahrscheinlich notwendig sein, auch den in Mitleidenschaft gezogenen zweiten Stock des Hauses abzutragen. (Schluß) pr/gg

NNNN

Freizeit erleben - nicht Freizeit vertreiben
Utl.: 10. Wiener Ferienspiel beginnt am 5. Juli
=++++

13 #Wien, 22.6. (RK-LOKAL) Wie Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mitteilte, beginnt das 10. Wiener Ferienspiel am 5. Juli. Alle Pflichtschüler erhalten dieser Tage über die Schulen ihre Ferienspielpässe. Bei allen Stationen können die Kinder wieder Spielmarken sammeln. Bisher haben mehr als zwei Millionen Kinder am Wiener Ferienspiel teilgenommen.#

Das Wiener Ferienspiel soll die Möglichkeit geben, die verschiedensten Freizeit- und Kulturangebote unserer Stadt sowie wichtige kommunale Einrichtungen spielend kennenzulernen. Die Kinder erleben so die Fülle und Vielfalt der Anregungen und Möglichkeiten, die unsere Stadt ihren Bewohnern bietet. Diese kulturanimatorische Wirkung erstreckt sich übrigens nicht nur auf die Kinder, sondern auch auf deren Eltern. Immerhin haben im Vorjahr neben 225.000 Kindern auch 100.000 erwachsene Begleitpersonen am Ferienspiel teilgenommen.

Zwtl.: Wiener Ferienclub - für junge Leute ab 15 Jahren

#Auch für junge Leute, die dem Ferienspiel bereits entwachsen sind, hat das Landesjugendreferat wieder eine Reihe von interessanten Veranstaltungen zusammengestellt. Konzerte, Filme, Theaterbesuche, Lesungen, Wanderungen, Workshops, Sportaktionen, Tanzveranstaltungen und vieles andere sorgen dafür, daß für Wiens Jugendliche auch im Sommer 82 das Wort "Langeweile" ein Fremdwort bleibt.#

Ferienclubprogramme sowie Mitgliedskarten und Ermäßigungsbons sind im Landesjugendreferat, in allen Z-Filialen, in der Stadtinformation im Rathaus (Montag bis Freitag von 14 bis 18 Uhr) sowie bei allen Veranstaltungen des Wiener Ferienclubs erhältlich. (Schluß) emw/gg

NNNN

Kohlekraftwerk - Anschlag auf Wiener Umwelt

=++++

14 #Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Als größten Anschlag, den es auf den Wiener Wald, die Donauauen und damit auf die Umwelt der Wiener Bevölkerung je gegeben hat, bezeichnete Umweltschutz-Stadtrat Peter SCHIEDER den derzeit im Tullnerfeld geplanten Bau des Kohlekraftwerkes. Bei einer Montag stattgefundenen Bauverhandlung, bei der auch die Stadt Wien als "Anrainer" teilnahm, war lediglich der Einbau einer Filteranlage zur Reinigung von nur 60 Prozent der Abgasmenge zugesagt worden. Seitens der Stadt Wien war bekanntlich der Einbau einer Reinigungsanlage, für eine 85prozentige Entschwefelung der g e s a m t e n Abgasmenge verlangt worden. Dazu kommt noch, daß die vorgesehene Filteranlage keine weiteren Ausbaumöglichkeiten bietet.#

Der Umweltschutz-Stadtrat bezeichnete dieses Vorgehen als verantwortungs- und rücksichtslos und kündigte in diesem Zusammenhang entsprechende rechtliche Schritte durch die Stadt Wien an. Protest gegen das Bauwerk in dieser vorgesehenen Form gab es im übrigen auch von niederösterreichischer Seite: Von den insgesamt 71 im Tullnerfeld niedergelassenen Ärzten haben sich 70 gegen dieses umweltbelastende Projekt ausgesprochen. Stadtrat Schieder wies unter anderem im Rahmen des Pressegespräches auf die dadurch auch gefährdeten drei Baumschulen im Tullnerfeld hin. Berechnungen von Expertengutachten haben, wie Schieder erklärte, ergeben, daß die Umweltbelastung durch die Phosphate bei der derzeitigen Projektierung des Kohlekraftwerkes ebenso groß sein wird, wie sie derzeit in ganz Wien gemessen wird. Damit werden aber die zu erwartenden Schäden weit höher liegen, als die Kosten für den Einbau der erforderlichen Filteranlage.

Schieder bezeichnete diese Form des Kraftwerkbaus als eine "Raubproduktion", weil damit bedenkenlos Schäden zu Lasten der Wiener Bevölkerung durch eine Gefährdung der Menschen, der Pflanzen - durch die zu erwartende Übersäuerung des Bodens könnten auch keine Pflanzen oder Bäume mehr gesetzt werden - und der Gebäude verbunden sind. (Schluß) zi/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Mittwoch, 23. Juni 1982 Blatt 1788

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
Schwedische Parlamentarier bei Gratz

Kommunal: (rosa)
Wichtige Vorarbeiten für "Nordring" begonnen
Gleichenfeier für Pensionistenheim in Floridsdorf
Auf die überbeschau darf nicht verzichtet werden
75 Jahre Gänsehäufel
Landsmann: Verhandlungen mit Carabelligasse-Siedlung vor Abschluß
FPö: Abgabe auf unvermietete Wohnungen wirkungslos

Kultur: (gelb)
Neue Attraktion der Museen der Stadt Wien

Wirtschaft: (blau)
Staatswappen für die WIBEBA

Nur über FS:
22.6. Gratz zu Dürnrohr: Gesundheit hat Vorrang
Rettung in letzter Sekunde
23.6. Plötzlich stand ein Auto im Schanigarten
Radfahrendes Kind von Lkw überrollt
Auto stürzte in Künette - Stromausfall in Wieden

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

Staatswappen für die WIBEBA

=++++

5 #Wien, 23.6. (RK-WIRTSCHAFT) Handelsminister Dr. Josef STARIBACHER überreichte im Rahmen einer kleinen Feier auf der Baustelle Prager Straße 92 der Geschäftsführung der Wiener Betriebs- und Baugesellschaft m.b.H. (WIBEBA) die Urkunde zur Berechtigung der Führung des österreichischen Staatswappens.#

Das Geschäftsjahr 1981 der WIBEBA brachte bei einem Gesamtumsatz von rund 1,17 Milliarden S wieder ein positives Betriebsergebnis. Insgesamt beschäftigte das Unternehmen im abgelaufenen Jahr rund 1.800 Mitarbeiter.

Die vergleichbare Leistungsteigerung betrug 1981 gegenüber 1980 22 Prozent, was einer realen Leistungssteigerung von rund 14 Prozent gleichkommt. Die WIBEBA hat im abgelaufenen Geschäftsjahr im eigenen Hoch- und Tiefbau einer Umsatzsteigerung erreicht, der Umsatzanteil im Bereich der Arbeitsgemeinschaften beträgt derzeit 30 Prozent des Gesamtumsatzes.

Das Unternehmen ist derzeit unter anderem an folgenden Bauvorhaben engagiert:

- Postzentrum Erdberger Lände
- Siedlungsanlage Sipcastraße
- Wohnhausanlagen Prager Straße und Gerasdorfer Straße
- Bezirkshallenbad Brigittenau
- Fernwärmeleitung Arsenal-Laaerberg
- Ausbau des Telekabelnetzes
- Brigittenauer Brücke.

(Schluß) wabvg/ap

NNNN

Wichtige Vorarbeiten für "Nordring" begonnen

=++++

6 #Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Wichtige Vorarbeiten haben für eine großräumige Umfahrung der dichtbebauten Gebiete des 21. und 22. Bezirks begonnen, gab Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER der "RATHAUSKORRESPONDENZ" bekannt. Der Abschnitt, für den kürzlich Planungsarbeiten vergeben wurden, ist als nördliche Fortsetzung des über die Nordbrücke führenden Straßenzugs gedacht. Langfristig wird dieser Teil der S 2 - Donaukanalschnellstraße zu einem "Nordring" gehören, der schließlich in großem Bogen zur Autobahnverbindung Wien-Ost und zur Südost-Tangente gebaut werden soll. Dieser "Nordring" ist in der Verkehrskonzeption enthalten, die der Gemeinderat im Jahre 1980 beschlossen hat.#

Die nun vergebenen Planungen haben den Zweck, eine möglichst wirtschaftliche Querung der Ortsgüteranlage Jedlersdorf zu schaffen. Um die Wohnhausanlage Mitterhofergasse vor Lärm zu schützen, wird die Möglichkeit einer Ausfahrt bei der Lundenburger Gasse untersucht. Es ist beabsichtigt, die Trillergasse als Wohnstraße auszugestalten. In Verlängerung der Trillergasse ist eine Grünverbindung über die geplante Schnellstraße konzipiert. Für die Erschließung des Industriegebietes westlich der Straßentrasse wird eine eigene Verkehrsplanung erstellt.

In der landschaftlichen Begleitbearbeitung und der stadtstrukturellen Untersuchung wird insbesonder auf die Bereiche Ortsgüteranlage Jedlersdorf, die Anschlußstelle der Brünner Straße sowie auf den Lärmschutz für die Bewohner der Siedung "Mitterhofergasse" großes Gewicht gelegt.

In der Verkehrskonzeption für Wien ist unter anderem ein sogenannter "Nordring" vorgesehen. Seine Aufgabe wird es sein, die Verkehrsströme aus den Industreigebieten des 21. und 22. Bezirks zu bündeln und um die Wohngebiete herumzuführen. Dieser "Nordring" ist einerseits als Fortsetzung der von der Nordbrücke kommenden Trasse, andererseits als weitere Fortführung der Südost-Tangente gedacht. Der langfristig geplante Straßenzug wird auch Anschlüsse an die Donauuferautobahn haben. (Schluß) and/bs

NNNN

Gleichenfeier für Pensionistenheim in Floridsdorf
=++++

7 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Beim Bau für das Pensionistenheim in Wien-Floridsdorf, Jedlersdorfer Straße 98, wurde vor kurzem die Dachgleiche erreicht. Aus diesem Grund fand Mittwoch in Anwesenheit von Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Präsident des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime, und Mitgliedern des Gemeinderates und der Bezirksvertretung die Gleichenfeier statt. Das Pensionistenheim wird nach Plänen des Architektenbüros Vana/Nobis errichtet und nach seiner Fertigstellung - voraussichtlich Ende 1983 - 264 Pensionären in 244 Einzelappartements und zehn Ehepaarwohnungen Platz bieten. Für vorübergehend erkrankte Heimbewohner wird eine Pflegeabteilung (B-Abteilung) mit insgesamt 28 Betten eingerichtet. Die voraussichtlichen Kosten werden 204,5 Millionen S betragen.

Univ.-Prof. Dr. Stacher wies im Rahmen der Gleichenfeier unter anderem darauf hin, daß die Wiener Pensionistenheime mit den derzeit 3.839 Heimplätzen und 474 Plätzen in den Betreuungsstationen in 15 Heimen eine sehr wesentliche Aufgabe im Rahmen des Wiener Sozialwesens erfüllen. Sechs weitere Heime im 4., 6., 9., 12., 14. und im 21. Bezirk befinden sich gegenwärtig im Bau und werden nach ihrer Fertigstellung über 1.575 Heimplätze und 181 Betten in den sogenannten B-Stationen verfügen. Gemäß der Erklärung von Bürgermeister Leopold GRATZ, jährlich mit dem Bau von zwei neuen Heimen zu beginnen, wird noch heuer die Grundsteinlegung für weitere Heime im 13. und 15. Bezirk erfolgen. Durch die Errichtung seiner Heime leistet das Kuratorium jedoch, wie Stacher betonte, einen wesentlichen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung in der Bauwirtschaft. (Schluß) zi/gg

NNNN

Auf die Überbeschau darf nicht verzichtet werden

=++++

8 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Der österreichische Städtebund hat, wie berichtet, den derzeit in Beratung stehenden Entwurf eines neuen Fleischbeschaugesetzes begrüßt und dabei auch die Wichtigkeit der Überbeschau hervorgehoben. Dazu erklärte Stadtrat Josef VELETA gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ", daß auf die Überbeschau - die Nachkontrolle des in eine Gemeinde eingeführten Fleisches sowie der Fleischwaren durch den Amtstierarzt - im Interesse der Konsumenten nicht verzichtet werden dürfe.

Die Beratungen über ein neues Fleischbeschaugesetz sind wo weit gediehen, daß mit einer baldigen Verabschiedung im zuständigen Unterausschuß des Parlaments zu rechnen ist. Über die schwieirge Materie wurde in langwierigen Verhandlungen ein Konsens erzielt; ein Fachgebiet jedoch, eben die Überbeschau, hat noch keine allgemeine Zustimmung der betroffenen Wirtschaftskreise gefunden.

Von den bei der Überbeschau gezogenen Proben von Fleischwaren werden erfahrungsgemäß 20 Prozent beanstandet, was die Notwendigkeit der Überbeschau hinlänglich unterstreiche, betonte Veleta. In zeiten, da zahlreiche durch Außenseiter verursachte Fleischskandale bekannt wurden, würde eine Verminderung der Kontrolle den Verbraucherschutz wesentlich verschlechtern. (Schluß) we/ap

NNNN

75 Jahre Gänsehäufel
Utl.: Großes Geburtstagsfest für Wiens Strandbad
=++++

9 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Wiens größtes Strandbad, das Gänsehäufel, feiert kommenden Sonntag, den 27. Juni seinen 75. Geburtstag. Aus diesem Anlaß findet ein großes Geburtstagsfest statt, in dessen Rahmen ein umfangreiches Festprogramm geboten werden wird. Prominenteste Gratulanten werden Bürgermeister Leopold GRATZ und Stadtrat Peter SCHIEDER sein.

Den Beginn des Festes bildet ein Frühschoppen mit Günther BAHR, Papa Bilecks Jazz-Band und Karl HODINA. Um 14 Uhr wird Kurt VOTAVA eine große Gänsehäufel-Bade-Revue mit der Wolfgang Lindner-Band, dem Spontan Music Trio und eine Bademodenschau präsentieren. Ferner wird es ein buntes Unterhaltungsprogramm mit Hits von "Gestern und Heute" geben, bei dem Nora FREY, Bobby PIRRON, Main Street und Herlinde SCHMIDT mitwirken werden. Für Kinder beginnt ein eigenes Programm bereits um 13 Uhr mit einem Kindertheater, dem Magierweltmeister Tony REI, einem Schwimmwettbewerb und einem Waschtrogrennen. Auf dem sogenannten Medienaktionsplatz erhalten Kinder ferner die Möglichkeit, eine Zeitung herzustellen, T-Shirts zu bedrucken und eine Videoaufzeichnung zu produzieren. Erste-Hilfe-Kurse und Wasserrettungsübungen, Sportvorführungen sowie eine Ausstellung über die historische Entwicklung des Gänsehäufels in den letzten 75 Jahren ergänzen das Programm. Der Eintritt ins Gänsehäufel ist zu sämtlichen Veranstaltungen an diesem Tag ist frei.

Die Straßenbahnlinie 22 wird während der Öffnungszeiten des Gänsehäufels (8 bis 20 Uhr) verstärkt geführt. (Schluß) zi/bs

NNNN

Landsmann: Verhandlungen mit Carabelligasse-Siedlung vor Abschluß

=++++

10 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Wie der Floridsdorfer Bezirksvorsteher LANDSMANN Mittwoch der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, habe er bereits vor sechs Wochen von sich aus Verhandlungen mit den Bewohnern der Siedlung Gerasdorfer Straße, zu der auch die Carabelligasse gehört, aufgenommen. Damals habe er die gewählten Interessenvertreter gebeten, ihm Überlegungen für eine neue Verkehrsregelung der gesamten Siedlung zukommen zu lassen.

Bereits zwei Tage vor dem tragischen Tod des achtjährigen Alexander T. wäre ein Termin mit den Siedlern vereinbart gewesen, sodaß aus diesem tragischen Zwischenfall kein kausaler Zusammenhang mit den Verhandlungen abzuleiten sei. Überdies gehe aus dem Polizeiprotokoll hervor, daß der Bub leider zwischen zwei parkenden Autos durchgelaufen ist.

Zur Unterbindung des Durchzugsverkehrs in der Carabelligasse ist nun im Einvernehmen mit den Siedlern eine nach beiden Seiten entgegengesetzt auseinanderlaufende Einbahn geplant, sodaß ein Einfahren in die Carabelligasse von den beiden Enden nicht mehr möglich sein wird. Für eine echte verkehrsberuhigte Zone liegen die Probleme aber auch bei den Siedlern selbst, deren Garagenausfahrten alle in die Carabelligasse gehen. Vor einer endgültigen Lösung - so der Bezirksvorsteher - muß nun nur mehr die Genehmigung für eine Autobusspur gegen die Einbahn eingeholt werden. (Schluß) rö/gg

NNNN

FPö: Abgabe auf unvermietete Wohnungen wirkungslos
Utl.: "Finderlohn" für leerstehende Gemeindewohnungen
=++++

11 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener FPö wird die Abgabe auf unvermietete Wohnungen ablehnen, weil sie nicht geeignet ist, leerstehende Wohnungen den Wohnungssuchenden zur Verfügung zu stellen, erklärte GR. Dr. Erwin HIRNSCHALL Mittwoch in einem Pressegesrpäch. Der überwiegende Teil der rund 100.000 in Wien leerstehenden Wohnungen sind, so Hirnschall, Zweit- oder Reservewohnungen, für die ein Mietverhältnis besteht und die daher von der Abgabe nicht erfaßt werden. Der untaugliche Gesetzesentwurf ist daher als Versuch der SPö zu werten, von der in Wien bestehenden Wohnungsmisere abzulenken.

Hirnschall schlug dagegen vor, einen "Finderlohn" für leerstehende Gemeindewohnungen auszusetzen. Vorgemerkte Wohnungssuchende, die dem Wiener Magistrat leerstehende Gemeindewohnungen melden, sollten als "Finderlohn" einen Anspruch auf Zuweisung eingeräumt bekommen.

Zum Rechnungsabschluß 1981 betonte Hirnschall, daß die Talfahrt in ein "Schuldenmeer" ungebremst fortgesetzt wird. Von 1979 auf 1980 stieg der Schuldenstand um 2,8 Milliarden, von 1980 auf 1981 bereits um 4,5 Milliarden. Der Schuldendienst macht bereits 9,1 Prozent der Gesamtausgaben aus. Der steigende Schuldendienst erdrückt die Aufwendungen für Investitionen. Vor fünf Jahren investierte die Gemeinde noch mehr als 27 Prozent ihrer Ausgaben, 1981 waren es nur mehr 15,1 Prozent. Wenn es so weitergeht, wird man in fünf Jahren Investitionen nicht mehr aus dem ordentlichen Budget finanzieren können. (Schluß) sei/gg

NNNN

Neue Attraktion der Museen der Stadt Wien
Utl.: Mittelalterliche Fresken im Haus Tuchlauben 19
=++++

12 #Wien, 23.6. (RK-KULTUR) Die Museen der Stadt Wien können ab sofort mit einer weiteren kunsthistorischen Attraktion aufwarten: der Freskenzyklus, der vor drei Jahren im Haus Tuchlauben 19 bei Bauarbeiten gefunden wurde, ist mit Hilfe des Bundesdenkmalamtes restauriert und nun der öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Der Zyklus, der um 1400 zu datieren ist, stellt eine Illustration der Neidhart-Dichtungen dar. Die neue Außenstelle des Historischen Museums ist, wie das Stammhaus am Karlsplatz, Dienstag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr und Sonn- und Feiertag von 9 bis 13 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.#

Gemeinsam mit Hofrat Dr. Robert WAISSENBERGER stellte Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK am Mittwoch die neue Außenstelle des Historischen Museums der Presse vor. Es sei besonders erfreulich, so Zilk, daß es gelungen sei, die Fresken an ihrem Fundort der öffentlichkeit zugänglich zu machen. Mit diesem Zyklus der ältesten profanen Wandmalereien Wiens sei ein Zeugnis mittelalterlicher Kultur von größter Bedeutung bewahrt worden. Die Gesamtkosten der Restaurierung und Adaptierung betrugen 2,5 Millionen S, wobei die Stadt Wien zwei Millionen und das Bundesdenkmalamt den Rest aufbrachte. (Schluß) gab/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

r·k

gegründet 1861

199

Donnerstag, 24. Juni 1982 Blatt 1798

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- Der Ruf nach Kontrolle
- Bereits 2.156 Wohnungen gefördert
- Hochsaison für Straßenbauer
- Keine Änderung der Parkzeiten in Wien
- Wohnbauförderungsbeirat: 3.129 neue Wohnungen genehmigt

Lokal: (orange)
- Geschworenen- und Schöffenliste wird neu erstellt
- Kinderhände bemalen Schulhauswände

Wirtschaft: (blau)
- Bis Montag Wiener Stadtanleihe

Nur über FS:
- 23.6. Sub auspiciis-Doktoranden zu Gast im Rathaus
- Bauarbeiten bei der Urania
- 24.6. Die "Goldene Rose" kommt ins "Rosental"
- Eiserne Hochzeit in Meidling
- Selbstmord eines Jugendlichen in der Alten Donau

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Geschworenen- und Schöffenliste wird neu erstellt
Utl.: Hausbesitzer und Hauswarte, Achtung!
=++++

3 Wien, 24.6. (RK-LOKAL) Die Listen zur Erfassung der für das Amt eines Geschworenen und Schöffen geeigneten Personen werden alle vier Jahre neu erstellt. Hauseigentümer oder deren Stellvertreter (Hauswarte) werden ersucht, in der Zeit vom 28. Juni bis 7. Juli, bei dem zuständigen Magistratischen Bezirksamt die Formblätter für die Geschworenen- und Schöffenliste abzuholen, die an die Hausbewohner zu verteilen sind. Voraussetzung für die Zulassung als Geschworener und Schöffe ist die österreichische Staatsbürgerschaft und ein Mindestalter von 30 Jahren (spätestens 1952 geboren).

Das Formblatt ist wahrheitsgemäß auszufüllen und bis zum 12. Juli beim Hausbesorger oder direkt beim Magistratischen Bezirksamt abzugeben. Auf der Rückseite des Formblattes befindet sich eine genaue Anleitung zum Ausfüllen. Gleichzeitig mit den Formblättern wird eine Kundmachung des Bürgermeisters ausgehändigt, die an einer, allen Hausbewohnern leicht zugänglichen und gut sichtbaren Stelle anzuschlagen ist. (Schluß) en/gg

NNNN

Der Ruf nach Kontrolle (1)
Utl.: Kontrollamt zum Schutz der Verwaltung
=++++

4 #Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Man spricht vom Kontrollamt. Jedes Jahr diskutiert der Wiener Gemeinderat im Rahmen des Rechnungsabschlusses den umfassenden und ausführlichen Bericht dieses Amts über die Gebarung der Stadt, der Stadtwerke und der Wiener Holding. Kontrollamtsberichte liefern willkommenen Stoff für Meldungen in den Medien. Und nicht zuletzt erschallt stets, wenn irgendwo Unzukömmlichkeiten vermutet werden, der Ruf nach Prüfung durch das Kontrollamt. Kontrollamtsdirektor Dr. Fritz DELABRO erklärte in einem Gespräch mit "Wien aktuell-Wochenblatt", wie das Kontrollamt selbst seine Aufgabe sieht.#

Das Kontrollamt - ein Teil des Magistrats - ist nach der Verfassung der Stadt berufen, sozusagen allen, die in den verschiedenen Bereichen dieser Körperschaft tätig sind, auf die Finger zu schauen. "Dabei geht's in erster Linie gar nicht um die Kritik, die Arbeit des Kontrollamts dient dem Schutz der Verwaltung." Diese Aussage machte Dr. Fritz Delabro, der seit zwölf Jahren an der Spitze des Kontrollamts steht. "Denn wir stellen ja auch fest, wenn alles in Ordnung ist. Nur werden die positiven Feststellungen weniger beachtet als die negativen."

Auf keinen Fall dürfe man aus den Kontrollamtsberichten die falschen Schlüsse ziehen. In der Stadt mit ihrem Milliarden-Budget, bei den Stadtwerken und bei der Holding gibt es natürlich immer wieder Mängel. Es wäre auch völlig unmöglich, daß nichts passierte. Diese Mängel in vertretbaren Grenzen zu halten, ist die vordringlichste Aufgabe des Kontrollamts. Dazu Delabro: "Schließlich kann man ja immer wieder feststellen, daß unsere Anregungen berücksichtigt werden." (Forts.) roh/ap

NNNN

Der Ruf nach Kontrolle (2)
Utl.: Zuviel oder zuwenig?
=++++

5 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Besondere Freude mit der Kontrolle hat niemand, selbst wenn er das reinste Gewissen besitzt - was menschlich durchaus verständlich ist. Andererseits bringt die notwendige Überprüfung auch Probleme mit sich. "Kontrolle kann und darf nicht Selbstzweck sein", sagte Dr. Delabro, "und zuviel Kontrolle wäre fast ebenso schädlich wie zuwenig. Und außerdem verlangt eine gute Kontrolle auch viel Fingerspitzengefühl und Einfühlungsvermögen".

Bei formalistischen Entscheidungen ist's ja relativ einfach. Denn dann hat man einfach festzustellen, ob eine Vorschrift eingehalten wurde oder nicht. Schwierig wird es bei Ermessensentscheidungen.

"Wenn ein Manager nicht eine gewisse Risikofreudigkeit besitzt, ist er fehl am Platz", sagte der Kontrollamtsdirektor. "Außerdem wissen wir natürlich sehr genau, daß auch Entscheidungen, die man erst nach gründlicher Vorbereitung und nach bestem Wissen und Gewissen getroffen hat, sich später als falsch oder nicht optimal herausstellen können. Daß wir aber solche Entscheidungen sehr kritisch unter die Lupe nehmen, ist letztlich unsere Pflicht. Bei der Bewertung kommt es aber sicherlich auch auf einen vernünftigen Gedankenaustausch an."

Daher wehrt sich Delabro auch strikt gegen alle Behauptungen über eine Frontstellung zwischen Kontrollierendem und Kontrolliertem: "Wer davon ausgeht, daß bei uns nur die G'scheiten sitzen, die anderen kritisieren und belehren, verkennt die Situation". (Forts.) roh/bs

NNNN

Der Ruf nach Kontrolle (3)
Utl.: Noch nie Weisung für Kontrollamt
=++++

6 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Naturgemäß nützt die Opposition Kontrollamtsberichte für die politische Auseinandersetzung, nicht zuletzt hat die AKH-Affäre die Maßstäbe etwas verschoben. "In der Ausübung seiner Tätigkeit ist das Kontrollamt unabhängig", erklärte Delabro dezidiert, "obwohl wir ein Teil des Magistrats sind. Seit ich in diese Funktion berufen worden bin, hat noch niemand mit einer Weisung in die Prüftätigkeit eingegriffen." Er halte die Diskussion über eine neue rechtliche Stellung des Kontrollamtes für durchaus begrüßenswert, in der Praxis sei aber das Kontrollamt weisungsfrei.

Das Kontrollamt kann auch nicht die politischen Zielsetzungen überprüfen. Es muß aber durch sorgfältige Kontrollen achten, daß die vorgeschriebenen Ziele optimal erreicht werden. "Das Kontrollamt kann nicht prüfen, ob beispielsweise der soziale Wohnbau richtig ist. Aber es kann und muß sehr wohl kontrollieren, ob ein im Rahmen des sozialen Wohnbaus errichtetes Haus ordnungsgemäß gebaut wurde. Unter Einhaltung aller Vorschriften und unter genauer Beachtung der Kalkulation." (Schluß) roh/gg

NNNN

Bereits 2.156 Wohnungen gefördert

=++++

7 #Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Die Förderungssumme, die im heurigen Jahr für den Bau von neuen Wohnungen bereits bewilligt wurde, beträgt 1.215 Millionen Schilling. Damit können 2.156 Wohnungen und zwölf Lokale errichtet werden. Zuletzt wurden 813 Wohnungen und drei Lokale auf Antrag von Wohnbaustadtrat Johann HATZL von der Wiener Landesregierung genehmigt. Somit sind 40 Prozent des Förderungsvolumens vom ursprünglichen Wohnbauprogramm 1982 zugesichert.#

Das kürzlich bewilligte Wohnbauförderungspaket beinhaltet 613 Mietwohnungen und 200 Eigentumswohnungen. Bauträger sind gemeinnützige Genossenschaften.

Seit Beginn dieser Funktionsperiode des Gemeinderats im November 1978 wurden bisher 25.000 Wohnungen mit einer Summe von 11,5 Milliarden Schilling gefördert. (Schluß) ba/gg

NNNN

Kinderhände bemalen Schulhauswände

=++++

8 Wien, 24.6. (RK-LOKAL) Eine Premiere besonderer Art gibt es in der Volksschule für Knaben und Mädchen in der Josefstadt, Pfeilgasse 42 b. Unter dem Motto: "Kinderhände bemalen Schulhauswände" wurde - zum ersten Mal in einer Wiener Schule - die Bemalung einer Wand des Schulgebäudes durchgeführt. Die beim Schuleingang befindliche Wand wird bereits seit Dienstag von den Schülerinnen und Schülern verschönert, wobei die Malaktion kommenden Samstag, dem 26. Juni, um 9 Uhr im Rahmen eines kleinen Festes beendet werden wird. Kulturstadtrat Prof. Dr. Helmut ZILK wird dabei die letzten Pinselstriche durchführen.

Bei der Malaktion handelt es sich um eine von zahlreichen Aktivitäten, die von den beiden vierten Volksschulklassen gemeinsam mit behinderten Kindern der Sonderschule im 17. Bezirk in der Pezzlgasse,unter dem Motto: "Miteinander" veranstaltet wurden. Für das bunte Programm des Abschlußfestes wird der Kulturverein "Freunde der Josefstadt", Mitglied des Wiener Volksbildungswerkes, gemeinsam mit der Schulleitung sorgen. Neben dem Kindertheater "Petersil und Co." wird es ein großes Spielfest, sowie Darbietungen des Schulchores, Volkslieder und Volkstänze, der Schülerinnen und Schüler geben. (Schluß) zi/ap

NNNN

Bis Montag Wiener Stadtanleihe

=++++

10 Wien, 24.6. (RK-WIRTSCHAFT) Vom 24. bis 28. Juni wird eine Wiener Stadtanleihe mit einem Volumen von 600 Millionen Schilling zur Zeichnung aufgelegt. Die Anleihe zerfällt in zwei Ausgaben. Der Langläufer hat bei fünf tilgungsfreien Jahren eine Laufzeit von zehn Jahren, die Verzinsung beträgt 9 5/8 Prozent. Bei einem Ausgabenkurs von 98,60 Prozent ergibt sich eine Rendite von 9,89 Prozent. Der Kurzläufer hat bei drei tilgungsfreien Jahren eine Laufzeit von sechs Jahren. Bei einem Zinssatz von 9 1/2 Prozent und einem Ausgabekurs von 98,9 Prozent, ergibt sich eine Rendite von 9,79 Prozent. (Schluß) sei/ap

NNNN

Hochsaison für Straßenbauer (1)

=++++

11 #Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Wie gewohnt, herrscht in den kommenden Sommermonaten wieder Hochsaison im Wiener Straßenbau. Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN und Polizeipräsident Dr. Karl REIDINGER, die am Mittwoch über die Bauarbeiten im Wiener Straßennetz in den Ferienmonaten berichteten, verwiesen auf die Notwendigkeit der verschiedenen Baumaßnahmen und auf die Bemühungen, durch Baustellenkoordinierung, Information der Autofahrer und verstärkte Überwachung den Verkehr auch bei größeren Behinderungen im Fluß zu halten. Schwerpunkte des Baugeschehens im Sommer werden die Arbeiten an der Nußdorfer Brücke im Zuge der S 2 und die Betondeckensanierung auf der Südosttangente im Bereich zwischen Sterngasse und Neilreichgasse sein.#

Erstmals werden heuer auch - so Stadtrat Hofmann - die Magistratsabteilungen 28 und 46 gemeinsam einmal wöchentlich den Baufortschritt an allen größeren Baustellen überwachen. Durch eine "Fülle von Information", unter anderem durch Flugzettel und Vorwegweiser sollen die Autofahrer auf Behinderungen im Straßennetz aufmerksam gemacht werden. Kriterien für baubedingte Verkehrsmaßnahmen sind der Vorrang für den öffentlichen Verkehr, eine möglichst geringe Beeinflussung der Lebensqualität der Anrainer, die Aufrechterhaltung der Flüssigkeit des Individualverkehrs und die Wirtschaftliche Abwicklung des Bauablaufes. Insgesamt soll eine Minimierung der negativen Auswirkungen auf den Verkehrsablauf erreicht werden.

Polizeipräsident Reidinger betonte, daß die während des Schuljahres für die Schulwegsicherung tätigen Polizisten im Dienste der Verkehrsregelung und Überwachung stehen. Falls Umleitungsstrecken von Falschparkern blockiert werden, werde man auch vor Abschleppaktionen nicht zurückschrecken. (Forts.) gab/bs

NNNN

Hochsaison für Straßenbauer (2)
Utl.: Die Baustellen
=++++

12 Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) In folgenden Bereichen sind die Bauarbeiten bereits im Gang:

- o B 1 im Bereich VORDERE ZOLLAMTSSTRASSE, Baudauer bis November
- o B 302 DONAUKANALSTRASSE, voraussichtliches Bauende 17. Juli 1982
- o JÖRGERSTRASSE, ELTERLEINPLATZ, Bauende Oktober 1982
- o PRINZ-EUGEN-STRASSE, Bauende Oktober 1982
- o RENNWEG zwischen Oberzellergasse und Landstraßer Hauptstraße, Bauende Mitte August 1982
- o HANDELSKAI im Bereich Brigittenauer Brücke, Bauende Anfang Oktober 1982
- o LOBKOWITZBRÜCKE, Bauende August 1982
- o KAGRANER PLATZ, Bauende Oktober 1982. Hier werden mit der Sperre der Wagramer Straße zwischen Meißauer Straße und Rolandgasse zusätzlich zur bereits bestehenden Umleitung die Meißauer Straße, die Lorenz-Kellner-Straße und die Rolandgasse als Einbahnen geführt.(Forts.) gab/bs

NNNN

Hochsaison für Straßenbauer (3)
Utl.: Die Baustellen
=++++

13 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Folgende Bauarbeiten werden in den kommenden Wochen begonnen:

o Belags- und Abdichtungsarbeiten auf der NUSSDORFER BRÜCKE. Aus technischen Gründen können die Arbeiten nur bei einer Sperre beider Fahrspuren für 30 Tage durchgeführt werden. In diesem Zeitraum - vom 20. Juli bis 20. August - werden auch die Sanierung des Belages der S 2 im Anschluß an die Nußdorfer Brücke durchgeführt und eine neue Brücke über die S 2 für die Anbindung der Klosterneuburger Bundesstraße errichtet. Im 21. Bezirk werden die Brücken über die Angelgasse und die Jedleseer Straße saniert.

Die S 2 muß stadteinwärts nach der Nordbrücke ab die Abfahrt Handelskai gesperrt werden. Als großräumige Ausweichmöglichkeiten bieten sich in Richtung Gürtel die Floridsdorfer Brücke und in Richtung Stadt die Reichsbrücke an. Die Linie "34 A" muß für die Dauer der Bauarbeiten eingestellt werden. Der Straßenbahnbetrieb über die Floridsdorfer Brücke und die Autobuslinie "35 A" werden verstärkt.

o Betondeckensanierung auf der SÜDOSTTANGENTE im Bereich zwischen Sterngasse und Neilreichgasse. Die Arbeiten sind ab 6. Juli für die Dauer von 10 Wochen angesetzt. Da eine Sperre des Altmannsdorfer Astes und der Auffahrt Sterngasse in Richtung Laaer Berg wegen der kaum ausreichend möglichen Vorankündigung ebenso unmöglich ist wie - aus Sicherheitsgründen - eine Verflechtung beider Verkehrsströme im Baustellenbereich, muß die Fahrbahn in Richtung Laaer Berg auf einen Fahrstreifen eingeengt werden. In der Gegenrichtung stehen zwei Streifen zur Verfügung.

o Neubau der AMEISBRÜCKE. Sperre ab der zweiten Julihälfte für ca. 1 Jahr. Ausweichmöglichkeiten nach Gutdünken der Autofahrer.

o Arbeiten an der WESTEINFAHRT im Bereich HIETZINGER KAI zwischen St.Veit-Gasse und Dommayergasse. Vom 5. Juli bis Mitte Oktober. Einengung auf einen Fahrstreifen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Hochsaison für Straßenbauer (4)
Utl.: Die Baustellen
=++++

14 Wien 24.6. (RK-KOMMUNAL)

o Fahrbahnsanierung an der WESTAUSFAHRT zwichen Winckelmannstraße und Hochsatzengasse. Baudauer voraussichtlich 12. Juli bis Ende August. Örtliche Einengungen.

o Straßeninstandsetzungen an der BRÜNNER STRASSE zwische Gerasdorfer Straße und Stammersdorfer Straße, Beginn 5. Juli, Dauer bis Ende August. Der Verkehr wird mittels Lichtsignaldurchschleusung geregelt.

o Arbeiten an der ALTMANNSDORFER STRASSE zwischen Breitenfurter Straße und Gaßmannstraße von Mitte Juli bis Mitte August. Einengung auf einen Fahrstreifen.

o Verlegung der 380kv-Leitung in der GRÜNBERGSTRASSE, geringe Beeinträchtigung durch Nachtarbeit.

o Belagssanierung auf der HEILIGENSTÄDTER STRASSE im Bereich Nußdorfer Platz bis Landesgrenze, Juli bis August, örtliche Einengungen.

o Auf dem gesamten WESTGÜRTEL Betonfeldinstandsetzungen. Zusätzlich finden am ÄUSSEREN GÜRTEL Arbeiten für die AKH-Einfahrt und Gasrohrlegungen am Währinger Gürtel statt. Gasrohre werden auch am INNEREN GÜRTEL im Bereich URBAN-LORITZ-PLATZ verlegt. Baudauer im allgemeinen bis Ende August, im Bereich der AKH-Arbeiten bis Ende September.

o Im Bereich des SÜDGÜRTELS werden am MARGARETENGÜRTEL im August zwischen Flurschützstraße und Arbeitergasse Gleisbauarbeiten durchgeführt, zwischen Eichenstraße und Matzleinsdorfer Platz Belagsaufbringungen. Fahrbahneinengungen auf zwei Fahrstreifen

o Die WERNHARDTSTRASSE wird neu gebaut. Baudauer 5. Juli bis Ende August. Totale Sperre mit Umleitung. (Forts.) gab/bs

NNNN

Hochsaison für Straßenbauer (5)

Utl.: Die Baustellen

=++++

15 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL)

o In der BREITENFURTER STRASSE zwischen Mackgasse und Landesgrenze werden Wasserrohre verlegt und neue Beläge aufgebracht. Baudauer 5. Juli bie Mitte September. Der Verkehr wird mittels Lichtdurchschleusung geregelt.

o Im Verlauf der LAXENBURGER STRASSE wird die Brücke über die A 23 und die Donauländebahn instandgesetzt. Die Arbeiten dauern vom 19. Juli bis voraussichtlich Mitte Oktober. Der Verkehr wird in einer Richtungsfahrbahn im Gegenverkehrsbereich geführt.

o Gleisbauten in der BILLROTHSTRASSE zwischen Döblinger Hauptstraße und Peter-Jordan-Straße vom 5. Juli bis Oktober. Stadtauswärts fließender Verkehr wird umgeleitet.

o Endgültige Belagsaufbringung im Bereich LANDESGERICHTSSTRASSE - ALSER STRASSE. Die Arbeiten beginnen am 5. Juli und dauern vier Wochen.

o Belagsaufbringungen am HANDELSKAI in den Monaten Juli und August haben örtliche Einengungen zur Folge.

o Im Bereich RING - KAI finden in den Monaten Juli und August Arbeiten auf dem DR.-KARL-RENNER-RING zwischen Bellariastraße und Staiongasse, auf dem SCHOTTENRING zwischen Gonzagagasse und Franz-Josefs-Kai und auf dem KAI zwischen Schwedenplatz und Julius-Raab-Platz statt. Der genaue Termin steht noch nicht fest.

o Gleisbauarbeiten in der WÄHRINGER STRASSE zwischen Gürtel und Martinstraße. Baubeginn 5. Juli, Baudauer bis 9. Oktober. Totale Sperre der Währinger Straße, der Verkehr wird über Gentzgasse und Schulgasse umgeleitet.

(Forts. mgl.) gab/bs

NNNN

Keine Änderung der Parkzeiten in Wien
=++++
16 #Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Die Novellierung der Straßenverkehrsordnung wird auf die Wiener Kurzparkzonenregelung keine unmittelbaren Auswirkungen haben. Wie Finanzstadtrat Hans MAYR Donnerstag der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärte, wird man auch weiterhin in Wien in einer Kurzparkzone höchstens 1 1/2 Stunden parken dürfen.#

Mayr: "Durch die Novellierung der Straßenverkehrsordnung haben die Gemeinden nun die Möglichkeit, die Geltungsdauer einer Kurzparkzone zwischen einer halben Stunden und drei Stunden festzulegen. Ich sehe keinen Anlaß, in Wien von der bewährten 1 1/2 Stundenregelung abzugehen."
(Schluß) sei/ap

NNNN

Wohnbauförderungsbeirat: 3.129 neue Wohnungen genehmigt

=++++

18 #Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) In der 42. Sitzung des Wohnbauförderungsbeirates wurden am Donnerstag unter dem Vorsitz von Wohnbaustadtrat Johann HATZL 3.129 neue Wohnungen und 20 Lokale begutachtet und zur Förderung an die Wiener Landesregierung empfohlen. Außerdem genehmigte der Wohnbauförderungsbeirat eine Nachförderung von allen zwischen dem 1. Jänner 1981 und dem 1. Oktober 1981 zugesicherten Bauvorhaben in der Höhe von 5 Prozent der ursprünglich zugesicherten Bausumme. Dadurch werden auch jene Bauträger, die noch nicht in die neue Wohnbauförderung des Landes Wien mit der verbesserten Landesförderung fielen, wesentlich preisgünstigere Wohnungen errichten können. Beschlossen wurde weiter die Erhöhung der Kunstförderung bei Wohnbauten, die nun je nach Größe der Wohnhausanlage bis zu einer Million Schilling betragen kann.#

Wohnbaustadtrat Hatzl gab einen überblick über den Stand der im heurigen Jahr geförderten Wohnungen. 1982 wurde durch die Wiener Landesregierung bereits eine Förderungssumme von 1.112 Millionen Schilling für 2.156 Wohnungen und 12 Lokale zugesichert. Im Rahmen der großen Wohnungsverbesseruing wurden die Renovierung von 44 Wohnungen sowie 119 Aufzugseinbauten mit 64 Millionen Schilling genehmigt.

Bei der kleinen Wohnungsverbesserung ist für 1982 ein Darlehensbetrag von 766 Millionen Schilling vorgesehen. Bisher wurde ein Darlehensvolumen von 412 Millionen Schilling für 5.602 Anträge zugesichert. (Schluß) ba/ap

NNNN

200

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Freitag, 25. Juni 1982 Blatt 1813

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: (rosa)
- Wettbewerb für U 6-Brücke über das Wiental beginnt in Kürze
- öffentlicher Dienst wieder attraktiv
- Wurzer: Wünsche nach Kirchenstandorten wurden stets erfüllt
- Drei-Stufen-Plan für Spargelfeldstraße
- Gratz bei Elin
- Pawkowicz: "Alle geplanten Vorhaben vor Baubeginn überprüfen"
- Hohe Auszeichnung für Generaldirektor Dr. Reisinger
- Oberamtsrat Solt wurde Regierungsrat
- Hohe Auszeichnung für Postpräsident Lukner
- Beirat für Stadterneuerung tagte
- österreichs erstes geriatrisches Tageszentrum
- Enquete über "Schulschwänzen" im Rathaus
- Busek kritisiert Grünpolitik der Stadtverwaltung

Lokal: (orange)
- Revisionsarbeiten in den Hallenbädern
- Wieder Sportplatz der offenen Tür

Nur über FS:
- 24.6. Bienenschwarm stoppte Straßenbahn
  Straßenbahn entgleist
  Kein Spiel mit Waffen
- 25.6. Gefahr für spielende Kinder beseitigt
  Großes Gratis-Gänsehäufelfest am Sonntag

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Wettbewerb für U 6-Brücke über das Wiental beginnt in Kürze
=++++

1 #Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wettbewerb für eine neue U-Bahn-Brücke über das Wiental bei der Gumpendorfer Straße beginnt in Kürze: der Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung beschloß die Ausschreibung. Sie soll im heurigen Herbst vorliegen. Die Wettbewerbsergebnisse werden für Ende Februar 1983 erwartet. Nach den Vorstellungen von Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER soll eine elegante, schmale Brücke stadteinwärts vom bestehenden Bauwerk entstehen.#

Die bestehende Stadtbahnbrücke "über die Zeile" beim Gaudenzdorfer Knoten würde die wesentlich höheren Anforderungen eines U-Bahn-Betriebs nicht erfüllen können. Um die U 6 (Heiligenstadt - Siebenhirten) auf einer leistungsfähigen Trasse zu führen, muß daher eine neue Brücke errichtet werden. Ein einstufiger, gesamtösterreichischer Wettbewerb soll dazu dienen, die für diesen Bereich günstigste Gestaltung zu finden: ein Bauwerk an dieser Stelle hat einen markanten Einfluß auf das Stadtbild. Teams, die zumindest aus einem Bauingenieur und einem Architekten bestehen und ihren Kanzleisitz in österreich haben müssen, werden an dem Bewerb teilnehmen können.

Wesentlichste Vorgabe des Wettbewerbs ist der Beischeid des Bundesdenkmalamts vom 21. April, wonach die bestehende, von Otto Wagner stammende Stadtbahnbrücke über die Wienzeile sowie sämtliche Anschlußbauwerke in Richtung Gumpendorfer Straße und die ersten vier Gewölbebogen in Richtung Meidling zu erhalten sind. Die neue Brücke wird also unmittelbar neben der alten Konstruktion stehen.

Der elf Mitglieder umfassenden Jury werden angesehene Fachleute angehören, darunter auch ein bekannter ausländischer Brückenbauer und Architekten, gab Planungsstadtrat Univ. Prof. Dr. Rudolf WURZER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" bekannt. Es soll drei Preise (250.000, 200.000 und 150.000 S) sowie drei Ankäufe zu je 100.000 S geben. (Schluß) and/bs

NNNN

öffentlicher Dienst wieder attraktiv

=++++

2 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Die Arbeit im Dienst der Stadt Wien wird wieder attraktiver. Derzeit sind mehr als 4.000 Bewerbungen beim Aufnahmedienst des Personalamts der Stadt Wien vorgemerkt. Die größte Nachfrage besteht für Bürotätigkeit, während bei Krankenschwestern immer noch 190 Posten aus Personalmangel unbesetzt sind. Dazu kommt, daß rund 600 Krankenschwestern wegen Schwangerschaft und Karenzurlaub ausfallen. (Schluß) en/ap

NNNN

Revisionsarbeiten in den Hallenbädern

=++++

4 Wien, 25.6. (RK-LOKAL) In den städtischen Hallenbädern werden jedes Jahr im Sommer, wenn die Besucherzahl nachläßt, überprüfungs- und Raparaturarbeiten durchgeführt. Die Hallenbäder müssen daher jeweils eine oder mehrere Wochen gesperrt bleiben. Die genauen Termine der vorübergehenden Schließung sind:

o Hallenbad Hietzing: 28. Juni bis 5. Juli
o Hallenbad Siemmering: 5. bis 12. Juli
o Hallenbad Döbling: 12. bis 19. Juli
o Hallenbad Floridsdorf: 19. bis 26. Juli
o Dianabad: 26. Juli bis 15. August
o Jörgerbad: 16. bis 23. August
o Ottakringerbad: 30. August bis 6. September

(Schluß) hs/bs

NNNN

Wieder Sportplatz der offenen Tür (1)
=++++

5 #Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Unter der Betreuung von qualifizierten Sportlehrern wird mit Beginn der Schulferien auf insgesamt 17 Plätzen die Jugendaktion "Sportplatz der offenen Tür" durchgeführt, an der Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 6 und 15 Jahren teilnahmeberechtigt sind. Aber auch älteren Jugendlichen und Erwachsenen stehen in den Abendstunden in der Zeit von 17 bis 19 Uhr bzw. 20 Uhr vier Anlagen zur Verfügung.#

Um dieser Aktion zusätzliche Impulse zu geben, wurden einige Neuerungen eingeführt:

Auf einigen Sportanlagen ist auch in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr der Übungsbetrieb vorgesehen. Dem Trend der Zeit entsprechend werden Spiele wie Federball, Familientennis, Boccia u. a. m. das bereits vorliegende Angebot erweitern.

In der Rundturnhalle Wien 10, Wendstattgasse und Wien 23, Alt Erlaa, sowie auf den drei Freiluftplätzen der Anlage in Wien 17, Marswiese, können Kinder und Jugendliche Grundkurse im Tennis absolvieren.

Ein zusätzlicher Anreiz, in den heißen Tagen Sport zu betreiben, ist ohne Zweifel ein Gewinnspiel, bei dem für die Teilnehmer wertvolle Preise vorgesehen sind. Mittels einer Teilnehmerkarte sollen die Jugendlichen zu einem mehrfachen Sportplatzbesuch angeregt werden. Wer an 20 Tagen Sport betreibt, nimmt an der Verlosung im Rahmen der Abschlußveranstaltung teil und kann unter anderem Fahrräder, Trainingsanzüge, Sportschuhe oder Fußbälle gewinnen. Die Aktion läuft vom 5. Juli bis 3. September und ist für die Teilnehmer kostenlos. (Forts.) hof/gg

NNNN

Wieder Sportplatz der offenen Tür (2)
=++++
6 Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Übungszeiten sind von Montag bis Freitag von 14 bis 17 Uhr auf folgenden Anlagen:
2, Spenadlwiese (Übungsbetrieb auch von 9 bis 12 Uhr)
2, Augarten, Jahnwiese (9 bis 12 Uhr)
8, Pfeilgasse, Eingang Blindengasse 22 (von 9 bis 12 Uhr)
10, Windtenstraße, Nothnagelplatz
10, Laxenburger Straße
12, Johann-Hoffmann-Platz (9 bis 12 Uhr)
12, Haydn-Park
15, Auf der Schmelz, ASKÖ-Anlage (9 bis 12 Uhr)
15, Wiener Stadthalle
16, Erdbrustgasse
17, Marswiese
18, Währinger Park
19, Krottenbachgasse 108
20, Brigittenauer Lände 236
21, Jochbergengasse
22, Erzherzog-Karl-Straße 170
23, Mauer, Erhardgasse
Folgende Anlagen werden im Juli und August für ältere Jugendliche und Erwachsene geöffnet sein:
2, Spenadlwiese (Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr)
10, Windtenstraße (Montag bis Freitag von 17 bis 20 Uhr)
17, Marswiese (Montag, Mittwoch und Freitag von 17 bis 20 Uhr)
21, Jochbergengasse (jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr)
23, Erhardgasse (jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr)
(Forts.) hof/gg

NNNN

Wieder Sportplatz der offenen Tür (3)
Utl.: Im Rahmen des Wiener Ferienspiels: Tennis und Tischtennis
=++++

7 Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Im Rahmen des Wiener Ferienspiels bietet das Sportamt der Stadt Wien den Jugendlichen auch die Teilnahme für Tennis oder Tischtennis an. Diese Aktion erstreckt sich vom 5. Juli bis 20. August 1982.

Tennis-Grundkurse sind in folgenden Hallen vorgesehen:
Sporthalle 10, Wendstattgasse (PAHO):
8 - 11jährige: Montag bis Freitag von 14 bis 15.10 Uhr
12 - 15jährige: Montag bis Freitag von 15.10 bis 16.20 Uhr
Sporthalle 23, Wohnpark Alt Erlaa:
8 - 11jährige: Montag bis Freitag von 14 bis 15.10 Uhr
12 - 15jährige: Montag bis Freitag von 15.10 bis 16.20 Uhr

Rackets und Bälle stehen kostenlos zur Verfügung. Erforderlich sind allerdings saubere Sport- und Turnschuhe. Da nur eine begrenzte Teilnehmerzahl möglich ist, werden bei großem Andrang Zeitkarten ausgegeben.

In sieben Hallen kann Tischtennis ausgeübt werden:

1,	Postgasse 7 von	14 bis 17 Uhr
5,	Grünwaldgasse 4 von	14 bis 17 Uhr
6,	Liniengasse 13 von	14 bis 17 Uhr
14,	Flötzersteig 115 von	14 bis 17 Uhr
15,	Auf der Schmelz von	9 bis 12 Uhr
16,	Kirchstetterngasse 57 von	9 bis 12 Uhr
22,	Donauparkhalle von	14 bis 17 Uhr

Bälle und Schläger werden kostenlos zur Verfügung gestellt, die Hallen dürfen aber nur mit Turnschuhen betreten werden. (Forts.)
hof/gg

NNNN

Wieder Sportplatz der offenen Tür (4)
=++++

8 Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Um eine altersmäßige Zeiteinteilung zu gewährleisten, wurde folgendes bestimmt:

In den Vormittagsstunden können 6- bis 10jährige jeweils von 9 bis 10.30 Uhr und 11- bis 15jährige von 10.30 bis 12 Uhr üben, in den Nachmittagsstunden 6- bis 10jährige von 14 bis 15.30 Uhr und 11- bis 15jährige von 15.30 bis 17 Uhr üben.

Auf der Sportanlage in Wien 10, Grenzackergasse (Bundesspielplatz) können Schiroller-Fans vom 5. Juli bis 20. August 1982 und zwar von Dienstag bis Freitag von 16 bis 18 Uhr ihren Lieblingssport betreiben.

Nähere Auskünfte über die angebotenen Aktionen erteilt das Sportamt der Stadt Wien unter Tel. 42 800/4188. (Schluß) hof/gg

NNNN

Wurzer: Wünsche nach Kirchenstandorten wurden stets erfüllt (1)
=++++

9 #Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Die Stadtplanung hat alle bekannten Wünsche von Religionsgemeinschaften, Standorte für Kirchenneubauten in Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen zu berücksichtigen, stets erfüllt, erklärte Planungsstadtrat Univ. Prof. Dr. Rudolf WURZER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Die Festlegung der Bauplätze erfolgt jeweils im Einvernehmen mit den kirchlichen Stellen. Es sei daher unverständlich, sagte Wurzer weiter, daß Erzbischof-Coadiutor Dr. Franz JACHYM plötzlich von Unstimmigkeiten spricht, für die es keinen Anlaß gibt. Wurzer nahm damit Bezug auf Äußerungen Jachyms in den Medien, die Kirche müsse um Kirchenbauplätze in Wien kämpfen. Dies sei umso überraschender, als Dr. Jachym erst vor kurzem im Heinz-Nittel-Hof eine Kirche eingeweiht hat und z.B. auch auf dem Schöpfwerk eine Kirche unmittelbar in die Wohnbebauung integriert wurde.#

Planungsstadtrat Wurzer hatte die Äußerungen Erzbischof-Coadiutors Jachym vor einigen Tagen zum Anlaß genommen, alle in den letzten Jahren an die Stadtplanung herangetragenen Wünsche, Kirchenbauplätze vorzusehen, überprüfen zu lassen. Dabei zeigte sich, daß derzeit keine unerledigten Anträge auf Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen bzw. auf Bauplatzschaffung vorliegen. Bei der Baupolizei sind einige Anträge auf Erweiterungen von bestehenden Gebäuden anhängig. An der positiven Erledigung besteht nach Ansicht von Stadtrat Wurzer kein Zweifel. Bei zwei vermutlich bereits abgeschlossenen Kirchenbauprojekten erwartet die Baupolizei von den kirchlichen Behörden die bei jedem Bauvorhaben dieser Art erforderlichen Ansuchen um Benützungsbewilligung. Zur Kritik, Kirchen würden "an den Rand von Siedlungen verbannt", erklärte Wurzer, etwa bei der Großfeldsiedlung sei von den Planern eine Kirche im Zentrum vorgeschlagen worden - über Wunsch der kirchlichen Stellen wurden jedoch schließlich Standorte in Randbereichen vorgesehen. Mit Initiativen, in der Laaer Berg-Stgraße 222 Maßnahmen zu setzen, wurde die Stadtplanung bisher nicht befaßt, sagte Wurzer. (Forts.) and/spa

NNNN

Wurzer: Wünsche nach Kirchenstandorten wurden stets erfüllt (2)
=++++

10 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Wie Planungsstadtrat Wurzer weiter ausführte, wurde der Entwurf des Stadtentwicklungsplans auch den Religionsgemeinschaften zur Stellungnahme übergeben. Er bedaure es, daß sich Dr. Jachym in einem Schreiben vom Dezember 1981 nur grundsätzlich zum Stadtentwicklungsplan geäußert hat. Er, Wurzer, sei jedoch davon überzeugt, daß das Institut für kirchliche Sozialforschung, sich ausführlich mit Vorschlägen für den Stadtentwicklungsplan befassen werde. Dies wäre ein wichtiger Beitrag, Wünsche der Kirche bereits frühzeitig in die Planungen einfließen zu lassen. Im übrigen müsse man auch in Betracht ziehen, daß in den letzten Jahren 160.000 Menschen aus dichtbebauten und mit Kirchen gutversorgten Gebieten an den Stadtrand und auch in das Umland abgewandert sind. Soweit es neben umfassenden Maßnahmen für die Stadterneuerung notwendig ist, neue Wohnsiedlungen am Stadtrand zu bauen, werde wie bisher auch dem Bedarf nach Versorgung mit kirchlichen Einrichtungen in bestmöglicher Weise entsprochen, schloß Wurzer. (Schluß) and/spa

NNNN

Drei-Stufen-Plan für Spargelfeldstraße

=++++

11 #Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Er habe in der letzten Verhandlungsrunde bei Stadtrat Hofmann das Gefühl gehabt, daß die Interessenvertretung der Siedlung Spargelfeldstraße mit den angebotenen Lösungsvorschlägen zufrieden gewesen wären, erklärte der Bezirksvorsteher des 22. Bezirkes, Albert SCHULTZ, Freitag der "RATHAUSKORRESPONDENZ".#

Mittwoch war ausgehandelt worden, die Spargelfeldstraße durch einen Drei-Stufen-Plan in eine weitgehend verkehrsberuhigte Zone zu verwandeln. In der ersten Stufe wurde das Halteverbot aufgehoben, sodaß der Straßenzug nun nicht mehr autobahnähnlichen Charakter hat. Später soll ein Lkw-Fahrverbot überlegt und die Straße durch den Einbau von Schikanen weiter verkehrsberuhigt werden.

Trotz des angekündigten Sitzstreikes zeigte sich Bezirksvorsteher Schultz optimistisch, schon bald mit den Siedlern zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. (Schluß) rö/gg

NNNN

Gratz bei Elin

=++++

14 #Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Das Problem der Lehrlingsarbeitsplätze könne man nur kleinweise lösen, erklärte Bürgermeister Leopold GRATZ anläßlich eines Betriebsbesuches im Werk Elin - Brünner Straße. Gratz, der nach seinem Rundgang ausführliche Gespräche mit der Unternehmensleitung führte, konnte sowohl für Wien als auch für Weiz die Zusicherung mitnehmen, daß Elin je zehn zusätzliche Lehrlinge aufnehmen wird. Bei Elin-Wien bedeutet das eine Steigerung von 13 Prozent, bundesweit sogar von 20 Prozent.#

Gratz informierte sich auch über die Sorgen der Arbeitnehmer im Werk Elin - Brünner Straße: Immerhin wird Elin eine Kapitalzufuhr von 800 Millionen benötigen, da vor allem durch die Pleite der Klimatechnik das Eigenkapital aufgezehrt ist.

Probleme schaffen auch die Deckung des jahrelangen Nachholbedarfes der ÖBB auf dem E-Lok-Sektor und das vorläufige Ende der großen U-Bahn-Aufträge. Gratz will sich aber einsetzen, daß Elin bei Aufträgen der Stadt Wien verstärkt herangezogen wird. (Schluß)
rö/gg

NNNN

Pawkowicz: "Alle geplanten Vorhaben vor Baubeginn überprüfen"
=++++

15 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Alle projektierten Vorhaben müssen, auch wenn sie bereits formell beschlossen sind, vor Baubeginn nochmals überprüft werden. Wenn sie sich in unlösbarem Konflikt mit den Zielsetzungen des Umweltschutzes befinden, sind sie abzuändern. Das erklärte FPÖ-Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ Freitag in einem Pressegespräch. Er verlangte auch genaue Pläne für die Schließung des Wald- und Wiesengürtels sowie bessere Umsteigemöglichkeiten von Süd- und Westbahn in U-Bahn-Linien.

Als Beispiel für die nochmalige Überprüfung bereits abgeschlossener Planungen nannte Pawkowicz den geplanten Ausbau des Flötzersteigs. Er begrüßte den Bau der Donauinsel und des Laaer-Waldes, entscheidend sei jedoch die Schließung des Grüngürtels um Wien. Dafür seien zeitgerecht die erforderlichen Flächen zu sichern.

Vom Südbahnhof müßte eine Umsteigemöglichkeit in die U 1 geschaffen werden. Dies könnte nach Ansicht von Gemeinderat Pawkowicz durch einen Abgang von den Bahnsteigen, die bis zum Südtiroler Platz reichten, erzielt werden. Beim Südbahnhof müßte eine Tiefgarage gebaut werden. Dies wäre für ein funktionierendes Park-and-Ride-System notwendig. Die Benützer von Schnellzügen der Westbahn hätten derzeit keine Möglichkeit, in die U 4 in Hütteldorf umzusteigen. Pawkowicz meint, daß durch eine Fahrplanänderung für Westbahn-Schnellzüge eine attraktive Umsteigemöglichkeit in Hütteldorf geschaffen werden könnte. Außerdem müßten entsprechend große Park-and-Ride-Anlagen in Hütteldorf errichtet werden.

Gemeinderat Pawkowicz kritisierte auch, Wien setze sich mit zu wenig Nachdruck für einen Verkehrsverbund mit Niederösterreich und dem Burgenland ein. Bisher sei ein Verkehrsverbund aus rein parteipolitischen Überlegungen gescheitert. (Schluß) and/spa

NNNN

Hohe Auszeichnung für Generaldirektor Dr. Reisinger

=++++

16 #Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Der Generaldirektor der Wiener Stadtwerke, Dr. Karl REISINGER, erhielt eine der höchsten Wiener Auszeichnungen, das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Landeshauptmann Leopold GRATZ überreichte Freitag in Gegenwart von Stadtrat Franz NEKULA, Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION, Kontrollamtsdirektor Dr. Fritz DELABRO, der Stadtwerke-Direktoren und anderer leitender Beamter die Auszeichnung.#

Gratz verwies darauf, daß es der öffentlichkeit viel zu wenig bewußt sei, welch großes Unternehmen die Wiener Stadtwerke sind. In den 18 Jahren der Arbeit Dr. Reisingers als Generaldirektor sind gewaltige Investitionen vorgenommen worden und Modernisierungen erfolgt, die ihresgleichen suchen. Besonders in der Energieversorgung gibt es eine völlig neue Situation: Vor 18 Jahren habe man geglaubt, Energie werde immer genug das sein und immer billiger werden. Von den Wiener Stadtwerken wurde die Anpassung an die neue Situation in vorbildlicher Weise durchgeführt. (Schluß)
sti/bs

NNNN

Oberamtsrat Solt wurde Regierungsrat

=++++

17 #Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Der Bundespräsident hat Oberamtsrat Wolfgang SOLT, der in der Magistratsdirektion die Bürogeschäfte der obersten Organe der Stadt Wien führt, mit dem Titel "Regierungsrat" ausgezeichnet. Bürgermeister Leopold GRATZ überreichte Freitag in Gegenwart von Landtagspräsident Hubert PFOCH, Stadtrat Franz NEKULA, Gemeinderatsvorsitzendem Leopold MAYRHOFER und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION das Ernennungsdekret.#

Gratz sagte, daß man den Eindruck habe, die Sitzungen des Wiener Landtages und des Gemeinderates liefen ohne alle Probleme ab. Wer jedoch hinter die Kulissen blicke, der sehe, daß es ständig Schwierigkeiten gibt. Regierungsrat Solt sorge dafür, daß sie immer glatt gelöst werden. So trage er dazu bei, daß die Demokratie in Wien auch in ihren repräsentativen Einrichtungen funktioniert.

Regierungsrat Solt trat 1943 in den Dienst der Stadt Wien, mußte 1944 einrücken und nahm nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft im August 1945 wieder den Dienst bei der Stadt Wien auf. Nachdem er im Hauptwirtschaftsamt und in der Magistratsabteilung 5 (Haushaltswesen) tätig war, wurde er 1953 dem Präsidialbüro in der Magistratsdirektion zugeteilt. (Schluß) sti/gg

NNNN

Hohe Auszeichnung für Postpräsident Lukner

=++++

18 #Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann Leopold GRATZ überreichte Freitag dem Präsidenten der Post- und Telegraphendirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Dr. Kurt LUKNER, das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. An der Ehrung nahmen auch Stadtrat Franz NEKULA und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION teil.#

Kurt Lukner, am 2. Oktober 1924 in Wien geboren, trat 1946 in den Dienst der Post- und Telegraphendirektion. Neben der beruflichen Arbeit absolvierte er das Rechtsstudium. Seit 1977 leitet er die Direktion. Seither konnten fast 140.000 neue Telefonteilnehmer angeschlossen werden, noch heuer soll der 800.000ste Teilnehmer begrüßt werden. Die Warteliste ist von 26.000 auf 7.000 zurückgegangen. Eine Reihe von Großbauten konnte fertiggestellt werden, so das Fernmeldezentrum im Arsenal, das Postzentrum Wien-Süd und das Postamt Franz-Josefs-Bahnhof. 25 Wiener Postämter wurden adaptiert oder in neuen Räumen untergebracht. Jetzt entsteht im 3. Bezirk ein Neubau für die Postautobetriebsleitung und drei Telegraphenbauämter, in Kürze beginnt der Bau eines neuen Direktionsgebäudes auf dem Gelände des Franz-Josefs-Bahnhofs. (Schluß) sti/gg

NNNN

Beirat für Stadterneuerung tagte (1)

=++++

19 #Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold GRATZ trat der Stadterneuerungsbeirat Donnerstag nachmittag zu seiner dritten Sitzung zusammen. Sechs Neubauprojekte mit insgesamt 143 Wohnungen von privaten Bauträgern wurden einstimmig für die Wohnbauförderung vorgeschlagen. Die neuen Wohnhausanlagen sollen alte, abgewohnte Stadtviertel neu beleben und auch den Menschen, die aus ihren schlecht ausgestatteten Wohnungen ausziehen, ein neues Zuhause bieten. Die Förderung von privaten Bauträgern ist bekanntlich eine Ausnahme, die nur in Stadterneuerungsgebieten genehmigt wird.#

Wohnbaustadtrat Johann HATZL erklärte, daß mit Ausnahme eines Projektes alle Ansuchen privater Bauträger, die 1981 im Stadterneuerungsbeirat begutachtet wurden, bereits die Zusicherung der Förderungsmittel durch die Wiener Landesregierung erhielten.

Zwtl.: Neues aus Ottakring und Hernals

In den beiden Assanierungsgebieten Ottakring und Hernals wird in nächster Zeit eine ganze Menge Neues geschehen. Stadtrat Hatzl zählte jene Maßnahmen auf, die noch heuer vorgesehen sind:

In Ottakring wird

- o die Lambertgasse 11 zu einem neuen Sanierungsmodell,
- o mit den Bauarbeiten der Wohnstraße Lambertgasse begonnen,
- o auf der brachliegenden Fläche in der Wichtelgasse 25 ein Ballspielplatz errichtet,
- o für die Wichtelgasse 3 - 5 mit der Planung eines Gemeindebaus begonnen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Beirat für Stadterneuerung tagte (2)
Utl.: Neues aus Ottakring und Hernals
=++++

20 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Die Ausarbeitung der Planung für das Bezirkszentrum Hernals wurde kürzlich vergeben, teilte Stadtrat Hatzl mit. Hier sollen unter anderem etwa 250 Wohnungen, ein Einkaufszentrum, eine Volkshochschule, eine Musikschule, eine städtische Bücherei, zwei Kindergärten und eine Mutterberatung entstehen. Das Amtshaus in der Kalvarienberggasse 33 soll generalsaniert werden.

Zwtl.: Wurzer: Wünsche der Bevölkerung müssen respektiert werden

Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER zog Bilanz über die vorbereitenden Untersuchungen zur Stadterneuerung. Auf dem Himmelpfortgrund im 9. Bezirk wurde die Planungsphase abgeschlossen, die öffentliche Auflage des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes wird im September erfolgen. Auch in Meidling- Wilhelmsdorf sind die Untersuchungen beendet. Im Erneuerungsgebiet Währing wird die erste Präsentation der Pläne für die Bevölkerung im Herbst erfolgen. Kritik übte Wurzer am Vorgehen der Bezirksvertretung im 7. Bezirk: dort gab es jahrelange Vorarbeiten und Untersuchungen. Als die Vorstellungen der Bevölkerung in Pläne umgesetzt wurden, gab es jedoch plötzlich unerwartete Einwände von seiten der Bezirksvertretung, die nun einen rachen Abschluß der Vorarbeiten für die Stadterneuerung auf dem Ulrichsberg verzögern. Der Ulrichsberg dürfe kein Beispiel dafür werden, daß der endgültige Flächenwidmungs- und Bebauungsplan durch den Einwand der Bezirksvertretung nicht mit dem übereinstimmt, was in harter Zusammenarbeit gemeinsam mit der Bevölkerung entwickelt wurde, sagte Wurzer. (Forts.) ba/bs

NNNN

Beirat für Stadterneuerung tagte (3)

=++++

21 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Zufrieden mit dem Stand der Planungsarbeiten im Rahmen der Stadterneuerung äußerte sich Bürgermeister Leopold GRATZ. In Wien habe die menschliche Planung Vorrang. Dabei muß man vor allem mit den Betroffenen reden und könne daher nicht erwarten, daß innerhalb von wenigen Monaten aus einem überaltertem Stadtteil ein neues Stadtviertel ensteht.

Zwtl.: Belebung alter Stadtteile durch Neubau

Die Stadt Wien ist gerade im dichtbebautem Stadtgebiet der größte Wohnbauträger, betonte Wohnbaustadtrat Hatzl. Wie aus einer Wohnbauerhebung hervorgeht, betrug der Wohnungsneubau der Stadt Wien 1979 im dichtbebautem Stadtgebiet bereits 54 Prozent. 1981 stieg der Anteil auf 67,5 Prozent. Im neuen Wohnbauprogram sind sogar ausschließlich Wohnhausanlagen in Baulücken oder im dicht bebautem Stadtgebiet vorgesehen. Demgegenüber sank die Neubauleistung der nichtstädtischen Wohnbauträger im dichtbebautem Gebiet um 2,5 Prozent.

Abschließend gab Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN einen Bericht über die Wohnstraßen. Für etwa 15 Wohnstraßen ist die Planung abgeschlossen. Darüber hinaus wird es eine Reihe von provisorischen Wohnstraßen sowie Straßen mit verkehrsberuhigten Maßnahmen geben. (Schluß) ba/ap

NNNN

Österreichs erstes geriatrisches Tageszentrum (1)
=++++

22 #Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Im Pflegeheim des Sozialmedizinischen Zentrums Ost wurde vor kurzem österreichs erstes geriatrisches Tageszentrum als Modelleinrichtung in Betrieb genommen. Die neue Einrichtung, die Freitag von Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Rahmen eines Pressegesprächs vorgestellt wurde, ist vor allem für die Betreuung und Mobilisierung älterer Bewohner des 21. und 22. Bezirks sowie der angrenzenden Bezirke (2, 3 und 20) gedacht. Durch gezielte Maßnahmen der Rehabilitation soll eine Aufnahme in ein Pflegeheim hinausgezögert werden.#

Ebenso wird hier auch die Mobilisierung älterer Patienten nach einem Krankenhausaufenthalt durchgeführt werden. Durch seine behindertengerechte Ausstattung kann das Tageszentrum aber auch von körperbehinderten Senioren und Rollstuhlfahrern aufgesucht werden. Für nicht gehfähige oder schwer gehbehinderte Besucher besteht außerdem die Möglichkeit, mittels Taxi von der Wohnung abgeholt und wieder zurückgebracht zu werden. Die Kosten dafür werden vom Sozialamt getragen, ebenso ist die Teilnahme an allen Aktivitäten im Rahmen des Tageszentrums kostenlos.

Darüber hinaus stehen die Einrichtungen dieses Zentrums aber auch den Bewohnern des Pflegeheimes zur Verfügung. (Forts.) zi/gg

NNNN

Österreichs erstes geriatrisches Tageszentrum (2)
Utl.: Umfangreiches Therapieprogramm
=++++

23 Wien, 25.6. Das geriatrsiche Tageszentrum ist ganzjährig und zwar jeweils Montag bis Freitag von 8.30 bis 15.30 Uhr in Betrieb. Anmeldungen können sowohl persönlcih bzw. telefonisch, als auch über die Mitarbeiter der sozialen Dienste erfolgen. Jeder Besucher erhält ein Frühstück, ein Mittagessen und eine Jause, wobei für das Mittagessen von den auswärtigen Besuchern ein Kostenbeitrag in der Höhe von S 21,60 Schilling verlangt wird.

Im Rahmen der therapeutischen Angebote bestehen bei der Ergo- bzw. Beschäftigungstherapie Altengymnastikkurse, Möglichkeiten des Zeichnens und Malens und in eigenen Werkstätten wird getöpfert, genäht, gewebt und Teppiche geknüpft. Mit Hilfe der Musiktherapie wird gesungen und musiziert, wobei sich die Betreuten mit zum Teil selbstgebastelten Schlag- und Rhythmusinstrumenten begleiten. Da es sich in vielen Fällen um schwerst gehbehinderte Personen handelt, wird aber auch das wieder "Gehenlernen" geübt. Ebenfalls Möglichkeiten des Übens und Trainierens bietet eine eigene Übungsküche, in der mit Hilfe und unter Anleitung der Therapeutin gekocht und gebacken wird. Eigene Ruheräume sorgen außerdem für ein eventuell gewünschtes "Mittagsschläfchen".

Zur Zeit stehen für die Betreuung zwei Sozialarbeiterinnen, eine Ergotherapeutin und einmal wöchentlich eine Musiktherapeutin und eine Keramiktherapeutin zur Verfügung. Das Abholen der gehbehinderten Personen erfolgt entweder durch die Sozialarbeiterinnen oder durch Mitarbeiter des Besuchsdienstes. (Forts.) zi/bs

NNNN

Österreichs erstes geriatrisches Tageszentrum (3)
Utl.: Ab Herbst: Erweitertes Angebot
=+++++

24 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Für Herbst ist eine Erweiterung des derzeitigen Therapieangebotes vorgesehen. So wird unter anderem die physikalische Abteilung ihre Tätigkeit aufnehmen. Ferner ist die Einrichtung einer ständigen ärztlichen Sprechstunde und die Schaffung einer eigenen Tanzgruppe im Rahmen der Musiktherapie vorgesehen.

Darüber hinaus wird das Personal durch die Einstellung von fünf Zivildienern verstärkt, die sich vor allem um den Transport der gehbehinderten Patienten kümmern werden. Eine im Herbst in Betrieb genommene Bibliothek wird außerdem für den nötigen Lesestoff der Besucher sorgen.

Im Rahmen einer verstärkten Information über das geriatrische Tageszentrum und dessen therapeutische Einrichtungen werden, wie Stadtrat Stacher erklärte, in den nächsten Wochen die im 21. und 22. Bezirk niedergelassenen praktischen Ärzte in einem Schreiben und mit einer beiliegenden Informationsbroschüre auf diese neuartige Modelleinrichtung aufmerksam gemacht werden. Darüber hinaus werden aber auch die Mitarbeiter der sozialen Dienste und der zuständigen "Sozialen Stützpunkte" über diese neue Möglichkeit der sozialen und medizinischen Betreuung informiert.

Zwtl.: Tägliche Frequenz

Die tägliche Frequenz der betreuten Patienten liegt gegenwärtig bei durchschnittlich 15 auswärtigen Besuchern und ebenso vielen Besuchern aus dem Pflegeheim. Bei Ausbau der Kapazität und vor allem durch die Aufstockung des Personals kann diese Betreuungsquote ab kommenden Herbst voraussichtlich verdoppelt werden. (Schluß) zi/ap

NNNN

Busek kritisiert Grünpolitik der Stadtverwaltung

=++++

25 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) ÖVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK kritisierte Freitag in einem Pressegespräch die Grün- und Umweltpolitik der Stadtverwaltung. "Die Giftmülldeponie, die Luftverschmutzung und der Mangel an innerstädtischem Grün sind Wiener Umweltskandale", sagte Busek.

Busek nahm auch zur Frage des Kraftwerkes Dürnrohr Stellung und begrüßte die Initiativen von Bürgermeister Leopold GRATZ und Umweltstadtrat Peter SCHIEDER, alle gerichtlichen Möglichkeiten gegen die Errichtung des Kraftwerkes auszuschöpfen. Gleichzeitig meinte Busek, er erwarte sich, daß seitens der Stadt Wien selbst alle Möglichkeiten zur Vermeidung von Luftverschmutzung im eigenen Bereich unternommen werden.

Bezirksvorsteher Adolf TILLER aus Döbling hob hervor, daß die Bezirksvertretung des 19. Bezirkes gegen das Fällen von 54 Bäumen in der Radlmayergasse auftrete. Er sei nicht gegen die Errichtung eines Gemeindewohnbaues auf den Zeilinger-Gründen, möchte aber, daß das Projekt so geplant werde, daß ein Großteil des Baumbestandes erhalten werden kann. (Schluß) fk/gg

NNNN

Enquete über "Schulschwänzen" im Rathaus (1)
=++++

26 #Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Mit der Problematik des "Schulschwänzens" in der Pflichtschule befaßte sich eine Enquete des Jugendamtes und des Stadtschulrates für Wien, die Freitag im Rathaus stattfand. Wie Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in einer Pressekonferenz berichtete, wird aufgrund der Enquete ein Arbeitskreis gebildet, in dem gemeinsam mit Schule und Jugendamt Maßnahmen ausgearbeitet werden sollen. Wiens Jugendstadträtin bekannte sich ausdrücklich dazu, die Schulverweigerer nicht durch Sanktionen, sondern durch mehr Zuwendung zum Schulbesuch zu veranlassen.#

Eine Untersuchung des Jugendamtes ergab, daß die Ursachen des unentschuldigten Fehlens sehr komplex sind, also nicht eindeutig beim Herkunftsmilieu oder bei Schulproblemen liegen. Besoners hoch ist die Zahl der Repetenten und der Sonderschüler unter den Schulverweigerern. Die Neigung zum "Schwänzen" steigt besonders in der 8. und 9. Schulstufe an. (Forts.) emw/bs

NNNN

Enquete über "Schulschwänzen" im Rathaus (2)
=++++

27 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Um die Ursachen des Schulverweigerns gemeinsam mit dem Kind, dessen Eltern und der Schule herausfinden zu können, um die individuellen Probleme aufzuarbeiten und Hilfestellungen zu geben, stehen zahlreiche Einrichtungen zur Verfügung. So gibt es neben den fünf Instituten für Erziehungshilfe und den kinderpsychiatrischen Kliniken zahlreiche regionalisierte Einrichtungen des Jugendamtes. Acht sozialpädagogische Beratungsstellen, 22 kinder- und jugendpsychologische Beratungsstellen und drei Institute für Sozialtherapie bilden ein soziales Hilfsnetz, in dessen Rahmen selbstverständlich auch der Schulpsychologische Dienst im Stadtschulrat für Wien eine wichtige Funktion einnimmt.

Die Arbeitsgemeinschaft, die aufgrund der Enquete gebildet wird, wird überlegen, was im Rahmen der Lehrerbildung und der Lehrerfortbildung getan werden kann, um den Lehrern die Problematik der Schulschwänzer nahezubringen. Ferner soll auch der Beitrag der Verwaltung zur Lösung dieses zwar nicht großen, aber konstant vorhandenen Problems überlegt werden. Schule und Jugendamt bekannten sich zu verstärkter Kooperation in dieser Frage. (Schluß) emw/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Samstag, 26. Juni 1982 Blatt 1838

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Zweite Schlammleitung für EBS
(rosa) Großreinigung auf dem Nordbahnhof-Gelände

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Großreinigung auf dem Nordbahnhof-Gelände

=++++

1 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Insgesamt 160 Fuhren Müll und Gerümpel, mengenmäßig etwa 1200 Kubikmeter, wurden von Fahrzeugen der MA 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark) vom Gelände des Nordbahnhofes abtransportiert. Fünf aufeinanderfolgende Tage lang waren Kranwagen unterwegs, die den Abfall auf die Deponie Rautenweg überführten.

Die Großreinigung erfolgte, wie Stadtrat Josef VELETA der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, in Zusammenarbeit mit den österreichischen Bundesbahnen. Da Teile des weiten Geländes des ehemaligen Nordbahnhofes im 2. Bezirk als Frachtenbahnhof Praterstern noch in Benützung stehen, kam es in letzter Zeit häufig vor, daß von Firmen oder Privatpersonen unberechtigt Müll auf dem Bahnhofsgelände abgeladen wurde. Seitens der Bundesbahnen werden die Zufahrten nunmehr abgeschrankt, um weitere illegale Müllablagerungen zu verhindern. (Schluß) we/bs

NNNN

Zweite Schlammleitung für EBS

=++++

2 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz hat den Bau einer zweiten Rohrleitung von der Hauptkläranlage zur Übergabestation der Entsorgungsbetriebe Simmering (EBS) genehmigt. Diese zirka 80 Meter lange Leitung mit 300 Millimeter Durchmesser wird wie der bereits bestehende Rohrstrang die Eindicker der Hauptkläranlage mit den EBS verbinden, um die kontinuierliche Schlammabgabe zu verbessern. Darüber hinaus wird es durch diese neue Leitung, deren Baukosten 770.000 S betragen, auch möglich sein, Reinigungsarbeiten in jeweils einer Leitung durchzuführen, ohne die Schlammanlieferung an die EBS, wo der Klärschlamm verbrannt wird, unterbrechen zu müssen. (Schluß) we/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

198

Montag, 28. Juni 1982 Blatt 1841

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
Auf den Märkten sind Fleisch und Fleischwaren billiger

Kommunal: (rosa)
Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschlußdebatte

Lokal: (orange)
Lehrerverhaltenstraining gegen Schulangst

Kultur: (gelb)
13 Ausstellungen im Türkenjahr

Nur über FS:

25.6.
Selbstmordversuch mit Salzsäure
Schienenersatzverkehr in Erzherzog-Karl-Straße
Preise der Stadt Wien für bildende Kunst
Bürgermeister Gratz zum Bombenanschlag

27.6.
Gratz nicht zu Gänsehäufel-Fest
Verregnete Geburtstagsfeier für Gänsehäufel
Badebesuch "fiel ins Wasser"
U-Bahn: Alkoholisierter wollte Gleise überqueren

28.6.
Goldene Rose für das Rosental
Aus dem Fenster gestürzt - Selbstmord
Oberleitungsriß durch Kranwagen

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

.-.-.-

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Fragestunde
=++++

4 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates (Vorsitz GR. MAYRHOFER, SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), ob im Zusammenhang mit dem Geländereinsturz im Wiener Stadion, bei dem es mehrere Verletzte gab, eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet wurde, antwortete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in Vertretung des Bürgermeisters, daß vom Polizeikommissariat Leopoldstadt Erhebungen durchgeführt und die Ergebnisse der Staatsanwaltschaft mitgeteilt wurden. Eine Meldung über die Einleitung eines Strafverfahrens liegt in diesem Zusammenhang nicht vor. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sie wisse, ob ein gerichtliches Verfahren läuft, antwortete Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner, ihr sei davon nichts bekannt.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP), durch welche konkreten Maßnahmen dafür Sorge getragen wurde, daß der Neubau des österreichischen Konferenzzentrums vor allem Wiener Firmen und der Wiener Wirtschaft zugute kommt, wie Bürgermeister Gratz dies angekündigt hat, antwortete Vizebürgermeister FRÖHLICH-SANDNER in Vertretung des Bürgermeisters, daß die übertragung der Planung und Errichtung an die IAKW AG nach dem Finanzierungsgesetz an die Voraussetzung geknüpft war, daß sich die AG verpflichtet, bei der Durchführung des Bauvorhabens zu vergebende Lieferungen und Leistungen unter Beachtung der jeweils bestehenden Richtlinien für Bundesbauten auszuschreiben und dem Bund entsprechende Auskünfte zu erteilen. Die IAKW muß daher die ÖNORM A 2050 beachten. Somit ist beim Zuschlag jenes Unternehmen zu wählen, das bei Wertung aller Gesichtspunkte am besten entspricht; der niedrigste Preis allein ist nicht ausschlaggebend. Ortsansässige Bieter sind bei annähernd gleichwertigen Anboten zu bevorzugen. Es ist gesichert, daß die Einhaltung dieser Bestimmungen kontrollierbar ist. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Fragestunde
=++++

5 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welches Ergebnis die Gespräche von Bürgermeister GRATZ mit Bundeskanzler KREISKY gebracht haben, nachdem aufgrund einer Intervention des Kärntner Landeshauptmannes der Auftrag nach Kärnten ging, anwortete FRÖHLICH-SANDNER, die Vergabe des Stahlauftrages an die VOEST-WAGNER-BIRO (Wiener Firma) ist das Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung. Ein gleichwertiges Offert einer ausschließlich Wiener Firma lag hier nicht vor. Die Projektskonzeption (Beton-Stahl) entspricht der beim Bau des internationalen Teiles gewählten Konzeption. Ein Alternativangebot einer Firmengruppe (Ersatz der Stahldecken durch Beton) hätte eine aufwendige Umplanung erfordert. Die Ausscheidung dieses Anbots war von technischen Überlegungen bestimmt. Die Vergabe der Baumeisterarbeiten an die ARGE EBERHARD - ILLBAU wurde vom Aufsichtsrat der Gesellschaft genehmigt, nachdem mehrere Rechtsgutachten eingeholt worden waren. Die Wiener Firmengruppe kam nicht zum Zug, weil sie gegen die Ausschreibungsbedingungen verstieß. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, warum der Kärntner Landeshauptmann mitspricht, der Wiener Landeshauptmann jedoch nicht, obwohl die Wiener Steuerzahler für gut die Hälfte der Kosten aufkommen, antwortete FRÖHLICH-SANDNER, daß genau nach den gesetzlichen Bestimmungen vorgegangen wurde und daher dieser Vorgangsweise die Zustimmung zu erteilen ist.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ), welche Maßnahmen getroffen werden, um auszuschließen, daß der Döblinger Bezirksvorsteher amtliches Briefpapier für ÖVP-Aussendungen verwendet, antwortete FRÖHLICH-SANDNER, sie werde ihn auf die unzulässige Vermengung von Amts- und Parteifunktion aufmerksam machen; sollte die Vorgangsweise noch einmal gewählt werden, werde sie vom Weisungsrecht nach der Stadtverfassung Gebrauch machen.
(Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Fragestunde
=++++

6 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Dr. KRASSER (ÖVP), aus welchen Gründen die begleitende Kontrolle beim AKH im Rahmen des AKH-VOEST-Vertrages auf vier Personen beschränkt wurde, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ), daß es grundsätzlich dem Leiter der Kontrolle überlassen bleibt, Mitarbeiter in solchem Ausmaß heranzuziehen, wie er es für notwendig hält. Die Tätigkeiten der Revisionsbeamten wurde überprüft und schien reduzierbar zu sein. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach einer genaueren Aufklärung über den Personenumfang, antwortete Stadtrat Mayr, daß zu den vier Prüfungsbeamten auch der Leiter des Kontrollbüros und sein Stellvertreter für Kontrolltätigkeiten zur Verfügung stehen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob diese Begrenzungsklausel im Vertrag nicht ausgelassen hätte werden sollen, stellte Stadtrat Mayr fest, daß bei Bedarf der Vertrag geändert und weitere Kontrollkräfte zur Verfügung gestellt werden können.

Die FÜNFTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Leopoldine PFAUSER (SPÖ), ob das Wiener Internationale Ballett-Fest "Tanz 82" den Erwartungen entsprochen hat, antwortete Stadtrat Dr. ZILK, daß alle Erwartungen übertroffen wurden. Es gab eine große Zahl von Veranstaltungsstätten, 17 Gruppen waren in Wien zu Gast. Ausländische Zeitungen, wie die "Stuttgarter Zeitung" und die" Süddeutsche Zeitung" enthielten ebenfalls positive Kritiken. Überall dort, wo das Festwochenbüro direkten Einfluß auf die Preisgestaltung hatte, waren die Preise niedrig. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den Auswirkungen, sagte Stadtrat Zilk, daß es 1984 eine Fortsetzung des Ballett-Festivals geben wird. Das Kulturamt überlegt derzeit, ein Ballett-Abonnement herauszugeben. Auch die Festwochen 1983 werden stärker als bisher im Zeichen des Tanzes stehen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Fragestunde
=++++

7 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. ARTHOLD (ÖVP), ob er sich bei den zuständigen Stellen über den baulichen Zustand des Prater-Stadions erkundigt habe, bevor er die Feststellung getroffen habe, daß das Rolling-Stones-Konzert im Stadion stattfinden kann, wies Kulturstadtrat Dr. ZILK darauf hin, daß nicht das Kulturamt, sondern "Stimmen der Welt" dieses Konzert veranstaltet. Nach einem diesbezüglichen Gespräch mit dem Veranstalter habe er sich jedoch selbstverständlich bei den zuständigen Stellen erkundigt, und die Antwort erhalten, daß kein Hindernis für das Konzert besteht. Seit dieser Rückfrage hat im Stadion eine Reihe von Spielen stattgefunden, wobei beim letzten der Unfall durch das Nachgeben des Geländers passierte. Auf Grund der folgenden überprüfungen sind Sicherungsarbeiten an den Geländern vorgenommen worden. Die Kollaudierung des Stadions für das Rolling-Stones-Konzert durch die MA 35 wird am 30. Juni erfolgen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wo das Konzert stattfinden solle, wenn die Baubehörde das Stadion am 30. Juni als nicht-benützbar erklärt, sagte Zilk, diese Frage sei an den Konzertveranstalter zu richten. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Stadt Wien nicht doch durch die Ausfallshaftung von 2,5 Millionen eine Verantwortung für dieses Konzert trage, sagte Zilk, er habe die Zusage für diese Ausfallshaftung gegeben, um dem Veranstalter das Risiko eines Konzerts für Jugendliche zu vernünftigen Preisen tragen zu helfen. Auf Grund der hervorragenden Vorverkaufsergebnisse dürfte diese Ausfallshaftung jedoch nicht zum Tragen kommen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Fragestunde
=++++

8 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Friederike SEIDL (SPÖ), welche Erfahrungen mit dem 1978 beschlossenen medizinisch-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters gemacht wurden, sagte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß der Fonds mit jährlich 10 Millionen S zur Förderung der wissenschaftlichen Tätigkeit der Ärzte dotiert ist. 1978 bis 1981 wurden 114 Projekte gefördert. Die Laufzeit der Projekte beträgt zwei bis drei Jahre, die Ergebnisse werden in Fachzeitschriften publiziert.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. HIRNSCHALL (FPÖ), wie groß die Zahl der Vormerkungen für einen Platz in einem städtischen Pflegeheim ist, sagte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß zur Zeit 1329 Personen vorgemerkt sind, 2340 Personen wurden im ersten Halbjahr aufgenommen. 9213 Personen werden durch die Heimhilfe betreut.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Erweiterung der Kapazität der Pflegebetten sagte STACHER, daß im Herbst im SMZ-Ost 404 Personen aufgenommen werden können. Auch die Erweiterung von privaten Heimen wird durch die Stadt Wien ermöglicht.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach der späteren Nutzung der AKH-Gebäude für Pflegeheime, sagte STACHER, daß man diese Frage überprüfen werde, sich aber jetzt noch nicht festlegen könne. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Fragestunde
=++++

9 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), unter welchen Voraussetzungen schulfremden Gruppen die Benützung von Klassenräumen zur Durchführung von Diskussionsveranstaltungen gestattet wird, antwortete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß bei Veranstaltungen während der Unterrichtszeit die Entscheidung des Stadtschulrates erforderlich ist. Außerhalb der Unterrichtszeit können verschiedene Veranstaltungen stattfinden, sofern dadurch keine Beeinträchtigung schulischer Interessen erfolgt. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was sie zu einer Diskussionsveranstaltung der Aktion "Mein Wien" über die Wohnstraße Kleistgasse in einer Schule im 3. Bezirk sage, antwortete Fröhlich-Sandner, sie werde sich darüber genau informieren und dann darüber berichten. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob Diskussionen in Schulen auch für andere Aktionen, etwa für "Pro Wien", möglich seien, antwortete Fröhlich-Sandner, daß sie über die Veranstaltung im 3. Bezirk nicht informiert gewesen sei und deshalb diese Angelegenheit prüfen werden.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. LUDWIG (SPÖ), welche generellen Verkehrsplanungen für den Südraum Wiens derzeit in Bearbeitung sind, nannte StR. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. WURZER (SPÖ) unter anderen die Fertigstellung eines Bezirksverkehrskonzepts und eines Radwegekonzepts für den 10. Bezirk, die Ausarbeitung eines Bezirksverkehrskonzepts für den 23. Bezirk, Entwürfe für Bezirksverkehrskonzepte für den 5. und 12. Bezirk, Verkehrsgutachten für die Wienerbergstraße, die Kolbegasse und die Breitenfurter Straße, Untersuchungen für die U 3 und für die U 1 sowie bereits positiv durchgeführte Projektsbesprechungen für Abschnitte der Außenringautobahn. Auf die ZUSATZFRAGE, wieweit einzelne Planungen gediehen sind, kündigte Wurzer an, daß im kommenden Jahr ein Entwicklungskonzept für den Südraum Wiens vorliegen wird. (Forts.)
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Fragestunde
=++++

10 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. HANKE (SPö), ob die Absicht bestehe, in den städtischen Wohnhäusern die Aufzüge mit kindersicheren Fahrkorbtüren so umzubauen, daß die Alleinbenützung durch Kinder ab sechs Jahren ermöglicht wird, sagte StR. HATZL (SPö), daß nach den derzeitigen Vorschriften die Benützung der Aufzüge für Kinder unter 12 Jahren generell untersagt sei. Ein Umbau der Fahrkorbtüren würde daher keine Änderung bringen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob diese Vorschrift geändert werden könne, erwiderte StR. Hatzl, er werde Kontakte aufnehmen, ob eine Novellierung dieser Vorschrift möglich sei. Gleichzeitig verwies aber der Stadtrat darauf, daß ein Umbau der Fahrkorbtüren zu Kostensteigerungen führen werde.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. PETRIK (öVP), aus welchen Gründen in der städtischen Wohnhausanlage 22, Quadenstraße, ein erhöhter Zins als Erhaltungsbeitrag eingehoben wird, obwohl diese Anlage erst vor rund zehn Jahren erbaut wurde, verwies StR. Hatzl darauf, daß in dieser Wohnhausanlage für Erhaltungsarbeiten pro Monat und Quadratmeter 42 Groschen zur Verfügung gestanden wären. Mit dem Erhaltungsbeitrag sei die Möglichkeit geschaffen worden, daß die Mieter nicht durch den Paragraph 18 des Mietengesetzes belastet werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob es Interventionen bezüglich der Erhaltungsbeiträge in Gemeindewohnhausanlagen gegeben habe, betonte StR. Hatzl, daß es keine Interventionen von Politikern gab. Die Höhe des Erhaltungsbeitrages hänge davon ab, welche Arbeiten künftig durchgeführt werden müssen. In zirka 75 bis 80 städtischen Wohnhausanlagen wird der volle Erhaltungsbeitrag nicht eingehoben, da er nicht benötigt wird. Dieser Fall trifft auch auf die Anlage Quadenstraße zu. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Fragestunde
=++++

11 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob dem Gemeinderat eine Schätzung aller Erhaltungsarbeiten vorgelegt werden wird, sagte StR. HATZL, daß er diese Unterlagen zusammenstellen werde.

Auf die 14. ANFRAGE von GR. OBLASSER (SPÖ), ob die Aufzüge in den städtischen Wohnhäusern dem aktuellen Stand der Sicherheitstechnik entsprechen, erwiderte StR. HATZL, daß dies der Fall sei. Die Aufzüge würden auch jährlich überprüft. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob diese alten Aufzüge technologisch überholt werden, sagte Hatzl, daß sie im Zusammenhang mit den Reparaturen auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden.

Zwtl.: Anfragen und Anträge

Es lagen zwei ANFRAGEN der FPÖ und drei schriftliche Anfragen der ÖVP vor. An ANTRÄGEN lagen vor: von der FPÖ betreffend die rasche Zuweisung leerstehender Gemeindewohnungen an vorgemerkte Wohnungssuchende und betreffend Gültigkeitsdauer von Schülerstreckenkarten in den Monaten Juli und August. Von der ÖVP: betreffend Berücksichtigung von Wiener Firmen bei öffentlichen Bauvorhaben in Wien; betreffend Sicherstellung der Rückforderung von Förderungsbeiträgen aus dem Kulturschilling bei Verkauf des Hauses; betreffend bessere Nutzung von Grünflächen bei städtischen Wohnhausanlagen und betreffend Baumpflegemaßnahmen.

Die Anträge wurden zugewiesen. (Forts.) fk/gg

NNNN

13 Ausstellungen im Türkenjahr

=++++

14 #Wien, 28.6. (RK-KULTUR) 13 Ausstellungen werden in Wien und Umgebung im Türkenjahr 1983 gezeigt werden. Einen ersten überblick über die Ausstellungstätigkeit bietet der soeben herausgekommene Vorprospekt der Türkenausstellungen. Zentrales Ereignis wird die Schau sein, die ab 5. Mai 1983 im Künstlerhaus und im Museum der Stadt Wien unter dem Titel "Die Türken vor Wien - Europa und die Entscheidung an der Donau 1683" zu sehen sein wird.#

Neben der Dokumentation des Kampes um die Stadt wird diese Austellung auch einen umfassenden Einblick in die Situation Europas in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts bieten. Als Gestalter für den künstlerischen Rahmen der Schau konnte Architekt Hans Hollein gewonnen werden.

Die österreichische Nationalbibliothek wird in ihrer Ausstellung die Bezihungen österreichs zum Großreich der Osmanen dokumentieren, das Heeresgeschichtliche Museum wird im Türkenjahr die neuen Räume seiner Schausammlungen zu den Türkenkriegen eröffnen.

Einen ebenso vergnüglichen wie belehrenden Wanderweg durch das Belvedere unter dem Titel "Wunderwürdiges Kriegs- und Siegeslager des Prinzen Eugen von Saveyen" wird die österreichische Galerie zum Türkenjahr beitragen.

Ausstellungen des Museums des 20. Jahrhunderts, einiger Bezirksmuseen und Privatveranstalter runden das Thema in Wien ab, außerhalb der Stadt werden Ausstellungen in Kittsee, Schloß Pottenbrunn, Schloß Greillenstein und Perchtoldsdorf dem Türkenjahr gewidmet.

Güstige Kartenschecks und zu einem Sammelkatalog zusammenstellbare Kataloge sollen den Besuch mehrerer Ausstellungen ermöglichen.

Eine Reihe von Produktionen und Gastspielen während der Wiener Festwochen 1983 stehen ebnfalls in Bezug zum Türkenjahr. (Schluß)
gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Rechnungsabschluß 1981
=++++

12 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) In seinem Einleitungsreferat zum Rechnungsabschluß erklärte Finanzstadtrat MAYR (SPÖ), daß Wien im Jahre 1981 im Vergleich zum Bundesdurchschnitt im sekundären Sektor besser abschnitt, im tertiären jedoch schlechter. Ausschlaggebend dafür war besonders der Handel, der in Wien um 0,5 Prozent zurückging, in österreich aber um 0,9 Prozent stieg. Erfreulich war die Entwicklung in der Industrie, vor allem der Elektroindustrie und im Fremdenverkehr; Probleme gab es vor allem beim Gewerbe, in der Bauwirtschaft und beim Handel. Der Verbraucherpreisindex stieg um 6,8 Prozent - österreich liegt somit im internationalen Vergleich an fünfter Stelle.

Vorrangiges Ziel der österreichischen Wirtschaftspolitik war die Erhaltung der Vollbeschäftigung. Sie konnte trotz anhaltender internationaler Rezession erreicht werden. Die Arbeitslosenrate stieg um 0,5 Prozent auf 2,4 Prozent im österreichischen Durchschnitt. In Wien konnte mit 2,1 Prozent ein günstigerer Wert erzielt werden. Es ist notwendig, daß die öffentliche Hand der Erhaltung der Vollbeschäftigung erhöhtes Augenmerk widmet.

Bei Einnahmen von 57 Milliarden und Ausgaben von 60,3 Milliarden weist der Rechnungsabschluß 1981 einen Abgang von 3,3 Milliarden aus. Der Abgang ist um 1,3 Milliarden geringer als im Budget 1981 vorgesehen.

Die Einnahmen stiegen von präliminierten 53,8 Milliarden um 6,1 Prozent auf 57 Milliarden. Darin sind auch 3,1 Milliarden vom Gemeinderat beschlossene Kreditaufnahmen enthalten. Schwerpunkte der Mehreinnahmen waren: 845 Millionen aus dem Finanzausgleich, 1.138 Millionen bei eigenen Steuern und Abgaben sowie 3.184 Millionen bei Anleihen und Darlehen zur Abgangsdeckung. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Rechnungsabschluß 1981
=++++

13 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Ausgaben stiegen von 58,4 auf 60,3 Milliarden. Wesentlich waren dabei 211 Millionen bei der Instandhaltung, 96 Millionen bei Sozialhilfe (die nun bereits fast die zwei Milliardengrenze erreicht), 87 Millionen bei den Krankenanstalten (dazu Mindereinnahmen von 200 Millionen), 238 Millionen für Ver- und Entsorgung, 119 Millionen für Annuitätenzuschüsse für Darlehen nach dem Wohnungsverbesserunggesetz. Wesentliche Minderausgaben ergaben sich beim Personal (206 Millionen), bei der internen Fremdmittelverrechnung (374 Millionen), beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses (300 Millionen) sowie 166 Millionen im Rahmen der Wirtschaftsförderung.

Insgesamt konnten die politischen Zielsetzungen für das Jahr 1981 - ordnungsgemäße Weiterführung begonnener Projekte, Ausbau des sozialen Netzes, der bildungspolitische und kulturelle Auftrag und vor allem die Erhaltung der Vollbeschäftigung - erreicht werden, sagte MAYR. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Rechnungsabschluß 1981
=++++

15 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Der Abgang aus dem Budget beträgt 3.290 Millionen S, stellte StR. Mayr fest. Zur Deckung dieses Abgangs wurden Fremdmittel in der Höhe von 3.184 Millionen aufgenommen. Der Schuldenstand der Stadt Wien betrug Ende 1981 35,7 Milliarden gegenüber 31,2 Milliarden zu Anfang des Jahres 1981. Der Schuldenstand machte 5,3 Milliarden aus. Wien ist mit 62,3 Prozent der Einnahmen verschuldet. Die österreichischen Gemeinden sind im Durchschnitt an die 100 Prozent verschuldet, Städte wie Innsbruck oder Klagenfurt sind sogar zu 150 Prozent verschuldet.

Zwischen 1978 und 1981 wurden von der ÖVP Anträge gestellt, die eine Mehraufwendung von 8 Milliarden erfordert hätten. Gleichzeitig wurde die Zustimmung für Mehreinnahmen in der Höhe von drei Milliarden verweigert.

Der Rechnungsabschluß bietet eine gute Ausgangsposition für die Arbeit der Stadtverwaltung in den künftigen Jahren. Schwerpunkte werden sein:

o Vollbeschäftigung und qualitatives Wirtschaftswachstum
o sanfte Stadterneuerung
o Erhaltung und Schaffung einer gesunden Umwelt.

Die Vollbeschäftigung und qualitatives Wirtschaftswachstum sind Voraussetzungen dafür, daß andere Ziele finanziert werden können. Die Politik der Vollbeschäftigung ist nicht nur ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft, sondern bedeutet auch eine gute Sozialpolitik.

Um die zukünftigen Ziele zu bewältigen, fordert StR. Mayr eine Änderung des Finanzausgleichs. Wien ist in vielerlei Hinsicht benachteiligt, - am ärgsten bei den Spitalskosten und bei der Bewältigung des Nahverkehrs. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Rechnungsabschluß 1981
=++++

16 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) 20 Prozent der Patienten stammen nicht aus Wien. Ist es wirklich unzumutbar, daß sich auch die Bundesländer am Abgang der Spitalskosten beteiligen, fragte MAYR? Für die Bewältigung des Nahverkehrs hat die Stadt Wien 4,5 Milliarden Schilling ausgegeben. Bei den Gemeinden werden diese Ausgaben vom Bund getragen. Städte und Gemeinden sollen aber gleich behandelt werden. Wien erhält über den Steuerausgleich viel weniger zurück als es aufbringt. StR. Mayr fordert daher eine Änderung des Finanzausgleichs in den Fragen der Spitalserhaltung, des Nahverkehrs und dem Abfluß der Steuermittel aus den Städten. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Debatte Finanzen
=++++

17 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRNSCHALL (FPÖ) warnte davor, die rasch wachsende Verschuldung Wiens auf die leichte Schulter zu nehmen. Bei steigender Tendenz sei bereits heuer eine Verschuldungsquote von 60 Prozent des Jahresbudgets erreicht. Ein Steigen des Schuldenstandes und damit des Schuldendienstes bedeute jedoch eine Verringerung der Investitionsanteile bis zu dem Punkt, an dem die Stadt keine Impulse mehr für die Wirtschaft geben kann. Auch die Abdeckung der jährlichen Rate für Großprojekte dürfte äußerst schwierig aufzubringen sein, weshalb die FPÖ auch mehrfach gefordert habe, die U 6 und die U 3 nacheinander zu bauen und sich nicht am Konferenzzentrum zu beteiligen. Neben dem hohen Zinsenniveau führte Hinrschall auch mangelnde Planung bei vielen Projekten als Ursache für finanzielle Schwierigkeiten an. Man sollte mehr auf Beamte mit Zivilcourage setzen: dadurch könnte man wahrscheinlich Fehlplanungen wie zuletzt im Fall Rinter vermeiden. Noch nicht zu spät, um finanziellen Schaden von der Stadt abzuwenden, sei es beim Ausbau des Wiener Hafens. Hier müsse man die Pläne den geänderten Voraussetzungen anpassen, da ja der Rhein-Main-Donau-Kanal zumindest in nächster Zeit nicht verwirklicht werden dürfte.

Schließlich nannte Hirnschall das Spitalsdefizit von 4,5 Milliarden als kaum tragbar. Hier sei die Frage der ungedeckten Spitalskosten auswärtiger Patienten zu lösen. Die von Sozialminister Dallinger ventilierte 35-Stundenwoche würde bei einem Kostenanteil von 70 Prozent die Personalkosten der Wiener Spitäler weiter explodieren lassen.

Abschließend bezeichnete Hirnschall die derzeitige Finanzpolitik als Hypothek für die Zukunft der Stadt Wien. Die FPÖ werde dem Rechnungsabschluß daher nicht zustimmen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Debatte Finanzen
=++++

22 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Verschuldung steigt im Eilzugstempo, kritisierte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Ein Finanzkonzept fehlt. Die Arbeitslosigkeit in österreich hat eine Höhe wie schon seit 23 Jahren nicht mehr erreicht. In Wien hat sich die Zahl der Arbeitslosen seit dem Vorjahr um fast 10.000 erhöht. Auf eine offene Stelle kommen sechs Arbeitssuchende. Beim Wiener Konferenzzentrum gebe es eine eigenartige Vergabepraxis, sagte Wöber. Die ARGE Universale/Hofman & Maculan/Wibeba/Neue Reformbau/Rauppach war zunächst Bestbieter und wurde nach politischen Interventionen aus Kärnten an die zweite Stelle gesetzt. Wiener Unternehmen gingen dadurch leer aus. Wöber stellte den ANTRAG, eine Volksabstimmung über die Beteiligung Wiens am Bau des Konferenzzentrums abzuhalten.

Die Verschuldungspolitik mit falschen Schwerpunkten vertut den letzten Budgetspielraum. Die Investitionsquote ist gesunken. Vom Wiener Budget gehen Jahr für Jahr weniger Beschäftigungsimpulse aus. Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zeichnet sich ab. Die Zahl der arbeitslosen Akademiker steigt. Chancen für zusätzliche Arbeitsplätze bieten Klein- und Mittelbetriebe. Notwendig ist eine Stadterneuerung mit Herz und Ideen. Die Zeit der Großprojekte ist vorbei. Großprojekte verschlingen Mittel, die für die Stadterneuerung und für die Strukturverbesserung notwendig wären. Die Stadterneuerung hat einen höheren Beschäftigungseffekt und bringt Folgenutzen statt Folgekosten.

Stadtrat MAYR meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort. Es sei nicht richtig, daß die Firmengruppe ARGE-Universale etc. Bestbieter war, da ihr Angebot nicht den Ausschreibungen entsprach. Es wurde gemäß der ö-Norm vorgegangen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Debatte Finanzen
=++++

23 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) verwies darauf, daß der Rechnungsabschluß die Gelegenheit gibt, zu überprüfen, ob eine richtige Politik gemacht wurde. Seit 1973 hat die SPÖ die alleinige Regierungsverantwortung und die Wiener Bevölkerung teilt offensichtlich nicht die Kritik der Opposition. Zu seinen Vorrednern sagte GR. Kneidinger, die Vorwürfe, daß der Schuldenberg zu hoch ist, sei irreführend. Es sei gelungen, die Verschuldung Jahr für Jahr zu verringern. Zum Vorwurf, daß für die öffentlichkeitsarbeit Mehrausgaben getätigt wurden, verwies Kneidinger darauf, daß allein für die Volkszählung und die beiden Volksbegehren mehr als 16 Millionen S benötigt wurden. Es sei außerdem eine Unterstellung, daß das Budget verschleiert werde.

Es ist gelungen, die Erhaltung der Vollbeschäftigung in Wien trotz der tristen internationalen Lage zu sichern. Dies geschehe auch durch die Förderung neuer Lehrplätze und durch die Innovationsförderung. Die Gründung des Wirtschaftsförderungsfonds als Anlaufstelle für Klein- und Mittelbetriebe hat sich bewährt.

In einem Vergleich mit anderen Städten zeigt sich, daß Wien, was die Verschuldung anbelangt, sehr günstig dastehe. Eine Politik der Panikmache sei daher nicht am Platz, die Bonität, die Wien auf dem internationalen Finanzmarkt genießt, zeigt das. Das ist ein Beweis für die verantwortungsbewußte Politik, die in dieser Stadt gemacht wird. Auch in den kommenden Jahren werden die Schwerpunkte der Arbeit die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die Stadterneuerung, die Sozial- und Gesundheitspolitik sowie öffentlicher Verkehr und Freizeiteinrichtungen sein. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Debatte Finanzen
=++++

24 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) kritisierte, daß der Anteil Wiens aus dem Finanzausgleich seit der Koalitionsregierung ständig zurückgegangen ist. Eine der entscheidenden Fragen, über die nun mit dem Bund eine Entscheidung herbeigeführt werden muß, sei das Problem der Mehrwertsteuer beziehungsweise des Vorsteuerabzugs bei Kindergärten und Horten. Für Wien geht es dabei um 90 Millionen, die nach dem Willen des Finanzministers nachgezahlt werden müssen. Soll auf dieser Basis der Kindergartenbeitrag erhöht werden, fragte Hahn? Der Bund dürfe nicht glauben, das Budget auf Kosten der Stadt Wien sanieren zu können. Er erhob den Vorwurf, daß der Bund bei wichtigen Chancen zur großflächen Stadterneuerung mit Grundflächen spekuliere.

Hahn erklärte, die Kritik am GM-Projekt und die Unterstützung für die Zanussi-Ansiedlung liege beim Anteil der geleisteten Förderung: Bei GM gab es 42 Prozent pro Arbeitsplatz, bei Zanussi nur 30 Prozent.

Hauptanlaß, den Rechnungsabschluß abzulehen, seien die sinkenden Investitionen um die steigenden Aufwendungen für Zinsen- und Schuldendienst. Seit 1971 ist der Anteil an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben von 38,9 Prozent auf 26,8 Prozent zurückgegangen. Die Ausgaben sind in dieser Zeit um mehr als 210 Prozent gestiegen, die Ertragsanteile jedoch nur um 150 Prozent. Dazu komme, daß der Bund den Ländern 386 Millionen Anteile vorenthalten habe, sagte Hahn. Probleme gebe es auch beim Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds. Es sei vordringlich, die Gesundheitspolitik außer Streit zu stellen.

Hahn brachte einen ANTRAG ein, die Forderungen und Verbindlichkeiten der Gemeinde Wien künftig detailliert im Rechnungsabschluß auszuweisen. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Debatte Finanzen
=++++

25 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Hinsichtlich Stadterneuerung und Wohnungsbau sei der Rechnungsabschluß zuwenig instruktiv, sagte Hahn weiter. Die ÖVP habe ihre Vorstellungen zur Stadterneuerung dargelegt, bis jetzt habe es darauf keine Antwort gegeben. Er nannte 240 Milliarden für die Stadterneuerung in den nächsten 18 Jahren, davon fehlten jedoch 100 bis 170 Milliarden. Die Rücklagen für Wohnbauförderung und große Wohnungsverbesserung seien in den letzten drei Jahren von 735 Millionen auf 1.464 Millionen gestiegen. Er BEANTRAGTE, diese Mittel teilweise für die Einführung einer Wohnstarthilfe zu verwenden, durch die junge Menschen zum Erwerb einer Eigentumswohnung, einer Genossenschaftswohnung oder für Investitionen im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Mietwohnung ein zinsengünstiges Darlehen bis maximal 100.000 Schilling erhalten sollen. Im Rahmen der Verhandlungen über ein neues Wohnbauförderungsgesetz 1983 soll darauf bereits entsprechend Bedacht genommen werden. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Debatte Finanzen
=++++

27 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Mit ihrer Ablehnung des Rechnungsabschlusses lehnt die Opposition auch die politische Zielsetzung der Stadtverwaltung ab und spricht sich wieder einmal gegen die Stadt Wien aus, stellte GR. EDLINGER (SPÖ) fest. Wie schon so oft hat die ÖVP erneut bewiesen, daß sie gegen Wien ist. So hat sie auch den Stadtentwicklungsplan ohne Diskussion abgelehnt und hält ihr negatives Stadtbild weiter aufrecht.

In wien konnten alle Ziele verwirklicht werden: Das soziale Netz wurde ausgebaut, die Stadterneuerung ging voran, die Wohnbauförderung wurde verbessert und die Grünpolitik erweitert. Außerdem wurde 1981 eine Summe von Maßnahmen gesetzt, mit dem Ziel, die Vollbeschäftigungspolitik zu erhalten. In den von der ÖVP jahrzehntelang vernachlässigten Gebieten wurden bewußt Strukturverbesserungen betrieben. Es gibt eine breite Palette von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, die sowohl kleine wie größere Betriebe umfaßt. Auch der Großbetrieb, den die ÖVP verteufelt, ist notwendig. Mit dem Begriff "Saurier" versucht die ÖVP, Angstgefühle in den Menschen zu erwecken.

Während der Antikampagne zum Konferenzzentrum hat die ÖVP den österreichern um 25 Millionen Dinge versprochen, die nie verwirklicht werden können. Viele Menschen haben das Volksbegehren unterschrieben, weil sie dachten, daß diese Wünsche wirklich erfüllt werden können. Dies sei eine unseriöse Politik, stellte EDLINGER fest. Auch wenn die Menschen den Vorteil von bestimmten Maßnahmen nicht sofort erkennen können, so sind die langfristig positiven Auswirkungen wichtig. Auch die ÖVP benötigt offenbar handfeste Beweise, um Vorteile einzusehen. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)
Utl.: Debatte Finanzen
=++++

28 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Edlinger wies auf das Spannungsverhältnis von direkter und parlamentarischer Demokratie hin. Die direkte Demokratie nimmt den Parteien oder der Regierung die Verantwortung nicht ab. Das Volksbegehren zum Konferenzzentrum wird respektiert, obwohl der ÖVP kein Mittel zu billig und zu schlecht war, um das Konferenzzentrum zu diskriminieren. GR. Edlinger deckte Widersprüche der ÖVP in ihren eigenen Wahlprogrammen auf. 1972 ist die ÖVP gegen die Donauinsel beziehungsweise sogar für eine Bebauung der Insel gewesen. 1978 trat sie für eine Verzögerung der Ausgestaltung der Insel ein. Zum Hafenausbau stellte die ÖVP fest, daß leistungsfähige Verkehrsanschlüsse geschaffen werden sollten und der Hafen mit der notwendigen technischen Infrastruktur auszustatten sei. Produktionsbetriebe sollen in Hafennähe entstehen. Heute fällt der Hafen bei der ÖVP unter das Thema "Saurier". Aus der Kritik und aus der Ablehnung zum Rechnungsabschluß ist die feindselige Haltung der Wiener ÖVP zur Stadt zu spüren, meinte Edlinger. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)
Utl.: Debatte Finanzen
=++++

29 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) In einer kurzen Stellungnahme zu den Ausführungen von GR. EDLINGER (SPÖ), sagte Stadtrat MAUTHE (ÖVP), daß der Begriff Stadtreparatur von den Berliner Sozialisten geprägt worden ist und wies Angriffe, er publiziere wienfeindliche Beiträge, zurück.

Stadtrat NEUSSER (ÖVP) sagte, er lasse die ÖVP nicht als Neinsagerpartei denunzieren. Die ÖVP war nie gegen die Ansiedlung von GM in Wien, nur gegen die bevorzugte Subventionierung dieses Unternehmens. In der Frage der Stadterneuerung ist die ÖVP dafür, auch Private einzuschalten. Was das Konferenzzentrum betrifft, so bezweifeln nicht nur ÖVP-Politiker den angegebenen Beschäftigungseffekt. Weit über 90 Prozent aller Beschlüsse im Gemeinderat werden einstimmig gefaßt: Daß die ÖVP für kooperatives Arbeiten ist, zeigt auch ihre Zustimmung zu den kommenden Beschlüssen bezüglich der Garagenförderung, der Lehrplatzförderung und der Aktionen für wassersparende Maßnahmen.

Neusser bezeichnete die Wirtschaftslage als wesentlich verschlechtert und wies auf seiner Meinung nach wirtschaftsfeindliche Tendenzen in Teilorganisationen der SPÖ hin, wobei auch die Sozialpartnerschaft in Frage gestellt wird.

Die heimische Wirtschaft muß lernen, mit einem verminderten Wachstum zu leben und der Konkurrenz der Schwellen- und Entwicklungsländer mit einer verbesserten Technologie entgegenzutreten, um den Lohnkostenfaktor auszugleichen.

Auch er sei für eine Politik der Vollbeschäftigung. Erfolge können jedoch nur auf der Basis gemeinsamer Anstrengungen aller erreicht werden, wobei jeder vom anderen annimmt, daß er es gut meint. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Debatte Finanzen
=++++

30 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR nahm zu einer Reihe von aufgeworfenen Fragen Stellung. Die zusätzliche Verschuldung macht Jahr für Jahr einen geringeren Prozentsatz aus. Das Hafenkonzept sieht zwei Ausbaustufen vor, wobei für die erste der Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals noch keine Rolle spielt.

Mit der Förderung von General Motors wurde versucht, eine auf dem Arbeitsmarkt in der Metallindustrie erkennbare Entwicklung rechtzeitig zu stoppen. Es sei unverständlich, sagte Mayr, daß dieses Projekt, durch welches 3.300 Arbeitsplätze in Wien geschaffen werden, ständig verteufelt werde. Diese dauernde Polemik kann großen Schaden anrichten, weil es für kein Unternehmen erfreulich ist, ständig im Kreuzfeuer politischer Auseinandersetzungen zu stehen. Für die Entwicklung des Gewerbes ist eine gute gewerbliche u n d industrielle Struktur notwendig.

Mit einer konservierenden Politik allein kommen wir nicht weiter. Ein Großprojekt wie die U-Bahn verwandelte die Umwelt in der Inneren Stadt und in Favoriten zugunsten der Menschen. Großprojekte generell als menschenfeindliche "Saurier" zu denunzieren, ist deshalb falsch. Es geht nicht um die Größe eines Projekts, sondern um seine Nützlichkeit.

Der Anteil Wiens an der Stadterneuerungsmilliarde ist mit 57,5 Prozent sehr hoch. Beim Anteil der gemeinschaftlichen Bundesabgaben am Wiener Budgetrahmen wirkten sich die beiden letzten Volkszählungen aus. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Debatte Finanzen
=++++

31 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Bei den Nordbahngründen, sagte MAYR, betragen allein die Absiedlungskosten 600 Millionen, was natürlich eine schwere Belastung darstellt. Mit Grundstücksspekulation hat dies jedoch nichts zu tun. Bezüglich der Rennwegkaserne fanden überhaupt keine Preisverhandlungen statt, da das Finanzministerium einen Verkauf dieses Grundstücks ablehnt.

Die Einführung der Parkometergebühr mußte gegen die Stimmen der ÖVP beschlossen werden. Erst durch diese Einnahmen wurde eine längerfristige Garagenförderung möglich. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Debatte Finanzen
=++++

32 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. WÖBER (ÖVP), nahm zu den Ausführungen von Stadtrat MAYR Stellung und verwies auf die großen Probleme des Wiener Arbeitsmarktes. Hier werden längerfristige Fragen zu lösen sein, die drohende Jugendarbeitslosigkeit und die mit der Rationalisierung der Industrie verbundenen Probleme. Bisher sei es gelungen, im tertiären Bereich zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Sobald aber der Dienstleistungsbereich gesättigt ist, stellt sich die Frage, wo die benötigten Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden können. Hier bieten sich nach Meinung der ÖVP die Klein- und Mittelbetriebe an, sie könnten sich den Markt besser anpassen. Daher dürfe man das Gewerbe nicht vernachlässigen. Für Wien wäre der Weg richtig, der mit dem Wirtschaftsförderungsfonds begonnen wurde. Wien braucht ein wirtschaftsfreundliches Klima.

Die Stadterneuerung sei für die ÖVP eine echte Alternative zum Konferenzzentrum. Er bedauere, daß die Stadterneuerung vernachlässigt werde, denn sie sei eine echte Chance für die Wirtschaft und die Bewohner von Wien. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)
Utl.: Debatte Wohnen
=++++

35 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Teure Kredite führten zu einem Anstieg der Wohnungskosten, es galt daher, das Wohnen wieder billiger und für sozial Schwächere erschwinglich zu machen, sagte Stadtrat HATZL (SPÖ). Er erinnerte daran, daß auf seine Initiative 100 Millionen zur Zinsenstützung aus dem Bereich der Wohnbauförderung freigemacht wurden, um die Kosten neuer Wohnungen in tragbaren Grenzen halten zu können. Das Landesdarlehen für Neubauten wurde angehoben, wodurch die Mietzinse deutlich gesenkt wurden. 1981 konnten 6.247 Wohnungen und 53 Geschäftslokale gefördert werden, darunter sind 2.025 Wohnungen, die die Stadt Wien selbst errichtet. Zu Jahresende waren in Wien nahezu 7.000 Wohnungen in Bau. Täglich waren durchschnittlich 2.400 Arbeiter auf Baustellen der städtischen Wohnbauten beschäftigt, und nocheinmal soviele wurden für Wohnungsinstandsetzungen eingesetzt. Damit wurden nicht nur wichtige Maßnahmen für die Bauwirtschaft, sondern auch für die Arbeitsplatzsicherung geleistet. Für die Sicherung der Arbeitsplätze und die Bauwirtschaft sind aber auch das Sonderwohnbauprogramm und das neue Mietrecht besonders wichtig. Mehr Aufträge als je zuvor können an Klein- und Mittelbetriebe vergeben werden.

Die Stadt Wien wird 2280 Wohnungen im Rahmen des Sonderwohnbauprogramms fördern. Diese Zahl ist so hoch, weil einige Bundesländer die Möglichkeit aus politischen Gründen nicht nutzen. In Wien werden insgesamt 8200 Wohnungen gefördert werden. (Forts.)
and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)
Utl.: Debatte Wohnen
=++++

36 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Erstmals wurden 1981 städtische Althäuser zur Selbstinstandsetzung vergeben, sagte HATZL weiter, vor allem ist aber entscheidend, daß bei der Wohnungsvergabe immer mehr junge Familien bzw. immer mehr junge Menschen berücksichtigt werden: 60 Prozent aller vergebenen Wohnungen gingen an junge Menschen. Verbesserungen gab es auch bei der Wohnbeihilfe. Im Bereich des Wohnungsverbesserungsgesetzes wurden 12.791 Fälle mit einem Darlehensvolumen von 783 Millionen zugesichert. 17.486 Wohnungen erhielten Verbesserungen der Wasser-, Strom- und Gasinstallationen, Heizungen und Badeanlagen. Drei Milliarden Schilling wurden an Wohnbauförderungsdarlehen ausbezahlt, bei den Annuitätenzuschüssen waren es 727 Millionen.

Hatzl berichtete dann über die Tätigkeit der MA 25 und erläuterte, daß aus dem Titel der Wohnbauförderung 1968 455 Anträge mit einer Kostensumme von 5,4 Milliarden in bautechnischer Hinsicht geprüft wurden. Für 10 fertiggestellte Wohnhausanlagen mit insgesamt 2800 Wohnungen waren Rechnungen in Höhe von eineinhalb Milliarden zu überprüfen. Daß bis Jahresende nicht alle eingelangten Paragraph 7- und Paragraph 8-Anträge aufgearbeitet werden konnten, liegt daran, daß sehr viele ohne entsprechende Unterlagen eingebracht wurden, die nun nach und nach vervollständigt werden. Von den Schlichtungsstellen und Gerichten langten 3990 Anträge zur Bearbeitung ein. Hatzl trat damit Vorwürfen entgegen, die in letzter Zeit gegen die MA 25 erhoben worden waren. Weit mehr als die Hälfte kommunaler Wohnbauten entstehen im dichtbebauten Gebiet. Stadterneuerung gehe jedoch weit über Wohnbau und Wohnungsverbesserung hinaus. Die Summe dieser Maßnahmen habe im Jahre 1981 nahezu 12 Milliarden ausgemacht. "Der soziale Wohnbau, vor allem der kommunale Wohnbau hat der Wiener Bevölkerung weitgehende Verbesserungen gebracht. Er hat sich in einem Ausmaß bewährt, das eigentlich jeden Politiker dieser Stadt verpflichten müßte, uneingeschränkt für den kommunalen Wohnbau einzutreten", formulierte Hatzl. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Debatte Wohnen
=++++
37 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Dies bedürfe nicht nur Lippenbekenntnissen, sondern auch tatkräftiger Unterstützung und Außerstreitstellung von Projekten, vor allem im gewidmeten Bauland, ergänzte Hatzl.

Zwtl.: "Neue Eigenheime" in Schwierigkeiten

Er habe festgestellt, sagte Hatzl, daß sich die "Neue Eigenheime" gegenwärtig in keiner geordneten Vermögens- und Kapitalslage befinden. Der Vorstand sei seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Er, Hatzl, habe daher veranlaßt, daß derzeit keine Förderungsmittel bewilligt und auch freigegebene Beträge nicht ausbezahlt werden, bevor ein Überblick über den Umfang der Probleme gewonnen werden kann. Es seien jedenfalls große Schwierigkeiten für die Wohnungsbesitzer zu befürchten.

Die Frage der Kontrolle von Wohnbaugesellschaften müsse eingehend diskutiert und auf gesetzlicher Ebene fixiert werden, führte Hatzl weiter aus.

Hatzl wies schließlich auf eine Verbindung von der WBO zu einem Wiener Wohnbauträger hin. Er habe veranlaßt, daß für diesen vorerst die Mittel gesperrt werden. Bei einigen anderen habe er verlangt, daß die Bücher durch einen Wirtschaftsprüfer kontrolliert werden.
(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Debatte Wohnen
=++++

38 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Sieben Punkte, um im Wohnbau neue Wege zu gehen, hob GR. KUCHAR (FPÖ) hervor:

1. Voraussetzung für eine gute Wohnungspolitik ist ein funktionierender Bodenmarkt mit einer angemessenen Bodenvorratspolitik.
2. Durch ein marktkonformes Mietrecht soll Wohnraum zu entsprechenden Preisen auf den Markt gebracht werden.
3. Die Vergabe von kommunalen Wohnungen soll nach einem Punktesystem erfolgen.
4. Bei den gemeinnützigen Wohnbauträgern sollen die Wohnbauförderungsmittel direkt an die künftigen Mieter ausbezahlt werden. Förderungsmittel sollen auch privaten Wohnbauträgern gewährt werden. Wohnbauträger sollen jedoch nur dann Förderungsmittel erhalten, wenn sie Fertigstellungstermine und Fixpreise garantieren. Alle Geldbeträge sollen auf ein Sperrkonto eingezahlt werden, über das die Wohnbauträger nur über einen Treuhänder verfügen können.
5. Wohnungseigentum soll auch im Leasing-Verfahren beziehungsweise durch Kaufmiete erworben werden können.
6. Vor Beginn von Instandsetzungsarbeiten sollen Zivilingenieure den Bauzustand der Häuser und der Wohnungen überprüfen.
7. Wohnungs-Finanzierungsprobleme sollen durch eine verbesserte Bausparförderung sowie durch steuerliche Erleichterungen gelöst werden.

GR. Kuchar kritisierte die hohen Mietenbelastungen bei neuen Gemeindewohnungen sowie die gemeinnützigen Wohnbauträger, die so - Kuchar - teurer bauen als private. Die "Gemeinnützigen" seien in vielen Fällen Mittel zum Selbstzweck geworden, um politische Macht über Menschen auszuüben oder politische Mehrheiten zu stützen. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Debatte Wohnen
=++++

39 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Peter MAYR (ÖVP) betonte die gemeinsame Sorge aller Parteien um das Wohnen zu vertretbaren Preisen. Was die ÖVP jedoch von der SPÖ unterscheidet, ist das Eintreten für das Wohneigentum. Auch bei der Stadterneuerung tritt die ÖVP dafür ein, durch ein gemeinsames Vorgehen mit den Eigentümern und den Mietern eine Lösung zu suchen.

Nach einer wissenschaftlichen Studie, die an der TU Wien ausgearbeitet wurde, werden im Jahr 2000 ein Sechstel aller Wiener Gebäude abbruchgefährdet sein, sagte Mayr. Es gelte also, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Gefährdung vorzubeugen. Immerhin stammen mehr als ein Drittel der Gebäude Wiens aus der Zeit vor 1919. Als Motiv, sich in dieser Sache zu engagieren, nannte Mayr die Schaffung des Eigentums. Dem stehe die eigentumsfeindliche Haltung der SPÖ gegenüber, die ein Abwandern der leistungsfähigen Bevölkerungsschichten, in das Wiener Umland zur Folge hat.

Mayr sprach sich auch für die Mitsprache der Mieter bei der Ausgestaltung neuer Wohnungen und für vermehrte Bemühungen um architektonische Qualität bei Neubauten aus. Abschließend betonte er nochmals, daß die Finanzierung der Stadterneuerung in Wien nur unter Beteiligung sowohl der Hauseigentümer als auch der Mieter möglich sein werde. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)
Utl.: Debatte Wohnen
=++++

40 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Seit Jahren gibt es bei Gemeindewohnungen Bauzeitüberschreitungen, sagte GR. Ing. KREINER (ÖVP). Er stellte die Frage, warum vertraglich ausbedungene Bauzeiten nicht eingehalten werden?

Zum neuen Mietrecht meinte Kreiner, daß die Sanierung von Althäusern mittels des Erhaltungsbeitrages meist nicht möglich sein werde. Das Recht auf Abrechnung ist nicht neu, es wurde den Mietern bisher nur vorenthalten. Mietzinsbeihilfen sind Steuergeld, die durch die Mietenanhebungen noch reichlicher werden fließen müssen. Am meisten betroffen sind jene, die knapp über den Einkommensgrenzen liegen und deshalb keine Beihilfen bekommen. Derzeit gibt es bei den Gemeindewohnungen ausstehende Mieten in der Höhe von 44,8 Millionen Schilling. Wie hoch werden die Außenstände in Zukunft sein?

Kreiner stellte die Frage, warum sich Wien als einziges Bundesland gegen die Einführung der Behinderten-ö-Norm ausgesprochen hat. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Debatte Wohnen
=++++

41 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) bezeichnete den Wohnbau als Grundelement der Familienpolitik. Der Wohnhausbau bedeute aber auch einen großen Wirtschaftsfaktor. Der überwiegende Teil der Bauarbeiter ist in den Bereichen Wohnbau und Erhaltungsarbeiten beschäftigt. Künftig werden es noch mehr sein.

Die Kritik der ÖVP an den Rücklagen wies Hofstetter zurück. Die Fondsverwaltung muß die Beträge, die zugesichert wurden, bereits halten. Daher gibt es Rücklagen, das ist eine ordnungsgemäße Gebarung.

Die Sozialdemokraten haben den sozialen Wohnbau ins Leben gerufen, sagte Hofstetter. Heute steht der soziale Wohnbau nicht mehr zur Diskussion. Die Grundidee der öffentlichen Förderung für den Wohnbau ist heute nicht mehr umstritten. "Wir Sozialisten sind in erster Linie für die Schaffung von Wohnraum, die ÖVP möchte immer nur eine öffentliche Förderung zur Eigentumsbildung. Für mich", betonte Hofstetter, "ist Freiheit mehr als Eigentum". Die Behauptung, daß bei Eingentumswohnungen eine größere Mobilität gegeben sei, stimmt nicht. Die Genossenschaftswohnung fördert die Mobilität viel mehr.

Die Idee, Gemeindewohnungen ins Eigentum zu übertragen lehnte Hofstetter ab. "Nicht der Meistbietende, sondern der Bedürftige soll eine Wohnung erhalten". Auch die Behauptung, daß Private billiger bauen als Gemeinnützige Wohnungsträger sei durch nichts bewiesen. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)
Utl.: Debatte Wohnen
=++++

42 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HOFSTETTER befaßte sich ausführlich mit der Frage der "halbfertigen" Wohnungen. Er habe Berechnungen durchgeführt und festgestellt, daß bei derartigen "nicht ausgestatteten Wohnungen" für den Wohnungswerber kein finanzieller Nutzen verbunden sei. Er werde daher auch der Gemeinde Wien davon abraten, halbfertige Wohnungen ins Gemeindewohnbauprogramm aufzunehmen. Die Ersparnis betrage maximal 70 Groschen pro Quadratmeter im Monat, dafür beziehe der Wohnungswerber eine Wohnung, der keinen Fußboden, keine Malerei, kein Badezimmer und keine Küche beinhaltet. Gerade die wirtschaftlich Schwächeren könnten sich daher eine solche halbfertige Wohnung gar nicht leisten. Eine echte Kostenersparnis im Wohnhausbau sei möglich bei einer guten Planung. Die Einsparung von drei Quadratmeter Wohnfläche bei durchdachter Planung bringe rund 30.000 S Ersparnis bei den Errichtungskosten. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)
Utl.: Debatte Wohnen
=++++

44 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Mit der Konstruktion des neuen Mietengesetzes mache man sich an die Geldbörsen der Bevölkerung heran, kritisierte GR. UHL (öVP). Für unzählige Familien bedeute das einen Verarmungseffekt und führe zu großen Problemen. Die öVP war nie mit der unsozialen Politik des Zugriffs auf die Geldbörsen einverstanden. StR. HATZL habe gesagt, daß die im Jahr 1981 durchgeführten Reperaturen 700 Millionen gekostet habe; dieser Betrag werde durch Steuererhöhungen hereingebracht. Es habe Unzukömmlichkeiten bei Ausschreibungen gegeben; die Magistratsdirektion habe eine Weisung über die Durchführung von Ausschreibungen erlassen, sie wurde jedoch nicht befolgt. Für Arbeiten an einer Feuerwehrstation wurden ursprünglich 10,5 Millionen präminiert. Vor drei jahren wurde damit begonnen, sie wurden aber bis heute nicht abgeschlossen. Nun wurde der Ansatz um etwa 2,5 Millionen erhöht. Für diese Angelegenheit sollte sich StR. HATZL interessieren. Uhl kritisierte auch Preiserhöhungen bei anderen Projekten während der Durchführung. In der Summe mache das sicher 100 Millionen aus. Von StR. HATZL verlangte er, das Ideologische in den Hintergrund zu stellen und mehr zu kontrollieren. "Wir sind nicht Ihre Gegner, sondern Ihre Partner, wenn es um politische Verantwortung geht", schloß UHL. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)
Utl.: Debatte Wohnen
=++++

45 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Das Eigentrumsstreben ist tief verwurzelt im menschlichen Wesen, daher hat die Eigentumswohnung bei den Wünschen "des kleinen Mannes" den Vorrang vor der Mietwohnung, stellte GR. Dkfm. Dr. EBERT (ÖVP) fest. Der Werber einer Eigentumswohnung muß auch einen Vermögensnachweis erbringen, um eine Wohnung zu erhalten. Ein Vorteil der Eigentumswohnung: Der Tausch in eine andere Wohnung ist viel leichter als bei Mietwohnungen. Über Kontrollmöglichkeiten bei Eigentumswohnungen könne man gemeinsam diskutieren. Seine Fraktion verwehre sich jedoch, daß das Eigentum desavouiert wird.

Die Wohnbauförderungsmittel sollen gleichmäßig das ganze Jahr über verteilt werden. Ein Problem ist das laufende Steigen der Subjektförderung, das die Möglichkeiten des Neubaues verringert. Das Konferenzzentrum sei eine Prestigefrage des Bundeskanzlers. Ein wirtschaftlich denkender Mensch könne nicht für das Konferenzzentrum sein. Ein weiteres Problem sind ältere Menschen in den oberen Stockwerken von Privathäusern. Sie erhalten keinen Vormerkschein und haben keine Möglichkeit zur Umsiedlung. Den älteren Menschen, die diese Stadt aufgebaut haben, soll in der Wohnungspolitik mehr Beachtung geschenkt werden. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)
Utl.: Debatte Wohnen
=++++

46 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Rosa HEINZ (SPÖ) verwies darauf, daß die Sozialisten in Wien seit sechs Jahrzehnten darum bemüht sind, den Menschen zu ordentlichen Wohnungen zu verhelfen. Wien hat in diesem Zeitraum 200.000 Wohnungen gebaut und das ist eine Gigantomanie, die den Wienern zugute kommt. Ebenso gigantisch für alle, die keine Wohnung haben, sind Projekte wie das, das derzeit auf den MIAG-Gründen verwirklicht wird, wo mehr als 500 Wohnungen gebaut werden.

Heinz bekannte sich aber auch zur verstärkten Hinwendung zur Stadterneuerung und wies darauf hin, daß die Fortschreibung des Wiener Wohnbauprogrammes in den kommenden Jahren hauptsächlich Kleinprojekte und Lückenverbauungen vorsieht. Überdies, so Heinz, gibt es viele "Kleinigkeiten", die zur Verbesserung der Wohnstrukturen beitragen: so etwa die Aufzugseinbauten in Gemeindehäusern, die eine große Hilfe für ältere Menschen bedeuten oder verschiedene Verbesserungen an der Infrastruktur, wie Kindergärten und Ordinationen. Zur Forderung der ÖVP nach mehr Wohnungseigentum sagte Heinz, daß überhaupt erst die SPÖ die Voraussetzungen geschaffen hat, daß so viele Menschen Eigentum erwerben können. Zur geforderten Motivation für Mieter und Hausbesitzer, sich an der Stadterneuerung zu beteiligen, bemerkte sie, daß die gebotenen Möglichkeiten von den Hausherren nicht angenommen werden.

Abschließend betonte die Rednerin, daß die Sozialisten seit sechs Jahrzehnten das Wohnen als Grundbedürfnis des Menschen ansehen. Es wurde in diesem Zeitraum viel geschaffen und es wird noch viel zu schaffen sein, wobei der Stadterneuerung in Form von Neubau, Verbesserung und Instandhaltung in nächster Zeit besonderes Augenmerk zu schenken sein wird. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)
Utl.: Debatte Wohnen
=++++

47 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Man gewinnt den Eindruck, sagte GR. Dr. PETRIK (ÖVP), daß die "sanfte Stadterneuerung" ein Deckname für eine verzögerte Stadterneuerung ist. Die Ankündigung von Bürgermeister GRATZ, jährlich 12 Milliarden Schilling für die Stadterneuerung aufzuwenden, war in Wirklichkeit ein "Rundgang" durch das Budget. Für die Revitalisierung der Häuser und für echte Stadterneuerung geschieht noch zu wenig.

Warum wurde die Forderung nach Objektivierung der Wohnungsvergabe und nach mehr Transparenz nicht erfüllt, fragte Petrik. Viele Menschen in Wien können sich Gemeindewohnungen bereits nicht mehr leisten, weil die Belastungen zu hoch sind. Viele alte Menschen haben im vergangenen Winter in ihren Wohnungen gefroren. Eine gezielte Heizkostenbeihilfe ist notwendig. Petrik kritisierte, daß Menschen, die in verschiedenen Häusern leben, bei der Wohn- bzw. Mietzinsbeihilfe unterschiedlich behandelt werden.

Er brachte einen ANTRAG ein, in Zukunft Wohnungen in Althäusern der Gemeinde Wien, die zum Abbruch vorgesehen sind und bis dahin einige Zeit leerstehen, sich aber in einem bewohnbaren Zustand befinden, vorübergehend prekaristisch an Personen, die dies wünschen, zu vergeben. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)
Utl.: Debatte Wohnen
=++++

48 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL meinte zum Antrag von GR. Dr. PETRIK (öVP), daß es bereits zahlreiche prekaristisch vermietete Wohnungen gebe. Auch mit der Wiener Hochschülerschaft habe er bereits Gespräche geführt, daß man zum Abbruch bestimmte Projekte Studenten zur Verfügung stellen könnte. Für Familien könne er sich aber eine derartige Lösung nicht vorstellen.

Zu dem Vorwurf, daß hohe Mietzinsschulden registriert werden, sagte Hatzl, der Rückstand liege unter zwei Prozent. Zum Stichtag wurden nur die verbuchten Eingänge berücksichtigt. Da auch die noch nicht erledigten Verlassenschaften und Mietzinsrückstände bei Räumungsklagen zu berücksichtigen seien, dürfte der echte Mietzinsrückstand bei der Promillegrenze liegen.

Den Vorschlag, Heizkostenbeiträge aus der Wohnbauförderung zu bezahlen, lehnte Hatzl ab. Für die soziale Schächeren gebe es aber immer Hilfe beim Sozialamt. Die öVP-Alternative zu den hohen Wohnbaukosten, das sogenannte Kletterdarlehen sei keine echte Erleichterung, da die Rückzahlungskosten in den letzten Jahren nach diesem System enorm hoch seien. Alle Hilfen für Wohnungssuchende, die in letzter Zeit von der SPö vorgeschlagen worden seien, stoßen auf die Kritik der Volkspartei, sagte Hatzl und zählte auf: Steuer auf leerstehende Wohnungen, Startwohnungsgesetz, Sonderwohnbauprogramm, Altstadterhaltungsgesetz. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)
Utl.: Debatte Wohnen
=++++

49 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL wies die Vorwürfe von GR. KREINER (öVP) bezüglich der Bauzeitüberschreitungen zurück. Solche Überschreitungen seien nur kurzfristig und auf praktische Gegebenheiten zurückzuführen. So könne zum Beispiel bei einem vorgesehenen Baubeginn im November zu Beginn der besseren Jahreszeit sofort mit dem Bau begonnen werden.

Zur Kritik von GR. UHL (öVP), daß das Geld für Reparaturen im alten AKH zum Fenster hinausgeworfen sei, meinte Hatzl, daß sich eben Defekte nicht vorher ankündigen. Die Reparaturkosten für das alte AKH bewiesen, wie nötig das neue AKH sei.

StR. Hatzl griff auch das Problem des Geschäftemachens mit geförderten Eigentumswohnungen auf. Hier schließe er sich der Meinung von GR. HOFSTETTER (SPö) vollinhaltlich an.

Die öVP sei gegen die Erhaltungsbeiträge und das neue Mietrecht. Gerade diese neuen Bestimmungen aber bieten eine menschlich günstigere Lösung für Reparaturen und Erhaltungsarbeiten. Er sei glücklich darüber, den alten Paragraph 7 als die viel teurere Lösung nicht mehr anwenden zu müssen. Er trete für Stadterneuerung und für Großprojekte ein, weil damit die Stadt weiter liebens- und lebenswert bleibe. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (37 a)
Utl.: Debatte Wohnen
=++++

50 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Zum Vorwurf von Stadtrat HATZL, die ÖVP sei in verschiedenen Fragen zwei- oder dreigesichtig und habe kein Programm, wies GR. HAHN (ÖVP) darauf hin, daß ÖVP-Anträge seit neun Monaten nicht behandelt würden. Warum hat Hatzl hier nicht zu den Konzepten der ÖVP Stellung genommen? Hahn stellte fest, daß die durchschnittliche Bauzeit weiter gestiegen ist und nun laut Kontrollamtsbericht bei 32 1/2 Monaten liege. Von 6.542 Gemeindewohnungen, die 1981 begonnen wurden, betrug bei 2.652 der Zeitraum zwischen Sachkreditgenehmigung und Baubeginn ein halbes Jahr bis zu zwei Jahren. Für 628 Wohnungen in der Gerasdorfer Straße (Sonderwohnbauprogramm) war bisher keine Baubewilligung vorhanden. Wie ernst sind also die Beschlüsse des Gemeinderates zu nehmen?

Zu den Ausführungen über die "Neue Eigenheime" erklärte Hahn, ER sei es gewesen, der vergangenen Freitag den zuständigen Senatsrat informiert und ersucht habe, die Mittel für alle laufenden Projekte zu sperren, nachdem er erfahren hatte, daß dort mit Schwierigkeiten zu rechnen ist.

StR. HATZL erläuterte, daß der Sachkredit jeweils noch vor der Ausschreibung genehmigt wird. Bei einigen Projekten gebe es Schwierigkeiten - durch Umplanungen versuche man, finanzierbare Baukosten zu erreichen. Betreffend das Projekt Gerasdorfer Straße sagte er, daß im entsprechenden Gesetz eine Baubewilligung vor der Einreichung zum Sonderwohnbauprogramm nicht vorgeschrieben ist. Hinsichtlich der "Neue Eigenheime" fragte Hatzl, warum Hahn nicht ihn, sondern die Abteilung informiert hat. Der Dachverband der "Gemeinnützigen" hat den Bericht am 23. Juni abgeschickt, Hatzl hat ihn erst heute erhalten, aber Delegierte der ÖVP im Verband wußten sicher früher davon. "Ich kann mir vorstellen, daß man sich bemüht hat, sagen zu können, wir waren es, die etwas gemacht haben", sagte Hatzl. Zahlreiche Eigentumswerber in mehreren Bezirken würden in wenigen Wochen ihr Geld verloren haben. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)
Utl.: Debatte Stadtplanung
=++++

51 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtplanung als geistige Bewältigung bestimmter Probleme erörterte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER. Die Planung hat die Aufgabe, Zukunftsentwicklungen in den Griff zu bekommen. Sie braucht Kontinuität und Sicherheit. Sie erfordert aber auch Phantasie und Kreativität. Die Schwerpunkte der Geschäftsgruppe Stadtplanung lagen 1981 in

o der Fertigstellung des Stadtentwicklungsplanes und der Ausstellung "Wien 2000",
o der Durchführung und Auswertung der Volkszählung,
o der Intensivierung der Stadtteilplanung,
o der Fortführung der generellen Verkehrsplanung,
o der Ausarbeitung des Landschaftsrahmenplanes,
o der Neuorientierung der Wohnbauplanung und
o der Ausarbeitung von Ideenwettbewerben.

Der Stadtentwicklungsplan enthält keine Maßnahmen, sondern Leitziele für die Funktion Wiens als Großstadt, Hauptstadt und als dritte UNO-Stadt. Der Stadtentwicklungsplan beinhaltet gesellschaftspolitische Ziele. Die Frage nach seiner Finanzierbarkeit ist nicht relevant. Hätte man 1948 die Kosten des Wiederaufbaues berechnet, wäre der Aufbau der Stadt allen als nicht finanzierbar erschienen.

Die Großzählung 1981 stellte große Anforderungen an die Zählorgane, aber auch an die Bevölkerung. Sie ist die bisher umfassenste Volkszählung seit 1869.

Eine neue Form der Planung, die heute bereits Selbstverständlichkeit geworden ist, ist die Stadtteilplanung. Sie wird mit der Bevölkerung gemeinsam betrieben und ist daher besonders effizient. Stadtrat Wurzer nannte eine Reihe von Straßenplanungen, von Bezirkskonzepten sowie Oberflächenplanungen, die 1981 fertiggestellt oder begonnen wurden. Das Radwegegrundnetz steht kurz vor seiner Realisierung. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)
Utl.: Debatte Stadtplanung
=++++

52 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Der Landschaftsrahmenplan ist ein Teilplan des Stadtentwicklungsplanes und gilt für den Bereich des nichtbebauten Stadtgebiets, sagte Stadtrat Wurzer. Auf Grund dieses Planes kann eine ausbalancierte Grünflächenpolitik betrieben werden. Die Konflikte zwischen ökologie und ökonomie werden analysiert. Die neue Wohnbauplanung orientiert sich stärker an den Wünschen der Mieter. In den letzten sechs Jahren gab es eine wesentliche Reduzierung von Kleinwohnungen zugunsten von großen, qualitativ gut ausgestatteten Wohnungen. Auch die Opposition müsse zur Kenntnis nehmen, daß es in Wien keine Slums gibt. Bei den Ideenwettbewerben hat es bereits gute Ergebnisse gegeben. Wie zum Beispiel beim Wettbewerb Gräf-und-Stift-Gründe und beim Wettbewerb Breitenfurter Straße.

Die Stadtentwicklungsplanung erfordert ein Denken in Entwicklungsprozessen. Gab es früher Entscheidungen dafür oder dagegen, muß der Politiker heute in Alternativen denken. Die Voraussetzung dafür ist ein fundierter Stadtentwicklungsplan. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)
Utl.: Debatte Stadtplanung
=++++

53 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) stellte die geänderte, zu ökologie hinneigende Denkweise in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Während in den letzten Jahrzehnten keine Rücksicht auf die Umwelt genommen wurde, stellt das geänderte Umweltbewußtsein jetzt auch neue Anforderungen an die Stadtplanung. Das bedeutet nicht reines Konservieren, sondern eine Planung nach anderen Kriterien. Dabei bezeichnete Pawkowicz die Zeitspanne zwischen Planung und Realisiserung als wesentliche Ursache dafür, daß heute bereits veraltete, umweltfeindliche Projekte noch immer in das Stadium der Ausführung gelangen. Pawkowicz brachte deshalb den ANTRAG ein, alle bereits projektierten und beschlossenen Vorhaben vor Baubeginn nochmals zu überprüfen und abzuändern, wenn es der Umweltschutz erfordert.

Zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung Wiens sagte Pawkowicz, daß die Abwanderung erst dann gestoppt werden kann, wenn wieder der Eindruck entsteht, daß es attraktiver ist, IN Wien zu leben, als in der Umgebung der Stadt. Diese Entwicklung erfordert auch die Schließung des Wald- und Wiesengürtels. In einem ZWEITEN BESCHLUSSANTRAG forderte Pawkowicz den Abschluß der dafür notwendigen Flächenwidmungspläne innerhalb von zwei Jahren.

Als positiv wertete Pawkowicz den politischen Konsens in wesentlichen Planungsfragen, wie er sich im Wettbewerb Donaustadt 2000 niederschlägt. Es ist zu hoffen, schloß Pawkowicz, daß die Ergebnisse dieses Wettbewerbs einmal verwirklicht werden und daß derartige, von allen politischen Kräften getragenen Planungen auch für andere Bereiche der Stadt möglich sind. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)
Utl.: Debatte Stadtplanung
=++++
54 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Unsere große Sorge ist das Grün im dichtverbauten Gebiet, sagte GR. GLÜCK (ÖVP). Er erinnerte an einen Antrag der ÖVP auf Schaffung eines "Beserlpark-Fonds", der von der SPÖ abgelehnt wurde. Erst 1981 erfolgte die Freigabe von städtischen Rasenflächen, nachdem die ÖVP schon 1964 einen diesbezüglichen Antrag gestellt hatte. Der Rechnungsabschluß 1981 zeigt, daß für die Errichtung und Ausgestaltung von Grünflächen, Parks, etc. im dichtverbauten Gebiet zu wenig getan wurde. Zur Rettung der Bäume ist ein Verbot der Salzstreuung notwendig. Glück wandte sich gegen den Kronenschnitt der Bäume. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)
Utl.: Debatte Stadtplanung
=++++

55 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEISLER (SPÖ) bezeichnete den U-Bahn-Bau, der 1969 begonnen wurde, als eine der größten städtebaulichen Leistungen in Wien. Erst die Errichtung der U-Bahn hat die Chance geboten, verkehrsarme Zonen und Fußgängerzonen wie die Kärntner Straße und die Favoritenstraße, zu schaffen. Die Fußgängerzone im Zentrum hat sich bewährt, die Wiener haben von ihr Besitz ergriffen. Die Aussperrung der Autos hat nicht geschadet, sondern das Geschäft belebt.

Auch die Planung für die Gestaltung des Karlsplatzes hat sich bewährt. Es entstand eine Lösung, die heute vom Großteil akzeptiert wird.

Eine völlige Neugestaltung des öffentlichen und privaten Verkehrs ergab sich im Bereich Praterstraße - Praterstern - Lassallestraße - Reichsbrücke. Entlang dieser Achse bietet sich durch die Verbauung der Nordbahnhofgründe eine städtebauliche Chance für Wien an. In diesem Zusammenhang müsse auch der Ideenwettbewerb Donaustadt 2000 als echter Erfolg gewertet werden.

Die Bedeutung der U-Bahn für den innerstädtischen Verkehr läßt sich daran ermessen, wie sehr dieses Verkehrsmittel von der Bevölkerung angenommen wird. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (43)
Utl.: Debatte Stadtplanung
=++++

56 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR ALRAM (ÖVP) lobte die gute Zusammenarbeit im Planungsausschuß und bei der Klausurtagung über den Stadtentwicklungsplan. Das sei nicht überall so - es werde vielmehr immer so dargestellt, als gebe es Wiener und Anti-Wiener. Im Zusammenhang mit der Rechnungsabschlußdebatte wurde die ÖVP immer als Anti-Wiener klassifiziert. Wäre es dann aber möglich, im Planungsausschuß Konsens zu finden? Alram warf Edlinger vor, er habe sich mit den Ideen der ÖVP nicht auseinandergesetzt, sondern nur mit dem Konferenzzentrum. Im Zusammenhang mit Ausführungen Edlingers über eine ÖVP-Zeitung erinnerte Alram an die "Fackel" von Karl Kraus, der sich sehr kritisch mit Österreich und Wien auseinandergesetzt hat, dennoch aber ein großer Österreicher und Wiener geworden ist. Kraus hat das damalige System abgelehnt, Mauthe lehnt das System einer gewissen Art von Diktatur ab, über bestimmte Dinge nicht zu sprechen. Hinsichtlich der Skepsis von GR. Hahn über die Finanzierbarkeit des Stadtentwicklungsplans sagte Alram, im Stadtentwicklungsplan stehe, daß in den 90er Jahren die gesamten Fremdmittel für den Schuldendienst verwendet werden müssen und kein Spielraum für Investitionen bleibe.

In der Klausurtagung wurde festgestellt, daß im Wohnungswesen ein großes Ost-West-Gefälle bestehe. Man müsse Anstrengungen unternehmen, um dieses Gefälle abzubauen.

Im großen und ganzen gebe es beim Stadtentwicklungsplan nicht sehr viele Streitpunkte. Die ÖVP habe u. a. darauf aufmerksam gemacht, daß beim Flächenwidmungsplan auf die Struktur Rücksicht zu nehmen sein wird, um eine Entmischung von Wohnen und Arbeiten zu verhindern. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (44)
Utl.: Debatte Stadtplanung
=++++

57 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Über den Aufgabenbereich der Baupolizei berichtete GR. HOLUB (SPÖ). Bei der Baupolizei versehen 200 Bedienstete in den Außenstellen ihren Dienst. Durch ihr unbürokratisches Wirken wurde die Baupolizei zu einer Serviceabteilung für die Bevölkerung. Eine Reihe von Großbauten wird nach strengen Sicherheitsüberprüfungen errichtet. Die Baupolizei muß auf eine Vielfalt von Gefahren achtgeben, beispielsweise auf die Feuerbeständigkeit von neuen Baumaterialien oder Textilien. In letzter Zeit hat eine Umorganisation innerhalb der Baupolizei stattgefunden. Die baubehördlichen Agenden wurden von den gewerbebehördlichen und feuerpolizeilichen Aufgaben getrennt. Eine weitere Vereinfachung würde die Zusammenlegung von Außenstellen in Gruppen mit mehreren Bezirken bringen. 1981 gab es Sicherheitsprüfungen in Hochhäusern, Hotels und Beherbergungsstätten, in Warenhäusern und Supermärkten. Auch Landschafts- und Naturschutzgebiete sowie wilde Siedlungen wurden kontrolliert. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (45)
Utl.: Debatte Stadtplanung
=++++

58 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER stellte zum Wunsch von GR. Glück nach mehr innerstädtischem Grün fest, daß im Herbst eine Unterlage über Grünflächensicherung im dichtverbauten Raum vorliegen werde. Zu den Ausführungen von GR. Alram sagte Wurzer, er sei sich mit ihm einig in der Liebe zu Wien, doch solle man diese Liebe auch zeigen.

Die Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde um 22.35 Uhr unterbrochen. Sie wird am Dienstag, dem 29. Juni mit der Debatte über die Geschäftsgruppen "Umwelt und Freizeit", "Bildung, Jugend und Familie", "Kultur und Bürgerdienst" und "Personal- und Rechtsangelegenheiten" fortgesetzt. (Schluß) gab/gg

NNNN

Lehrerverhaltenstraining gegen Schulangst (1)

=++++

19 Wien, 28.6. (RK-LOKAL) Daß Lehrer, die ihr Verhalten bewußt trainieren, die Angst der Schüler vor der Schule vermindern können, beweist eine Untersuchung, die in den vergangenen Monaten vom Stadtschulrat für Wien und vom Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Wien (Abteilung für Empirische Pädagogik) durchgeführt wurde.

Die Untersuchung wurde an insgesamt 2.250 Schülen durchgeführt, wobei 23 AHS-Klassen und 23 Hauptschulklassen der 6. Schulstufe als "Versuchskaninchen" fungierten. Kontrollgruppen waren 12 AHS-Klassen und 12 Hauptschulklassen derselben Schulstufe. Das Projekt bezog sich auf das Unterrichtsfach Mathematik.

Es konnte eindeutig festgestellt werden, daß in den Klassen, deren Lehrer an einem gemeinsamen Verhaltenstraining teilnahmen, die Schulangst in der Form der "Schulunlust" geringer wurde. In der anderen Testgruppe, die statt Lehrerverhaltensänderung eine Änderung von Unterrichtsmaßnahmen versuchte (kürzere und anders aufgebaute Schularbeiten, andere Benotung, u. ä.), wurde zwar auch die Schulangst verringert, aber in geringerem Maße. Auch der Eifer der Schüler und die Schulleistungen nahmen bei den Testklassen zu. Nicht verringert hat sich allerdings die sogenannte "Prüfungsangst", wie die Untersuchung beweist. (Forts.) emw/gg

NNNN

Lehrerverhaltenstraining gegen Schulangst (2)
=++++

20 Wien, 28.6. (RK-LOKAL) Bei der Pressekonferenz, in der die Untersuchung über Schulangst vorgestellt wurde, betonte Stadtschulratpräsident Hans MATZENAUER, daß Schulangst zwar keineswegs etwas Neues sei, nur spreche man heute mehr darüber. Wie eine Umfrage ergab, haben 60 Prozent der Schüler auch dann Prüfungsangst, wenn sie genug gelernt haben. Der Direktor des Pädagogischen Institutes der Stadt Wien, Hofrat Landesschulinspektor Dr. Karl SRETENOVIC betonte, daß Schulangst eine sehr komplexe Problematik sei, da ja nicht nur Schüler, sondern auch Eltern und Lehrer Ängste in Bezug auf die Schule haben. Daher sei es wichtig, in der Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung der Psychohygiene und der Persönlichkeitsentwicklung der Lehrer mehr Augenmerk zu schenken. Sretenovic kündigte entsprechende Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen des Pädagogischen Institutes der Stadt Wien an.

Bezüglich der Ausbildung der AHS-Lehrer wies Univ.-Prof. Dr. Richard OLECHOWSKI, der gemeinsam mit Sretenovic das Forschungsprojekt über Schulangst geleitet hatte, darauf hin, daß es im Rahmen der Universität sehr schwer sei, die Ausbildung der AHS-Lehrer praxisbezogener zu gestalten. (Schluß) emw/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

r·k

gegründet 1861

Dienstag, 29. Juni 1982 Blatt 1891

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:	Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschlußdebatte
(rosa)	Spitalsbesuche auch mit Kindern
	Start der Aktion "Fahrt ins Grüne"
	Höhere Mittel für "Kunst am Bau"
Kultur:	Auf den Spuren Joseph Haydns in Wien
(gelb)	Korrespondenz Hofmannsthal an Mell gekauft
Wirtschaft:	Holding-Bilanz 1981: Gewinn 16,76 Millionen
(blau)	

Nur
über FS:
28.6. Gasrohrgebrechen in Döbling
29.6. Wasserrohrbruch am Wiedner Gürtel
Bürgermeister Gratz in Spitalspflege
Gänsehäufelfest nun am 3. Juli
24jährige sprang aus dem Fenster

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Auf den Spuren Joseph Haydns in Wien
Utl.: Eine Ausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs
=++++
2 #Wien, 29.6. (RK-KULTUR) Ab Donnerstag, den 1. Juli, ist im Arkadenhof des Wiener Rathauses eine anläßlich des 250. Geburtstages von Joseph Haydn vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gestaltete Ausstellung zu sehen, die die Spuren Haydns in Wien verfolgt. Neben Fotos und Literatur werden einige interessante Originale - so etwa aus Haydns Verlassenschaftsabhandlung - gezeigt. Die kleine Schau beschäftigt sich auch mit dem Nachleben des berühmten Komponisten, mit Aktivitäten, die gesetzt wurden, um das Andenken an Haydn wachzuhalten. "Joseph Haydn in Wien" ist bis Mitte September Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr bei freiem Eintritt zu besichtigen. Besucher der Arkadenhofkonzerte können die Ausstellung auch abends sehen.#

Haydn, der erste große Vertreter der Wiener Klassik, war, ebenso wie Mozart und Beethoven kein gebürtiger Wiener. Die Beziehungen Haydns zu Wien waren dennoch äußerst eng. Der junge Joseph Haydn kam als Knabe in diese Stadt, um hier im Kapellhaus nahe St. Stephan als Chorknabe ausgebildet zu werden. Einige Jahre später übersiedelte Haydn in das "Alte Michaelerhaus" am Kohlmarkt, wo sich der musikalische Aufstieg des jungen Genies anbahnte. Als Haydn in den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts in den Dienst der Familie Esterhazy trat, verließ er Wien, um hierher als dauernder Bewohner erst zu einer Zeit wiederzukehren, da aus dem unbekannten Musiker ein weltberühmter Komponist geworden war. Haydn bewohnte in der Folge mehrere Häuser in Wien und in der näheren Umgebung der damaligen Stadt. Seine letzten Jahre verbrachte der Komponist in seinem eigenen Haus in der damaligen Vorstadt Windmühle (heute Wien 6, Haydngasse 19), wo er 1809 starb. (Schluß) red/gg

NNNN

Spitalsbesuche auch mit Kindern

=++++

4 #Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag im Stadtsenat mitteilte, habe er angeordnet, daß versuchsweise in allen Wiener Spitälern Kinder zu Krankenbesuchen mitenommen werden dürfen. Diese Neuregelung gilt ab Donnerstag, dem 15. Juli.#

Wenn sich dieser Versuch in der Praxis als durchführbar erweise, werde die Anstaltsordnung entsprechend geändert werden, sagte Stacher. Ferner teilte der Gesundheitsstadtrat mit, daß in allen städtischen Pflegeheimen die Besuchszeit auf die Zeit von 11 bis 19 Uhr ausgedehnt wird. Ein diesbezüglicher Versuch im SMZ-Ost hat sich bereits bewährt.

Stadträtin Dr. Gertrude KUBIENA gab ihrer Freude Ausdruck, daß damit ein Antrag der Volkspartei positiv behandelt worden ist. (Schluß) pr/bs

NNNN

Start der Aktion "Fahrt ins Grüne"
=++++

6 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Kommenden Donnerstag, den 1. Juli beginnen in Wien wieder die "Fahrten ins Grüne" für ältere Bewohner grünflächenarmer Bezirke. So wie in den vergangenen Jahren wird diese Aktion wieder in den Sommermonaten Juli und August durchgeführt. Im Vorjahr haben daran über 30.000 Wienerinnen und Wiener teilgenommen.

Betagte Wienerinnen und Wiener der Bezirke 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 erhalten damit Gelegenheit zu einem kostenlosen Halbtagsausflug in die nähere Umgebung Wiens. Die von den Autobussen angefahrenen Ausflugsziele befinden sich in einem Umkreis von 30 bis 40 km rund um Wien und garantieren ein abwechslungsreiches Ausflugsprogramm. Pensionisten und Dauersozialhilfebezieher dieser Bezirke können allerdings nur daran teilnehmen, wenn sie vor Antritt der Fahrt im Sozialreferat ihren Bezirkes eine Teilnehmerkarte lösen. Die bereits in den Vorjahren ausgestellten Teilnehmerkarten haben auch heuer wieder ihre Gültigkeit.

Die Abfahrtsstellen befinden sich in:

1., Schwertgasse/Ecke Wipllingerstraße
4., Favoritenstraße 18 (Amtshaus)
5., Redergasse (Rückseite des Amtshauses)
6., Amerlingstraße 11 (Amtshaus)
7., Hermanngasse 24 (Amtshaus)
8., Schlesingerplatz 4 (Amtshaus)
9., Währinger Straße 43 (Amtshaus)

Die Teilnahme an diesen Fahrten ist kostenlos, da die Stadt Wien die Kosten übernimmt. (Schluß) zi/gg

NNNN

Korrespondenz Hofmannsthal an Mell gekauft
=++++
7 #Wien, 29.6. (RK-KULTUR) Der Stadtbibliothek ist es gelungen, ein für die Wiener Kulturgeschichte bedeutsames Zeugnis zu erwerben, nämlich die Korrespondenz zwischen Hugo von Hofmannsthal und Max Mell.#

Auf Antrag von Kulturstadtrat Prof. Dr. Helmut ZILK genehmigte der Wiener Stadtsenat heute Dienstag den Kauf dieser Korrespondenz für die Stadtbibliodthek zu einem Gesamtpreis von 1,8 Millionen Schilling. Es handelt sich dabei u.a. um 55 Briefe mit 102 handgeschriebenen Seiten sowie 122 eigenhändig geschriebene Postkarten und 11 Telegramme. (Schluß) pr/bs

NNNN

Höhere Mittel für "Kunst am Bau"
Utl.: Landesregierung beschloß Verordnung
=++++

8 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Landesregierung beschloß Dienstag eine neue Verordnung über die angemessenen Gesamtbaukosten. Dadurch wird es möglich, höhere Mittel für die sogenannte "Kunst am Bau" zur Verfügung zu stellen. Wie berichtet, sollen mehr Mittel für die künstlerische Ausgestaltung von Wohnhausanlagen zur Verfügung gestellt werden können.

Außerdem werden durch diese Verordnung nunmehr auch Kinderwagenabstellräume, zentrale Heizungsanlagen und Müllabwurfeinrichtungen in die normale Ausstattung von geförderten Baulichkeiten einbezogen. (Schluß) pr/ap

NNNN

Holding-Bilanz 1981: Gewinn 16,76 Millionen Schilling
=++++

15 #Wien, 29.6. (RK-WIRTSCHAFT) Mit einem Jahresgewinn von 16,76 Millionen Schilling schloß die Bilanz der Wiener Holding - der Wiener allgemeinen Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft m.b.H. - für das Geschäftsjahr 1981 ab. Der Gewinn liegt, wie der Generaldirektor der Wiener Holding, Dr. Josef MACHTL, in einem Pressegespräch mitteilte, über dem Jahresgewinn von 1980.#

Die Bilanzsumme der in der Holding zusammengefaßten Unternehmungen - 32 Tochtergesellschaften und drei verwaltete Unternehmen - erhöhte sich im Geschäftsjahr 1981 von 1.457,2 Millionen Schilling auf 1.495,5 Millionen. Der Personalstand blieb im Jahresdurchschnitt mit 7.019 Mitarbeitern gegenüber 1980 (7.071 MItarbeiter) annähernd gleich.

Obwohl die internationale wirtschaftliche Situation auch Auswirkungen auf österreich zeitigt, konnten die im Konzern zusammengeschlossenen Unternehmen ihre Umsätze im Geschäftsjahr 1981 um rund 6,5 Prozent von 6,8 Milliarden Schilling auf 7,2 Milliarden steigern. Durch Investitionen in Höhe von 1,27 Milliarden Schilling hatte die innovative Tätigkeit der Holding über die Grenzen Wiens hinaus Bedeutung für die ganze Region. Hauptträger des Investitionsvolumens waren im vergangenen Jahr mit rund 357 Millionen Schilling die Heizbetriebe Wien, deren gesamtes Verbundnetz nun eine Länge von rund 90 Kilometer aufweist. (Schluß)
we/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Debatte Umwelt
=++++

10 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates wurde am Dienstag mit der Debatte zur Geschäftsgruppe Umwelt und Freizeit wieder aufgenommen.

StR. SCHIEDER (SPÖ) nannte acht Schwerpunkte seines Ressorts:

1. Die Feuerwehr hatte 1981 24.663 Einsätze zu verzeichnen. Der Belastungszuwachs ergibt sich nicht nur durch die vermehrten Einsätze sondern auch durch die höhere Anforderung bei der Ausbildung. Auch der Ausrüstungsstand wurde verbessert, sodaß die Stadt Wien auf diesem Sektor beruhigt in die Zukunft schauen kann.
2. Die Sportpolitik in Wien dient dazu, allen Menschen den Weg zur sportlichen Betätigung zu öffnen. Es wurden Voraussetzungen geschaffen, einer sinnvollen gesunden und vergnüglichen sportlichen Betätigung nachgehen zu können. Die Stadt Wien versteht den Sport auch als gesellschaftliche Aufgabe und unterstützt daher internationale Wettkämpfe und Begegnungen. Als Auswüchse des Sports nannte StR. SCHIEDER das Rowdytum auf dem Fußballplatz, Sportler die sich selbst zur Handelsware erniedrigen sowie den Leistungssport bei Kindern und Jugendlichen. Die Sportpolitik Wiens wird von tausenden Menschen, von Vereinen, Verbänden mitgeprägt.
3. Wien hat so viele städtische Bäder wie kaum eine andere Stadt. Derzeit sind die Hallenbäder in Brigittenau und Donaustadt in Bau, der Umbau des Amalienbades wird durchgeführt, nächstes Jahr wird mit der Errichtung eines Hallenbades in der Großfeldsiedlung begonnen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Debatte Umwelt
=++++

11 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL)

4. Die von der Opposition vielgeschmähte Donauinsel ist heute ein vorbildliches techniches Bauwerk, Hochwasserschutz, Freizeit- und Begegnungsstätte tausender Menschen, sagte StR. SCHIEDER. Sie ist aber auch ein Beitrag zur Stadt selbst, weil die Menschen am Wochenende in der Stadt bleiben. Der "Saurier" Donauinsel ist zum "Freizeitkuscheltier" der Wiener geworden.
5. Wien ist eine grüne Stadt. über das Bekenntnis zu Grünmaßnahmen hinaus ist tatsächlich viel geschehen. Es wurden neue Parks geschaffen, Plätze begrünt, Alleen gesetzt und unzählige Bäume gepflanzt.
6. Ein riesiges Biotop aus zweiter Hand ist der Laaer Wald. Vor dreißig Jahren wurden 270.000 Bäume und Pflanzen gesetzt, die nun der Bevölkerung als Erholungsfläche zur Verfügung stehen. Der Laaer Wald symbolisiert, daß die Wiener Stadtverwaltung seit Jahrzehnten plangemäß daran arbeitet, den Menschen große Erholungsflächen innerhalb des Stadtgebietes zur Verfügung zu stellen.
7. Es gibt immer mehr Radfahrwege in Wien. Der Nachholbedarf ist zwar noch groß, aber niemand kann das ehrliche Bemühen der Stadtverwaltung, hier aufzuholen, leugnen.
8. Neue Wege zur Bekämpfung und Überwachung der Luftverschmutzung die in Wien gegangen werden, finden international Anerkennung. Zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung wurde die Luftreinhaltenovelle in Kraft gesetzt. Erneut forderte StR. SCHIEDER den Einbau optimaler Filter im Kohlekraftwerk Tullnerfeld. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Debatte Umwelt
=++++

12 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) wies auf das in den letzten Jahren stark gewachsene Umweltdenken hin. Diesem ökologischem Bewußtsein muß in jeder Beziehung Rechnung getragen werden. Es genügt daher nicht, wenn sich Wien um die Rauchentschwefelung bei Kraftwerken außerhalb der Stadt bemüht, Wien muß auch alles gegen die SO 2-Belastung im Bereich der eigenen Fernheizwerke tun.

Zum Wiener Stadion sagte Pawkowicz, daß man bisher notwendige Maßnahmen versäumt hat. Für die kommende Sanierung des Stadions empfahl er die Überdachung aller Sitzplätze: damit wäre das Stadion olympiareif - ebenso wie ganz Wien, das bereits heute jene sportlichen Einrichtungen besitzt, die für eine Olympiade nötig sind und in einigen Jahren mit den Wassersportmöglichkeiten bei der Donauinsel und einer erweiterten Hotelkapazität durchaus in der Lage wäre, die Spiele auszurichten. Es wäre dann nur noch der Bau eines olympischen Dorfes für die Sportler nötig, das so angelegt sein müßte, daß man es später in Wohnungen umwandeln könnte. Pawkowicz stellte in diesem Sinn den BESCHLUSSANTRAG, die erforderlichen Schritte zur Bewerbung Wiens um die Olympiade 1992 einzleiten, und empfahl auch, Wien für die nächstmögliche Fußball-WM als Austragungsort anzubieten. Damit könnte es zu einem finanziellen Rückfluß der großen Investitionen kommen, die die Stadt in den vergangenen Jahren für Sportanlagen getätig hat. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Debatte Umwelt
=++++

13 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Im Wiener Regenwasser treten zu bestimmten Zeiten hohe Säurekonzentrationen auf, sagte GR. Dipl.-Ing. DDr. STRUNZ (ÖVP). Es ist dies eine Folge der Luftverschmutzung, die durch die Heizung, die kalorischen Kraftwerke und den Autoverkehr verursacht wird. Dadurch kommt es vielfach zu einem Bäumesterben. Schon jetzt im Juni zeigen sich viele Bäume im "Braun-Look". Obwohl von der ÖVP schon vor drei Jahren entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen wurden, sei bisher nichts dagegen unternommen worden. Strunz stellte den ANTRAG, als Sofortmaßnahme eine Kalkdüngung des Bodens im Umfeld von Bäumen, deren Boden übersäuert ist, durchzuführen. In allen kalorischen Kraftwerken Wiens sollen möglichst wirksame Rauchgasreinigungsanlagen installiert werden. Darüber hinaus ist durchzusetzen, daß im geplanten Kohlekraftwerk Dürnrohr eine Rauchgasreinigungsanlagen eingebaut wird, durch die ein höchstmöglicher Reinigungsgrad erreicht wird.

Bei der EBS und bei der Biomüll lagert immer noch hochgiftiger Abfall, kritisierte Strunz. Auf der einzigen Hausmülldeponie Wiens wurde auch schwermetallhältiger Sonderabfall deponiert. Strunz forderte die sofortige Einleitung von Maßnahmen zur Beseitigung dieses "neuerlichen Umweltskandals". (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Debatte Umwelt
=++++

16 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR.FREINBERGER (SPÖ) meinte einleitend, seine Vorredner hätten den Versuch unternommen, eine gute Umweltbilanz zu vermiesen. Jetzt haben plötzlich alle die Liebe zu Grün entdeckt, alle setzen sich eine grüne Tarnkappe auf. "Für uns Sozialisten ist das Grün keine Modefarbe, für uns ist Umwelt ein echtes Anliegen".

Die Konsumgesellschaft hat einen hohen Wohlstand gebracht, hat damit aber auch zu einer hohen Umweltbelastung geführt. Die schädlichen Auswirkungen einer auf Profit ausgerichteten Wirtschaft müssen nun mit aller Konsequenz ausgebügelt werden. An Beispielen für eine echte Umweltpolitik der Wiener Stadtverwaltung in den letzten Jahren nannte FREINBERGER den Laaer Wald, der in 27 Jahren sorgsam aufgebaut wurde, und die Donauinsel, die von der ÖVP jahrelang als Pleitebeispiel bezeichnet wurde. "Seit fünf Jahren wagt auch die Volkspartei nicht mehr, zur Donauinsel NEIN zu sagen."

Wien hat eine Umweltbilanz, auf die die Stadt stolz sein kann. Echte Beiträge zum Umweltschutz sind die EBS, die Hauptkläranlage, das Fernwärmenetz. Die Leistungsbilanz des Stadtgartenamtes läßt sich sehen, die Salzstreuung in den Alleen wird eingestellt. Die Grünflächen und Parks in Wien gehören zu den gepflegtesten in ganz Europa.

GR. FREINBERGER forderte die Oppositionsparteien auf, sich mit dazu einzusetzen, daß beim geplanten Kohlekraftwerk im Tullnerfeld Filteranlagen nach dem neuesten Stand der Technik eingebaut werden. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Debatte Umwelt
=++++

17 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Zum Thema Spitzensport und Breitensport meinte GR. FREINBERGER, man müsse diese in einem gesunden Verhältnis zueinander sehen. Die Wiener Sportförderung nehme auf die Bedürfnisse beider Gruppen Rücksicht. Die Mittel werden sinnvoll eingesetzt.

Das Wiener Stadion, das heuer 51 Jahre alt wird, muß nun saniert und modernisiert werden. Da es nicht nur eine Wiener Sportstätte ist, wird sich auch der Bund mit entsprechenden Finanzmitteln dabei beteiligen. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Debatte Umwelt
=++++

18 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) "Früher hat sich die Mehrheit dieses Hauses mit der Zukunft befaßt, heute befaßt sie sich verstärkt mit der Aufarbeitung der Vergangenheit", sagte GR. FÜRST (ÖVP). Als Beispiel nannte er einen Postwurf, der eine Bilanz "10 Jahre Bürgermeister Gratz" enthält.

Es bereite ihm Sorge, führte Fürst weiter aus, wie wenig vorgesorgt wird, um Unglück von den Menschen dieser Stadt abzuwenden: er zählte Bauring, AKH, Reichsbrücke, Floridsdorfer Brücke, Weststadion, Gasrohrnetz, Stadtbahn, EBS, Rinter, Stadion, Hochwasser, Brand bei Gerngross und Hotelbrand im 20. Bezirk auf. Fürst erklärte, die ÖVP habe beim Bauring, beim AKH, bei der Reichsbrücke usw. gewarnt, aber ihre Anträge wurden immer abgelehnt. GR. Fürst widmete sich dann eingehend dem Zivilschutz und kritisierte, daß keine allgemeine Vorsorge im Zivil- und Katastrophenschutz getroffen wurde. Die ÖVP will eine Information der Bevölkerung, wie man sich im Katastrophenfall helfen könnte, und verlangte ein Frühwarnsystem und Vorsorgen für medizinische Notversorgung, für Notunterbringung und Evakuierung. Das Kontrollamt habe kritisiert, daß es bisher an Durchführungsverordnungen und Gesetzen zum Katastrophenhilfegesetz fehlt, erklärte Fürst und sagte weiter, man solle Vorsorge nicht an formalen Auseinandersetzungen scheitern lassen. Er wies darauf hin, daß in Döbling, wo die ÖVP die Mehrheit besitzt, von dieser ein Katastrophenschutzplan eingebracht wurde, der dann auch beschlossen wurde. Ein solcher Plan ist auch im 4. Bezirk vorgesehen und soll in nächster Zeit in allen Bezirken erstellt werden, in denen die ÖVP die Mehrheit besitzt. Aber auch die Bevölkerung in den anderen Bezirken hat Anrecht auf Schutz vor Katastrophen, "auch wenn sich dort eine sozialistische Mehrheit etabliert hat", erklärte Fürst und bemängelte, daß der Stadtentwicklungsplan den Zivilschutz mit keinem Wort erwähne. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Debatte Umwelt
=++++

19 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Einen Überblick über die Tätigkeit der Wiener Feuerwehr gab GR. Ing. RIEDLER (SPö). 1981 wurden 24.663 Einsätze - um 13 Prozent mehr als im vergangenen Jahr - durchgeführt. Es wurden Menschenleben gerettet und Sachschaden verhindert. Es wurden Mehrleistungen ohne wesentliche Personalaufstockung vollbracht. Die Wiener Feuerwehr legte bei ihren Einsätzen 691.000 km zurück. Das entspricht etwa 17 Erdumrundungen. GR. Riedler nannte die Einsätze von Montag, dem 28. Juni, 7 Uhr bis Dienstag 29. Juni, 7 Uhr: in diesen 24 Stunden wurden 88 Einsätze getätigt. 662 Mann sind mit 111 Fahrzeugen ausgefahren. Die Wiener Berufsfeuerwehrmänner müssen bei ihrer Aufnahme eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen können. In diesem Berufszweig werden sie dann auch auf den Wachen eingesetzt. Zur weiteren Tätigkeit der Feuerwehr gehört die Ausbildung neuer Leute, die ständige Weiterbildung, sowie die Kommissionierung von Gaststätten, Hotels und Kaufhäusern. 1981 wurde die Ausrüstung weiter verbessert. Es wurden acht Drehleitern, ein geländergängiges Taucher-Vorausfahrzeug, zwei Geländelöschwagen, fünf Rüstlöschfahrzeuge sowie neue Atemschutzgeräte angeschafft.

Das Informationsbedürfns der Wiener nach Neuigkeiten über die Stadt steigt. Immer wieder müssen vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien Prospekte nachgedruckt werden. Offensichtlich haben die Wiener vom Trommelfeuer der ÖVP-nahen Medien, die alles negativ darstellen, genug. Dies erklärt das verstärkte Bestreben der Wiener, sich positive Informationen zu holen. Die Mehrheit im Rathaus wird dafür eintreten, daß der Presse- und Informationsdienst so weiter arbeiten kann, wie bisher. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Debatte Umwelt
=++++

20 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) kritisierte die seiner Meinung nach mangelnde Grüngesinnung der Stadtverwaltung. Es genüge nicht, sagte Arthold, für ein grünes Wien Werbung zu machen und dann für Baumpflanzungen weniger Geld auszugeben, als die diversen Werbekampagnen kosten. Arthold forderte mehr Grün im dichtverbauten Gebiet und eine elastischere Haltung der Verwaltung bezüglich des Grüns in Innenhöfen. Zur Donauinsel bemerkte Arthold, daß erst die Einwände der Opposition den Wettbewerb Donauinsel veranlaßt habe, zum Laaer Wald, daß er ursprünglich auf die Initiative der ÖVP zurückgehe.

Die mangelnde Grüngesinnung, so Arthold, äußere sich in Baumschlägerungen, wie auf dem Eisenstadtplatz, die unter dem Deckmantel des technischen Fortschritts vorgenommen werden, ohne nach alternativen Lösungen zu suchen. Mangelnde Grüngesinnung sei auch die Ursache der übertriebenen Salzstreuung in den vergangenen Wintern gewesen. Arthold stellte den ANTRAG, in Straßen, in denen Bäume durch eine Salzstreuung gefährdet sind, ein generelles Salzstreuverbot zu erlassen und auf alternative Streumittel auszuweichen. In einem weiteren ANTRAG forderte Arthold - als Zeichen der Grüngesinnung - das Areal der sogenannten Steinhofgründe in den geschützten Wald- und Wiesengürtel einzubeziehen.

Arthold kritisierte weiter die generelle Rodungserlaubnis beim Alberner Hafen trotz noch nicht konkreter Ausbaupläne, die mangelnde Kooperation mit der Bevölkerung bei der Planung von Wohnstraßen und schließlich Koordinationsmängel mit den Bezirken bei der Erstellung eines Radwegenetzes. Für die Zukunft forderte er, in jede städtebauliche Überlegung den Grüngedanken miteinzubeziehen.
(Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Debatte Umwelt
=++++

21 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) wies in einer zweiten Wortmeldung auf ein Inserat des Presse- und Informationsdienstes im Rahmen der Grünkampagne in einer "Zeitschrift für Bürgerservice", die nur aus einem einzigen Blatt besteht, hin, auf dem gegen die Stadt Wien polemisiert wird. Die Vergabe dieses Inserats beweist Toleranz und tiefes Demokratieverständnis.

StR. SCHIEDER ging auf eine Reihe von aufgeworfenen Fragen ein. An Ausgaben für das Stadion waren im Budget 27 Millionen vorgesehen. Genau dieser Betrag wurde auch verwendet. In der Frage von Olympischen Spielen in Wien werden derzeit genaue Berechnungen durchgeführt. Sollte das Ergebnis positiv sein, so werde er sich dafür einsetzen, daß Wien Olympische Spiele veranstaltet, sagte Schieder.

In Straßen mit Bäumen wird es - wie bereits vor einiger Zeit angekündigt - ab kommenden Winter ein Salzstreuverbot geben. In der Frage des "sauren Regens" werden von der zuständigen Umweltschutzabteilung nicht erst seit heute entsprechende Untersuchungen durchgeführt.

Die Sammlung von Altbatterien in Geschäften gibt es bereits. Für Baum- und Grünpflanzungen wurden im vergangenen Jahr allein auf der Donauinsel 18 Millionen S ausgegeben. Baumschutz muß auch für Genossenschaften gelten, betonte Schieder.

Die Rodungsbewilligung im Bereich des Alberner Hafens erlaubt keineswegs eine "vorsorgliche" Abholzung, sondern nur Baumfällungen für ganz bestimmte, festgelegte Zwecke.

Der Zug des Dr. Busek, in dem noch viele Plätze frei sind, lädt die verschiedensten Gruppen und Grüppchen zum Einsteigen ein. Alle möglichen Zielbahnhöfe werden angegeben. Er hätte jedoch die Sorge, daß der Zug in Wirklichkeit ganz woanders hinfährt, schloß Schieder. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Debatte Familie
=++++

22 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ) bezeichnete es als eine der Hauptaufgaben ihrer Arbeit, zu helfen, zu stützen und zu fördern. Die Leistungen des Jugendamtes, als Anwalt der Jugend unserer Stadt, zeigen das Bemühen um die heranwachsende Generation. Es ist gelungen, durch vorbeugende Arbeit, durch Information und Beratung jungen Eltern zur Lösung ihrer Probleme zu verhelfen. 16.000 junge Mütter und Väter besuchten die 60 Mutterberatungsstellen. Die Sozialarbeiter betreuten 13.000 Kinder, Jugendliche und deren Familien. Und es ist gelungen, mehr Kinder als früher an Wiener Pflegefamilien zu vermitteln.

In den Heimen der Stadt Wien wurden grundlegende Veränderungen im pädagogischen und baulichen Bereich verwirklicht. Die pionierhaften Sozialeinrichtungen sind leider viel zu wenig bekannt.

Zur Bildungsfrage verwies Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner auf die Verhandlungen und Diskussionen der "7. SCHOG-Novelle". Das Ziel ist eine humane Schule, in der sich Kinder und Jugendliche sicher und geborgen fühlen, in der die Fähikeiten und Eigenarten des Kindes berücksichtigt werden und in der eine Atmosphäre des Vertrauens, der Hilfsbereitschaft und der gegenseitigen Achtung herrscht.

Die gegenwärtige Unterstufe der AHS sei nicht in der Lage, diese Forderungen zu erfüllen. Die Ablehnung der neuen Mittelschule sei ihr daher unverständlich. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Debatte Familie
++++

23 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Eine weitere Aufgabe ihres Ressorts sei die außerschulische Bildung. Die städtischen Büchereien konnten 1981 100.000 Leser und drei Millionen Entlehnungen registrieren. Die Volkshochschule verzeichneten 100.000 Kursteilnehmer und 720.000 jährliche Besucher. Das Landesjugendreferat konnte 2,100.000 Buben und Mädchen betreuen.

"Zu unseren Aufgaben gehört aber auch das Ermöglichen alternativer Einrichtungen. Daß wir auf dem richtigen Weg sind, beweist die Entwicklung der Arena und des Amerlinghauses. Allerdings hat die Gassergasse den schweren Lernprozeß bis jetzt noch nicht bewältigt."

Die Probleme von kritisch eingestellten Minderheiten dürften nicht isoliert von der Mehrheit gesehen werden. Es ist wichtig, die Motive und Ursachen zu verstehen, denn die junge Generation von heute ist die gestaltende Generation von morgen.

Erfolgreich verlief 1981 der Fremdenverkehr. Hotelerie und Gastronomie haben dem Trend zur Qualität verstärkt Rechnung getragen. Großzügige Subventionen im Kulturbereich haben Wien zu einer der attraktivsten Kulturstätten Europas werden lassen. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Debatte Familie
=++++

24 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. KUCHAR (FPÖ) sagte, daß ein Grund für Minderausgaben im Jahre 1981 bei Einsparungen für Lehrer (mehr als 300 Millionen) zu suchen ist. Das beunruhige einen Schulpolitiker, weil es schwierig ist, wieder zur ursprünglichen Ausgabenhöhe zurückzufinden, wenn einmal weniger ausgegeben wurde. Aber auch für die Schulgebäude wurde weniger investiert. Kuchar trat weiter für eine bessere Berufsschulausbildung und eine Intensivierung der Allgemeinbildung in den Berufsschulen ein.

Wichtiger als ein Streit um Gesamtschule, Hauptschule und AHS sei eine innere Schulreform, sagte Kuchar weiter. Dafür wären die nun eingesparten Budgetmittel unbedingt notwendig gewesen. Bei der inneren Schulreform müsse das Stoffangebot zugunsten einer besseren Präsentation verringert werden. Es müsse aber auch ein besseres Schulklima durch mehr Veranstaltungen in den Schulen geben und es sollte überlegt werden, wo die optimale Schulgröße liegt.

In Stadtrandsiedlungen gebe es eine besonders hohe Zahl an Rückstellungen von Schulanfängern, stellte Kuchar fest. In der Großfeldsiedlung etwa seien es 20 Prozent. Gegen eine Diskriminierung dieser Menschen sollte man schon vor ihrem Eintritt in die Schule etwas tun. Auch der große Anteil fremdsprachiger Schüler (teilweise bis 60 Prozent) mache in Wien zu schaffen. Mehr Lehrer sollten eingesetzt werden. Kuchar setzte sich auch mit einer intensiveren Nutzung der Schulgebäude, Verbesserungen bei der Schulmilch-Aktion und verstärkter Werbung für städtische Büchereien auseinander. Maßnahmen seien notwendig, damit Studenten nicht unbedingt während des Sommers aus dem "Haus Döbling" ausziehen müssen. Vorbildlich sei die außerschulische Jugendbetreuung, ergänzte Kuchar. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Debatte Familie
=++++

25 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Den Wiener Familien wurden während der 12 Jahre SPö-Alleinregierung rund 30 Milliarden S aus dem Wiener Familienlastenausgleichsfonds vorenthalten, kritisierte GR. Maria HAMPEL-FUCHS (öVP). Die finanzielle Lage der jungen Familien wird immer schlechter. Die Belastungswelle rollt, Arbeitsplätze sind unsicher geworden. Ein Konzept für die Lösung dieser Probleme fehlt. Viele junge Familien fürchten um ihre Existenz. Die Zahl der Lehrstellen hat sich um fast 30 Prozent erhöht. Sonderschüler oder Behinderte bleiben auf der Strecke. Für viele junge Familien bietet die Großstadt auch nicht das, was sie sich für ihre Kinder wünschen. Vor allem in den innerstädtischen Bezirken gibt es zu wenig Grünflächen und Kinderspeilplätze. Sandkisten sind ungeschützt, die Spielplätze liegen in exponierten Lagen.

Lobend hob GR. Maria Hampel-Fuchs die Aktion Tagesmütter hervor. Bedauerlicherweise gibt es keinen weiteren Ausbau des Projektes. Die Kinder sollen wieder mehr mit der Natur vertraut werden.
Hampel-Fuchs BEANTRAGTE daher namens ihrer Fraktion, daß das brachliegende landwirtschaftliche Gebiet auf dem Wilheminenberg, das sich im Eigentum der Gemeinde Wien befindet, als Kleinbauernhof für Lehrzwecke aller Wiener Schulen ausgebaut wird. Wien sei bisher noch immer nicht kinder- und familienfreundlicher geworden. (Forts.)
ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Debatte Familie
=++++

26 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPö) wies auf das weite Spektrum schulischer Bildung und Ausbildung hin, das die Stadt Wien anbietet. Strangl vermerkte besonders die steigenden Teilnehmerzahlen von Volkshochschulkursen, die vor allem der beruflichen Fortbildung dienen.

Mit Klassenschülerzahlen weit unter der Höchstzahl sorgt die Stadt Wien bereits in den Volks- und Hauptschulen für eine gute Ausbildung. Mit 11,3 Schülern pro Lehrer wurde bei den Sonderschulen ein Stand erreicht, der eine intensive Beschäftigung mit Problemkindern erlaubt. Auch die sprachliche Förderung der Gastarbeiterkinder ist in diesem Sinn zu sehen.

Zum Lehrstellenproblem sagte Strangl, daß hier gewisse Probleme bestehen, jedoch kein Anlaß zur Panik ist. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit einer gediegenen Ausbildung an den Berufsschulen hin. Mit stark steigenden Investitionen auf dem Berufsschulsektor (1982 515 Millionen) trägt die Stadt Wien das ihre dazu bei, diesen Schultyp den Anforderungen der Zeit anzupassen. Trotz den Verbesserungen an den bestehenden Berufsschulen ist der Bau einer 5. Berufsschule in Wien anzustreben. Strangl wies auch auf die Konzentration auf wenige Berufsgruppen hin. Hier gilt es, auch auf andere Berufe aufmerksam zu machen. Die Fachkräfte, die die Wirtschaft in den kommenden Jahren braucht, sind die Lehrlinge von heute, sagte Strangl. Es wäre daher wünschenswert, daß mehr als 60.000 von 200.000 Betrieben Lehrlinge aufnehmen. Zur Lage der Behinderten meinte Strangl, daß man auch Private dazu bringen muß, Behinderte aufzunehmen. Weiter sollen verschiedene Aktionen die Beschäftigungslage bei den Behinderten verbessern. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Debatte Familie
=++++

27 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gebäudekomplex in der Mollardgasse ist Symbolträger für die Wiener Berufsschulen und trägt sehr wesentlich zu ihrem Image bei, sagte GR. TRAINDL (ÖVP). 3.000 Lehrlinge aus dem Kraftfahrzeugbereich besuchen diese Berufsschule. Die Zustände in den Werkstätten lassen einen zeitgemäßen Unterricht jedoch nicht mehr zu. Da in dem vorhandenen Gebäude aus technischen Gründen keine Abhilfe geschaffen werden kann und auch andere Sparten in der Mollardgasse unter Raumnot leiden, erscheint die Errichtung eines neuen Berufsschulgebäudes für die KFZ-Lehrlinge erforderlich. Die Absiedlung dieser Berufsschulen aus der Mollardgasse brächte für insgesamt 10.000 Lehrlinge eine spürbare Erleichterung. Seit über einem Jahrzehnt wird in den Mollardschulen permanent mit zu geringer Kapazität umgebaut. Die Höhe der zur Zeit budgetierten Mittel läßt befürchten, daß diese den Unterricht störende Situation noch ein weiteres Jahrzehnt dauern wird. TRAINDL brachte den ANTRAG ein, für die KFZ-Lehrlinge so rasch wie möglich ein fünftes Zentralberufsschulgebäude zu errichten und die Budgetansätze für die Modernisierungsarbeiten im ersten Zentralberufsschulgebäude in der Mollardgasse sowie für die Errichtung des Zubaues im zweiten Berufsschulgebäude in der Hütteldorfer Straße so zu erhöhen, daß eine rasche Fertigstellung dieser Arbeiten gewährleistet wird. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Debatte Familie
=++++

28 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Die Tatsache, daß die Ausgaben für Sozialhilfe gestiegen sind, sei beunruhigend, sagte GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP). Es sei dies ein Ausdruck für das Steigen der Armut besonders der kinderreichen Familien.

Die Rednerin beschrieb die Situation einer Familie in der Familienherberge in der Gänsbachergasse. die 6-köpfige Familie lebt auf 30 Quadratmeter, für 300 Personen gibt es zwei Gemeinschaftsküchen und fünf Duschen im Haus. "In keinem Gefängnis habe ich ein so bedrückendes Gefühl gehabt wie in dieser Familienherberge".

Es deutet nichts darauf hin, daß die Sozialisten den Ernst der Situation erfaßt haben. In Wien leben 180.000 Menschen in Armut, es sind dies vor allem Alte, Kleingewerbetreibende, alleinstehende Mütter und Mehrkinderfamilien. Acht Prozent der Wiener Familien konnten im Vorjahr die Fernheizung nicht mehr bezahlen, bei 10.000 mußte die Gas- und Stromzufuhr wegen Zahlungsunfähigkeit gesperrt werden. Die gestiegenen Mieten, die Tariferhöhungen und der Erhaltungsbeitrag wird weitere Familien treffen. Die Zahl der Obdachlosen steigt.

GR. Flemming bedauerte den Kompetenzwechsel der Familienherbergen. Zuständig seien die Stadträte HATZL für die baulichen Angelegenheiten, STACHER für die Fürsorge und Vizebürgermeister FRÖHLICH-SANDNER für die Jugend- und Kinderporbleme. GR. Flemming bedauerte, daß in der Familienherberge Gänsbachergasse auch ein Kinderhort gesperrt wurde.

Es müsse darum gehen, Mitbürgern, die unverschuldet in Not geraten sind, zu helfen. Vielleicht könne man auch zum Abbruch bestimmte Althäuser der Stadt Wien den Familien vorübergehend zur Verfügung stellen. Als Modell biete sich auch eine Einrichtung aus Vorarlberg an, das "Haus der Familie in Not", das von einer Privatinitiative getragen wird. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Debatte Familie
=++++

29 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HANKE (SPö) sprach über die Schwierigkeiten der Sozialarbeit und den notwendigen Einsatz und das Verantwortungsbewußtsein der Sozialarbeiter. GR. Dr. Marilies FLEMMING warf er vor, Fragen aufgeworfen und in Unterstellungen Antworten gegeben zu haben - das sei nicht der richtige Weg, Probleme zu lösen. "Wir sollten zusammenarbeiten, um die zutiefst menschlichen Probleme gemeinsam einer Lösung zuzuführen, sagte Hanke. Ein Versuch, Probleme zu bewältigen, werde auch in der Gänsbachergasse geleistet. Man sollte nicht mit einem politischen Sperrfeuer die Situation der Sozialarbeiter verschlechtern und dazu beitragen, Verwirrung zu schaffen.

Hanke berichtete sodann über einen Hausbesitzer, der eine Frau delogieren möchte und es zuerst mit dem Motiv "Eigenbedarf", dann mit überhöhten Belastungen versuchte. "Stimmt es, daß dies Abgeordneter DDr. KöNIG ist?" fragte Hanke und sagte, es wäre schön, wenn Politiker mit gutem Beispiel vorangingen.

Der Rechnungsabschluß spiegle in dem gegenwärtig diskutierten Sachbereich das "Jahr des Kindes" wider. Er zeige die Hilfestellung für Kinder, für jene, die nicht in intakter Familie und Geborgenheit leben können, führte Hanke weiter aus. Er schilderte dann die positive Entwicklung bei der Aufnahme von Kindern in Pflegefamilien und stellte dar, daß die meisten Kinder in der gewohnten Umgebung bleiben können. In einer neu gegründeten "Arbeitsgemeinschaft Pflegeeltern" arbeiten Organisationen der verschiedensten weltanschaulichen Richtungen zusammen, Polemik gebe es nicht. Eine IFES-Studie mache deutlich, daß auch eine günstige Entwicklung bei der Integration behinderter Kinder in Kindergärten eingetreten ist. Grundsätzlich werden die Kindergärten von den Eltern äußerst positiv beurteilt. (Forts.) an/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)
Utl.: Debatte Familie
=++++

30 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Marilies FLEMMING (öVP) teilte mit, daß öVP-Abgeordneter DDr. KÖNIG einer Frau zwei Ersatzwohnungen angeboten habe. Diese wurden abgelehnt, die Frau möchte sich delogieren lassen, um eine Gemeindewohnung zu bekommen.

Die Arbeiten an den Berufsschulen gehen termingerecht weiter, stellt Stadtrat HATZL (SPö) fest. Zur Herbergensituation teilte Hatzl mit, daß die Insassen zum Teil wieder in Gemeindewohnungen untergebracht werden. 1981 wurden 82 Familien in den Familienherbergen aufgenommen. 76 Familien erhielten Wohnungen, 31 davon konnten Gemeindewohnungen beziehen. Im heurigen Jahr wurden 13 Familien aus der Herberge in Gemeindewohnungen untergebracht. 250 Familien, die aus Privathäusern delogiert wurden, erhielten ebenfalls Gemeindewohnungen.

1981 gab es bei der Stadt Wien 290 Delogierungen, 1982 120 Delogierungen. Das entspricht etwa einem halben Promille der Wohnungsanzahl. Bei mehr als zwei Drittel aller Fälle handelt es sich um sogenannte Verlassenschaftsdelogierungen, das heißt um Delogierungen von Angehörigen, die nach dem Tod eines Verwandten dessen Wohnung unrechtmäßig bezogen haben.

Eine weitgehende Lösung des Herbergenproblems könne er sich vorstellen, wenn einzelne Hausherrn die Bewohner nicht mit Gewalt aus ihren Wohnungen zu vertreiben versuchen, sagte Hatzl. Aus menschlichen Problemen sollte in einem Debattenbeitrag kein politisches Kapitel geschlagen werden. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (2D)
Utl.: Debatte Familie
=++++

31 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER nahm zu verschiedenen Aussagen ihrer Vorredner Stellung. So sagte Fröhlich-Sandner, die Tatsache, daß es keine Einsparung bei den Lehrern gegeben hat, ist schon daraus ersichtlich, daß die Klassenschülerzahl in Wien noch nie so niedrig war wie im letzten Jahr.

Sandner bekannte sich dazu, durch Schulformen mit neuen Inhalten den Kindern mehr Chancen als bisher zu bieten. Als Pionierleistung bezeichnete sie die Betreuung der fremdsprachigen Schüler in Wien

Zur Frage der Nutzung der Schulgebäude sagte sie, daß es keine Schule in Wien gibt, die nicht auch zusätzlich genützt wird. Die angesprochenen Schwierigkeiten im Studentenheim der Stadt Wien rühren daher, daß die Studenten, die 900 Schilling pro Zimmer zahlen, nicht bereit sind, wie etwa die Lehrlinge 1.500 Schilling zu zahlen.

Sandner betonte die Leistungen der Bundesregierung, die viele Wünsche auf dem Schulsektor erfüllt hat und die gute Stellung österreichs auf dem Gebiet des Sozial- und Bildungswesens.

Zum Bereich der Berufsschulen sagte sie, daß man derzeit damit beginnt, alte Gebäude durch neue zu ersetzen und daß noch nie so viele Mittel wie jetzt für Berufsschulen ausgegeben wurden.

Zur aufgeworfenen Debatte um die Gänsbachergasse bemerkte Sandner, daß auch die SPö diesbezüglich viele Briefe erhalten hat. Sie betonte, daß die Stadt Wien ein soziales Hilfsnetz besitzt, wie keine andere österreichische Stadt. Viele Aktionen - so Sandner - verwandeln sich im Zuge der Realisierung in öVP-Anträge. So auch die Forderung, kommunale Althäuser jungen Familien zur Verfügung zu stellen, die bereits verwirktlicht wurde. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Debatte Kultur
=++++

32 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Solange wirtschaftliches Wachstum und Konsum zu ausschließlichen Maximen erklärt werden, dürfen wir uns nicht wundern, wenn Stillstand oder Rezession Urängste wecken, sagte Stadtrat Prof. Dr. ZILK (SPÖ). Ein Umdenken erscheint heute notwendiger denn je. Es zeugt von unendlicher Kurzsichtigkeit, einerseits den Materialismus zu beklagen, andererseits aber bei jeder Krise den geistigen und kulturellen Bereich als zweitrangig zurückschrauben und gerade auf diesem Gebiet sparen zu wollen, wie dies gegenwärtig in den USA und in Großbritannien, aber auch in anderen Ländern geschieht. Gerade in einer Zeit der Krise und des Umbruchs brauchen wir Kunst und Kultur. Eine aktive Kulturpolitik muß die geistige Auseinandersetzung suchen, um Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit zu finden: Wie lassen sich Egoismus, Gewalt und Machtdenken zurückdrängen? Was können wir gegen den Hunger in der Welt und gegen die Zerstörung von Lebensraum tun? Wie sichern wir den Frieden? Antworten darauf sind nicht nur in der großen Politik, sondern vor allem auch in unserem täglichen Lebensraum zu suchen.

Eine humane Existenzsicherung beschränkt sich nicht auf die materielle Vorsorge. Wir müssen dafür sorgen, daß das Grundrecht auf Arbeit gewährleistet ist. Ebenso wichtig ist es aber, daß die Millionen Menschen, die schwer arbeiten, ein Recht auf Kunst und Kultur haben. Kunst und Kultur müssen ein Anrecht und ein Angebot für alle, nicht nur für eine priviligierte Minderheit sein. Ohne Kultur gibt es kein Selbstbewußtsein und keine Identität, ohne Identität aber auch keinen dauerhaften sozialen Frieden. Eine konstruktive Gesellschaftspolitik ist deshalb ohne eine demokratische Kulturpolitik nicht möglich. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Debatte Kultur
=++++

33 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) In der Fortführung einer demokratischen Kulturpolitik sehen wir auch unser Programm für die 80er-Jahre, sagte Zilk. Für die Kultur standen und stehen in Wien auch in dieser Zeit des Sparens Mittel zur Verfügung. Wir haben - im Gegensatz zu anderen Ländern - nicht am falschen Platz gespart. Während zum Beispiel in der BRD ein Theatersterben im Gange ist, wurden bei uns Millionen Theaterkarten verkauft. In den Theatern gab es damit mehr Besucher als auf den Sportplätzen.

Kultur ist auch ein nicht zu unterschätzender Faktor der Wirtschaft und der Arbeitsmarktpolitik. Nicht zuletzt kommt der Kultur auch im Hinblick auf den Fremdenverkehr große Bedeutung zu.

Die Demokratisierung der Kultur erfordert, daß Kulturpolitik nicht verordnet werden darf, sondern die vorhandene schöpferische Phantasie wecken soll. In diesem Sinne wurde die Kulturarbeit von den traditionellen Veranstaltungsstätten hinausgetragen. Der Bezirkskulturarbeit und der Stadtteilkulturarbeit kommt in diesem Sinne größte Bedeutung zu. Die ständig steigenden Besucherströme rechtfertigen unsere Arbeit, betonte Zilk.

Im Rahmen der Altstadterhaltung und -pflege wurden in den vergangenen Jahren fast 1.500 Objekte - dies entspricht der Anzahl der Häuser im 1. Bezirk - mit fast einer halben Milliarde Schilling gefördert.

Wien ist heute eine der kulturell lebendigsten Städte in Mitteleuropa. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Debatte Kultur
=++++

34 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte einleitend, daß der Budgetanteil für Kunst und Kultur nur 1,1 Prozent des gesamten Ausgabenrahmens ausmache. Wenn Wien den Anspruch erhebt, eine der bedeutendsten Kulturstädte zu sein, wird sie auf Grund der Budgetierung diesen Anspruch verlieren können.

Aus einer Studie über die soziale und ökonomische Situation der bildenden Künstler Wiens geht hervor, daß viele der hochbegabten Menschen sich von Kunst allein nicht erhalten können. Es gibt eine erschreckende Armut. Hier bietet sich ein neues Aufgabengebiet der Kulturpolitik an. Die großen erfolgreichen Veranstaltungen, etwa die Wiener Festwochen, dürfen den Blick für die sozial triste Lage vieler Künstler nicht trüben.

Er habe wenig Verständnis dafür, wenn Millionenbeträge an etablierte Künstler gegeben werden. Das Künstlerehepaar Leherb müsse aufgefordert werden, jene zwei Millionen zurückzuzahlen, die als Kaufunterstützung für ein Haus in der Wiener Innenstadt zur Verfügung gestellt wurden; dieses Haus sei von diesen Künstlern mit Gewinn weiterverkauft worden.

Zwischenruf von StR. ZILK: "Wir haben ihn erreicht, er muß zahlen!"

GR. PAWKOWICZ begrüßte diese Feststellung. Der freiheitliche Redner forderte StR. Zilk auf, bekanntzugeben, was mit dem Wotruba-Atelier in der Rustenschacherallee konkret geschehen wird. Er könne sich vorstellen, dieses als Starthilfe jungen Künstlern zu überlassen. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)
Utl.: Debatte Kultur
=++++

35 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) StR. MAUTHE (ÖVP) begrüßte es, daß StR.ZILK einige grundsätzliche Anmerkungen zur Kulturpolitik gemacht habe. Es sei der ehrliche Versuch gewesen, Kulturpolitik über die Parteigrenzen hinaus darzustellen und eines Bürgermeisterkandidaten nicht unwürdig. Die ÖVP trete sicher nicht für die Kürzung des Kulturbudgets ein. Mauthe erinnerte aber daran, daß die Kultur etwas sehr Sensibles, ständig Gefährdetes sei. Und neuerdings hänge über ihr das Damoklesschwert, das in den Werkstätten StR. WURZERS geschmiedet werde.

Einige Paragraphen der Bauordnung nämlich sollen geändert werden. Hatte es bisher geheißen, daß Neubauten oder Änderungen von Altbauten in Schutzzonen stilgerecht erfolgen müßten, gebe es in der Neufassung nur die vage Formulierung der Anpassung an den Charakter der umliegenden Gebäude. Mit der Einführung des Begriffs Charakter aber sei dieser Paragraph charakterlos und zu einem Wurzer'schen Gummiding geworden. Dabei verlange keinesfalls die öffentlichkeit eine neue Bauordnung, sondern nur die Riege der älteren Architekten. Mauthe stellte die Frage, ob Wurzer gegen das öffentliche Interesse handeln dürfe, nur weil es eine kleine Gruppe wolle.

Lobend dagegen äußerte sich Mauthe über das in der Wiener Parteienlandschaft erstaunliche Mirakel Altstadterhaltungsfonds, in dem es bisher nur einstimmige Meinungen und hervorragende Arbeit gegeben habe. Von Zilk wollte Mauthe wissen, wie es um die Rettung einiger erhaltenswürdiger Großprojekte mit Hilfe der BAWAG stünde, sowie um die Rettung des Messepalastes (laut Mauthe ein Schandfleck der Kulturpolitik), des Ronachers sowie um die Sanierung der Umgebung des Rathauses. (Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)
Utl.: Debatte Kultur
=++++

36 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Univ.-Prof. Dr. WURZER sagte an die Adresse von StR. MAUTHE, dieser sei ein einzelner Bewohner und nicht die Bevölkerung. Es stehe außer Streit, daß die Vergangenheit ebenso ihr Recht wie die Zukunft hat. "Jede Großstadt lebt von dem Prozeß, das zu ändern, was zu ändern ist, um die Zukunft zu bewältigen, um das zu bewahren, was echte Tradition bedeutet und eine Stadt zur Heimat macht", formulierte Wurzer. Wenn Wien immer auf das gehört hätte, was Kritiker sagten, wäre es nicht jene Attraktion geworden, die sie heute ist. Man dürfe nicht aus der Sicht der Kritiker sehen, sondern müsse den Gesichtspunkt der Architekten wählen, deren Ringen um neue Formen wir das heutige Stadtbild verdanken. Er zitierte den heute unbestrittenen Architekten Otto Wagner, der verlangt hatte, alles Moderne aus dem neuen Material und den Anforderungen der Gegenwart entsprechend zu bauen, wenn es zur modernen Menschheit passen soll.

GR. Gertrude MARCHFELD (SPÖ) führte aus, in einer traditionsreichen Stadt wie Wien sei es notwendig, das Vergangene zu bewahren und mit den Leistungen der Gegenwart zu verbinden. Sie berichtete weiters über die Auflage des neuen Stadtabonnements für den günstigen Besuch der Bundestheater. Das Straßentheaterfestival sei erfolgreich. Die Renovierung mehrerer Theater ist abgeschlossen bzw. in Durchführung. Wesentliche Teile von Förderungsausgaben entfallen auf Kirchen, Kapellen und Pfarren. Die Revitalisierung des Margaretenhofes macht gute Fortschritte. Marchfeld erläuterte die Notwendigkeit, das Erscheinungsbild von Gebäuden zu erhalten - hier habe bereits ein positiver Umdenkprozeß begonnen. (Als GR. Marchfeld von einem Hustenanfall unterbrochen worden war, referierte GR. Gertrude STIEHL den Rest ihres Debattenbeitrages). Die Innenrestaurierung der Cafes Sperl und Landtmann lasse eine alte Wiener Tradition weiterleben. Abschließend gab Stiehl einen Überblick über Aufgaben und Leistungen des Bürgerdienstes. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Debatte Kultur
=++++

37 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Fremdenverkehr ist ein Stiefkind des Gemeinderates, bedauerte GR. SCHNEIDER (ÖVP). Nicht einmal seine Zuständigkeit ist klar. Trotzdem konnte 1981 eine positive Entwicklung des Fremdenverkehrs mit 4,7 Millionen Nächtigungen verzeichnet werden. Der Stadtverwaltung fließen daraus Steuern in der Höhe von 893 Millionen zu. Im Rechnungsabschluß ist jedoch kaum ein Posten, der für den Fremdenverkehr verwendet wurde, zu finden. Es ist notwendig, für den Fremdenvekehr zu investieren. Für die Verantwortlichen der Wiener Wirtschaft ist die Werbung für den Fremdenverkehr ein echtes Anliegen. Sein gutes Abschneiden ist dieser Werbung zu verdanken.

Wenn Wien seinen guten Ruf als Kongreßzentrum weiterbehalten will, benötigt es kein neues Kongreßzentrum am Stadtrand, sondern soll seine bisher gegebenen Möglichkeiten im Stadtzentrum nützen. Wie aus einer Befragung hervorgeht, ist gerade der Kongreßort Hofburg für die Teilnehmer besonders reizvoll. Wien braucht daher kein neues Kongreßzentrum. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Debatte Kultur
=++++

38 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. PROCHASKA (ÖVP) warf Kulturstadtrat Dr. Zilk Kompetenzüberschreitungen in den Bereich der Jugendpolitik vor. Mit dem WUK, dem Rockhaus und dem Stadtkino fördere Zilk ähnliche Projekte wie Sandner. Oft seien es dieselben Personen, die ressortüberschreitend hier und dort zu finden seien.

Dem WUK warf Prochaska vor, geschlossene Tore für das Ideencafe von pro Wien zu haben, der jungen SPÖ aber Unterkunft zu bieten. Das Stadtkino biete um viel Geld ein ähnliches Programm wie zwei privat geführte Alternativkinos.

Mit hohen Subventionen, so Prochaska, förderten sowohl Sandner als auch Zilk die Anliegen von eklatanten Minderheiten und versuchten so, sich von Jugendproblemen loszukaufen. Abschließend forderte Prochaska die Einhaltung von Kompetenzen und das Setzen von Wertigkeiten in der Kulturpolitik. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Debatte Kultur
=++++

39 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Er habe den Eindruck, sagte GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ), daß die Opposition offenbar darunter leide, daß in Wien die Jugendfrage bisher gut gelöst werden konnte und Ereignisse wie in anderen europäischen Großstädten verhindert wurden. In Wien hat sich in den letzten Jahren eine kulturelle Vielfalt herausgebildet, die ihresgleichen sucht. Der Umstand, daß es in Wien zwei eigene Programmzeitschriften gibt, zeigt, wie viel in Wien los ist.

Das Direktsatellitenzeitalter in Europa begann mit der Liveübertragung einer Festwochenproduktion aus Wien.

7 Millionen Menschen besuchen jährlich die Theater, die Opernhäuser, Konzerte und Museen.

Der Anteil des Kulturbudgets am Gesamtbudget beträgt ca. 1,4 Prozent und ist in den letzten Jahren überproportional gewachsen. 95 Prozent der Beschlüsse im Kulturausschuß wurden einstimmig gefaßt. Dies zeigt, daß die Kulturpolitik in Wien in Wirklichkeit weitgehend unbestritten ist. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)
Utl.: Debatte Kultur
=++++

40 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. KAUER (öVP) erklärte sich damit einverstanden, daß für die Kultur mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Kauer trat für eine bessere Ausnützung des vorhandenen Theaterraumes und für die Auflage ein, daß die mit Subventionen errichteten Spielstätten auch anderen Gruppen zur Verfügung stehen müssen. Ein Weg dazu wäre die Aufstellung eine Spielstättenkatasters.

Der Verkauf von Bildbeständen, etwa der Arthotek, könnte Mittel für eine zusätzliche Förderung junger Künstler bringen.

Zum Wiener Volksbildungswerk sagte GR. KAUER, seine Fraktion habe vor einem Jahr die Mitarbeit angeboten, bis jetzt gibt es darauf keine Reaktion. Mit der Übernahme von Spielstätten hat das Volksbildungswerk seinen eigentlichen Wirkungskreis weit überschritten.

Während des Debattenbeitrages von GR. KAUER kam es zu einem Zwischenfall. GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPö) nahm auf Anforderung des Vorsitzenden GR. MAYRHOFER (SPö) den Zwischenruf "Blöder Kerl" zurück. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Debatte Kultur
=++++

41 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Kulturstadtrat Dr. ZILK nahm zu den Beiträgen seiner Vorredner Stellung. Auf Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ eingehend, sagte Zilk, auch ihm sei die Lage der bildenden Künste in Wien ein Anliegen. Mit den Beschlüssen zur Kunst am Bau sei ein erster Schritt getan, den Künstlern zu helfen. Zur Frage der Rückzahlung der Gelder aus dem Altstadterhaltungsfonds durch die Familie Leherb sagte Zilk, daß er sich natürlich dafür einsetzen werde. Das von Pawkowicz angesprochene Wotruba-Atelier soll nach Lösung der Rechtsprobleme der Hochschule für angewandte Kunst zur Verfügung gestellt werden.

Die von StR. MAUTHE kritisierte Novellierung der Bauordnung für Altstadtgebiete stehe, so Zilk, noch zur Diskussion. Mit der Renovierung des der BAWAG gehörenden Hochholzerhofes werde noch heuer begonnen werden. Zur Frage nach dem Ronacher sagte Zilk, daß es immerhin vor dem Abbruch gerettet werden konnte und nach langwierigen Verhandlungen eine Nutzung als Mehrzweckgebäude unter Wahrung der denkmalpflegerischen Anliegen in Aussicht stehe. Im übrigen sei das Ronacher ein Privathaus, die Stadt Wien habe sich als städtebauliches Anliegen darum gekümmert. Zilk begrüßte, daß die ÖVP nun endlich der Meinung sei, daß man im Messepalast ein Kulturzentrum einrichten solle. Nach dem endgültigen Beschluß, das Konferenzzentrum zu bauen, stehe einer Ideendiskussion und einer darauffolgenden entsprechenden Ausschreibung nichts mehr im Wege. Zwischen der Stadt Wien und den zuständigen Ministerien herrsche Einigkeit darüber, den Messepalast einer kulturellen Nutzung zuzuführen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)
Utl.: Debatte Kultur
=++++

42 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Den Vorwürfen von GR. PROCHASKA (ÖVP) er, ZILK überschreite seine Kompetenzen in Richtung Jugendpolitik, hielt Zilk entgegen, daß es keinen Grenzbegriff zwischen Jung und Alt gibt. Zilk wies darauf hin, daß sich gerade im WUK viele ältere Leute betätigen, die ein vernünftiges Programm erstellen und keine Konflikte mit der Umwelt verursachen. Zilk wies es als unfair zurück, von GR. Prochaska in ein Nahverhältnis von Chaoten gebracht worden zu sein und bemerkte, daß beim Stadtfest der ÖVP der Einsatz der Polizei den ganzen Nachmittag lang notwendig gewesen sei. Was die Frage der Subventionen betreffe, so habe das der ÖVP nahestehende Metropol in den Jahren 1981 und 1982 insgesamt 2,2 Millionen Schilling erhalten, was ebenso viel sei wie das von Prochaska kritisierte Stadtkino bekommen habe.

Mit Mag. KAUER stimmte Zilk in der Frage des Spielstättenkatalogs überein. Keine Übereinstimmung gebe es in der Frage des Verkaufs der der Stadt Wien gehörigen Bilder, da dies zu einer Zerstörung des gewerblichen Bilderhandels führen würde. Kauers Vorwurf, er habe von den Theateraktivitäten des Volksbildungswerkes nichts gewußt, wies Zilk zurück. Kauer sei sehr wohl informiert worden. Zur Frag der freien Gruppen sagte Zilk, daß er deren Unterstützung als seine Aufgabe ansehe, er den bestehenden Theater jedoch keine neuen hinzufügen wolle. Die freien Gruppen können bereits jetzt im Zentrum Petersplatz spielen. Ähnliche Regelungen werden für das Musikhaus in Simmering und für die Koppreiterremise bei deren Ausbau angestrebt. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)
Utl.: Debatte Kultur
=++++

43 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Den vor allem Stadtbildprobleme betreffenden Fragenkatalog von Mag. KAUER, beantwortete Stadtrat Zilk wie folgt:

Am Judenplatz sind Bauarbeiten im Gang, die Anliegen des Altstadtreferates bleiben gewahrt.

Die Bemalung der Flaktürme ist ein gemeinsames Anliegen, es gibt aber auch eine geteilte Meinung unter der Bevölkerung.

Beim Palais Harrach besteht Aussicht auf einen Beginn der Bauarbeiten im Lauf des Winters.

Beim Neugebäude wurde noch kein Ansatzpunkt zur Finanzierung der notwendigen 100 bis 150 Millionen gefunden. Es sollen zunächst Sicherungsarbeiten vorgenommen werden, die den weiteren Verfall vorbeugen.

Die öffnungszeiten der Museen sind wegen der Personalfrage ein Problem, es gibt erste Erfolge.

Große Ausstellungen wie die derzeit laufende "Von El Greco bis Goya" wurden nach Wien geholt.

Bemühungen um das Rathausviertel sind im Gang. Die Kernfrage ist die Beseitigung der in den Arkaden stehenden Autos.

Die jetzt zur Ausführung kommende Lösung beim Sünnhof kommt dem +enkmalschutz maximal entgegen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)
Utl.: Debatte Kultur
=++++

44 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) In einer tatsächlichen Berichtigung stellte GR. KAUER (ÖVP) fest, es sei längst durch die Polizei geklärt, daß die zwanzig Festnahmen nicht im Bereich des Stadtfestes, sondern nach einem Fußballmatch erfolgten. Auch die Verwendung von Fixiermessern durch Jugendliche sei nicht im Bereich des Stadtfestes erfolgt. Kauer kritisierte weiter die Gegenüberstellung von Metropol undd Stadtkino, da letzteres um 100 Prozent mehr Subventionen erhalten habe.

StR. ZILK replizierte darauf, daß Metropol sei dankenswerter Weise aus Parteigeldern gekauft worden. Die Subventionssumme der Stadt Wien sei aber die gleiche gewesen. Zum Stadtfest meinte Zilk, er habe nur von den aus den Polizeiakten hervorgehenden Festnahmen im Bereich des Festes gesprochen.

GR. GAWLIK (SPÖ) erläuterte an Hand des "Duden" unter Hinweis auf die Ausführungen von GR. Mag. Mag. KAUER (ÖVP), daß "präpotent" nicht nur "überlegen", sondern österreichisch auch "überheblich" bedeutet. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)
Utl.: Debatte Personal
=++++

45 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) StR. NEKULA (SPÖ) berichtete, daß bei der Wiener Stadtverwaltung 60.000 Mitarbeiter beschäftigt sind. Ein Drittel davon ist im Bereich sozialer Dienste tätig, 14.000 sind bei den Stadtwerken eingesetzt. Nur 5.500 sind Verwaltungsbeamte, wie etwa in der Finanzverwaltung. Im Jahr 1981 entfielen die Personalaufstockungen in erster Linie auf Krankenschwestern, Kindergärtnerinnen und dergleichen. 9.000 Krankenschwestern arbeiten gegenwärtig in Wiener Spitälern, 190 fehlen laut Dienstpostenplan, tatsächlich beträgt der Unterstand jedoch 400 (zum Beispiel wegen Karenzurlaub). Von den 4.600 Ausländern im Dienst der Stadt Wien sind 1.300 Krankenschwestern. Nekula wies auf die Bedeutung der Lehrlingsausbildung angesichts der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt hin: die Stadt Wien bildet insgesamt 4.100 Lehrlinge, Krankenpflegeschüler usw. aus.

Für überdurchschnittliche Leistungen wurden im abgelaufenen Jahr an 8.493 Mitarbeiter 12,5 Millionen Schilling an Remunerationen ausbezahlt.

Der "lange Donnerstag", als Serviceleistung für die Wiener Bevölkerung gedacht, setzt sich nur zögernd durch.

Der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung ermöglichte, 600 Dienstposten nicht mehr neu zu besetzen, und die Durchführung der direkten Demokratie in der praktizierten Weise ist nur durch den Einsatz dieses technischen Hilfsmittels möglich. Bei den Verkehrsbetrieben konnten innerhalb von zehn Jahren 4.400 Dienstposten eingespart werden.

In Nekulas Ressort wurden das Baulärmgesetz und das Luftreinhaltegesetz beraten, die Bauordnungsnovelle steht in Diskussion, und es wird versucht, die Hausprostitution zu regeln. Jagdgesetz und Landarbeitergesetz werden dem Landtag zugeleitet. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)
Utl.: Debatte Personal
=++++

46 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) setzte sich eingehend mit der Notwendigkeit, Regelungen für die Wohnungsprostitution zu finden, auseinander. Die Menschen, die sich ständig Belästigungen gegenüber sehen, warten dringend auf eine Hilfe des Landesgesetzgebers. Vorwürfe würden auch an Zeitungen erhoben, weil sie im Hinblick auf das Annoncengeschäft nicht über die Mißstände berichteten. Mit dem Vorschlag der Wiener Polizeidirektion, pro Haus eine Genehmigung zur Prostitution zu erteilen, kann sich Hirnschall nicht identifizieren: Diese Vorgansweise würde vielmehr zu einer Ausbreitung führen.

Die zukünftige gesetzliche Regelung kann nur so aussehen, daß Wohnungsprostitution generell überall dort untersagt wird, wo auch andere Mitbewohner im Haus leben, sagte Hirnschall. Das Problem darf nicht auf die lange Bank geschoben werden, eine Entscheidung dafür muß noch im heurigen Herbst fallen, schloß Hirnschall.
(Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (36)
Utl.: Debatte Personal
=++++

47 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Mehr Schulärzte für die Pflichtschüler in den Gemeindeschulen forderte GR. TRAINDL (ÖVP). Der Gesundheitszustand der Jugend sei nicht der Beste, doch für die Gesundenvorsorge wird zuwenig getan. Die Ärzte im Bundesdienst sind zwar den Ärzten in den Pflichtschulen finanziell gleichgestellt, doch müssen die Ärzte in den Gemeindeschulen doppelt soviel arbeiten. Ein Arzt in einer Bundesschule hat 750 Schüler zu betreuen, ein Arzt in einer Pflichtschule der Gemeinde Wien 1.500 Schüler. Dem Arzt in einer Gemeindeschule bleibt nur 30 Sekunden Zeit, um einen Schüler pro Jahr zu untersuchen. Im Zielplan von StR. STACHER sind 1.000 Schüler pro Schularzt vorgesehen. Die Wiener Schulärzte haben sogar Spezialkurse zur Suchtgiftausbildung besucht. Sie könnten sich dem Drogenproblem in den Schulen widmen. Nur haben sie zu wenig Zeit dazu. GR. Traindl regte an, im Budget 1983 Vorsorge für die Einstellung von mehr Schulärzten zu treffen. (Forts.) ba/bs

NNNN

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)
Utl.: Debatte Personal
=++++

48 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. PESKA (SPÖ) hob besonders die erste Etappe der Besoldungsreform hervor, die mit 1. Juli 1981 durchgeführt wurde. Sie stellt einen Meilenstein in der Entwicklung des Besoldungsrechtes dar und brachte wesentliche Verbesserungen.

Bei der Stadt Wien werden Jugendliche in den verschiedensten Berufen ausgebildet. Auch die Holding wird in vermehrtem Ausmaß Lehrlinge einstellen.

Die Behindertenkommission setzt ihre Tätigkeit auch über das Jahr der Behinderten hinaus fort. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (38)
Utl.: Debatte Personal

Wiener Gemeinderat (39)
Utl.: Debatte Personal
=++++

50 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort erklärte Stadtrat NEKULA an die Adresse von GR. Dr. HIRNSCHALL, daß diesem beide Gesetzesentwürfe übermittelt wurden. Eine gesonderte Regelung für Miet- und Eigentumswohnungen hält Nekula nicht für praktikabel. Es wird VERSUCHT, eine Lösung zu finden, die Materie ist jedoch sehr heikel, und es wird wahrscheinlich nicht möglich sein, eine befriedigende Lösung für alle zu erreichen. Hinsichtlich der Zeitungsinserate hat der Landtag keine Kompetenz zur Regelung, da diese Frage Sache des Mediengesetzes ist. Heute wurde ein Unterausschuß beschlossen, um diese Angelegenheit sehr offen zu diskutieren.

GR. TRAINDL hat vermutlich den Unterschied zwischen Mittelschul- und Pflichtschulärzten übersehen, vermutete Nekula. Die Stundenanzahl ist bei den beiden Gruppen unterschiedlich.

Es sind Bewerber für die Turnusausbildung vorgemerkt - jedoch nur für die Facharztausbildung. Für die Ausbildung zum Praktischen Arzt gibt es keine Wartezeit.

Früher war die Beschäftigung als Schularzt ein Beitrag zur Altersversorgung. Das ist heute nicht mehr notwendig, weil eine andere Art der Altersversorgung inzwischen geschaffen wurde.

Zu den Ausführungen von GR. Mag. KAUER über Probleme mit Computern sagte Nekula, es wird versucht, neue Maschinen einzusetzen. Betreffend dem Beitrag von GR. KOPFENSTEINER unterstrich Nekula die Bedeutung der Reform, die Vorteile für 50.000 Bedienstete brachte.

Die Sitzung wurdem um 21.32 Uhr unterbrochen. Sie wird morgen, Mittwoch, nach einer Sitzung des Landtages (9 Uhr) mit der Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales fortgesetzt. (Schluß)
and/ap

ENDE DES SITZUNGSBERICHTES

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Mittwoch, 30. Juni 1982 Blatt 1934

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:	Wiener Landtag
(rosa)	Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschlußdebatte
	Nekula: Stadt Wien nimmt heuer 103 Lehrlinge mehr auf
	Hatzl zu Wohnbaugenossenschaft "Neue Eigenheime"
Politik:	Vor Scheitern des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds?
(rosa)	
Kultur:	Goldene Ehrenmedaille für Max Böhm
(gelb)	Ehrenring für Staatsoperndirektor Seefehlner
Nur über FS:	30.6. Rolling-Stones-Konzert findet statt
	Stromausfall in Teilen des 22. Bezirks

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Stadt Wien — Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Dw. FS 13-3240. Chefredakteur Robert Prosel. Verlags- und Herstellungsort Wien.

Vor Scheitern des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds?
Utl.: Sozialversicherungen sollen in Wien mindestens 60 Prozent der Spitalskosten tragen

=++++

1 #Wien, 30.6. (RK-POLITIK) Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte Mittwoch im Wiener Landtag auf Anfrage von LAbg. WINDHAB (SPÖ), daß noch im Herbst dieses Jahres das Wiener Krankenanstaltengesetz geändert werden könnte. Neu aufgenommen werden sollte ein sogenannter "Mindestdeckungssatz", nach dem die Zahlungen der Sozialversicherungsträger zu den Spitalskosten nicht unter 60 Prozent der amtlichen Pflegegebühren fallen dürfen.#

Dieser Schritt werde notwendig, da die Verhandlungen über den Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds gestern, Dienstag, vorläufig gescheitert sind. Mayr betonte, daß die Leistungen des Bundes und er Sozialversicherungsträger für diesen Fonds seit 1978 anteilsmäßig gesunken sind, während sich die Leistungen der Länder und Gemeinden erhöhten. Die Länder forderten daher im Frühjahr 1982 eine Wiederherstellung des 1978 - bei Gründung des Fonds - gegebenen Finanzierungsverhältnisses. Dies wäre durch zusätzliche jährliche Leistungen von mindestens 500 Millionen durch den Bund und die Sozialversicherungen möglich gewesen. Dieser, so Mayr, "sehr maßvollen" Forderung setzte man ursprünglich ein Anbot von 300 Millionen entgegen. Gestern, Dienstag, kam es nun zu einem Anbot des Bundes von 300 Millionen für 1983, 385 Millionen für 1984 und 470 Millionen für 1985 - insgesamt also 1.155 Millionen auf 3 Jahre. Die Länder reduzierten ihre Forderung auf 400 Millionen pro Jahr, gaben jedoch an, daß das die unterste Grenze sei. Die Verhandlungen kamen daher zu keinem Ergebnis.

Es ist nun zu erwarten, daß das Bundesland Salzburg noch heute, Mittwoch, den Fonds mit Wirkung vom 31.12.1982 aufkündigen wird. Da die Aufkündigung eines Mitglieds die Auflösung des Fonds bewirkt, ist zu befürchten, daß es ab 1983 keinen Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds mehr geben wird. (Schluß)
sei/gg

NNNN

Nekula: Stadt Wien nimmt heuer 103 Lehrlinge mehr auf
Utl.: Freisprechungsfeier für Lehrlinge der Stadt Wien
=++++

2 #Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Im Festsaal des Wiener Rathauses fand Mittwoch die Freisprechung von 202 Bürokaufmannslehrlingen und bautechnischen Zeichnerlehrlingen der Stadt Wien statt. Wie Personalstadtrat Franz NEKULA ausführte, hat die Stadt Wien seit 1964 4.630 junge Menschen in den verschiedensten Berufen ausgebildet. Heuer werden von der Stadt Wien um 103 junge Menschen mehr als in den vergangenen Jahren aufgenommen, sodaß 450 Lehrlinge bei der Stadt Wien in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz erhalten. Da die Stadt Wien neben der Lehrlingsausbildung auch eine Reihe von anderen Berufsausbildungen anbietet, wie etwa die Ausbildung zu Krankenschwestern, Kindergärtnerinnen, Sozialarbeitern usw., werden im heurigen Jahr insgesamt rund 1.500 junge Menschen eine Ausbildung bei der Stadt Wien finden, sagte Nekula.#

Von den 230 zur Abschlußprüfung angetretenen Lehrlingen haben 202 die Prüfung bestanden. 42 Lehrlinge bestanden mit Auszeichnung, 55 mit sehr gut. Alle Lehrlinge erhielten ein Staatsbürgerbuch. Die Lehrlinge, die mit Auszeichnung abschlossen, zwei Golddukaten, die Lehrlinge mit sehr guten Erfolg, einen Golddukaten.

Bei der Abschlußfeier waren der Erste Landtagspräsident Hubert PFOCH, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Rudolf PÖDER, der ständige Stellvertreter des Magistratsdirektors OSR Dr. Alfred PEISCHL, Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Personal- und Rechtsangelegenheiten sowie leitende Beamte der Stadt Wien und Angehörige der Lehrlinge anwesend. (Schluß) en/gg

NNNN

Goldene Ehrenmedaille für Max Böhm

=++++

14 #Wien, 30.6. (RK-KULTUR) "Du repräsentierst das Wienertum wie nur wenige andere", sagte Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK, als er in Vertretung des erkrankten Bürgermeisters dem Schauspieler und Kabarettisten Max BÖHM am Mittwoch die Ehrenmedaille der Bundeshauptstdt Wien in Gold überreichte.#

Der Gemeinderat hat diese Ehrung, die speziell für Künstler und Wissenschaftler geschaffen wurde, einstimmig an Max Böhm verliehen. Zilk bezeichnete diese Auszeichnung als Dank für ein Lebenswerk, mit dem sich Max Böhm Millionen Freunde geschaffen hat. "Du kannst etwas, was nur ganz wenige können: Ein beseligendes Lächeln schenken und Freude bereiten. Auch in den schwersten Stunden Deines eigenen Lebens ist Dir das gelungen". Max Böhm verwies darauf, daß er vor 24.000 Tagen in der Knöllgasse in Favoriten geboren wurde und sich immer als Wiener gefühlt habe. "Ungünstige Umstände haben mich manchmal aus Wien weggeführt, günstige Umstände immer wieder zurückgebracht", sagte er. "In einem Buch über mein Leben müßte unter dem Datum 30. Juni 1982 stehen: Einer der schönsten Tage in meinem Leben".

Max Böhm, am 23. August 1916 als Sohn eines Arztes in Wien geboren, bestand 1935 die Schauspielprüfung, spielte an deutschsprachigen Bühnen in der Tschechoslowakei, in Berlin und Bremen, dann an einer Wehrmachtsbühne, von der er wegen "Zersetzung der Wehrkraft" strafweise zu einer Luftnachrichtenkompanie versetzt wurde. 1945 Kaberetist in Linz, 1949 am Volkstheater in Wien, Arbeit beim Sender "Rot-Weiß-Rot", 1950 bei der Fundfrage einer Radiozeitschrift zum "Populärsten österreicher" gewählt, 1954-1974 am Simpl, später an verschiedenen Bühnen im In- und Ausland, seit 1976 Mitglied des Theaters in der Josefstadt. (Schluß) sti/bs

NNNN

WIEN KULTUR

Ehrenring für Staatsoperndirektor Seefehlner
=++++

15 #Wien, 30.6. (RK-KULTUR) "Ein Stpck Kultur - und Zeitgeschichte" nannte Kulturstadtrat Dr. helmut ZILK den Direktor der Wiener Staatsoper, Hofrat Prof. Dr. Egon SEEFEHLNER, dem er in Vertretung des erkrankten Bürgermeisters am Mittwoch den Ehrenring der Stadt Wien überreichte.#

Es gab vor allem zwei Gründe dafür, daß Ihnen der Gemeinderat diese höchste sichtbare Auszeichnung zuerkannt hat," sagte Zilk. "Erstens sind Sie überall, wo Sie tätig waren, österreicher geblieben. Und zweitens haben Sie Wien nach der zeit des Faschismus den Dornröschenkuß gegeben und die Kunst der Zeit nahegebracht." "Was ich bin und kann, habe ich von dieser Stadt," sagte Direktor Seefehlner. "Sie hat mir die Kraft gegeben, die jeder Mensch braucht, und den wienerischen Geist, den nur haben kann, wer hier geboren ist oder ihn hier mühsam erworben hat. Nur wer diesen Geist erkannt hat, kann hier bestehen und dieses Labyrinth zwischen Genie und Untergang durchschreiten."

Egon Seefehlner wurde am 3. Juni 1912 in Wien geboren, absolvierte die Therisianische Akademie und die Konsularakademie, volontierte an der Gesandtschaft in paris, studierte Rechtswissenschaften und wurde 1937 promoviert. Nach Arbeit als Jurist in der Privatwirtschaft wurde er 1945 Kulturreferat der ÖVP und Generalsekretär der österreichischen Kulturvereinigung. 1946 bestellte ihn die Konzerthausgesellschaft zum Generalsekretär. Er erwarb sich große Verdienste darum, die Musik von Mahler, Berg, Schönberg und Hindemith wieder in Erinnerung zu rufen und führte bis dahin unbekannte Dirigenten wie Bernstein und Maazel in Wien ein. 1955 wurde er zum Stellvertreter des Staatsoperndirektors Dr. Karl Böhm berufen und blieb in dieser Funktion, als Herbert von karajan 1956 die künstlerische Leitung übernahm. 1961 wurde Seefehlner Vizedirektor der Deutschen Oper in Berlin, 1972 Generalintendant. 1976 wurde er Direktor der Wiener Staatsoper. (Schluß) sti/ap

NNNN

Wiener Landtag (1)
Utl.: Fragestunde
=++++

3 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident PFOCH wurde die Sitzung des Wiener Landtages eröffnet. Wie Pfoch bekanntgab, liegt ein Bericht über die Tätigkeit der Volksanwaltschaft vor, der dem Ausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten zugewiesen wurde.

Die Sitzung begann mit einer Fragestunde. Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. FÜRST (ÖVP), ob in nächster Zeit mit einem Gesetz zur Besteuerung von Plastikflaschen und Aluminiumdosen in Wien zu rechnen ist, sagt LHStv. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß diese Möglichkeit von der Finanzverwaltung geprüft wurde, vor allem, um den vermehrten Einsatz von umweltfreundlicheren Pfandflaschen zu fördern.Wegen der Wettbewerbsverzerrung sollte eine derartige Steuer jedoch nur in Vereinbarung mit anderen Bundesländern geschlossen werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob Fröhlich-Sandner bereit sei, die Bundesregierung auf die unkoordinierte Vorgangsweise hinzuweisen, wenn man einerseits die Produktion von Aluminiumdosen fördere und dann diese einer Besteuerung unterziehe, sagte Fröhlich-Sandner, sie werde darauf hinweisen, daß derartige Einweggebinde zu Umweltschwierigkeiten führen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob sie bereit sei, zwischen den in dieser Frage widersprüchlichen Ministern Steyrer und Staribacher zu vermitteln, sagte Fröhlich-Sandner, eine Vermittlung komme ihr nicht zu, sie könne jedoch auf die Problematik aufmerksam machen. (Forts.)
gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (2)
Utl.: Fragestunde
=++++

4 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Schritte man unternehmen werde, um zu verhindern, daß der Wiener Naherholungsraum durch Eingriffe der Umlandgemeinden geschädigt wird, sagte LHStv. FRÖHLICH-SANDNER, daß mangels behördlicher Autorität ein Einschreiten nur mit Hilfe anderer Behörden möglich ist. Im Fall der Mülldeponie der Stadt Klosterneuburg könne man eine Anzeige bei den zuständigen Behörden einbringen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob diese Deponie bei der gemeinsamen Institution Wiens und Niederösterreich zur Sicherung der Naherholungsräume zur Sprache gebracht werde, sagte SANDNER, das werde in der nächsten Sitzung geschehen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es darüber hinaus unmittelbare Schritte bei der Niederösterreichischen Landesregierung geben werde, sagte SANDNER, sie sei bereit Gespräch auf höchster Ebene einzuleiten.

Die DRITTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.
(Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Landtag (3)
Utl.: Fragestunde
=++++

5 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von StR. Dr. GOLLER (ÖVP), warum das Wiener Unvereinbarkeitsgesetz auf Grund der Neufassung des Unvereinbarkeitsgesetzes auf Bundesebene noch nicht entsprechend adaptiert worden sei, sagte FRÖHLICH-SANDNER, daß die durch die Novelle des Bundesgesetzes eingeführten Unvereinbarkeitsvorschriften unmittelbar vollziehbar sind, ohne daß es einer zusätzlichen landesgesetzlichen Regelung bedarf.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE von StR. Dr. GOLLER, warum noch keien Meldung der freiberuflichen Tätigkeit von Mitgliedern der Landesregierung, wie es im Bundesgesetz vorgesehen ist, im Amtsblatt der Wiener Zeitung erfolgt ist, sagte FRÖHLICH-SANDNER, sei werde Mitteilung machen, wann diese Meldung erfolgt sei.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Absicht zur Novellierung des Wiener Unvereinbarkeitsgesetzes besteht, sagte FRÖHLICH-SANDNER, daß dieses aus dem Jahr 1925 stammende Gesetz im Rahmen der Überarbeitung der Stadtverfassung ebenfalls angepaßt wird. (Forts.)
gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (4)
Utl.: Fragestunde
=++++

6 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. Ing. SVOBODA (SPÖ), wann mit der Vorlage des Entwurfes einer Novelle zum wiener Veranstaltungsgesetz zu rechnen sei, antwortete Stadtrat Prof. Dr. ZILK, daß der Amtsentwurf, der verschiedenen Neuregelungen im Bereich der Spielapparate zum Inhalt hat, nach übereinstimmender Beschlußfassung im Unterausschuß von der ÖVP in der Landesregierung abglehnt wurde. Deshalb sind weitere Beratungen notwendig. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Ursache für die Verzögerung sagte Zilk, daß der Grund in der mangelnden Koordination innerhalb der ÖVP liege, da ihr Delegierter im Unterausschuß dem Entwurf ausdrücklich zugestimmt hatte. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wann mit einer neuerlichen Vorlage zu rechnen sei, antwortete Zilk, daß diese wichtige Materie eine übereinstimmenden Beschlußfassung notwendig mache. Er könne deshalb keinen Termin nennen.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. HOLUB (SPÖ), welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die zu erwartenden schädlichen Auswirkungen des Kohlekraftwerkes Tullnerfeld auf Wien auszuschließen, antwortete Stadtrat SCHIEDER, daß die Stadt Wien sowohl rechtliche als auch politische Mittel ergreife. Der Einbau von Filteranlagen sei auch in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht billiger als die nachträgliche Beseitigung von Schäden. Es sollen deshalb von vorherein Maßnahmen zu bestmöglichen Entschwefelung gesetzt werden. Schieder richtete den Appell an die Verantwortlichen in der E-Wirtschaft und in der Politik, alles zu tun, daß Kraftwerke so vernünftig und umweltsicher gebaut werden, wie sei tatsächlich gebaut werden können. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Landtag (5)
Utl.: Fragestunde
=++++

7 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE des LAbg. Mag. KAUER (ÖVP), was er, unter anderem auch durch entsprechende landesgesetzliche Maßnahmen, unternehmen werde, damit die Interessen des Umweltschutzes in Wien in Zukunft noch stärker als bisher berücksichtigt werden, antwortete Stadtrat SCHIEDER (SPÖ), er könnte jetzt sehr lange auf einzelne Vorhaben eingehen. Das meiste sei allerdings schon bei der vorhergehenden Frage erwähnt worden.

Die wichtigste legistische Maßnahme auf dem Gebiet des Umweltschutzes sei zweifellos der Entwurf des Wiener Naturschutzgesetzes. Es wird die Einrichtung von Natur- und Nationalparks ermöglichen und bei Verstößen zusätzliche Handhabe bieten. Bereits vom Wiener Landtag beschlossen ist die sogenannte "Luftreinhaltenovelle" zum Wiener Feuerwehrgesetz.

Als wesentliche Maßnahme bezeichnete Stadtrat Schieder auch die Einrichtung eines Beschwerdekatasters über die Geruchsbelästigung in Wien. Auf weiteren 71 Detailgebieten des Umweltschutzes gebe es Vorhaben der Stadt Wien.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob im Naturschutzgesetz auch die Institution eines "Naturschutzanwaltes", der außerhalb des Magistrats stehe, vorgesehen sei, antwortete Stadtrat Schieder, diese Funktion werde die Naturschutzbehörde auch erfüllen können. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob eine Lösung wie beim Vorarlberger Landschaftsschutzgesetz nicht wesentlich sinnvoller als die vorgesehene sei, antwortete Stadtrat Schieder, daß das Vorarlberger Gesetz von den Wiener Behörden erst geprüft werden müsse. (Forts.)
roh/gg

NNNN

Wiener Landtag (6)
Utl.: Fragestunde
=++++

8 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. KUCHAR (FPÖ), wie viele Sechs-Tage-Volksschulen es im kommenden Schuljahr in Wien geben werde, antwortete LHStv. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ), daß es im Schuljahr 1982/83 in 28 öffentlichen Volksschulen Sechs-Tage-Unterricht geben werde.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sie der Meinung sei, daß es pädagogisch sinnvoller wäre, den Lehrinhalt auf sechs Tage zu verteilen, antwortete Gertrude Fröhlich-Sandner, daß sie immer dieser Auffassung gewesen wäre. Allerdings hätten sich die Eltern in zahlreichen Schulen in demokratischer Willensbildung für den Fünf-Tage-Unterricht entschieden. Bei knappem Abstimmungsergebnis sei versucht worden, die Eltern doch noch von der Sechs-Tage-Schule zu überzeugen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob sie dazu bereit wäre, sich dafür einzusetzen, in jenen Bezirken, wo es keine Sechs-Tage-Schule gibt, wenigstens einzelne Klassen im Sechs-Tage-Unterricht zu führen, antwortete Gertrude Fröhlich-Sandner, sie wäre gerne bereit, diese Anregung mit dem Wiener Stadtschulratspräsidenten zu diskutieren, obwohl sie organisatorische Schwierigkeiten befürchte.

Die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. WINDHAB (SPÖ) nach dem aktuellen Stand der Verhandlungen über den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, beantwortete Stadtrat MAYR. (siehe eigene Aussendung der "RATHAUSKORRESPONDENZ"). (Forts.) roh/and/gg

NNNN

Wiener Landtag (7)
Utl.: Fragestunde
=++++

9 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von LAbg. Christine SCHIRMER (SPÖ) welche Entscheidungen vom Bund zur Übernahme der "Nordbergbrücke" in das Bundesstraßennetz getroffen wurden, antwortete StR. Ing. HOFMANN, daß der Wunsch nach Übernahme des Straßenstückes in das Bundesstraßennetz dem Bautenministerium übermittelt und entsprechend begründet wurde. Nach einem Gespräch mit Bautenminister SEKANINA soll die "Nordbergbrücke" als B 232 unter dem Namen Spittelauer Straße in die Novelle zum Bundesstraßennetz aufgenommen werden.

Auf die ELFTE ANFRAGE von LAbg. Dkfm. AMMANN (ÖVP) wann mit dem Abschluß der Verhandlugen betreffend eine Neuordnung des Bundesstraßennetzes zu rechnen sei, teilte StR. HOFMANN mit, daß laut Bautenministerium noch in diesem Jahr eine Novelle des Bundesstraßengesetzes 971 vorliegen wird. Diese erste Novelle wird sich mit der Neuordnung von Autobahnen beschäftigen, eine zweite Novelle wird die Neuregelung der Bundesstraßen beinhalten. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den Veränderungen bei den Bundesstraßen sagte StR. HOFMANN, daß er eine umfangreiche Liste von Änderungen habe, die er im nächsten Gemeinderatsausschuß "Straße, Verkehr und Energie" bekanntgegeben wird. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE ob für Autobahnen nicht benötigte Gelder zugunsten von Park-and-Ride-Systemen oder zugunsten des öffentlichen Verkehrs umgeschichtet werden, wies StR. HOFMANN darauf hin, daß die Mittel des Bundesstraßenbaufonds für den Straßenbau zweckgebunden sind. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Landtag (8)
Utl.: Fragestunde
=++++

10 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die ZWÖLFTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die 13. ANFRAGE von LAbg. FÜRST (ÖVP), wie sich die Lärmbelästigung sowie die Luft- und Wasserverunreinigung durch die Motorboote im Erholungsgebiet der Alten Donau sowie auf der Neuen Donau mit dem Umweltschutz vereinbaren läßt, antwortete StR. SCHIEDER, daß es zwei Verordnungen gebe, die das Befahren der Alten Donau und der Neuen Donau mit Motorbooten grundsätzlich verbietet. Ausgenommen sind Einsatzfahrzeuge, der Fährverkehr auf der Neuen Donau sowie Motorboote für Rettungszwecke oder bei Wassersportveranstaltungen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob StR. SCHIEDER bereit sei, die Genehmigungen für private Motorboote an der Alten Donau zu überprüfen, sagte StR. SCHIEDER, daß eine Anweisung zur Überprüfung von der Magistratsabteilung 58 (Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens) getroffen werden müsse. Möglicherweise haben nicht alle Motorbootfahrer tatsächlich Genehmigungen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob StR. SCHIEDER ein umweltfreundlicher Treibstoff, mit dem die Motorboote der Polizei angeblich angetrieben werden, bekannt sei, sagte SCHIEDER, er habe einen Hinweis auf ein Gutachten erhalten, daß es tatsächlich einen solchen Treibstoff für Motorboote geben könnte. Er werde sich dieses Gutachten ansehen.

Ende der Fragestunde. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Landtag (9)
Utl.: Anträge
=++++

11 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die SPö brachte eine Gesetzesvorlage betreffend den verfassungsrechtlichen Schutz des Wald- und Wiesengürtels ein. Außerdem lag dem Landtag ein Antrag der öVP über die Teilzeitbeschäftigung von pragmatisierten Lehrern vor.

Zwtl.: Wahl eines Mitgliedes des Bundesrates

Anstelle von Dr. Anna DEMUTH (SPö), die ihr Mandat zurückgelegt hat, wurde Elisabeth DITTRICH (SPö) mit den Stimmen der SPö und öVP als neues Mitglied in den Bundesrat gewählt.

Zwtl.: Landarbeitsordnung

Stadtrat NEKULA (SPö) beantragte eine Novellierung der Wiener Landarbeitsordnung im Sinne einer Vereinheitlichung des Dienstnehmerschutzes. Die Gesetzesvorlage wurde einstimmig ohne Debatte angenommen.

Zwtl.: Jagdgesetz

Stadtrat NEKULA (SPö) beantragte eine Änderung des Wiener Jagdgesetzes, um die Bestimmungen dieses mehr als 30 Jahre alten Gesetzes den heutigen Erfordernissen und Vorstellungen anzupassen. Auch diese Vorlage wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.
(Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Landtag (10)
Utl.: Abgabe auf unvermietete Wohnungen
=++++

12 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat MAYR (SPö) brachte ein Gesetz zur Einhebung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen im Wiener Landtag ein. MAYR betonte, daß damit - neben dem Bau und der Förderung von Neubauwohnungen - eine weitere Verbesserung der Wohnungsversorgung in Wien erreicht werden soll.

Die Abgabe auf unvermietete Wohnungen soll eingehoben werden, wenn eine Wohnung sechs Monate nicht vermietet ist. Falls Arbeiten in der Wohnung zur Standardanhebung vorgenommen werden, verlängert sich die Frist um ein weiteres Jahr. Von der Steuer ausgenommen sind Eigentumswohnungen, Dienstwohnungen von Körperschaften, sowie Ein- und Zweifamilienhäuser. Ebenfalls ausgenommen sind Wohnungen, die auf grund ihres Standards nicht vermietbar sind. Diese müssen jedoch der Stadt wien zur Weitervermietung angeboten werden.

Die Höhe der Abgabe beträgt das Dreifache der Höchstvermietungssätze nach der Mietengesetzgebung, also 66 Schilling pro Quadratmeter für Wohnungen der Katagorie A, 49,50 für Wohnungen der Katagorie B, 33 Schilling für Wohnungen der Kategorie C und 16,50 für solche der Kategorie D.

MAYR kündigte flankierende Maßnahmen im Gemeinderat an, um eine Umgehung des Gesetzes durch Scheinmietverträge zu verhindern. Demnach soll es auch eine Abgabe auf vermietete aber nicht benützte Wohnungen geben. Diese Wohnungen sollen über den Energieverbrauch erfaßt werden. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Landtag (11)
Utl.: Abgabe auf unvermietete Wohnungen
=++++

13 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Ein dirigistisches Wohnungswesen erfordere fortlaufend neue dirigistische Maßnahmen, wie sie das neue Gesetz darstelle, erklärte LAbg. KUCHAR (FPÖ). Bei einem freien Wohnungsmarkt wäre eine Abgabe auf unvermietete Wohnungen nicht notwendig.

Da man nicht wisse, wieviele der über 100.000 leerstehenden Wohnungen vermietet sind, zweifle er an einem Erfolg dieses neuen Gesetzes, stellte KUCHAR fest. Auf die leerstehenden, aber vermieteten Wohnungen habe das Gesetz keine Auswirkungen. Bei den unvermieteten Wohnungen würde durch Scheinmietverträge und ähnliche Maßnahmen die Abgabe umgangen werden. Man könne auch niemanden zwingen, Strom und Gas anzumelden, um eine Kontrolle zu ermöglichen. Nur durch freie Marktwirtschaft auf dem Wohnungssektor könne man die bestehenden Probleme lösen. Auch das neue Mietrechtsgesetz werde durch die Abgabe desavouiert.

Der ÖVP warf LAbg. KUCHAR vor, sie habe auch kein Vertrauen mehr in den freien Markt, wenn sie, wie Landesparteiobmann BUSEK in einem Artikel, gegen die Mietzinserhöhung polemisiere. Auch die ÖVP trage die Verantwortung für die derzeit herrschenden Zustände am Wohnungsmarkt. In ihren eigenen Wohnbaugenossenschaften herrsche noch weniger Ordnung als in jenen der SPÖ, wie die neuen Probleme mit einer Wiener Wohnbaugenossenschaft, die der ÖVP nahesteht, bewiesen.

"Wir glauben, daß man das österreichische Wohnungswesen nur durch Anpassung an den Markt verbessern kann", erklärte LAbg. KUCHAR. Seine Vorschläge, wie zum Beispiel die öffentliche Kontrolle von Wohnbaugenossenschaften und die Festlegung von Mietpreis und Fertigstellungstermin beim Bau von Wohnhäusern, seien im Wiener Landtag immer abgelehnt worden.

Seine Fraktion werde der neuen Abgabe nicht zustimmen. (Forts.)
roh/gg

NNNN

Wiener Landtag (12)
Utl.: Abgabe auf unvermietete Wohnungen
=++++

16 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) LAbg. Dr. PETRIK (ÖVP) erklärte, in Wien würden die Wohnungen knapper, weil sie qualitativ nicht genutzt werden können. Die Bausparmittel werden geringer, die Heizkosten höher. Es gibt ein geringes Angebot an günstigen Wohnungen, die sich die Menschen leisten können. Man müsse davon ausgehen, daß das Mietrechtsgesetz die Erwartungen nicht erfüllt hat. Petrik vermutete, daß es bei diesem neuen Gesetz nur um die politische Optik gehe. 9.000 Wohnungen können nicht gebaut werden, weil die Förderungen zwar zugewiesen, aber die Mittel nicht vorhanden sind, sagte Petrik weiter.

Dr. Petrik konkretisierte sodann die Bedenken der ÖVP gegen den Gesetzesentwurf:

- o Für die Eigentümer wird es selbstverständlich möglich sein, einen "Zwischenwirt" zu finden oder fingierte Mietverträge abzuschließen.
- o Der Entwurf nimmt zum Beispiel auf die Praxis der Einräumung von Wohnrechten oder die Vergabe auf Leibrente keine Rücksicht.
- o Nur der EIGENTÜMER einer Wohnung muß den subjektiven Bedarf nachweisen, nicht jedoch der Mieter, der problemlos auch mehrere Wohnungen mieten kann.
- o Es wäre notwendig gewesen, zu erheben, aus welchen Gründen Wohnungen nicht vermietet werden können - weil sie zum Beispiel unvermietbar sind.
- o Ungeklärt ist, was geschieht, wenn eine Wohnung für eine spätere Zusammenlegung mit einer Nachbarwohnung freigehalten wird.
- o Ein spezielles Problem stellen leere Wohnungen in Gemeindeanlagen dar - welche Kontrollmechanismen bestehen zur Überprüfung durch die Oppositon?

Es bestehe nicht die Absicht, den Wohnungsmarkt mobiler zu machen, sondern es gehe nur um die politische Optik, zog Petrik den Schluß. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Landtag (13)
Utl.: Abgabe auf unvermietete Wohnungen
=++++

17 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Das Gesetz wird einerseits die Mobilität auf dem Wohnungssektor erhöhen, andererseits neue Impulse für die Altstadterhaltung setzen, sagte LAbg. SALLABERGER (SPÖ). Das Mietengesetz von 1968 habe zur Unsicherheit auf dem Wohnungssektor geführt, das neue Mietrechtsgesetz wird viele Probleme verringern. Die Abgabe auf unvermietete Wohnungen ist eine Zusatzmaßnahme zum neuen Mietrechtsgesetz. Es gibt auch ÖVP-Mandatare die dieses Gesetz begrüßen, wie beispielsweise Bezirksvorsteher techn. Rat Ing. HEINZ. Auch Vizebürgermeister BUSEK hat sich zunächst für ein Bußgeld für leerstehende Wohnungen ausgesprochen. Die Befürchtungen von LAbg. PETRIK, daß auch Kleingärtner Steuer zahlen müssen, sind grundlos, denn Kleingärten dienen nicht dem täglichen Wohnbedürfnis, stellte LAbg. Sallaberger richtig.

Wie man in Zeiten der ÖVP-Alleinregierung gesehen hat, kann man Wohnungsprobleme nicht mit den Mitteln des freien Marktes lösen. Derzeit gibt es zehntausende Anträge bei den Schlichtungsstellen auf Herabsetzung der Mieten. Das Beispiel anderer Großstädte zeigt, daß freie Wohnungen und leerstehende Häuser Spekulationsobjekte werden. Die Stadt Wien will hier einen Riegel vorschieben. LAbg. Sallaberger zählte verschiedene Maßnahmen der letzten Zeit auf, die die Wohnungssituation verbessern: Das neue Mietrechtsgesetz mit dem Erhaltungsbeitrag, das Wohnbausonderprogramm, die "Altstadtmilliarde" und die Wohnungsverbesserungen. Allein durch den Erhaltungsbeitrag kommt den Klein- und Mittelbetrieben ein Investitionsimpuls von 700 bis 900 Millionen Schilling zugute. LAbg. Sallaberger appellierte an die Opposition, dem Gesetz zuzustimmen. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Landtag (14)
Utl.: Abgabe auf unvermietete Wohnungen
=++++

18 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR nahm in seinem Schlußwort zu den Ausführungen seiner Vorredner Stellung. Zur Forderung von LAbg. KUCHAR, den Mietern von Altwohnungen die gleiche Hilfe zu geben wie den Neubaumietern, sagte MAYR, daß derartige Maßnahmen geplant sind. Im übrigen sei es ein Irrtum, so MAYR, wenn KUCHAR glaube, daß allein der angestrebte Profit die Deckung eines Bedürfnisses ermöglicht. Besonders auf dem Wohnungssektor muß es Gesetze geben, die den Markt regeln.

Zu den Ausführungen von LAbg. PETRIK bemerkte MAYR, daß sie eine Reihe von Mißverständnissen enthalten. So sei es unrichtig, daß Schrebergartenhäuser von dem Gesetz betroffen wären. Ebenso können Wohnungen, die für Zusammenlegungen freigehalten werden, nicht unter die Steuer fallen. PETRIK irre auch, wenn er glaube, daß die Gemeinde an ihre eigenen Wohnungen nicht die gleichen steuerlichen Maßstäbe anlege wie an alle anderen.

Abschließend appellierte MAYR an die ÖVP, diesem Gesetz im Geiste der katholischen Soziallehre, die sehr wohl eine soziale Bindung des Eigentums kennt, zuzustimmen.

ABSTIMMUNG: Der Gesetzesantrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

(Schluß) gab/ap

NNNN

Hatzl zu Wohnbaugenossenschaft "Neue Eigenheime"
Utl.: "Sanierung wäre die beste Lösung"
=++++

19 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Eine rasche Sanierung der VP-nahen Genossenschaft "Neue Eigenheime" durch ihre verantwortlichen Organe wäre die beste Lösung für alle Mieter, die nun um ihr Geld bzw. um ihre Wohnungen bangen müssen, stellte Wohnbaustadtrat Johann HATZL zur jüngsten Wohnbaugenossenschaftsaffäre fest. Eine Stellungnahme von Seiten der Wohnbaugenossenschaft ist noch immer ausständig.

Wenn Vizebürgermeister BUSEK behauptet, er könne sein Wissen über diese Geschehnisse nur auf Zeitungsberichte stützen, so sei dies sehr verwunderlich. Sollte Klubobmann HAHN den Vizebürgermeister nicht informiert haben? fragte Hatzl. Nachdem Präsident Hahn am Freitag, dem 25. Juni, den Abteilungsleiter der MA 50 über die Zahlungsunfähigkeit der "Neuen Eigenheime" informierte, habe auch er, Hatzl, durch den Abteilungsleiter davon erfahren. Am Montag wurde diese mündliche Information durch den Bericht des Revisionsverbandes, der an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig läßt, erhärtet. Er habe daraufhin sofort reagiert, sagte Hatzl, den Gemeinderat informiert und die Förderungsmittel für die "Neuen Eigenheime" sperren lassen. Vizebürgermeister Busek will offensichtlich die Tatsache, daß prominente ÖVP-Funktionäre in der Genossenschaft tätig sind, mit haltlosen Gegenangriffen und Unterstellungen gegenüber dem Wohnungsstadtrat wegwischen, schloß Hatzl. (Schluß) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Debatte Gesundheit
=++++

20 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Anschließend setzte der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) seine am Vortag unterbrochenen Beratungen über den Rechnungsabschluß 1981 mit der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales fort.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER wies darauf hin, daß im Rahmen des Sozialwesens 1,9 Milliarden und für die Krankenanstalten 9,4 Milliarden ausgegeben wurden. Hinter diesen Zahlen stehen die Leistungen von 22.000 Mitarbeitern, durch die vielen Tausenden Menschen geholfen werden konnte.

Bei der Behindertenhilfe, bei der Heimhilfe und bei der Flüchtlingshilfe waren die Aufwendungen höher als im Budget veranschlagt.

Wien ist eine der sozialsten Städte der Welt, betonte Stacher, und besitzt vorbildliche Einrichtungen für alte Menschen. Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Hilfe, wobei allerdings diejenigen, die es sich leisten können, dafür auch bezahlen sollen. Im Vorjahr wurde die Aktion "Sozialer Bürger" ins Leben gerufen. Acht soziale Stützpunkte wurden errichtet.

Im Rahmen der Strukturverbesserung bei den Spitälern wurden einige wesentliche Maßnahmen, sowohl im Bereich der Infrastruktur als auch bei medizinischen Einrichtungen durchgeführt. So wurden Strahlenschutzbetten errichtet, eine Intensivblutbank wurde eingerichtet, im SMZ-Ost begann die Besiedlung des Pflegeheimes. Die Zahl der Dialysebetten wurde vermehrt. Sie werden auch von zahlreichen niederösterreichischen Patienten in Anspruch genommen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Debatte Gesundheit
=++++

21 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL)Nach wie vor schwierig ist die Situation beim Pflegepersonal, sagte Stacher. Die Abgänge können zwar gedeckt werden, aber eine Aufstockung ist nicht möglich.

Eines der größten Anliegen ist die Hunanisierung der Krankenanstalten. Ab 15. Juli wird in den städtischen Spitälern probeweise auch der Besuch von Kindern möglich sein. Nach einer erfolgreichen Erprobung im SMZ-Ost wird ab 15. Juli in allen Pflegeheimen die Besuchszeit von 11-19 Uhr ausgedehnt.

Stacher verwies auf die großen Fortschritte der Psychiatriereform, die auch international bereits große Beachtung findet. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Debatte Gesundheit
=++++

22 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Wie aus einer Aussendung der österreichischen Ärztekammer hervorgehe, gebe es in Wien derzeit 380 neu promovierte Ärzte, die auf einen Turnusplatz warten. Das entspricht einer Arbeitslosenrate von 19,2 Prozent, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) in seiner Wortmeldung. Für die in ihrer Ausbildung blockierten Ärzte, die sozialrechtlich nicht abgesichert seien und keine Unterstützung erhielten, müsse möglichst bald etwas geschehen.

Die Bevölkerung habe nicht das Gefühl, ärztlich überversorgt zu sein, es müßte daher genug Arbeitsmöglichkeiten für Nachwuchsmediziner geben. Deshalb stellte GR. Hirnschall eine Reform der ärztlichen Berufsausbildung zur Diskussion. Um den bestehenden Engpaß an Ausbildungsplätzen zu beheben, müßte es möglich sein, sechs bis acht Monate bei einem frei praktizierenden Arzt zu absolvieren. Damit könnte auch eine praxisnähere Ausbildung verwirklicht werden. Diese Reform falle zwar nicht in die Kompetenz des Gemeinderates, aber da Wien mit 380 arbeitslosen Jungärzten das am meisten betroffene Bundesland ist, sollte Stadtrat Stacher hier eine Initiative setzen.

Den Vorschlag der Ärztekammer, daß vor dem Studium ein Krankenpflegedienst zu absolvieren wäre, bezeichnete GR. Hirnschall als inhaltlich gut, dieser Dienst dürfe aber nicht als Bremse für Medizinstudenten verstanden werden. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Debatte Gesundheit
=++++

23 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) sagte, ihre Fraktion sei mit der Integration sozialer Randschichten und dem Ausbau der Nachbarschaftshilfe, die Stadtrat STACHER nannte, einverstanden. Positiv äußerte sie sich auch zur Möglichkeit des Spitalsbesuchs für Kinder und der Anpassung zum Beispiel der Wegzeiten an den mormalen Rythmus im SMZ-Ost.

Für das Gesundheitswesen werden derzeit jährlich 10 Milliarden ausgegeben. Das bedeutet 1,2 Millionen pro Stunde. Ein besonders hoher Anteil davon entfällt auf Personalkosten und läßt sich kaum reduzieren. Es ist jedoch zu überlegen, welcher Nutzen den verbleibenden Kosten gegenüber steht. "Werden wir gesünder, leben wir länger, gibt es tatsächlich mehr Volksgesundheit?", fragte Schlick. Die Wiener Gesundheitsstudie enthalte keine Interpretation des Inhalts, die eine Ableitung von Zielen ermöglichen würde, kritisierte Dr. Schlick. Aus einer Schweizer Studie gehe hervor, daß ein Mehr an Ausgaben nicht zu einer Verbesserung der Gesundheitssituation führe.

Stadtrat Stacher habe nicht zu Autolärm und -abgasen sowie zur beabsichtigt gewesenen Verbauung und zur Ghettobildung in Wohnsiedlungen Stellung genommen. Sie vermisse auch Stachers Einfluß und Stellungnahme rund um die EBS - das wäre aktive, intergrative Gesundheitspolitik, meinte Sigrun Schlick. Es müßte möglich sein, daß bei Großvorhaben eine Prüfung auf die Gesundheitsauswirkungen vorgenommen wird. Eine sektorale Gesundheitspolitik sei nicht mehr zeitgemäß. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Debatte Gesundheit
=++++

24 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Dr. Sigrun SCHLICK befaßte sich sodann mit dem Zielplan für das Gesundheitswesen aus dem Jahre 1975 und kritisierte unter anderem, daß bis heute keine Mittel- und Wegplanung vorliegt und eine Ergänzung der quantitativen Daten durch qualitative fehle. Sie verlangte eine Bedarfserhebung als Grundlage für die Umwandlung von Akutbetten in Pflegebetten. Es müßte einen Wiener integrierten Gesundheitsplan geben, der auch die niedergelassenen Ärzte und die Ambulatorien der Wiener Gebietskrankenkasse erfaßt.

Die Kostenstellenrechnung, die im Jahr 1978 mit großem finanziellen und personellen Aufwand eingeführt wurde, sollte ein effizientes Führungsinstrument sein und außerdem die Basis für weitergehende Produktionsvergleiche schaffen. Dieses Ziel wurde nach Ansicht von Dr. Schlick nicht erreicht. Kritisch setzte sich Dr. Schlick mit der Sperre von Betten während des Sommers auseinander, die gelegentlich bei 35 Prozent liegt.

Abschließend stellte Dkfm. Dr. Schlick den ANTRAG, eine Prognosestudie hinsichtlich der konkreten Auswirkungen der Forderungen von Sozialminister Dallinger nach einer weiteren Arbeitszeitverkürzung sowie einer Urlaubsverlängerung (5. Urlaubswoche) auf die Wiener städtischen Krankenanstalten und Pflegeheime in Auftrag zu geben. Dabei sollten vor allem personelle Änderungen, Mehrkosten durch erhöhte Personalkosten und sonstige Kosten ermittelt werden. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Debatte Gesundheit
=++++

25 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Der Rechnungsabschluß 1981 zeigt die zahlreichen Leistungssteigerungen im Sozialbereich auf, stellte GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ) fest. Wien ist eine der sozial fortschrittlichsten Städte der Welt. Für Wien ist das soziale Netz besonders wichtig, da 318.000 Menschen älter als 65 Jahr sind. Der Notruf für Gesundheit und Soziales wurde 1981 13.615 mal in Anspruch genommen. Durch den Kontaktbesuchsdienst wurden 150.000 Menschen in allen Wiener Bezirken besucht. Eine dabei durchgeführte Umfrage ergab, daß die persönliche Nächstenhilfe recht hoch ist: 87.000 Menschen werden durch Verwandte betreut, 16.500 durch Nachbarn und 16.300 durch Bekannte. Die Heimhilfe wurde auf alle Spitäler ausgeweitet. 1981 wurden 2,813.155 Heimhilfestunden geleistet. Die mobilen Krankenschwestern betreuten 4.088 Patienten. Sie helfen auch Familienangehörigen mit Rat und Tat. In den 174 Pensionistenklubs wurden zahlreiche Aktivitäten gesetzt, die der Vereinsamung der älteren Menschen entgegen wirken. Einer der ältesten Sozialdienste, das Essen auf Rädern, ist leicht rückläufig. Immer mehr ältere Menschen ziehen es vor, ihre Mahlzeit in Gesellschaft in einem kleinen "Beisl" einzunehmen. Mit den neun sozialen Stützpunkten in Wien gibt es eine gute Zusammenarbeit. In 15 Pensionistenheimen stehen 4308 Wohn- und Pflegebetten zur Verfügung. Pro Jahr werden auch weiterhin zwei Pensionistenheime errichtet. Die Besuchszeit in den B-Stationen wurde von 11 bis 19 Uhr ausgedehnt. Für die älteren Menschen in Wien wird viel getan, sagte GR. Andrilik. Es ist daher unverständlich, daß die ÖVP Stadträtin Kubiena behauptet, daß die alten Menschen "abgeschoben und weggestellt" werden. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Debatte Gesundheit
=++++

26 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Auch zum Jahr der Behinderten zog GR. Eveline ANDRLIK Bilanz. Für die Behindertenhilfe wurden 184,6 Millionen ausgegeben. Beträchtlich war die Erhöhung des Budgets für den Klub Handicap. Durch die Behindertenkommission der Stadt Wien können 69 Behinderte bei der Stadtverwaltung aufgenommen werden. Durch gemeinsame Anstrengungen aller Fraktionen sollen die Behinderten eine echte Chance erhalten, ihr Leben möglichst gut zu meistern. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Debatte Gesundheit
=++++

29 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) sagte eingangs zu einer Mitteilung von Stadtrat MAYR in der Fragestunde, die die Auflösung des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds betraf, er könne nicht verstehen, daß hier gerade die Stadt Wien kein Agreement mit Finanzminister SALCHER finden könne.

Hawlik wies auf den Abgang von 4,5 Milliarden im Wiener Gesundheitswesen hin. Diese Kostenexplosion beruhe auf der überproportionalen Nachfrage nach medizinischen Leistungen und deren ebenfalls überproportionaler Preissteigerung. Man müsse bei Patienten und bei Ärzten das Kostenbewußtsein wecken, um das Gesundheitswesen im finanzierbarem Bereich zu halten. Hawlik betonte, daß die Wiener Spitäler die teuersten österreichs seien und wies auf die vom Kontrollamt aufgezeigten Mängel in der Führung der Spitäler hin. Es gelte nun, baldigst Maßnahmen zu einer kostenbewußten Führung der Spitäler zu ergreifen. Die Zweckmäßigkeit einer finanziellen Abgeltung der Kosten für Fremdpatienten bezweifelte Hawlik.

Abschließend brachte Hawlik einen ANTRAG zur Erzielung von sinnvollen Einsparungen im Gesundheitsbereich ein. Der Antrag sieht die Einrichtung einer Bedarfsprüfungskommission für die Anschaffung von medizinischen Geräten, die Schaffung eines sogenannten "Gerätepools", die Einführung einer "Befundmappe" für Patienten, die Optimierung der Auslastung hochtechnisierter Geräte und - zur Entlastung der Ambulanzen - die bessere Verteilung der niedergelassenen Ärzte in Wien vor. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Debatte Gesundheit
=++++

30 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Im Gesundheits- und Sozialbereich ist es schade um jeden Schilling, der falsch ausgegeben wird, sagte Stadtrat Dr. Gertrude KUBIENA (ÖVP). Aus dem Rechnungsabschluß ergeben sich - neben vielen positiven Leistungen - auch bedenkliche Tendenzen. So lassen die Minderausgaben beim Neubau des AKH Zweifel daran aufkommen, ob dieses Krankenhaus überhaupt jemals fertig werden wird. Hier wäre der Einsatz von mehr Mitteln notwendig gewesen. Erfreulich sind die Minderausgaben im Bereich des Psychiatrischen Krankenhauses. Noch immer ein Problem stellt die Nachsorgung bei Krebskranken dar. Die Einnahmenentwicklung bei den Krankenanstalten ist unbefriedigend. Kubiena kritisierte den Mangel an Pflegebetten. Das Sozialamt muß im Pflegeheimsektor enorme Zuschüsse leisten. Eine Steigerung von 46 Prozent innerhalb von zwei Jahren muß zu denken gaben. Der Staat macht immer mehr Menschen zu Unterstützungsempfängern.

Rund 380 Jungärzte warten derzeit in Wien auf einen Ausbildungplatz. Das Recht auf Arbeit muß auch für Ärzte gelten. Notwendig ist auch eine realistische Information der Maturanten über ihre künftigen Berufschancen. Die Wartelisten sollen transparent gemacht werden. Kubiena trat für einen Versicherungsschutz für die auf ihre Ausbildung wartenden Jungärzte und für einen Ausbau der Lehrpraxen ein. Gesundheitspolitik darf sich nicht gegen die ärzte richten, schloß Kubiena. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Debatte Gesundheit
=++++

31 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Daß die Österreicher ein "volk von Sozialhilfeempfängern" sind oder es werden könnten, wies GR. Gabriella TRAXLER (SPÖ) in ihrer Wortmeldung zurück. Falls es zu einer Urlaubsverlängerung kommen sollte, dürften auch die Krankenschwestern und -pfleger nicht davon ausgenommen werden. Die Zahl der Krankenpflegeschulen nimmt laufend zu, die durchschnittliche Arbeitszeit der Krankenschwestern konnte auf etwa 46 Stunden in der Woche reduziert werden. Außerdem verlangte GR. Traxler eine eindeutige Stellungnahme der ÖVP-Fraktion zur Frage der Urlaubsverlängerung.

Nach drei Jahren Psychiatriereform seien die Maßnahmen fast abgeschlossen. Das Kuratorium Psychosoziale Dienste konnte bei vielen Schwierigkeiten von die Anstalt verlassenden Patienten helfend eingreifen, wie GR. Traxler am Beispiel eines Einzelfalles erläuterte. Über Tausenden Patienten wurde durch die Übergangshilfe schon geholfen.

12 bis 15 Prozent aller östereicher kommen irgendwann mit der Psychiatrie in Kontakt. Die überwiegende Einstellung der Bevölkerung dazu sei Spott oder Angst; das gelte es abzubauen. Ein Schritt dazu wäre der Psychiatriereform durch die öffnung gegenüber der Bevölkerung auch gelungen. 162 Millionen Schilling wurden seit ihrem Beginn dafür ausgegeben. Für 1982 sind 88 Millionen vorgesehen. Signifikant für den Erfolg der Reform sei es auch, daß vorher nur etwa 12 Prozent der Patienten freiwillig aufgenommen wurden, während es jetzt bereits 30 Prozent sind.

Sie stehe auch auf dem Standpunkt, daß zusätzliche Ausbildungsplätze für Nachwuchsärzte notwendig sind, erklärte GR. Traxler. Vor allem auf dem Gebiet der Psychiarie gebe es zuwenig Fachärzte.

Abschließend dankte GR. Traxler Stadtrat Stacher, allen Beteiligten und allen Fraktionen, die die Psychiatriereform unterstützt haben und rief zur weiteren Zusammenarbeit auf. (Forts.)
roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Debatte Gesundheit
=++++

33 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER erklärte, es gebe wohl in den Spitälern einen Engpaß in der ärztlichen Ausbildung, allerdings besteht noch ein deutlicher Mangel an praktischen Ärzten und Fachärzten verschiedener Sparten. Er berichtete über die Bemühungen, zusätzliche Ausbildungsplätze in den Spitälern zu schaffen, die Einrichtung einer darüber hinausgehenden Zahl ist jedoch kaum möglich, weil die Ausbildung leiden würde. Stacher trat für die Neueinführung einer halbjährigen Lehrpraxis bei niedergelassenen Ärzten ein, doch müsse geklärt werden, wer für die zusätzlichen Kosten aufkommen würde. Ab dem nächsten März wird ein Pflichtfamulatur vorgeschrieben, wodurch durchschnittlich 600 Studenten zusätzlich vier Monate in die Spitäler kommen werden, insbesondere ins Allgemeine Krankenhaus.

Zu den Vorwürfen, daß die Kostenstellenrechnung zu langsam den erwarteten Erfolg bringe, erklärte Stacher, daß es nicht realistisch ist, beim Umfang der Aufgabe einen reibungslosen Ablauf bereits innerhalb von zwei bis drei Jahren zu verlangen. Eine in der Diskussion geforderte Kostenträgerrechnung, bei der die Aufwendungen für jeden einzelnen Patienten berechnet werden, sei sehr personalaufwendig, kostenintensiv und nicht effizient. Wenn erklärt werde, daß in absehbarer Zeit um 3.000 Betten zuviel zur Verfügung stehen würden, werde dabei nicht berücksichtigt, daß die Menschen heute älter werden als früher und sich damit zwangsläufig auch mehr Krankenhausaufenthalte ergeben.

Stacher setzte sich sodann mit der Nachsorge für krebskranke Patienten auseinander. Ob eine Nachsorge durch praktische Ärzte oder Klinik besser ist, werde derzeit untersucht. Die schönste Statistik in der Nachsorge nütze nichts, schade aber den Patienten. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Debatte Gesundheit
=++++

34 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Zahl der Pflegebetten ist gestiegen und nicht zurückgegangen, hielt Stadtrat STACHER den Ausführungen von Stadtrat KUBIENA entgegen. Im Zielplan ist ein Bedarf von 6.220 vorgesehen, es gibt aber bereits 6.237. Allerdings werden NOCH mehr Betten gebraucht. Für die Wohnheimplätze setzte Stacher ein Ziel von 16.000. Derzeit gibt es die Hälfte, und pro Jahr werden 500 neue Wohnheimplätze geschaffen.

Vielfältige Einrichtungen und Unterstützungen durch Institutionen gibt es für die Drogenkranken. Die Zahl der Mitarbeiter auf diesem Gebiet in Wien ist größer als jene aus dem ganzen übrigen Bundesgebiet, erklärte Stacher.

Es ist keine Frage, daß in der Gesundheitspolitik die Prävention Vorrang hat. Der Stadtrat erinnerte daran, daß die Impfungen, der Gesundheitspaß, der Mutter-und-Kind-Paß und die Vorsorgeuntersuchungen wesentliche Vorkehrungen zur Verhinderung von Krankheiten sind. Heute ist es auch keine Frage, daß die Erhaltung einer gesunden Umwelt zur Prävention gehört; in diesem Bereich ist auch die Reduktion von Blei im Benzin und die Untersuchung auf Erkrankungen durch Blei bei Arbeitern zu sehen. "Wenn ein Haus niedergerissen wird, soll ein Park entstehen, aber wie soll man Wohnungen schaffen, wenn Sie dagegen sind, Wohnungen am Rand der Stadt im Grünen zu bauen", fragte Stadtrat Stacher.

Um mehr praktische Ärzte zu gewinnen, war es in der Vergangenheit notwendig, verschiedene unpopuläre Maßnahmen zu setzen. Die Vorgangsweise war erfolgreich: Die Zahl der Ärzte ist gestiegen, das Durchschnittsalter ist zurückgegangen. Fachärzte für Psychiatrie, Neurologie, HNO und Kinderkrankheiten werden noch gesucht. Anreize zur Niederlassung von Ärzten wurden etwa auch durch Kredite geschaffen. Große Schwierigkeiten hat es gemacht, für zusätzliche Ärzte Kassenverträge zu bekommen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Debatte Gesundheit
=++++

35 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Stacher schilderte, daß der Ambulanzbetrieb zwar erhöhte finanzielle Belastungen für die Spitäler bedeutet, aber volkswirtschaftlich weniger kostet. Es werde immer vom inhumanen Krankenhaus gesprochen, weil es zuviel technische Geräte gebe. Man könne aber nicht sagen, daß etwa der Computertomograph inhuman sei, der den Patienten viele unangenehme Untersuchungen erspart. Es sei wichtig, daß die Ärzte lernen, den Patienten die Vorteile der Apparate zu erklären. Während bisher primär theoretisches Wissen und zuwenig praktische Erfahrung für Ärzte und Pflegepersonal vermittel wurden, sollte künftig mehr Gewicht auf die praktische Ausbildung gelegt werden.

"Die Politik ist die Kunst des Möglichen", sagte Stacher. "Ich glaube, hier sagen zu können, daß in den letzten achteinhalb Jahren das Mögliche tatsächlich geschehen ist. Vorher ist es sicher nicht geschehen. Das Unmögliche ist selbstverständlich nach wie vor zu verlangen. Wir werden aber glücklich sein, in den nächsten Jahren das Mögliche für das Gesundheitswesen zu erreichen," schloß Stacher. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Debatte Dienstleistungen
=++++

36 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Städtische Dienstleistungen würden im allgemeinen als so selbstverständlich empfunden, daß man gewöhnlich erst an sie denke, wenn sie einmal ausfallen oder nicht funktionieren, erklärte StR. VELETA in seinem Überblick über die Geschäftsgruppe Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz. Als Beispiel dafür, wie sich die städtischen Dienstleistungen den heutigen Bedingungen anpassen mußten, nannte VELETA die Müllabfuhr. Erst seit der Umweltschutz in den Vordergrund gerückt ist, gebe es andere Methoden als die Ablagerung von Müll auf Deponien. VELETA erinnerte allerdings daran, daß vermehrter technischer Aufwand zur Berücksichtigung des Umweltschutzes auch seinen Preis habe.

Zu den kürzlich aufgetauchten Vorwürfen über die angebliche Verseuchung des Grundwassers im Bereich der Deponie Rautenweg, meinte VELETA, dort würden weder Schlamm noch Schlacke der Entsorgungsbetriebe Simmering abgelagert. Das in der Presse zitierte Gutachten aus dem Jahre 1979 sei gerade deshalb erstellt worden, weil man ein Jahr vor der Inbetriebnahme die genauen Werte einer möglichen Verseuchung kennen lernen wollte. Heute würden jedenfalls sicher keine giftigen Schwermetalle ins Grundwasser gelangen.

Um die Leistungen der Müllabfuhr zu verdeutlichen, wies der Stadtrat darauf hin, daß der Abfall gegenüber 1980 gewichtsmäßig um 1,8 Prozent auf 514.000 Tonnen und volumsmäßig um 2,8 Prozent auf 5,175.000 Kubikmeter angestiegen sei. Bei der seit November 1977 laufenden Aktion zur Einsammlung von Altglas wurden in bisher 800 aufgestellten Sammelbehältern insgesamt 16.317 Tonnen Altglas eingesammelt und der Glasindustrie zur Wiederverwertung zugeführt.
(Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Debatte Dienstleistungen
=++++

37 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) 1981 wurden insgesamt 7.870 kennzeichenlose Kraftfahrzeuge von öffentlichen Verkehrsflächen entfernt, davon 3.930 Abschleppungen aufgrund von Verzichtserklärungen. VELETA erinnerte daran, daß bei Abgabe solcher Verzichtserklärungen die Fahrzeuge in sehr kurzer Zeit entfernt werden können. Die Zahl der verkehrsbehindert abgestellten Fahrzeuge, die abgeschleppt werden mußten, belief sich auf 11.576.

Zum Problem Salzstreuung meinte Veleta, natürlich wolle jeder in Wien Grün erhalten und keinen einzigen Baum vernichten. Aber es gehe auch um die Erhaltung der Sicherheit im Straßenverkehr. Trotz unzähliger Versuche mit neuen Stoffen konnte bis jetzt kein geeignetes Mittel gefunden werden, doch gebe es bei entsprechender Verbesserung bereits Ansätze. In einem Großversuch im kommenden Winter solle in Alleestraßen kein Salz mehr gestreut werden. Veleta meinte allerdings, er hoffe, daß man ihm dann nicht ein Nichtfunktionieren der Schneeräumung vorwerfen werde.

Die Wiener Holding erzielte 1981 16,76 Millionen Schilling Gewinn. In den sieben Jahren ihres Bestandes habe sich die Holding mit ihren mehr als 30 Tochtergesellschaften zu einem wichtigen Instrument der Wirtschaftspolitik der Stadt Wien entwickelt, deren innovative Tätigkeit über die Grenzen Wiens hinaus für die ganze Region von Bedeutung sei. Beispielsweise komme der Ausbau des Wiener Hafens nicht nur der Wiener Wirtschaft zugute, sondern bringe auch Teilen Niederösterreichs, des Burgenlandes und der Steiermark erhebliche wirtschaftliche Vorteile. (Forts.) rö/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Debatte Dienstleistungen
=++++

38 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. KUCHAR (FPÖ) wies zunächst darauf hin, daß eine Reihe von Dienstleistungen in Wien zu teuer sind.Mit verschiedenen Tricks versuche man im Budget die überhöhten Preise - so etwa beim Wasser - zu rechtfertigen. Auch im Bereich der Friedhöfe sei es verwunderlich, wenn für die ehemaligen Sperrfriedhöfe nun rückwirkend für zehn Jahre Gebühren verrechnet würden. Hier sei es an der Zeit, daß der Konsumentenschutzstadtrat VELETA mit dem Dienstleistungsstadtrat VELETA ein ernstes Wort spreche.

Anschließend ging KUCHAR auf die Wiener Heizbetriebe ein und würdigte deren positive Leistungen. Durch das Fernheizwerk Spittelau und die Kraft-Wärme-Kupplung Simmering würden pro Jahr Heizölkosten in der Höhe von 100 Millionen gespart. Wenn nun aber der weitere Ausbau des Fernwärmenetzes schleppend vor sich gehe, so liege das daran, daß die Heizwerke seit 1975 keine Unterstützung von der Stadt erhielten und auf den Kapitalmarkt angewiesen sind. Er könne das nicht verstehen, sagte KUCHAR, da die Energieersparnis und die Umweltfreundlichkeit der Fernwärme sehr wohl eine Investition durch die Stadt rechtfertigen würden. Abgesehen davon würden Investitionen auf diesem Gebiet einen äußerst positiven Effekt auf die Arbeitsplatzsicherung in Wien haben. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Debatte Dienstleistungen
=++++

39 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Wien leidet seit vielen Jahren unter einer starken Abwanderungsbewegung, sagte GR. ARTHOLD (ÖVP). Viele Wiener haben den Wunsch nach einem eigenen Haus mit Garten. Diesem Wunsch sollte man nach Möglichkeit Rechnung tragen. ARTHOLD brachten den ANTRAG ein, die Möglichkeit zu schaffen, gemeindeeigene Siedlungs- und Reihenhäuser auf Wunsch der Mieter ins Wohnungseigentum zu übertragen. Bei der Festsetzung des Kaufpreises sind die analogen Bestimmungen wie beim Verkauf einer Genossenschaftswohung heranzuziehen. In begründeten Einzelfällen soll auch die ratenweise Abstattung des Kaufpreises in zehn Jahresraten eingeräumt werden. Die Einnahmen sollen für die Stadterneuerung verwendet werden. (Forts.) ger/ap

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Debatte Dienstleistungen
=++++

40 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Magistratsabteilungen dieser Geschäftsgruppe mit einem Personalstand von 2.697 Bediensteten seien für die Stadt äußerst wichtige Dienstleistungsabteilungen, deren Wirken in der öffentlichkeit erst dann bewußt wird, wenn einmal etwas nicht funktioniert, sagte GR. LACINA (SPÖ). Im Vorjahr wurden 562,8 Millionen investiert, unter anderem in die Hauptkläranlage, die dritte Wasserleitung und in das Rohrnetz der Wasserwerke.

Die Versorgung mit Trinkwasser gehört zu den wichtigsten und ältesten Dienstleistungen der Verwaltung. Durchschnittlich 426.000 Kubikmeter Wasser pro Tag werden dem Wiener Rohrnetz zugeführt. Die Versorgung ist damit heute ausreichend gesichert, seit nahezu zehn Jahren waren keine Sparmaßnahmen mehr notwendig. Durch konsequente Lecksuche konnten etwa 20 Prozent eingespart werden.

Schon seit den Fünfzigerjahren ist die dritte Wiener Wasserleitung aus der Mitterndorfer Senke in Planung, nach sechsjähriger Bauzeit wurden 1981 alle zum Betrieb notwendigen Anlagen fertiggestellt. Wegen der Schwierigkeiten mit dem Grundwasserspiegel in der Mitterndorfer Senke mußte der Hauptversuch im Vorjahr abgebrochen werden, die betroffenen Bauern wurden entschädigt. Allerdings seien durch die ganz österreich betreffende Trockenperiode des Vorjahres die Untersuchungswerte verfälscht worden. Nun liege die Entscheidung über die Zukunft der dritten Wasserleitung bei Landeshauptmann Ludwig, und die Wiener ÖVP habe Gelegenheit, "pro Wien"-Haltung zu zeigen und sich für die Wasserleitung einzusetzen.

Die dritte Wiener Wasserleitung sei keine Fehlplanung, wie eine Wiener Tageszeitung bereits berichtet habe, sondern sichere die Wasserversorgung für Wien bis ins Jahr 2000, schloß GR. LACINA. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)
Utl.: Debatte Dienstleistungen
=++++

41 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. NEUMANN (ÖVP) setzte sich mit der Situation der Wiener Holding auseinander. Er berichtete über Verluste der Odelga und kritisierte, daß nach Übertragung des AKH-Auftrages an die VOEST-Alpine von der Stadt Wien akzeptiert wurde, daß die Odelga von VOEST-Töchtern "niederkonkurrenziert" wurde. Schwierigkeiten gebe es auch bei den gemeindeeigenen Baufirmen, nur die WIBEBA funktioniere noch halbwegs. Die GESIBA arbeitete am Trend der Stadterneuerung vorbei. Die Redimensionierung der Bauwirtschaft werde vorallem dem Fertigteilsektor treffen, meinte Neumann. Er ging dann auf die Mischek-Auffanggesellschaft ein und sprach von unterschiedlichen Aussagen der Stadträte MAYR und VELETA über eine Beteiligung der Stadt Wien in diesem Zusammenhang. In diesen Tagen ist nun die endgültige Entscheidung gefallen, daß sich die Stadt Wien nicht beteiligt, erläuterte Neumann. Die unterschiedlichen Aussagen seien bei der sensiblen Situation der Bauwirtschaft ungünstig gewesen.

Bei einigen Tochterfirmen der Holding nehme man es mit der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit nicht ernst, sagte Neumann. Verschwenderisch werde man, wenn es darum geht, die "Consultatio" mit neuen Aufträgen zu versorgen. Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit müssen in dieser Zeit Grunsätze der Wirtschaftspolitik sein. Es ist notwendig, aus Erfahrungen zu lernen, ergänzte Neumann. (Forts.)
and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)
Utl.: Debatte Dienstleistungen
=++++

42 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Holding ist ein wertvolles Instrument für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, stellte GR. EDER (SPÖ) fest. Sie konnte 1981 eine positive Bilanz verzeichnen, auch wenn nicht alle ihre "Töchter" problemlos sind. Gerade in der Baubranche gibt es derzeit eine europaweite Rezession, und auch die Wiener Baufirmen stehen im härtesten Konkurrenzkampf zueinander. Das ÖVP-Rezept vom "Gesundschrumpfen" wird die SPÖ jedoch nicht übernehmen, denn es bedeutet einen Verlust von Arbeitsplätzen. Statt dessen sorgt die SPÖ für Nachfrageimpulse: Beispielsweise durch das Wohnbausonderprogramm, durch die Errichtung des AKH, der U-Bahn, der Donauinsel und des Konferenzzentrums. Die GESIBA hat gerade in einer schwierigen Zeit mit dem Baublock C in Alt-Erlaa begonnen. Eine Umstrukturierung innerhalb der Baubranche ist nur bei einem hohen Auslastungsgrad der Bauwirtschaft sinnvoll. Umstrukturieren darf nicht das neue Fremdwort für Kündigung und Arbeitslosigkeit bedeuten. Die ÖVP gefällt sich bei einer Reihe von Holding-Töchtern in der Schwarzmalerei, wie zum Beispiel bei der Fertigteilbau, beim Donauturm oder bei der Wiener Hafengesellschaft. Der Ausbau des Hafens sei überaus notwendig, betonte Eder. Der Hafen hat besonders durch den Aufschwung des Container-Terminals an Bedeutung gewonnen. Auch die Realisierung des Donau-Oder-Elbe-Kanals ist keine Utopie mehr. Es müssen daher Vorkehrungen getroffen werden.

Bei den Heizbetrieben hob GR. Eder vor allem den Ausbau der Fernwärme hervor. Die Fernwärme ist die derzeit billigste Energieform. 1981 konnten durch die Kraft-Wärme-Kupplung in Simmering 55.000 Tonnen Heizöl eingespart werden. Dadurch wurde auch der Schwefeldioxydgehalt in der Luft um 2.700 Tonnen verringert. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Debatte Dienstleistungen
=++++

43 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HAMPEL-FUCHS (ÖVP) zählte eine Reihe "kranker Saurier" auf, wie Rinter-AG, Entsorgungsbetriebe Simmering und Biomull und wandte sich dann vor allem der Wiener Wasserversorgung zu. Es sei noch gar nicht abzusehen, meinte sie, wann die dritte Wiener Wasserleitung Wasser aus der Mitterndorfer Senke werde beziehen können. Überdies hätten einige Brunnen im Einzugsbereich bereits gesperrt werden müssen und man wisse auch noch nicht, ob die krebserregenden chlororganischen Stoffe aus dem Einzugsbereich ferngehalten werden könnten. Es sei jedenfalls unverständlich, wenn Stadtrat VELETA mitteilt, daß die Erschließung abgeschlossen sei, obwohl man noch nicht wisse, wann man jemals Wasser aus diesem Gebiet werde beziehen können.

Zur umstrittenen Frage der Mülldeponie Rautenweg meinte Hampel-Fuchs, dort würden jedenfalls Rest von den Entsorgungsbetrieben Simmering und damit in konzentriertester Form, Gifte und Schwermetalle gelagert. Und das auf einer Deponie, die nicht für Sondermüll gedacht wäre. Hampel-Fuchs kritisierte weiter, daß die unterschiedlichen Härtegrade des Wiener Wassers geheimgehalten würden. Viele Bezirke könnten sich Enthärter sparen, wenn sie um die Härtegrade wüßten.

Weil sich nach Ansicht der ÖVP die Fälle mehren, wo im Zuge von Sachkrediterhöhungen und Nachtragsforderungen bei Kanalbauten Unsicherheit entstehe, ob das ursprünglich als Bestbot dargestellte Offert tatsächlich diese Qualitfizierung verdiene, stellte Hampel-Fuchs einen ANTRAG: Das Kontrollamt der Stadt Wien soll beauftragt werden, Budgetierung, Ausschreibungs- und Vergabepraxis, sowie Sachkrediterhöhungen bei der MA 30 auf Übereinstimmung mit Haushaltsordnung, ö-Norm und den einschlägigen gesetzlichen Bestimmung zu überprüfen. (Forts.) rö/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Debatte Dienstleistungen
=++++

44 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. EBERT (ÖVP) wies auf die Bedeutung des Handels für die Wiener Wirtschaft hin. Der Wiener Handel hat einen Umsatz von 300 Milliarden S und beschäftigt 125.000 Mitarbeiter. In diesem Zusammenhang sagte Ebert, daß nur wirtschaftlich gesicherte Betriebe Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können. Heute jedoch sind viele Handelsbetriebe wirtschaftlich gefährdet und eine Urlaubsverlängerung ist nicht zu vertreten. Sie würde nicht neue Arbeitsplätze schaffen, sondern im Gegenteil eher zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führen.

Ebert sprach sich im besonderen dafür aus, die Wiener Marktbetriebe zu unterstützen und nicht wie bei der Markthalle im 3. Bezirk durch Fehlplanungen zu beeinträchtigen.

Eine Sanierung der Wirtschaft ist nur über die Klein- und Mittelbetriebe möglich, sagte Ebert. Würde man die Förderung, die man für Großbetriebe und für Großprojekte aufwendet, in die Klein- und Mittelbetriebe stecken, so hätte man den vielfachen Effekt. Als positiven Aspekt nannte Ebert die Aktion der Handelskammer "Einkauf in Wien", die versucht, den Umsatzabfluß ins Wiener Umland zu stoppen.

Abschließend sagte Ebert, daß nur gemeinsam die Probleme gelöst werden können, die es derzeit im Wirtschaftsleben gibt. (Forts.)
gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Debatte Dienstleistungen
=++++

45 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) wies darauf hin, daß manche Waren in Einkaufszentren außerhalb Wiens billiger angeboten werden als in Wien.

Das neue Wiener Kleingartengesetz hat sich in der Praxis bewährt. Der Demokratisierungsprozeß in diesem Bereich wurde weitergeführt. Der Kleingartenbeirat schuf die Basis für den Ausgleich der Interessen. SVOBODA hob die Kooperation aller im Beirat Vertretenen hervor. Derzeit werden in Wien 6,68 Millionen Quadratmeter städtischer Grund für Kleingärten genutzt. Die Gesamtfläche wurde in den letzten drei Jahren um 218.000 Quadratmeter vermehrt. Wien ist bisher das einzige Bundesland, das ein Kleingartengesetz hat, betonte SVOBODA. Bestehende Kleingärten sollen soweit wie möglich erhalten, neue Kleingärten geschaffen werden. Die seit Jahrzehnten im Wald- und Wiesengürtel existierenden Kleingärten sollen - soweit die entsprechenden Voraussetzungen vorhanden sind - auch widmungsmäßig gesichert werden. (Forts.)
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)
Utl.: Debatte Dienstleistungen
=++++

46 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Seit April dieses Jahres lasse bereits der Bericht des Kontrollamtes zum Thema Sondermüll in den EBS auf sich warten, stellte GR. Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) fest. Sie richtete an Stadtrat VELETA daher die Bitte, die nötige Klärung möglichst voranzutreiben.

Auch das Geruchsproblem sei trotz hoher Investitionen noch immer nicht beseitigt, die Schlammverbrennungsanlagen wurden im Bericht des Stadtrates nicht einmal erwähnt. Um solche technischen Probleme zu vermeiden, schlug GR. Schaumayer vor, in Zukunft nicht nur das Know How zu kaufen, sondern neue Technologien nur mit Funktionsgarantie der liefernden Firma zu übernehmen.

Auch bei der Rinter AG zeige sich, daß weder eine restlose Müllverwertung noch die vertraglichen Jahresmengen erfüllt würden. Es sei nun Aufgabe der Stadt Wien, sich klar zu werden, ob die Rinter AG ihre Aufgabe in Zukunft werde erfüllen können. GR. Schaumayer stellte deshalb den ANTRAG, daß Stadtrat VELETA die Entscheidungsgrundlagen für eine Neufassung oder Beendigung des Vertrages mit der Rinter AG dem Wiener Gemeinderat bis spätestens Oktober 1982 vorzulegen habe.

Abschließend forderte GR. SCHAUMAYER Stadtrat VELETA auf, seine Möglichkeiten stärker und initiativer auszunutzen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)
Utl.: Debatte Dienstleistungen
=++++

47 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HABERL (SPÖ) erläuterte die Gründe, die zur Übertragung der Müllentsorgung an die Firma RINTER geführt haben: Der für eine ursprünglich in Diskussion gestandene Müllverbrennungsanlage angebotene Standort wäre nicht geeignet gewesen; bei der Verbrennung wären 40 Prozent Schlacke übrig geblieben, die unter Umständen grundwassergefährdend hätten deponiert werden müssen. Probleme hätte es auch mit den Emissionen gegeben. Wenn die Heizbetriebe Wien (Müllverbrennung Spittelau) heute gelobt werden, sei dies erfreulich, denn in den frühen siebziger Jahren gab es auch dazu negative Stellungnahmen.

Haberl nahm Bezug auf die Ausführungen von GR. Dkfm.Dr. EBERT (ÖVP) und sagte, die Gewerkschaft habe auch mit den Stimmen des ÖAAB eine Urlaubsverlängerung vorgeschlagen. Aus einer Studie gehe hervor, daß eine Woche Arbeitszeitverkürzung pro Jahr 24.000 bis 28.000 Arbeitsplätze sichert. Die Einsparung für den Staat lägen in diesem Fall bei zwei bis vier Milliarden.

GR. Haberl ging sodann auf den Vertrag mit der Firma Rinter ein und erklärte, die Müllumwandlung sei einer privaten Firma übertragen worden, weil es zwar Aufgabe der Stadt Wien ist, die Müllentsorgung durchzuführen, jedoch nicht, neue Produkte herzustellen. Derzeit laufen neue Verhandlungen über eine Adaption des Vertrags. Ein Gutachten hat gezeigt, daß die Anlage optimierbar ist.

Abschließend wies Haberl darauf hin, daß Wien das einzige Bundesland mit einer Sondermüllbeseitigung ist und alles daran gesetzt wird, um einen ordnungsgemäßen Betrieb zu gewährleisten. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Debatte Dienstleistungen
=++++

48 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. EBERT (ÖVP) wies zum Debattenbeitrag von GR. Ing. SVOBODA darauf hin, daß nach einem Preisvergleich des Vereins für Konsumentenschutz kaum ein Preisunterschied zwischen der Shopping-City-Süd und den Wiener Kaufhäusern besteht. Bei der Konsumentenschutztagung war man sich darüber einig, daß die Niedrigstpreise als "Konsumentenlockvögel" verschwinden müßten. Erhebliche Preisunterschiede sind zum Beispiel bei den verschiedenen Filialen des "Konsum" festzustellen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Debatte Dienstleistungen
=++++

49 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Zu den verschiedenen Debattenbeiträgen nahm Stadtrat VELETA Stellung. Die Dienstleistungen stehen in seiner Geschäftsgruppe im Vordergrund. Allerdings könne nicht auf die Entrichtung gewisser Gebühren verzichtet werden. Auch bei den Heizbetrieben müssen die Menschen für die Leistungen, die sie konsumieren, aufkommen. Die Stadt Wien hat mit dem Siedlungsprogramm für mehr als 1.500 Menschen den Wunsch nach einem eigenen Haus im Grünen erfüllt. Durch eine Änderung der Bauordnung wurde der Begriff der Gartensiedlung geschaffen, die den Siedlern die Möglichkeit gibt, die Grundstücke als Eigentum zu erwerben. Die Wohnsiedlungen im 10. Bezirk könnten allerdings nicht ins Eigentum übertragen werden. Hier fehlen die nötigen rechtlichen Voraussetzungen. Man soll bei den Menschen nicht unsinnige Hoffnungen erwecken, sagte Stadtrat Veleta. Die positive Bilanz der Holding hob Stadtrat Veleta nochmals hervor. Natürlich haben einige Holding-Töchter auch Verluste, aber dabei handelt es sich um Freizeit- oder Erholungsbetriebe, die niemals mit positiver Bilanz geführt werden können, weil hier der Dienst an der Bevölkerung im Vordergrund steht, wie beispielsweise das Theater an der Wien, die Stadthalle oder das Erholungsgebiet Laxenburg. Acht Tochterfirmen der Holding wurden, wie schon früher, von der Consultatio geprüft. Die Entrichtung des Honorars richtete sich nach der Gebührenordnung für Steuerprüfer. Die Wasserversorgung Wiens funktioniert auf Grund eines einfachen Wasserkonzepts. Es gibt zwei Hochquellenwasserleitungen und das Grundwasserwerk in der Lobau. Die dritte Wiener Wasserleitung dient der Reserve im Falle von Reparaturen der anderen Wasserleitungen. Außerdem wurde mit der Erschließung eines Grundwasservorkommens auf der Donauinsel begonnen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Debatte Dienstleistungen
=++++

50 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Da sich der Härtegrad des Wassers ständig ändert, können keine exakten Angaben darüber gemacht werden. Die Markthalle im 3.Bezirk wird von zahlreichen Einkäufern gerne angenommen. Ausreichender Parkplatz erleichtert das Einkaufen. Die Vorlage des Kontrollamtsberichtes über die EBS kündigte Stadtrat VELETA für die nächste Zeit an. Ab Juli wird auch der zweite Drehrohrofen seinen Betrieb wieder aufnehmen. Ein Projektleiter zur Koordinierung wurde vor kurzem eingesetzt.

Die vertraglichen Jahresmengen bei der Rinter-AG werden zwar heuer noch nicht erfüllt, doch werden sie in Zukunft sicher erreicht werden. Der Vertrag mit der Rinter-AG war für längerfristig berechnet. Bei den Grundstücksabteilungen wurden große Initiativen gesetzt, wobei die MA 40 preisregulierend eingreift. Von Inseratenangeboten in den Zeitungen verspricht sich Stadtrat Veleta nicht viel, da die Stadt Wien dann bei den Preisen immer benachteiligt wäre. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (29)
Utl.: Debatte Dienstleistungen
=++++

51 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. DDr. STRUNZ (ÖVP) wies am Beispiel einer Presseführung durch die EBS darauf hin, daß man gerade in diffizilen Chemiefabriken besonders gut auf die gelagerten Stoffe aufpassen müsse. Zum Streit um die Deponie am Rautenweg meinte er, daß in den beiden Gutachten der Magistratsabteilung 39 sehr wohl gefährliche Schwermetalle nachgewiesen wären.

Eine Anfrage der ÖVP wurde an den zuständigen Ausschuß zugewiesen. (Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Debatte Verkehr
=++++

52 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) StR. HOFMANN (SPÖ) wies darauf hin daß die wesentlichen Aufgaben seiner Geschäftsgruppe laut einer Studie längst von der Wiener Bevölkerung als positive Leistungen anerkannt wurden. So zählen der U-Bahnbau, die Südost-Tangente, die Fußgängerzonen, die Neue Donau und die Donauinsel zu den bedeutendsten kommunalpolitischen Leistungen der Gegenwart.

Entgegen vielen Prognosen nehme der Individualverkehr auch trotz Verteuerung der Erdölpreise weiter zu. Die Bewältigung des damit verbundenen Problems würde zum Umdenken bei der Verteilung des Verkehrs auffordern. Vorrang sei vor allem dem weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs einzuräumen. Der vorhandene Straßenraum sei nach den drei Kriterien Straßennetz mit erhöhter Verkehrsbedeutung, Sammelstraßen und Aufschließungsstraßen zu ordnen. Bei den bautechnischen Maßnahmen des Jahres 1981 wurden diese Zielsetzungen bereits ins Auge gefaßt. Von den 2.648 Kilometer langen öffentlichen Straßennetz in Wien konnten 450.000 Quadratmeter Fahrbahm instandgesetzt und 250.000 Quadratmeter neu hergestellt werden.

Von den bereits festgestandenen beziehungsweise geplanten Verkehrsberuhigungen konnten die Arbeiten im Bereich Franz-Josefs-Kai, Ruprechtsstiege, Rosasgasse, Bischof Faber-Platz, St. Ulrichsplatz, Stiegergasse und Reichsapfelgasse fortgeführt beziehungsweise abgeschlossen werden. Als besonderer Schwerpunkt sind die Arbeiten am Ausbau des Autobahnnetzes anzusehen. Vor allem konnte durch die Fertigstellung der A 22 ein wirksamer Verkehrsabschnitt zwischen Landesgrenze und der Floridsdorfer Brücke in Betrieb genommen werden. Diese Autobahn wurde im gesamten Wiener Abschnitt mit Lärmschutzeinrichtungen ausgestattet. (Forts.) rö/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)
Utl.: Debatte Verkehr
=++++

53 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Bei allen Straßenbaumaßnahmen sei nunmehr auch auf den Radfahrer Rücksicht genommen worden, meinte StR. HOFMANN. Besonders die zu den Erholungsräumen führenden Verkehrsflächen wurden im Zuge ihrer Neugestaltung mit Radfahrwegen ausgestattet. Ebenso die größeren Brückenneubauten.

Im Bereich des öffentlichen Verkehrs war vor allem die planmäßige Fertigstellung des insgesamt 31 Kilometer langen U-Bahn-Grundnetzes von Bedeutung. Die Verlängerung der U-Bahn-Linie U 4 bis zur Endstelle in Hütteldorf brachte eine spürbare Verlagerung vom Individualverkehr zu den öffentlichen Verkehrsmitteln des U-Bahn-Netzes. Da im Jahr 1981 die Arbeiten im U-Bahn-Grundnetz zu Ende gingen, habe sich die Verkehrsplanung die Aufgabe gestellt, den zweiten Abschnitt des U-Bahn-Ausbaues durch Planungsvorarbeiten für die Linie U 3 und U 6 einzuleiten.

HOFMANN verwies dann auf die Unterbrechung des Innenringes ab Dezember 1981 als eine von besonderen verkehrsorganisatorischen Maßnahmen. Die eingerichteten Schleifenlösungen hätten sich bewährt, so daß eine Modifikation vorerst nicht vorgenommen werden müsse.

Weiter gelang es 1981 durch die stete Umrüstung von Leuchten einen Stromspareffekt zu erreichen. So konnte etwa die Donauufer-Autobahn beleuchtet werden, ohne daß der Strombedarf stieg. Wien zähle im internationalen Vergleich zu den bestbeleuchtesten Städten Europas. (Forts.) rö/gg

Wiener Gemeinderat (32)
Utl.: Debatte Verkehr
=++++

54 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) regte an, die Anbindung Wiens an das regionale und überregionale Verkehrsnetz zu verbessern. Besonders bemängelte Pawkowicz, daß die Wiener Bahnhöfe über keinen U-Bahn-Anschluß verfügen. Dadurch leidet auch - trotz Takt-Verkehr - die Attraktivität der Eisenbahnlinien. Pawkowicz regte an, in Hütteldorf auch Schnellzüge halten zu lassen und damit einen Anschluß an die U 4 herzustellen. Für den Südbahnhof forderte Pawkowicz die Verbreiterung des Bahnsteiges 1 und einen Abgang von diesem Bahnsteig zum Südtiroler-Platz, womit die Verbindung zur U 1 gegeben wäre. Auch die Schaffung von weiteren Parkplätzen im Bereich des Südbahnhofs wäre günstig.

Pawkowicz wies noch auf die Möglichkeiten der vollen Nutzung des Wiener Eisenbahnnetzes hin und stellte fest, daß der Verkehrsverbund bis heute nicht verwirklicht ist. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (33)
Utl.: Debatte Verkehr
=++++

55 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Wann erfolgt die Änderung des Bundesstraßengesetzes 1971 und inwieweit finden darin die Wünsche Wiens Berücksichtigung, fragte GR. Ing. KREINER (ÖVP)? Die Schaffung von Wohnstraßen war eines der Hauptanliegen von StR. HOFMANN bei dessen Amtsübernahme. Von größter Bedeutung sind dabei Information und Mitsprache der Bürger sowie Einbeziehung der Bezirksvertretungen in die Planungen. Geschieht dies nicht, dann sind es schlechte - "Hofmann'sche" - Wohnstraßen.

Die verschiedenen Aufgrabungsarbeiten in Wien sind noch immer nicht genügend koordiniert. Vor allem im Sommer kommt es regelmäßig zu einem Buastellenchaos. KREINER brachte den ANTRAG ein, eine Koordinationsstelle mit Weisungsrecht bei der Stadtbaudirektion zu schaffen. Diese Koord'nationsstelle sollte einen Dreijahresplan erstellen und diesen jährlich den betroffenen Bezirksvertretungen und dem Gemeinderat vorlegen.

Weiter sieht der Antrag die Schaffung eines Baustellenausgleichsfonds vor, bei dem zu Jahresende unverbrauchte Budgetmitel einbezahlt werden können und aus dem Vorgriff für notwendige Investitionen auch ohne entsprechende budgetäre Bedeckung erfolgen könnten. Die fünfjährige Aufgrabungssperre ist konsequent - außer zur Gebrechensbehebung - durchzusetzen, die betroffene Bevölkerung und die Betriebe sind rechtzeitig zu informieren.
(Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)
Utl.: Debatte Verkehr
=++++

56 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Neben neuen Straßenbauten brachten vor allem zahlreiche Instandsetzungen eine Verbesserung der Verkehrssituation, erklärte GR. KREMNITZER (SPÖ). Lärmschutzeinrichtungen, Radwege und Maßnahmen zur Besserung der Verkehrssicherheit waren weitere Schwerpunkte im Berichtsjahr.

Zur Förderung des öffentlichen Verkehrs müsse das "Park-and-Ride-System" ausgebaut werden. Bei der künftigen U 1-Endstelle in Kagran sei eine entsprechende Zahl von Abstellplätzen bereits vorgesehen.

Zur Sicherheit auf den Straßen hätte auch die öffentliche Beleuchtung mit 129.667 Leuchten beigetragen sowie die MA 46 mit ihren Referaten für Verkehrsorganisation und Planung, Verkehrssicherheit und Errichtung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen.

Abschließend forderte GR. Kremnitzer einen raschen Ausbau der Donaustädter "A 24". Etwa 80.000 Kraftfahrzeuge verlassen täglich die Südost-Tangente in Richtung Donaustadt, für sie müßte eine umweltfreundliche Verbindung geschaffen werden. (Forts.) roh/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)
Utl.: Debatte Verkehr
=++++

57 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Ing. HOFMANN sagte zu der von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ vorgebrachten Forderung nach einer Anbindung der U 1 an den Südbahnhof, die seinerzeitigen Alternativen bei der Trassenentscheidung waren gewesen, entweder den größten Bezirk Wiens an die U-Bahn anzuschließen oder einige wenige Reisende vom Südbahnhof. Es ist beabsichtigt, Doppelausgänge zu errichten, wenn die ÖBB damit einverstanden sind. Er verstehe nicht, warum die Niederösterreichische Landesregierung dem Verkehrsbund nicht zustimmt, sagte Hofmann weiter. Er befaßte sich dann mit der beabsichtigten Novelle zum Bundesstraßengesetz. Wien will dabei erreichen, daß die Trassenführung verschiedender Bundesstraßen in andere Straßenzüge gelegt wird und strebt die Aufnahme der Möglichkeit für nachträgliche Lärmschutzeinrichtungen an. Die Definition der "Wohnstraße" ist eine Angelegenheit der StVO-Novelle. Es ist sinnvoll, sie abzuwarten, statt jetzt einen Schilderwald zu errichten. Jedenfalls lägen die Vorstellungen der ÖVP und seine nicht weit auseinander.

Wenn die generelle Planung für ein Straßenstück abgeschlossen ist, müssen noch entscheidende Vorarbeiten vor einer Realisierung durchgeführt werden: Paragraph 4-Verordnung des Bautenministeriums, Grundfreimachung und Detailplanung, schließlich vor allem auch um die Mittelzuteilung des Bundes. Wenn diese Mittel für den Bau der Donauuferautobahn konzentriert werden, werde man einige Jahre voll beschäftigt sein, dann sei die Zeit für eine Lösung der Frage der A 24, und dann werde man sich auch der A 21 widmen, die überdies beträchtliche Einflüsse auf die Südosttangente haben wird, schloß Hofmann. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)
Utl.: Rechnungsabschluß angenommen
=++++

58 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort wies Stadtrat MAYR (SPö) auf die Notwendigkeit eines Verkehrsverbundes für die Ostregion hin. Leider habe Niederösterreich einer gemeinsamen Regelung immer noch nicht zugestimmt.

ABSTIMMUNG: Der öVP-Antrag zur Durchführung einer Volksabstimmung in Wien zum Neubau des Konferenzzentrums wurde mit den Stimmen der SPö abgelehnt. Alle übrigen Anträge der öVP und FPö wurden zugewiesen.

Der RECHNUNGSABSCHLUSS für das Jahr 1981 wurde mit den Stimmen der SPö ANGENOMMEN.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 22.05 Uhr unterbrochen.

(Schluß) ba/gg

NNNN